NR.24 2/87 5.- DM

schwarzer FADEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT

CLARA THALMANN



Photo: Andreas Hoffmann

EDITORIAL – auch eine Art Nachruf

Die Resonanz auf den *SF* wächst, die ABO-zahlen steigen langsam aber kontinuierlich, die Spendenliste ist so lang wie noch nie (ein Extradankeschön an dieser Stelle), die Wiederverkaufszahlen in linken Buchläden werden erhöht. Die Züricher *WOZ* stellte unsere Nummer 22 lobend vor, die Berliner *TAZ* fragt um unsere Meinung zur Bundestagswahl, weil »sie einen Tag vor der Wahl auch noch gern eine andere Stimme hören lassen wollen« (als das übliche grüne Gewäsch und die Promi-Anzeigen für die SPD – könnten wir ergänzen) und die Frankfurter *FAZ* meinte (im Feuilleton-Teil versteht sich) sogar, daß unser Anarchismus »mühelos fasziniert, während Zeitschriften der aufklärerischen Tradition heute oft mit der Langeweile kämpfen.« Also eigentlich kein Grund zur Traurigkeit?

Just in diesem Moment wird jedoch eine ganz andere Stimme laut und zwar – für alle recht überraschend – aus unseren eigenen Reihen. Die Angst vorm Erfolg ist es wohl kaum, die für diesen unerwarteten Gegenwind sorgt und uns doch stark betroffen gemacht hat. Am 5.1.87 erreichte uns ein kurzes und lapidares Schreiben unseres Mitredakteurs (und 1979 Mitbegründers des *SF*) *Horst Blume* (auf unserem Photo vorne am Boden liegend und eine *schwarze Fahne* verteidigend, der die Spontan-Demo und Blokkade provozierende Anlaß war eine Manöverparade der Engländer in Hamm – ausgerechnet am Antikriegstag).

»Die Anarchos/Autonomen gingen mir während der Widerstandstage zum THTR (Hamm-Uentrop) dermaßen auf die Nerven, daß ich nur noch Abneigung gegenüber allem »Anarchistischen« empfand. Im Grunde war alles nur eine Neuauflage von Altbekanntem: Der Situation völlig unangemessene verbalradikale Rechthaberei hat die Bauern und Elterngruppen dazu gebracht, den Konferenzen und Koordinationstreffen fern zu bleiben. Ich habe oft versucht zu vermitteln, aber die Vollidioten mit den *Schwarzen Sternen* haben wirklich kein Fettnäpfchen ausgelassen. (. . .) Der Streit mit den Anarchos hatte die Bauern und BI so hilflos und verzweifelt gemacht, daß monatelang konstruktive Arbeit unmöglich war. Das ist für mich nicht nur das Versagen einzelner Anarchos, sondern liegt auch an der üblichen Auffassung von Anarchismus, der unfähig ist, konstruktiv mit Widersprüchen umzugehen. Anarchisten hätten die Aufgabe gehabt, die widersprüchlichen Gruppen zusammenzubringen, statt zu spalten. Ich ziehe daraus die Konsequenz, daß ich nicht mehr bereit bin, für diese Anarcho-Zielgruppe eine Zeitung mitzumachen: reine Kräfteverschwendung!«

Wir haben Horst geschrieben und ihn gebeten eine ausführlichere Auseinandersetzung für den *SF* zu liefern. Wir haben natürlich auch versucht, seinen »Rundumschlag« gegen den Anarchismus überhaupt und den *SF* im besonderen als unangemessen zurückzuweisen, zumal er letzteren nicht unwesentlich mitgeprägt hat. Leider zeigte Horst keine weitere Bereitschaft zur konstruktiven Auseinandersetzung. Wir bedauern das sehr, zumal wir glauben, daß es *den* Anarchismus nicht gibt und daß sich unter den *SF*-Lesern/-innen genügend finden, die mehr zu bieten haben als radikale Worthülsen und mythosbeladenes Rollenverhalten. Wir wollen die Auseinandersetzung trotzdem führen und fordern dazu auf, Horst's Ausstieg als Anlaß zu nehmen, einige Selbstinfragestellungen ernst zu nehmen und in Artikeln zudiskutieren, um so zu einer (Neu-??)Bestimmung unserer Position zwischen Radikalität und Konstruktivität – allerdings ohne Anpassung und Anbiederung an herkömmliche Politikformen zu gelangen.

Noch eine vorerst letzte Anmerkung: *Horst Blumes* Mitarbeit war für den *SF* eigentlich unverzichtbar; eine angemessene Darstellung von 7 Jahren gemeinsamer Arbeit ist hier nicht zu leisten. Daß es ein unwiderrufliches Ende bedeutet müssen wir annehmen, – es bleibt uns also nur ein trauriges Dankeschön.

Spendenliste: Soviel wie noch nie!!! Unser herzlichstes Dankeschön – es versetzt uns in die Lage mit der Rückzahlung der Kredite für die Sondernummer »Arbeit« fortzufahren und eine neue Sondernummer »Anarchismus – Feminismus«(??) ins Auge zu fassen.
V.L., Köln 50.-; R.L., Hamburg 10.-; H.D., Bonn 10.-; G.R., Luxembourg 100.-; B.G., Ispringen 15.-; R.S., Overath 25.-; G.H., Berlin 20.-; N.H., Nürnberg 50.-; A.S., Berlin 15.-; W.L., Nienburg 10.-; H.B., Göttingen 17.-; A.A., Norderstedt 5.-; E.K., Eitorf 35.-; R.R., Berlin 10.-; N.K., Bremen 5.-; U.W., Tübingen 20.-; J.A., Berlin 10.-; R.R., Amberg 10.-; H.F., Karlsruhe 10.-; S.K., Erlangen 15.-; B.B., Tübingen 15.-; U.A., München 5.-; M.G., Offenbach 20.-; O.S., Ahlen 10.-; N.B., Kamen 20.-; W.S., Essen 35.-; M.G., Belgien 10.-; A.S., Berlin 10.-; K.K., Hamburg 30.-; R.P. Bremen 10.-; S.M., Holland 9.-; F.-J. M., Dortmund 5.-; A.S., München 20.-; H.-P.S., Bochum 5.-; G.B., Erlangen 85.-; H.D., Eutin 5.-!!Merci!!! -

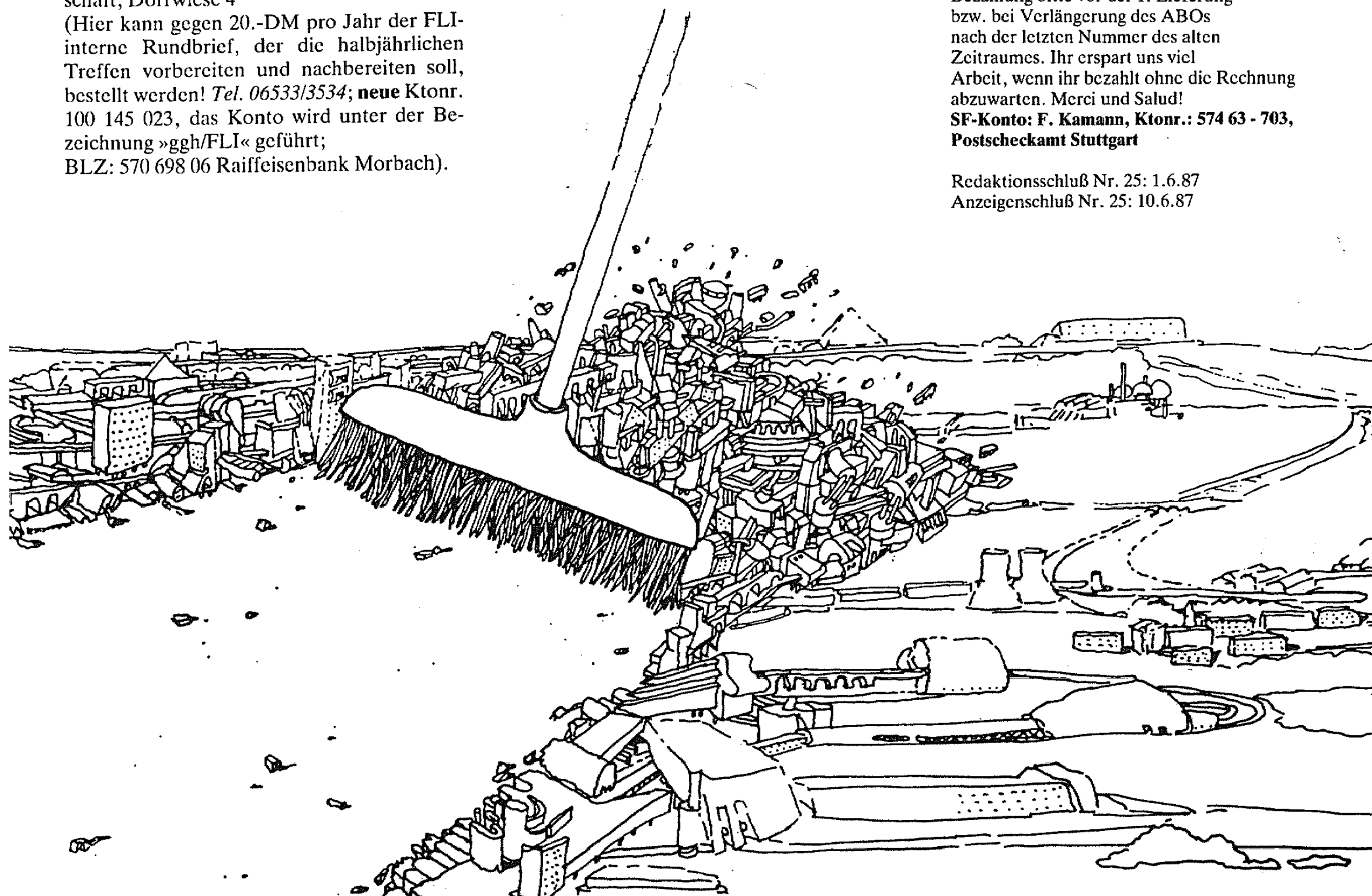
FLI
5552 Morbach-Merscheid: Lebensgemeinschaft, Dörrwiese 4
(Hier kann gegen 20.-DM pro Jahr der FLI-interne Rundbrief, der die halbjährlichen Treffen vorbereiten und nachbereiten soll, bestellt werden! *Tel. 06533/3534*; **neue** Ktonr. 100 145 023, das Konto wird unter der Bezeichnung »ggh/FLI« geführt;
BLZ: 570 698 06 Raiffeisenbank Morbach).

Inhalt

Impressum
HERAUSGEBER: Forum für libertäre Informationen (FLI)
V.i.S.d.P.: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder. Eingesandte Artikel sind erwünscht, vorherige telefonische Absprache ist sinnvoll; über einen Abdruck entscheiden Mitglieder der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht; Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung.
Nachdrucke gegen Quellenangabe sind ausdrücklich erwünscht!
KNASTFREIEXEMPLARE bleiben solange das Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 2400 Exemplare; *Satz und Vertrieb*: Trotzdem-Verlag Grafenau; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart zusammen mit Kollektivis aus der Druckcooperative, der Redaktion und freiwilligen Helfern aus der Leserschaft.
Erscheinungsweise: vierteljährlich; Photos: ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern (Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des ABO-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)
Anzeigenpreise: 1 Spalte 100.-DM + MWST; 1/2-Seite: 200.-DM; 1 Seite: 500.-DM. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%!
Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Postfach, 7031 Grafenau-1; Tel.: 07033 – 44273; ISSN: 0722 – 8988.

Einzelnummer: 5.-DM
4 Nummern: 15.- DM
Außerhalb des deutschen Postbezirks: 16.- DM
8 Nummern: 30.- DM
Probenummer: ältere Ausgaben, nur gegen Rückporto!
Sondernummer ARBEIT: 5.- DM
Sondernummer NOSTALGIE (Artikel aus den Nrn. 0 - 12): 10.- DM
Bezahlung bitte vor der 1. Lieferung bzw. bei Verlängerung des ABOs nach der letzten Nummer des alten Zeitraumes. Ihr erspart uns viel Arbeit, wenn ihr bezahlt ohne die Rechnung abzuwarten. Merci und Salud!
SF-Konto: F. Kamann, Ktonr.: 574 63 - 703, Postscheckamt Stuttgart

Redaktionsschluß Nr. 25: 1.6.87
Anzeigenschluß Nr. 25: 10.6.87





Clara Thalmann gestorben

»Ich werde die Revolution im ›Himmel‹ machen

I am going to make the revolution in the ›sky‹

Voy hacer la revolucion en el ›cielo‹

Je vais faire la révolution dans le ›ciel‹ «

In der Nacht vom 26. zum 27.1.87 ist Clara Thalmann in Nizza gestorben. Den obigen Satz ließ sie als letzten Gruß an alle Freunde und Freundinnen verschicken.

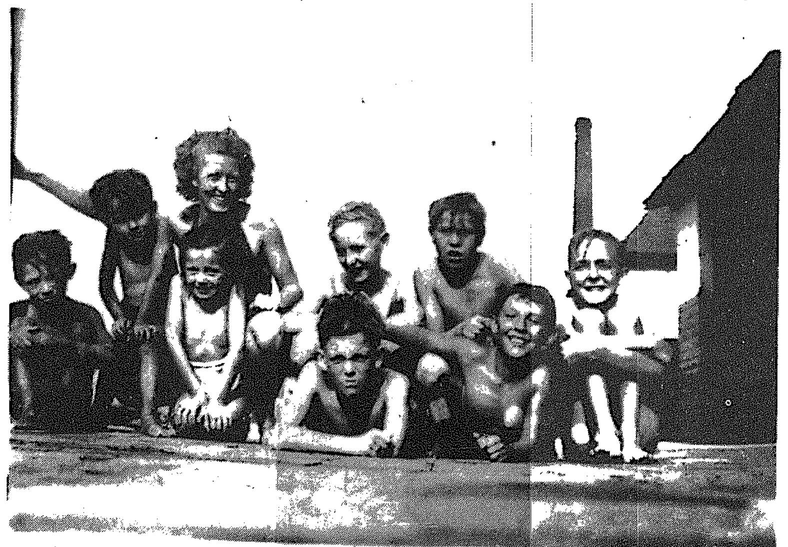
Wir haben diese Frau sehr gemocht und wir sind uns vertrauter geworden als es nach der eigentlich kurzen Zeit in der wir uns kannten, zu erwarten gewesen wäre. Und das ging den meisten, die sie kennenlernten so. Sie war offen, unkompliziert und direkt – und sie lachte, wenn sie Menschen sah, die sie mochte. Ernst konnte man sie eigentlich nur sehen, wenn sie sich unbeobachtet und mit sich allein fühlte.

Zwei ihrer guten Freunde, Erich Rathfelder und Thomas Pampuch, haben als Mitarbeiter der Taz am 30.1., dem Tag von Claras Beerdigung, einen ausführlichen Nachruf auf sie geschrieben und berechtigterweise besonders den Spanischen Bürgerkrieg ins Zentrum ihres Lebens gerückt. [Wir schicken diesen Nachruf gerne jedem und jeder zu, die/der ihn in der taz verpaßt hat, bzw. all denen, die die taz aus anderen Gründen nicht mehr lesen.] Wir wollen uns deshalb auf andere, vielleicht weniger bekannte Ausschnitte ihres interessanten Lebens beziehen, obwohl auch wir sie im Zusammenhang mit Spanien '36, d.h. mit dem Videofilm »Die lange Hoffnung« im Januar 1984 bei der Medienwerkstatt Freiburg persönlich kennengelernt haben. Dort entschieden wir auch, die Restexemplare (des ehemaligen Associations-Verlag Hamburg) ihres gemeinsam mit Pavel geschriebenen Erinnerungsbuchs in den Trotzdem Verlag zu übernehmen und ein Begleitbuch zum Videofilm zusammen mit ihr und den Medis herauszugeben. Der Kontakt riß nicht mehr ab und wir besuchten sie 1986 gleich zweimal für jeweils 14 Tage auf der Serena, deren Entstehungsgeschichte und Entwicklung wir zu einem späteren Zeitpunkt gemäß Claras Wunsch in einem Nachwort zur Neuauflage erzählen wollen, um die Erinnerungen gleichsam zu komplettieren. Wir fanden sie im Frühjahr 86 schwer krank, aber mit einer schier unglaublichen Energie, ihr Leben, ihre Freundschaften und Interessen gegen alle Widerstände aktiv weiterzuführen. Viel Kraft erwuchs ihr aus dem Jubiläumsjahr der Spanischen Revolution: ihre Inhalte wurden diskutiert, sie selbst war gefragte Zeitzeugin, wurde interviewt, sollte Berge von Briefen beantworten und erhielt eine Unzahl von Einladungen, denen sie aufgrund ihrer Schwäche nicht mehr nachkommen konnte, die sie aber alle erwog, denn – so spielte sie immer mit dem Gedanken – vielleicht könnte sie ja doch in wenigen Wochen die nötige Kraft haben.

Und im Dezember 1986 gelang es ihr tatsächlich. Zusammmen mit Christian Cadot, der auf der Serena lebt und während ihrer Krankheit viel für sie getan hat, flog sie nach Madrid um für das spanische Fernsehen einen halbstündigen Vorspann zu drehen, in dem sie den Film »Die lange Hoffnung« einleitend kommentierte. Der Film wurde am 6.1.87 vom spanischen Fernsehen ausgestrahlt.

Wichtiger noch war ihr jedoch ihr gemeinsames Buch mit Pavel, (der bereits am 16.3.1980 starb,) und so faßten wir zusammen im Juli 86 den Entschluß dieses heute vergriffene Buch neuaufzulegen. In diesem Zusammenhang suchte Clara viele Photos heraus und fand auch ein Manuskriptteil, das ihre Erlebnisse während der Flucht aus Paris – beim Einmarsch der Deutschen – wiedergibt. In ihr gemeinsames Buch »Revolution für die Freiheit« (zuerst in gekürzter Fassung unter dem Titel »Wo die Freiheit stirbt«) konnten nicht alle Erinnerungen aufgenommen werden und dort, wo sich Pavels und Claras Wege trennten und sie getrennt erzählten, entschieden sich die Lektoren zumeist für eine Fassung; deshalb war nur Pavels Schilderung der Flucht aus Paris aufgenommen worden (Vgl. S. 283f.). Weil wir uns im SF nicht auf einen Nachruf beschränken wollen, sondern sehr gerne Clara selbst zu Wort kommen lassen wollen, drucken wir diese bislang unbekannte – wenn auch sehr drastische – Ergänzung zu den politischen Erinnerungen beider hier ab.

Friederike Kamann und Wolfgang Haug



(Vorausgeschickt sei noch – aus Claras Notizbuch – daß beide seit 1937 in Paris waren und mit gefälschten französischen Papieren lebten. Sie trafen sich zu Vorträgen und Aktionen mit verschiedenen sozialistisch-oppositionellen Gruppen, wie der KPO und SAP, Neu Beginnen oder z.B. mit Pietro Nenni, dem Führer der italienischen sozialistischen Information. Ihre Flugblätter und Tätigkeiten richteten sich gegen den drohenden Totalitarismus und das Nazitum; sie versteckten gefährdete Genossen und Juden und verhalfen vielen zur Flucht, darunter einige, die sich gerne an die Hilfe der Thalmanns erinnerten und mit deren Geldmittel das Haupthaus auf der Serena gebaut werden konnte.)



Marguerite und Alfred Rosmer

Paris – am 12. Juni 1940



Clara und Pavel auf der ›Serena‹, 1978

von Clara Thalmann

Paris ist von einem Fieber ergriffen, das Fieber der Unsicherheit – der Auswanderung.

Stundenlang sitze ich an der Porte d'Orleans und starre in die endlosen Kolonnen, die aus der Stadt kommen und hinausströmen, auf die Landstrasse; hinaus in den Süden, weg vom Feind, der immer näher und näher rückt, und dem man scheinbar keinen Halt bieten kann. Nicht endenwollende Autoreihen ziehen vorbei, Fahrräder bepackt, Frauen und Kinder zu Fuß, schwer beladen, so daß sie sich schon jetzt schwer bewegen können; ihre Kinderwagen mit Babies und Paketen beladen, schieben sie mühselig vor sich her. Wie soll das auf der Landstrasse werden? Es ist alles abnormal, verrückt. Was zieht sie hinaus? Was erwarten sie draußen?

Mein Mann und ich gehen in die Metro, wir wollen uns das innere Bild der Stadt ansehen. In der Metro unterhält sich jeder mit jedem, die verschiedensten Meinungen tun sich kund. Die Meisten glauben, daß sich die Armee hinter Paris halten wird; – es ist schon klar geworden, daß sich Paris nicht verteidigen wird. Eine Metrobeamtin weint, sie muß auf alle Fälle auf ihrem Posten bleiben. Ihr Mann ist irgendwo an der Front. Zum erstenmal höre ich »Waffenstillstand«, »Friede«, alles schaut erstaunt, keiner will das glauben.

Im Zentrum der Stadt ist völlige Ruhe, ja fast ausgestorben, ein toller Gegensatz zu den Ausfallstraßen. Eine schwere, graue Schicht von schwarzem Nebel verdeckt jede Sicht. Was kann dassein? Die einen behaupten, es sind künstliche Wolken von den Deutschen, die anderen, es sind die angezündeten Petrolbestände von den Franzosen. Über der ganzen Stadt ist diese schwarze Wolke, jeder ist schwarz im Gesicht; wo man hingreift eine Rußschicht.

Wir gehen nach hause, nichts weiß man; das Radio gibt die lakonischen Berichte von der Front, was mit Paris geschieht, weiß noch kein Mensch, alle Bewohner kommen sich verlassen vor. Die Zurückgebliebenen stehen in enger Gemeinschaft zusammen und beraten sich, was mit ihnen wohl geschehen wird. Am anderen Tage sehen wir, daß die Auswanderung unaufhörlich weitergeht, unaufhörlich. Alle unsere Freunde sind weg. Was tun? Die Polizisten machen ernste Gesichter, sie sind entwaffnet, müssen ihren Dienst aber weiter versehen.

Um Mitternacht soll Paris übergeben werden, wir sind erschüttert, denn immer hatten wir noch auf eine Verteidigung gehofft. Es ist aus, wir müssen weg. Wir lassen uns vom Fieber packen. In einer halben Stunde haben wir gepackt, Rucksack aufgeschnallt und schnell von all dem, was uns lieb und teuer geworden war, Abschied genommen.

Mit in den Strom der Ausziehenden. Auf der Landstrasse. Es ist entsetzlich. Zu den Zivilisten gesellen sich Soldaten, Tanks und Munitionswagen, ein höllischer Lärm. 30 km hinter Paris geht es furchtbar zu, die Flugzeuge des Feindes stellen sich dem Strom entgegen und bombardieren und bestreuen die Strasse mit Maschinengewehren. Man findet nirgends Schutz, der Strassengraben ist überfüllt mit Menschen, man kann sich bloß hinter Autos verstecken. Ein toter Mann, zwei verletzte Frauen und Kinder. Weiter: zwei tote Pferde, die einen Bauernwagen voll Heu und Möbeln und was weiß ich was alles gezogen hatten. Eine Kuh liegt am Strassenrand, ein Soldat gibt ihr den Gnadenschuß. Die Toten werden von der Straße weggeräumt,

Mensch und Tier, damit die nicht den Verkehr stören – und weiter geht es. Ein einziger Gedanke beherrscht die Menschen, – weiter –, aus dieser dichten Menge heraus.

In der Nacht ruhen wir uns ein paar Stunden aus, immer hören wir den brummenden Lärm der Flugzeuge und das dumpfe Knallen der Bomben, links und rechts von uns brennt es. Näher und näher kreisen sie, werden sie uns erwischen? Es ist stockfinstere Nacht, noch sind wir verschont geblieben, wie marschieren weiter.

Soldaten schleppen sich mühselig weiter, sie haben seit Tagen nichts gegessen, schnell wird verteilt, was man hat. Sie kommen von der Somme und Marne und müssen zu Fuß weiter, in den nächsten größeren Ort. Was weiter werden soll, wissen sie auch nicht. Es ist gefährlich zu gehen, die Autos kommen kaum weiter, die Militärcamions bahnen sich in diesem wüsten Durcheinander rücksichtslos ihren Weg. Es ist ein Krach – wie lange hält man bloß diesen Wahnsinn aus? Die Soldaten sind rührend hilfsbereit, man gibt ihnen zu essen und sie schleppen dafür das Gepäck der Frauen, ihr Entsetzen vor den Deutschen ist groß, sie erzählen von den Schlachten, von den Tanks, von den Flugzeugen, ihrer Ohnmacht, das Fehlen von Abwehr gegen diese noch nie dagewesene Armee. Es sind keine Menschen, die sich ihnen entgegenstellen, es sind Maschinen, Maschinen.

Jede Stunde machen wir einen halt von 10 Minuten und unaufhörlich geht der Strom von Menschen und Maschinen an uns vorbei, es wird einem übel davon; die Flugzeuge zeigen sich immer hartnäckiger, bedrohen die Strasse mit ihren kläffendenMaschinengewehren, steigen tiefer und teifer. Wir suchen Schutz in einem Loch am Strassenrand. Die Ambulanzwagen bringen es fertig zu zirkulieren, erste Verbände zu machen und die Verletzten in den nächsten sicheren Ort zu bringen. Die Toten bleiben auf der Seite liegen, niemand kümmert sich um sie.

Etampes, ein furchtbares Bombardement, alles erzittert; 30 km vor Orleans verlassen uns unsere Kräfte; wir ruhen uns aus, vor uns steht ein Camions, es ist Platz für noch einen Menschen, schnell ergreife ich die Gelegenheit und werfe unserer schweres Gepäck darauf, ohne Gepäck geht es sich leichter, Pavel will es schnell bis Orleans schaffen, ich soll ihn dort am Bahnhof erwarten. Ungemütlich ist mir die Trennung, – angenehm, daß ich nicht mehr laufen muß. Pavel sagt, er wird ohne Unterbrechung marschieren, er will in 7 Stunden in Orleans sein. In drei Stunden bin ich in Orleans, erlöst denke ich an einen Zug, denn wir sind doch beide hundemüde. Doch zu früh habe ich mich gefreut. Orleans ist ausgestorben, schon evakuiert, kein Laden offen, nichts zu kaufen, am Bahnhof keine Züge, eine Menschenmenge, die abreisen will. Nichts zu machen. Ich setze mich auf den Vorplatz des Bahnhofs auf eine Kiste, mit Geduld gewappnet und mit dem Bewußtsein, daß es heißt, zu Fuß weiter – bis Vierzon, dem nächsten größeren Ort, etwa 70 km von Orleans.

Nach 7 langen Stunden sitze ich noch mitten in dem fieberhaften Betrieb, ohne Pavel. Was mag ihm begegnet sein? Ich werde unruhig, es sitzen noch viele bei mir, die ebenfalls auf Angehörige warten. Viele Lastwagen sind schon vollbeladen mit Menschen weggefahren, nahmen mit, was sie konnten N vor allem Frauen und Kinder, nur einen Koffer, keine Bicyclettes. Das hat zur Folge, daß so-vieles weggeschmissen wird, was nicht dringenst gebraucht wird. Es stehen Velos und weggeschmissene Koffer in Fülle herum. Jeder kann aussuchen, was ihm gefällt und mitnehmen, aber jeder hat ja selber sein Gepäck, ich sehe einen ganzen Ballen Betttücher, wertvolle Wintermäntel, Kleider, kaum jemand interessiert sich dafür. Das meiste bleibt liegen. Für Velos ist lebhaftes Interesse, die Soldaten vor allen sind des Gehens müde und eignen sie sich mit Freude an. Ein junger Mann offeriert mir ein Damenrad, ich kann ihm geben, was ich will, gerne drücke ich ihm 50 Fr in die Hand und freue mich, wenigstens können wir damit leichter gehen, das Gepäck draufpacken. Pavel wird sich freuen, aber er kommt und kommt nicht.

Alle zwei Stunden kommen die Flugzeuge und bombardieren die Stadt, ich bleibe apathisch sitzen, andere stürzen sich unter die Bäume und finden dort den Tod. Nein, mir ist es schon einerlei. Aber der Bahnhof scheint gefeit zu sein, nicht eine Bombe hat ihn erwischt, links und rechts und vor allem vorne die Strasse, die zur Brücke führt, sieht schlimm aus. Man kann sie nach dem 3. Raid nicht mehr passieren.

Mit dem Rad fahre ich meinem Mann entgegen und rechne bestimmt damit, ihm auf den nächsten 5 km zu begegnen. Ich fahre 15 km in wahnsinniger Angst um ihn. Dreimal kommen Flugzeuge und bombardieren die Strasse. Ich rase zurück und hoffe, daß sich Pavel inzwischen eingefunden hat. Aber nein. Was soll ich tun? Die Flugzeuge kommen nun schon jede Stunde, über meinem Kopf pfeifen die Bomben, vor dem Bahnhof brennt der Häuserblock links und rechts. Es stinkt furchtbar nach Leuchtgas, wahrscheinlich sind die Röhren geplatzt. Ich verbringe die ganze Nacht auf dem Bahnhof – hat es noch Sinn länger zu warten? Es gehen Gerüchte, daß die Brücke über die Loire gesprengt würde um die Deutschen zuhindern (. . .)

24 Stunden später. Hastig mache ich alle Umwege, die nötig geworden sind, um über die Brücke zu gelangen, es ist 11 Uhr, Sonntag, 16. Juni. Am Brückenende in der Mitte steht auf einem Monument ein armseliges Maschinengewehr und versucht sich gegen die Flieger zu wehren. Rechts davon liegt ein abgeschossenes französisches Flugzeug. Die Strasse geradeaus ist mein Weg; es ist schwierig sich an den Löchern vorbeizuschlängeln, auf der Strasse steht ein brennender Lastwagen, noch sitzen der Chauffeur und Begleiter tot darin, einer ein Schwarzer, die Flammen züngeln an ihnen, niemand kümmert sich darum. Nur nicht mehr hinsehen, es ist zu grausam, sie sind zwar beide tot, des Schwarzen weiße Augen sehen so gespenstisch aus, als ob er lache. Das Bild will mir nicht aus dem Kopf.

Eine Stunde kann man ruhig fahren und dann geht der Höllenlärm wieder los, in brennender Hitze und im Gestank schlängle ich mich wie ein Automat durch die Massen von gestauten Autos, Tanks, Militärwagen, Camions voll mit schreienden Frauen und Kindern, Bauernwagen, es hört nicht auf. Immer dasselbe Wirrwarr. (. . .) Eine Frau schwingt eine blutige Tasche, ihre Schwägerin ist von einer Kugel getroffen worden, sie ist verzweifelt und schreit laut ihr Leid in die Welt. Eine andere hat ihr Kind tot neben sich, sie schmeißt fünftausend Francs von sich, will nicht mehr leben. Die Soldaten bemühen sich um sie, versuchen sie zu trösten, ihr das Kind wegzunehmen, sie wehrt sich verzweifelt. Zu-

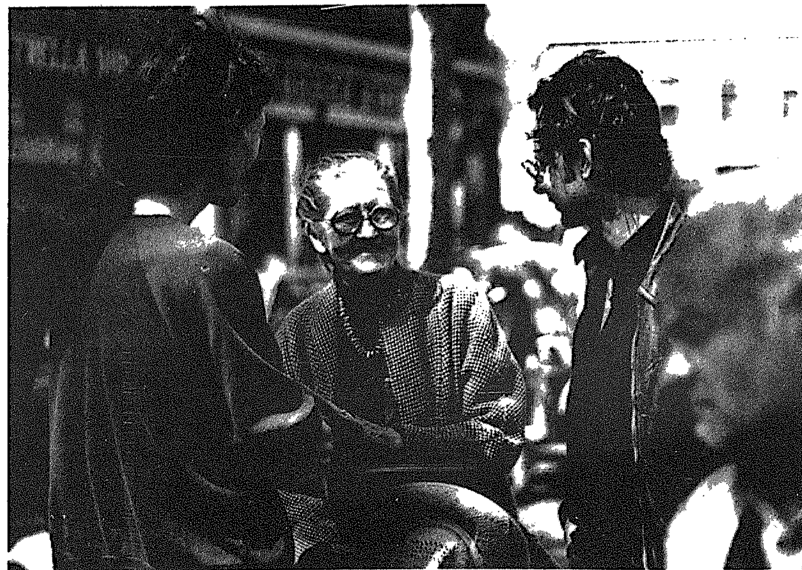
letzt sammeln sie das Geld auf und stecken es ein. Die Frau bleibt zurück. Weiter, weiter, schon 5 km dauert eine Autoschlange, die nicht weiterkommt, 4 und 5 Wagen nebeneinander; unten an der nächsten Eisenbahnstation wird Brot verteilt, welche Freude, alle rennen und bekommen soviel sie wollen. 5 und 6 Brote über den Rücken gebunden, jeder verstaut es wie er kann. Wenn bloß die Flugzeuge nicht kommen, welche Ernte kann der Tod hier halten. Ich setze mich in den Schatten eines Baumes, Brot mag ich nicht holen, nur ein bißchen ausruhen, und schon nahen 9 Bomber, wie starres Entsetzen überfällt es mich, jetzt wird es furchtbar. Ich stürze in den Park hinter mir, zwischen Bahnhof und Straße. Jetzt nur nicht allein sein, ich klemme mich zwischen einen Trupp Soldaten, sie sind rührend zu mir, nehmen mich in die Mitte und schon pfeift es über uns, die Erde erzittert, und wieder und wieder, wir halten den Atem an, wie tief sie sind, wir hören das Brummen, immer näher kommen, es kracht überall, die Hölle ist ausgebrochen. Irres Heulen, Sirenenbomben, wir werden über und über mit Erde verschüttet. Ich habe einen Moment zum Denken, jetzt ist es aus, wie wird es mein Mann erfahren?

Erstaunt graben wir uns aus dem Dreck und nichts ist uns passiert, wie ist so etwas möglich? Die fünf Soldaten sind alle erstaunt, nicht weit von uns hat eine Bombe eingeschlagen. Es ist noch nicht aus, die Flugzeuge lassen sich Zeit, noch kreisen sie und wieder kracht es, mir graut, wie wird das alles aussehen? Eine dichtere Menschenmenge konnten sie nicht ausfindig machen.

Nun sind sie weg, man hat kaum den Mut weiterzugehen, ein entsetzliches Geschrei hebt an, soviele Tote und Zerrissene, die wahre Hölle. Frauen sind wahnsinnig geworden, ein Baby liegt verlassen am Wegrand, man sucht die Mutter, sie ist weggerannt, die Ambulanz nimmt es mit. Sie arbeitet fieberhaft. Die Verwundeten sind erstaunlich schnell weggeschafft; Camions brennen, mit noch Menschen drin, die nicht die Zeit hatten, herunterzuspringen. Es ist Platz geschaffen worden durch dieBomben. Alle getroff enen Wagen werden auf die Seite geschafft. Eine Bombe hat mitten in den Bahnhof eingeschlagen, da liegen die Toten mit ihren Broten verstreut herum, die Brotverteilung ist aus. Da sind Tote ohne Wunden, mit weitaufgesperrtem Mund, gelb, erstickt, die Soldaten behaupten, eine 500 kg Bombe im Umkreise von 50 bis 75 Meter führe zu derartigen Toten – ohne Blutspur, nur weitaufgerissener Mund und grauenhaft entsetzt aufgerissene Augen.

Heraus aus dieser Hölle, vorwärts fliehen, ist der Gedanke aller Überlebenden und fieberhaft geht es weiter. Wo nimmt man diese Kraft her? Ich rase wie ein Automat davon, nur nicht denken, ich bin nicht ich, es ist ein anderes Wesen, das für mich reagiert. Auf dem Weg hören die Verheerungen nicht mehr auf, aber bloß nicht hinsehen, weiter, weiter. Es ist wie eine Hasenjagd. (. . .)

Nun trete und trete ich die Pedale mit dem Ziel Bordeaux, vielleicht finden wir uns dort wieder; in Paris hatten wir beschlossen dorthinzugehen. Bis Limoges stören die Flugzeuge hartnäckig, doch so schlimm ist es nicht mehr. Man gewöhnt sich nicht an diese verfluchten Vögel, immer wieder hat man Herzklopfen und atmet auf wenn sie vorbei sind. Kurz vor Limoges steht alles still auf der Strasse, »Waffenstillstand«, es geht wie ein Feuer durch die Reihen. Alles stoppt und ruft sich die Neuigkeit zu. Wie ein Alpdruck löst es sich, C'est fini, so ist das allgemeine Aufatmen. Hat die Verfolgung ein Ende?



Clara Thalmann in Nizza

29.9.86: *Der Schriftsteller Justus Franz Wittkopp* ist im Alter von 88 Jahren in Bad Homburg gestorben. Eine Trauerfeier gab es nicht, sein Leichnam wurde verbrannt, die Asche in die Nordsee gegeben. *Wittkopp* war kein Anarchist, trotzdem sei an ihn erinnert: Zweimal ist er aus einer deutschen Armee desertiert, 1918 und in Paris 1943; zur letzteren Desertation gibt es ein *Pariser Tagebuch (Bechtle-Verlag)*. Eines seiner verbreitesten Bücher war jedoch *»Unter der schwarzen Fahne«* (Fischer Verlag 1974), in der er eine lesenswerte Geschichte des Anarchismus zu schreiben versuchte. In einer alten Rezension von Lothar Baier (FR) zu diesem Titel lesen wir: »Das Sympathische an seiner Darstellung ist, daß sie den in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Polizeistandpunkt verwirft, für den Anarchismus und Terrorismus schlicht identisch sind; im Anarchismus sieht Wittkopp vielmehr den Versuch, mit den verratenen Parolen der bürgerlichen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – radikal Ernst zu machen . . .«



Photo: Wolfgang Haug

Autonomie-Projekte und anarchistische Perspektiven

FC Anarchia gegen Stagnatio Intelligentsiae – 0:1

Anarchismus-Tagung in der Ev. Akademie Arnoldshain

»Ihr denunziert den Anarchismus, betrachtet ihn höchstens als interessanten Ideengeber. Uns haltet Ihr für weltfremde Spinner, weil wir nicht so gemäßigt denken und handeln wie Ihr . . .«

Mit diesen Worten drückte ein Teilnehmer seine Kritik an einem Großteil der Referenten beim Schlußplenum der Tagung »Traum von der Autonomie – Konzeptionen anarchistischer Praxis« aus.

Drei Tage, vom 23. bis zum 25. Januar '87, sollte in der Evangelischen Akademie Arnoldshain über anarchistische Praxis diskutiert und gestritten werden. Zusammengekommen waren 11 Referenten/-innen, darunter immerhin vier engagierte Sprecher aus der libertären »Bewegung« (Wolfgang Haug, Ulrich Klemm, Harald Steiner, Horst Stowasser). 120 Teilnehmer/-innen fanden sich ein um zu hören, was Anarchisten/-innen so erträumen und wie sie sich ihre konkrete Praxis bzw. Neugestaltung ihrer Theorie vorstellen. Das Thema versprach eine Betrachtung und Auseinandersetzung mit den aktuellen Bemühungen von Anarchisten und Anarchistinnen. Die Tagung war ausgebucht.

Der Konflikt, der beim Schlußplenum offen hervortrat, drückte sich in Widersprüchen aus, die sich durch die gesamte Tagung zogen. Akademisierte Analysen standen eher praxisbezogenen Berichten über einzelne Projekte (z.B. Frauenarchiv Wiesbaden; das – vertreten durch Gerda Guttenberg und Marianne Zepp – allerdings für sich selbst sicher nicht von einem anarchistischen Selbstverständnis ausgeht) gegenüber. Referate und Vorträge dominierten, dabei wurde teilweise hemmungslos die Alternativbewegung mit der »anarchistischen« gleichgesetzt. So sprach *Rolf Schwendter* (Professor für Devianzforschung in Kassel; Devianzforschung = Forschung über Abweichungen von der Norm) anstatt wie angekündigt zur »Politischen Kultur der anarchistischen Bewegung«, über selbstverwaltete Betriebe und Projekte als Teil eines »sich kommunitär verstehenden Staatsabbaus«. Immerhin versuchte er sich permanent an das eigentliche Thema zurückzuorientieren; so definierte er beispielsweise die *Autonomie* als lohnendes Ziel, deren Grenzen an der Autonomie anderer Gruppen festzumachen wäre. Für die Selbstverwaltungsbewegung stellte er 22 einigermaßen verbindliche Normen fest, von denen er 14 als im Einklang mit dem Anarchismus ansieht. Dazu gehören beispielsweise: – alle Entscheidungen werden gemeinsam gefällt, – keine Hierarchien, – größere Vernetzungszusammenhhänge, die das Mitentscheiden aller zulassen (Bezugsgruppen, Urabstimmung, Delegation), – Rotation von Funktionsträgern, – 1 Mensch = 1 Stimme (also nicht etwa nach Kapitalanteil), – subjektive Befindlichkeit hat Vorrang vor Sachfragen, – flexible Regeln (Kinder-, Raucherdiskussionen), – ambivalente Stellung zu Experten, – Frauen-Quotierungsforderung, – Sensibilität gegen Ausgrenzung, – kollektive Formen den individuellen vorgezogen, dezentrale Kultur (Überschaubarkeitsanspruch).

Nicht dazu gehören – und das ist vielleicht für manche überraschend: die *politischen Normen*, ausgenommen noch die AKW-Frage, die Pershings, Südafrika; die Unterschiede beginnen schon bei der Gentechnologie, der Vergesellschaftsforderung, derFamilie oder profaner beim Auto, beim Computer . . .; auffallend sind die *Modewellen* (so wären nur zwei politische Gruppen kontinuierlich in der Friedensfrage aktiv: die DKP und die Graswurzler), nicht diskutiert sind »Rand«-Themen, wie die Abschaffung der Irrenhäuser; menschliche Grenzen treten bei der abstrakten Ablehnung und mehr oder weniger heimlichen Nutzung industrieller Produkte auf. Bestehendes Recht (Vereinsrecht, beschränkte Haftung etc.) bildet für die Selbstverwaltungsbewegung keinen Grund zur Kümmernis und eine Staat ist auch nicht *das* Problem, so hat die Parole »vom Staat nehmen« gegenüber der »Staatsknete verweigern« schnell und leicht gesiegt und das Vertauen auf die eigene Kraft schnell ersetzt. Einer Zusammenarbeit mit dem Staat – den militärischen Bereich als einzigen wirklich ausgenommen – steht nichts im Wege, im Gegenteil: schnell sind Forderungen nach schärferen Gesetzen gegen Umweltverbrecher und Vergewaltiger ausgesprochen. Während Anarchisten in Gesetzen jedweder Art vor allem eine Fortschreibung realer Machtverhältnisse sehen, ist der Großteil der Alternativbewegung auf reformerische Verände-

rungen via DIE GRÜNEN fixiert. Auch das Mindesteinkommen, als Restvorstellung von alternativer Sozialversicherung, wird selbstverständlich vom Staat gefordert. Kurz und schlecht: während für die Anarchisten/-innen die Lebensgestaltung in Einklang mit den Zielen zu bringen ist, ist der 18-Stunden-Tag in der Selbstverwaltungsbewegung möglich, sofern man noch einmal pro Woche in die BI oder frau einmal pro Woche in die Frauengruppe geht. (Soweit Schwendter, inwieweit die Übergänge fließend sind und er hier den Anarchisten/-innen schmeichelt, überlassen wir jeder/m Leser/-in selbst.)

Anderen Referenten muß ein solcher Bezug zum Thema hingegen gänzlich abgesprochen werden. Prof. Dr. *Joachim Glaeßner* aus Berlin hielt einen Vortrag zur »Idee der Gemeinschaft zwischen Utopie und Reaktion« und fand in der üblichen sozialdemokratisch geprägten Manier die Vergleichspunkte für die heutige Alternativbewegung vor allem im völkisch-reaktionären Flügel der Jugendbewegung vor dem ersten Weltkrieg. Wobei er weder der heutigen Alternativbewegung, noch insgesamt der damaligen Jugendbewegung gerecht wurde. Daß er die damaligen anarchistischen Ansätze gar nicht in seinen Vergleich miteinbezog, aber die Anarchisten von heute durchaus als mitbehandelt ansah, legte die Armseligkeit seines Ansatzes bloß. Bei der sonntäglichen Plenumsdiskussion direkt darauf angesprochen, was er sich eigentlich von dieser Tagung versprochen hat, ließ er – wenigstens ehrlich – wissen, daß es ihm natürlich um die Vereinnahmung anarchistischer Impulse ginge.

Den Gipfel urdeutschen Forscherfleißes kultivierte der Regensburger Ökonom und Jungdoktor *Ulrich Wittmann*. Er brachte es in einer Intensivstunde fertig, die zur Verfügung stehende Tafel in ein Beuys'sches Kunstwerk à la Geist und Materie zu verwandeln. Mit messerscharfer Logik und wahrhaft gekonntem Formelreichtum wies die Spezie homo oeconomicus nach, daß Alternativökonomie gar nicht alternativ ist. »Es kann nicht sein, was nicht sein darf«. Dabei reduzierte er mit der Formel U = f(W, P) das menschliche Handeln, was bedeuteten sollte: Menschliches Wohlbefinden ist eine Funktion von Konsummöglichkeiten und der Art der Produktion. Seine wirtschaftstheoretische Heimat legte er genausowenig offen, wie seine politische Absicht. Herauskam, – trotz undiszipliniertem Publikum, das sich Lachanfälle undZwischenrufe nun nicht mehr länger verkneifen konnte, – daß hier und heute, im Bannkreis des Kapitalismus letztlich jeder Versuch eine alternative Ökonomie zu entwickeln von vornherein sinnlos sei, da die Logik des Systems schließlich funktionierende Alternativbetriebe aufsaugt und letztlich kein Unterschied mehr zu einem kapitalistisch orientierten Unternehmen bestünde. Es schien sein Interesse zu sein, wie man die hohe Identifikation des Arbeiters in einem selbstverwalteten Betrieb und damit die Möglichkeit zur Mehrarbeit (Selbstausbeutung) für einen normalen kapitalistischen Betrieb verwertbar machen könnte. Eins hatte der gute Doktor außer acht gelassen, zwar nur eine Kleinigkeit, aber immerhin: den politischen Anspruch, der sich ja nicht erschöpft in dem Bestreben, so viel Selbstverwirklichung wir nur möglich rauszuschlagen. Dieser Faktor war ihm nicht wichtig, obzwar er das Ergebnis seiner wissenschaftlichen Arbeit durchaus verändern würde. In Einzelgesprächen mit Zuhörern seiner Richtung stellte sich heraus, daß sie die gesamte Selbstverwaltungswirtschaft lediglich ökonomisch begreifen und zwar als Kennzeichen der Rezession, d.h. beim nächsten wirtschaftlichen Aufschwung sehen sie die qualifizerten Alternativler zu gutbezahlten Jobs überwechseln. Daß die Selbstverwaltungsbewegung ihren Ursprung in der bewußten Entscheidung zum Arbeiten ohne Chef und im Kollektiv hat und bereits vor der Rezession begann, scheint all diesen *Neuinteressierten* entgangen zu sein. Fazit: ???



Photo: Dörrwies'ler

Mit in diese Kritik einzubeziehen ist auch die Abschlußrede von Prof. Dr. *Micha Brumlik* (Zeitschrift *LINKS*), die in ganzer Schärfe den »kleinen Unterschied« deutlich machte zwischen Anarchismus und marxokratischer Staatshörigkeit. Der Vortrag »Anarchismus zwischen Kant und Bakunin« zeichnete sich durch Stringenz aus; die weitgespannten ideengeschichtlichen Hintergründe von Rousseau und Kant bis Bakunin und Kropotkin wurden sehr verständlich entwickelt – bis zwei Minuten vor Schluß. Bis dahin: alles lobenswert, was die Anarchisten so dachten und machten, weg mit den Autoritäten, mit der Religion, mit dem Eigentum, der Ehe usw. Aber dann der Staat. Wie *Otto Schily* läßt auch Micha Brumlik keinen Zweifel am Machtmonopol des Staates aufkommen. Und hier kommt der gelernte Pädagoge mit der verblüffenden Erklärung: da der Mensch, so wie er die Fähigkeit zum Guten habe, auch die zum Bösen hat, braucht es eine übergeordnete Instanz, die schließlich alles regelt. Punkt um. Das Vertrauen der Anarchisten/-innen in die Fähigkeit des Menschen zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sei unverantwortlich lautet denn auch die Strafpredigt des Herrn Brumlik.

Und die Anarchisten?

Harald Steiner aus Wien zeigte durch konkrete Beispiele auf, wie durch geschickte Nutzung öffentlicher Medien (z.B. Telefonnetz) eine anarchistische Öffentlichkeit sehr zum Nutzen der Unterdrückten, hergestellt werden kann. *Horst Stowasser* verblüffte wieder mal seine Zuhörer mit der genialen Einfachheit der Vernetzung von Projekten. Sein Ziel dabei: Geld – Politik – Privates zu verbin-

den. Ausgehend von der Frage, was ist anarchistisches Politikverständnis und der Anwort: die Verankerung im Alltag, versucht er ein Konzept zu entwickeln, das in die Praxis umgesetzt werden kann. Dabei will er bewußt keine Scene-Strukturen aufbauen, sondern herkömmliche Strukturen (wie einen Kiosk) übernehmen und die Besucher/-innen allmählich an veränderte Form und Inhalt gewöhnen. Eines seiner Grundproblemedürfte die Gradwanderung zwischen Anpassung an die bestehende Normalität und Veränderungspotential seines Projekts werden.

Die Arbeitsgruppe »Pädagogische Projekte« war mit ca. 50 Teilnehmern sehr gut besucht, konnte in der kurzen Zeit jedoch nur einzelne Aspekte aufgreifen. Die beiden Referenten *Micha Brumlik* (Heidelberg) und *Ulrich Klemm* (Ulm) gaben zunächst einen Überblick über Theorie, Praxis und Geschichte anarchistischer (Anti-) Pädagogik. Im Zentrum der anschließenden Auseinandersetzung standen die Bildungspolitik und -praxis. Heftig diskutiert wurde die Frage nach Sinn und Unsinn schulischer Bildung, bzw. die Möglichkeiten der Alternativschulbewegung als Focus einer zukünftigen Schul(rechts-)reform — d.h. einer Entstaatlichung und Liberalisierung des Staatsschulsystems — zu wirken. Wobei Brumlik von der Notwendigkeit von Staatsschulen nicht abging. Konsens bestand bei der These, daß sich Schule heute wie vor 100 Jahren als ein Ort der (möglichen) Repression präsentiert, als »parapolitische« Institution von Dritten abhängig ist und Reformen einen schweren Stand angesichts der derzeitgen Verfaßtheit der BRD haben. Es wurde darüberhinaus deutlich, daß das Thema Bildung und Erziehung aus libertärer Sicht in den letzten Jahren kaum diskutiert und vernachläassigt wurde, Diskussionszusammenhänge entwickeln sich erst langsam und es besteht Unklarheit über Ziele, Möglichkeiten und Traditionen.



Photo: Uli Mamat

Recht schwer hatte es Wolfgang Haug (SF) mit seinem Thema »Anarchismus und Arbeiterbewegung« in der vermutlich größten Arbeitsgruppe; sein Thema wurde so gründlich mißverstanden, daß wir es an dieser Stelle etwas ausführlicher vorstellen wollen. Er versuchte auf Veränderungen im Arbeitsbereich und den daraus abzuleitenden Forderungen für eine emanzipative Bewegung aufmerksam zu machen. Dabei stellte er zunächst die Haltung deutscher Anarchisten (Berliner Kongreß 1921) zu den Gewerkschaften dar, wo sich bereits die Tendenz fand, daß die Anarchisten im Gegensatz zu den Syndikalisten ihre revolutionäre Tätigkeit keineswegs auf den wirtschaftlichen Kampf beschränken, sondern sie auf alle erreichbaren Felder ausdehnen wollten. Trotz dieser interessanten Tendenz war es für die damaligen Anarchisten eine Selbstverständlichkeit Perspektiven in revolutionären Gewerkschaftskämpfen zu sehen, und sie lehnten lediglich die Tendenzen zur Sozialpartnerschaft rigoros ab. Daß eine solch revolutionäre Linie, die auf den Bruch mit dem Kapitalismus zielt, in den heutigen westlichen Konsum-Demokratien keinen Massenzuspruch mehr erntet, belegen die Schwierigkeiten der CNT-AIT, die als einzige spanische Gewerkschaft den Sozialpakt nicht unterzeichnete und seitdem um ihre Anerkennung als gesellschaftliche Kraft ringt und mehrere Abspaltungen hinnehmen mußte. Daß die gesellschaftsverändernde bzw. mitprägende Rolle der Gewerkschaften (auch der reformistischen) überhaupt in Frage steht, ist aus der Forcierung neuer Technologien abzuleiten, die die Zahl der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter/-innen systematisch verringert und in Bereiche abdrängt (Heimarbeit, Dienstleistungen, Honorartätigkeiten, Zeitverträge etc.), wo sie nicht mehr organisiert ins »Räderwerk der Geschichte« eingreifen können. Während sich die Industrie also einerseits tendentiell vom Menschen (zumindest von den Massenarbeitern) unabhängiger macht, bringt die zunehmende Technisierung der Menschheit nichts ein, weil Arbeitsethos und Integration ins Funktionieren-müssen unhinterfragt bleiben und gerade im Dienstleistungsbereichvermehrt gefordert werden. »Errungenschaften« wie der 8-Stunden-Tag sind gegen eine atomisierte Arbeiterschaft auf lange Sicht sogar leichter zu untergraben. *Toni Negri* stellte aus der Sicht des Kapitals die These auf: »Das Proletariat ist um so produktiver, je zerstreuter und zersetzter es ist; . . . das kapitalistische Projekt zielt also auf die politische Zersetzung und Zerstreuung der Klasse.« *Agnoli* ergänzt, daß »Heimarbeit kein naturwüchsiger Prozeß, sondern vielmehr die strategische Antwort des Kapitals auf Streikbewegung, Absentismus (Krankfeiern) und Sabotage« ist. Wenn man/frau dem folgt, dann erscheint auch die *Volkszählung* in einem neuen Licht: Effektiv wird eine solche Restrukturierung des Kapitals nämlich nur, wenn a) die Produktionsprozesse automatisiert werden und b) die Reproduktionssektoren trotz ihrer Atomisierung in Heimarbeit zentral erfaßt und kontrolliert werden!





Photo: Dörrwies'ler

Die Aufgabe, die Wolfgang Haug sich und seinen Zuhörern/-innen stellte (und die aufgrund von Mißverständnissen und Vorwürfen – »Gewerkschaftsfeind«, »Unisprache«, usw. – in keinster Weise diskutiert werden konnte), war die Frage nach sinnvollen Widerstandsmöglichkeiten. Die Beantwortung wollte von Negris Folgerungen ausgehen, der für Italien formulierte: »je mehr das Kapital die Normen der Produktion auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnte, um so mehr drang auch der Kampf in all diese Bereiche ein.« Diese Einschätzung führte Negri z.B. zu Forderungen wie »weg vom Lohnkampf hin zum garantierten Mindesteinkommen«, »weg von Verhandlungen hin zur Aneignung«, »weg vom Gewerkschaftertum hin zur Selbstverwaltung«. D.h. mit anderen Worten: die gesellschaftliche Perspektive zur drohenden Atomisierung ist die der Autonomie, der Selbstorganisation des Arbeitstags, der Möglichkeit Freiheit zurückzuerobern, – die Widerstandskraft erwächst dann jedoch aus dem Bereich des Zusammenlebens und der müßte – um ein Potential für Stärke zu sein – wieder verstärkt kollektiv organisiert werden, damit das kapitalistische Konzept der Vereinzelung nicht aufgeht. Oder: das emanzipative Subjekt sind all diejenigen, die im gesamtgesellschaftlichen *Reproduktionsprozeß* stehen, das führt z.B. – und darauf hat die feministische Bewegung schon früh hingewiesen – zu Forderungen wie Lohn für Hausarbeit, den eine freiheitliche Gesellschaft aus ihrem Arbeitsertrag selbstverständlich zur Verfügung zu stellen hätte.

Aber: wenn Widerstand im Freizeitbereich, im Wohnbereich etc. organisiert werden muß, stellen sich mehr Probleme als gewohnt. Denn via Konsum »kümmert« sich der Kapitalismus um diese Bereiche schon viel länger und weit intensiver als emanzipatorische Bewegungen.

Arnoldshain war seitens der Anarchisten/-innen die Teilnahme wert, auch wenn sie zumeist schlecht vorbereitet waren, um den Vereinnahmungstendenzen wirkungsvoll zu begegnen. Eine Erfahrung, die zu der Forderung an die Veranstalter führte, in den Ankündigungen oder bei der Anmeldung allen Teilnehmern/-innen deutlich zu machen, auf welche Veröffentlichungen z.B. sich ein Referent/-in stützt, damit eine Vorbereitung möglich wird. Kritisiert wurden alle männlichen Referenten – mit der Ausnahme Rolf Schwendters – auch für ihre maskulin-dominante oder gar militarisierte Sprache (Strategien, Taktik). Die Selbstkritik des Publikums an der eigenen Duldsamkeit gegenüber einem auf Konsum angelegten Programm kam zu spät und zu zaghaft. EineSelbstkritik, die, wäre sie früher gekommen, insbesondere dem anarchistischen Teil des Publikums einige langweilige oder ärgerliche Vorträge erspart hätte.

(Dieser Bericht ist eine Montage aus vier der Redaktion eingereichten Berichten von Gerhard, Pedro, Ulrich und Wolfgang)

A-Szene

Libertäre Tage Ostern '87 in Frankfurt vom 16.4. bis 20.4. in der Fachhochschule am Nibelungenplatz

Der voraussichtliche Ablauf ist wie folgt diskutiert worden:

16.4.
19 Uhr: Plenum – Infos, Organisatorisches, Themenvorstellung etc.
20 Uhr Veranstaltungen/AG's zu Japan, Irak-Iran-Krieg, Polizeiwaffen, Anarchismus und Homosexualität

17.4.
10 Uhr: Plenum, Finanzierung (15.-DM), Einführungsreferate zu Soziale Bewegungen (Innen- und Außenansicht), Frauen
12 Uhr: AG's zu »Der tägliche Kampf, politische und kulturelle Gettosituation« (Michael Wilk); Selbsthilfe und Selbstschutz (Sanigruppe Rhein/Main); Italien; Anarcho-Syndikalismus.
12 Uhr: AG's zu: Italien, Ökonomie, Soziale Bewegungen (3 Themen), Frauen, Indianerkommune.
15 Uhr: Eritrea; Volkszählung; Knast-Gefangenenarbeit (Red. Haberfeld), Osteuropa (DDR, Polen, Bulgarien)
20 Uhr: Veranstaltung zum Thema *AIDS*

19.4.
10 Uhr: Plenum, Einführungsreferat zur Inneren Sicherheit
11 Uhr: AG Internationalismus; Griechenland; AIDS; Antipädagogik (FLI-Hunsrück); Innere Sicherheit.
15 Uhr: Libanon; Frankreich; Anarchistische Kulturkritik; Libertäre Medien (SRKK); Jobber.
20 Uhr: Großes Fest

20.4. (Montag!):
11 Uhr: Plenum – Ergebnisse-, bzw. Interessendiskussion – AUFRÄUMEN!

Anm.: die AG's zum Thema Soziale Bewegung werden unterteilt in Der tägliche Kampf . . ./Bestimmung sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen aus sozialrevolutionärer Sicht/Versuch einer Kritik an sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre; (Indianerkommune Nürnberg) Kinderrechte; ökonomische Kämpfe (Jobberini Frankfurt).
15 Uhr: Anarchisten und Homosexualität; Frauen AG
18 Uhr: Selbstschutz
20 Uhr: Atheistenfete

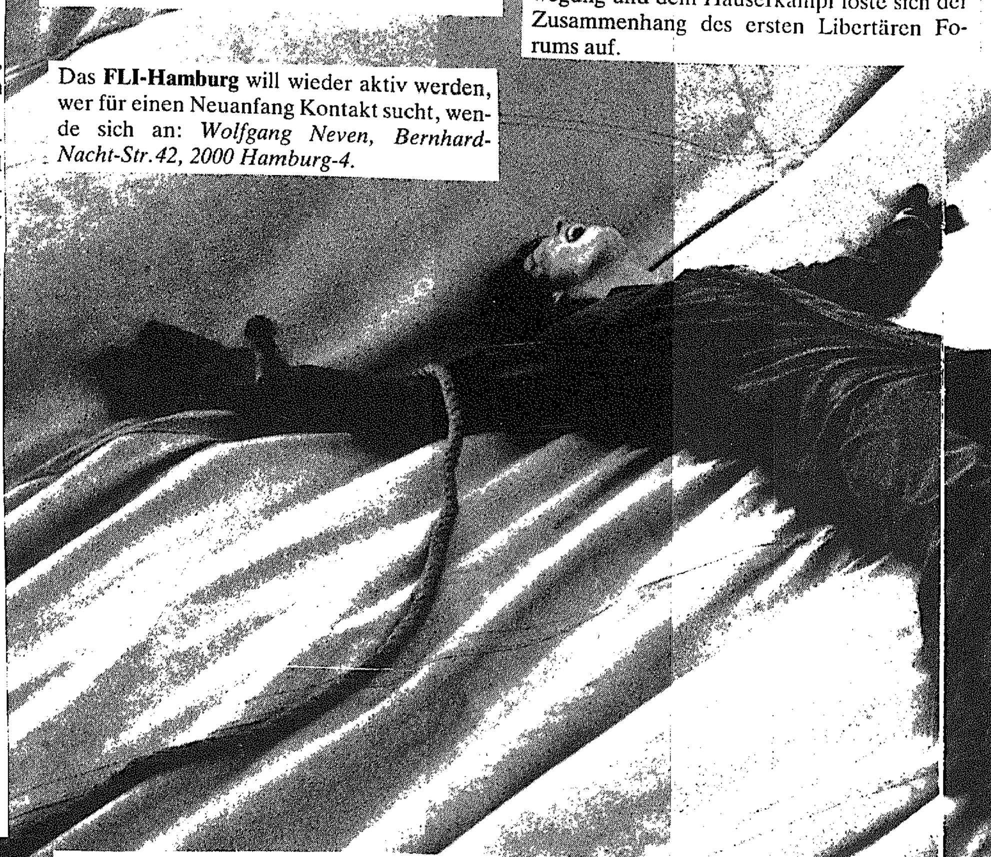
18.4.
10 Uhr: Plenum, Einführungsreferate zu Ökonomiefragen heute (DGB, Rationalisierung etc.) (FAU Frankfurt); Internationalismus

Plakate und Flugblätter gibt es seit dem 1.3.

Alle Teilnehmer/-innen sollten sich auf jeden Fall anmelden, da das *Libertäre Zentrum Frankfurt* noch nicht überblickt, ob 500 oder 2000 kommen wollen und dementsprechend vor Organisationsproblemen steht, die soweit als möglich vorher geklärt werden müssen. Kontakt: *Libertäres Zentrum, Kriegkstr. 38, 6000 Frankfurt, Tel. 069/7381152.*

Spenden für die Organisierung bitte auf das Konto: G. Neumann (L.T.), Postgiro Frankfurt, BLZ 500 100 60, Nr. 500 812-602.

Das **FLI-Hamburg** will wieder aktiv werden, wer für einen Neuanfang Kontakt sucht, wende sich an: *Wolfgang Neven, Bernhard-Nacht-Str.42, 2000 Hamburg-4.*



Libertäres Forum Berlin: Vor fünf Jahren, Anfang 1982, ergriff die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK) die Initiative, um Bedingungen für einen Diskussionszusammenhang der unterschiedlichen libertären Positionen zu schaffen.

Damit knüpfte sie an die Idee an, die bereits 1978 durch eine »Initiative für ein Libertäres Forum« als ein Bedürfnis formuliert wurde »sich mit Theorie und Praxis des Libertären Sozialismus auseinanderzusetzen«. Damals angemietete Räumlichkeiten in der Kreuzberger Eisenbahnstraße sollten »die Arbeitskontinuität der dieses Forum tragenden Gruppen und Einzelpersonen gewährleisten, um einen größeren libertären Zusammenhang zu ermöglichen. In Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Gesprächen soll allen Interessierten Gelegenheit gegeben werden, sich mit den libertären Ideen: Undogmatischer Sozialismus, Rätesozialismus, Anarchismus, Anarcho-Syndikalismus, Syndikalismus, freiheitlicher Sozialismus . . . zu beschäftigen. Aus diesem Diskussionsprozeß sollen sich gemeinsame Aktivitäten entwikkeln, bestimmt nach den jeweiligen Interessen und Bedürfnissen.« (Juni 1978) Im Juli 1978 wurde ein eingetragener Verein »Libertäres Forum« gegründet.

Bis ca. 1981 existierte dieses *erste Libertäre Forum*, zuletzt mit Kontaktmöglichkeiten über den »Mehringhof« und der »Hauspostille *Engel Luzifer*«. Mit der Instandbesetzerbewegung und dem Häuserkampf löste sich der Zusammenhang des ersten Libertären Forums auf.

Ende 1981 erklärte die IDK über Sinn und Zweck des *zweiten Libertären Forums*: »Wir leben in einer Zeit der Resignation vor der intellektuellen Anstrengung und der modischen Hinwendung zur politischen Interessenlosigkeit. Der Sturz vom Viadukt unserer Zuversicht ist der freie Fall ins Bodenlose.« – Es sollten die unterschiedlichen anarchistischen Theorie und Praxisansätze in öffentlichen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt werden. Oder: um realistische Perspektiven für eine libertäre Politik zu erarbeiten, wollte man die heutige Gesellschaft analysieren und libertäre Konzepte und Ideen weiterentwikkeln.

Das *Ziel*, einen *kontinuierlichen Bezugsrahmen* der kritischen Auseinandersetzung und Diskussion herzustellen, an dem Individuen, Gruppen, Organisationen, Verlage, Zeitschriften-Redaktionen aus dem Spek-

trum der libertären Szene im weitesten Sinn beteiligt sind, wurde nicht erreicht. Nur punktuell, für einige Veranstaltungen, entstand ein breites Interesse. Es gibt die individuell unterschiedlichsten Gründe, weshalb eine Kontinuität nicht erreicht wurde . . . Durch das Libertäre Forum entstanden Gesprächsgruppen und Diskussionszusammenhänge, die für einige Zeit unabhängig existierten und manchmal Veranstaltungen vorbereiteten. Aus dem organisatorischen Zusammenhang der IDK wurden in der fünfjährigen Geschichte des Libertären Forums über 30 Veranstaltungen durchgeführt. . . . Aus dem Veranstaltungsprogramm von 1982 bis 1986 kristallisierten sich folgende Themenkomplexe heraus (eine genaue Liste kann angefordert werden):

– historische und theoretische Grundlagen libertären Handelns
– Freiheits- und Menschenrechte
– Militarismus und Anti-Militarismus
– Anarcho-Pazifismus
– aktuelle libertäre Praxisansätze
– Gewerkschaftsfrage, Syndikalismus und Anarcho-Syndikalismus

Das weitere Programm des Libertären Forums Berlin ist in Vorbereitung und soll von den Themen erweitert werden. Persönliche *Kontaktmöglichkeit* besteht jeden 1. Dienstag im Monat in unserem Büro um 19 Uhr. Aktuell bestehen Diskussionszusammenhänge zum Anarcho-Syndikalismus und zu einem Publikationsvorhaben mit dem Arbeitstitel »Gewaltlose Revolution«.

Wolfram Beyer

Kontakt: Libertäres Forum Berlin, Gneisenaustr. 2a, (Mehringhof), Aufgang 3, 4.Stock, 1 Berlin-61, Tel. 693 80 21, (U-Bahn: Mehringdamm).

A-Szene/Libertäre Zentren

Libertäres Forum Wuppertal gegründet. Aus der Selbstdarstellung: »Wir haben mit dem Forum einen lokalen Rahmen, der uns über punktuelle und situative Einzelaktivitäten hinausgehend einen Zusammenhang schafft, um . . . zu agieren, statt zu reagieren, »größere Sachen« vorzubereiten: Demos, Orgien, Veranstaltungen etc. Kurz: Wir wollen von der »Anarchie« was haben, hier und jetzt!«
Kontakt: *Libertäres Forum Wuppertal, c/o Taubenschlag, Friedrich-Ebertstr. 238, 5600 Wuppertal, (Schwebebahnstation Westend).*

Anm. d. SF-Red.: Dabei fällt uns ein: »Eure« *Anarchistische Gruppe Elberfeld* hat am 12.12. eine Veranstaltung zum Thema »Jugend KZ's im 3. Reich« gemacht. Gibt's dazu ein Manuskript, zwecks überregionaler Verbreitung im *SF?*
Vom **12.–14.12.1986** fand in Regensburg das 3. Treffen der *Anarchistischen Föderation Nordbayern* **(AFN)** statt. Das nordbayrische Föderationstreffen hat sich mittlerweile als Diskussionsforum der libertären und anarchistischen Gruppen aus diesem Raum etabliert. Neben der Arbeit der Gruppen in den Städten halten wir die Erarbeitung gemeinsamer Inhalte, und die Diskussion der Kontroversen, innerhalb der libertären Bewegung für notwendig. Nur so können wir zu einem Organisierungsprozeß kommen, der es ermöglicht, daß sowohl Aktionen, als auch der Kampf um die Herzen und Köpfe, die Öffentlichkeitsarbeit, koordinierter und effektiver ablaufen.

Eine der AG's auf dem Regensburger Treffen beschäftigte sich mit dem Thema Kriminalisierung, besonders aktuell durch das Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung zwei Wochen zuvor. Dazu war eines der wesentlichen Ergebnisse die Notwendigkeit, von unserer Seite aus Bündnisse zu suchen mit dem linksliberalen Spektrum, um so lange wie möglich die Chance zu haben, öffentliche Treffen und Konferenzen durchzuführen. Weitere AG's gab es zu *Anarchafeminismus* und *Anarchistische Perspektiven*. Während der öffentlichen Auftaktveranstaltung des Föderationstreffens war ein massives Bullenaufgebot in der Stadt. In der Nähe der Gaststätte, wo am Sonntag das Plenum stattfand, patrouillierten sie am Abend zuvor mit MP's und Hunden. Inwieweit ein Zusammenhang mit dem Föderationstreffen bestand, ist noch nicht ganz klar. Möglicherweise sollte das Treffen gesprengt werden, was daran scheiterte, daß wir kurzfristig auf einen anderen Tagungsort ausgewichen sind.

Nichtsdestotrotz laden wir alle libertären, anarchistischen, autonomen . . . Gruppen aus Nordbayern und Umgebung ein zur Mitarbeit bei den Arbeitsgruppen und zum nächsten Föderationstreffen in *Würzburg vom 30.4.–3.5.87*. Dort sind folgende AG's geplant:

– *Anarchafeminismus*, Männer und Frauengruppe
– Neokonservatismus und Rechtsextremismus
– Technikkritik und neue Technologien – insbesondere Mikroelektronik/Automatisierung
– Gentechnologie

Am 30.4. gibt's eine Auftaktveranstaltung zum Thema »Frauen und Arbeit« und am 1. Mai eine Demo. Außerdem natürlich Fest etc.
Kontakt: *Libertäres Forum Regensburg, Postlagerkarte 028578C, 8400 Regensburg-1.*

Anarchistentreffen 1922



Reichskommissar
für Überwachung der öffentlichen
Ordnung.
J.-Nr. 1863/22. I.

Berlin NW. 40, den 21. Februar 1922.
Alsenstraße 8.
Fernsprecher: Zentrum

R. M. d. Innern
23.2.1922
VII 1457

Betrifft: Anarchistenkongress.
Bezug: VII. 764 vom 11.2.22.

Der im Bericht Nr. II 15543/22 vom 25.1.22 des Preussischen Herrn Staatskommissars an den Herrn Reichsminister des Innern erwähnte Internationale Anarchistenkongress begann am 26. Dezember 1921 in Berlin und tagte bis zum 29. Dezember 21. Die Versammlungen wurden unter umfassenden Vorsichtsmassregeln, bei täglichem Wechsel des Tagungslokals, abgehalten. Die ausländischen Teilnehmer haben, soweit vertraulich ermittelt werden konnte durchweg keine Einreiseerlaubnis gehabt. Sie sind inzwischen wieder abgereist. Neben der scharfen Stellungnahme der Kongressteilnehmer gegen die Diktatur rechtsstehender Parteien, ist von den bei dieser Tagung gefassten Beschlüssen nur noch von wesentlicher Bedeutung, dass anscheinend wieder ein internationales Anarchistenbüro gegründet werden soll, wie es in der Vorkriegszeit in Holland bestand. Das Büro soll diesmal seinen Sitz in einem der skandinavischen Länder erhalten und ein internationales mehrsprachiges Bulletin herausgeben.

Nach dieser internationalen Anarchistentagung fand am 1. und 2.Januar 22 in Berlin im Gewerkschaftshaus unter dem Namen "Naturschutz-Kongress" ein weiterer Anarchistenkongress statt, der von etwa 200 Personen besucht war. Veranstalter und die meisten Mitglieder sind, soweit festgestellt werden konnte, harmlose Anarchisten der vor dem Kriege von Landauer geführten Richtung, die auf Gründung kommunistischer Kleinsiedlungen ging. In dieser besonderen Form des kommunistischen Anarchismus spielen auch die Worpsweder Edelanarchisten eine Rolle. Ein Gewiener H a r j e s -Worpswede macht für den "Arbeiter-Siedlerhof "Freie Erde" , der jetzt die Bezeichnung "Erdbund" führt, Propaganda. Die Mitglieder des "Erdbundes" sind gegen die Anwendung jeglicher Gewalt. Die anarchistische Bewegung, die jetzt im allgemeinen von terroristischen Propagandamitteln absieht, ist zur Zeit in Deutschland ohne jede Bedeutung. Sie hat auf die Arbeiter wenig Einfluss.

An das
Reichsministerium des Innern
B e r l i n.

Pol 22

Von der Sozialen Bewegung zur Sozialen Revolution? – eine Einstimmung für die Libertären Tage

von Michael Wilk

Das große Wort vom »revolutionären Handeln« in die Tat umsetzen, heißt Grenzen zu überschreiten . . .; zum Einen die von außen aufgezwungenen Grenzen staatlicher Ordnung, zum anderen die unseres eigenen Bewußtseins.

Wir sehen uns einem System gegenüber, dessen Fähigkeit flexibel auf diverse soziale Bewegungen zu reagieren, sich immer wieder neu beweist. Dies zeigt sich nicht nur am altbewährten »Strickmuster« der parlamentarischen Wiedereingliederung (siehe das Beispiel der Anti-AKW-Bewegung und der GRÜNEN); sondern auch auf anderen gesellschaftlichen Bereichen (nehmen wir beispielsweise Kultur und Sexualität) gelingt es immer wieder, Strömungen, die ursprünglich grenzüberschreitenden Charakter zu haben schienen, zu eliminieren oder sogar im Sinne einer gesellschaftlich stabilisiernden Form zu integrieren und damit ins Gegenteil zu verkehren.

Trotz der Erkenntnis über diesen Sachverhalt orientiert sich das, was wir als »unseren Widerstand« zu bezeichnen pflegen, oft nur an spektakulären Projekten des Gegners. Ohne die Bedeutung solcher »Ein-Punkt-Bewegungen« (Startbahn, WAA u.v.a.) herabzuwürdigen, ist festzustellen, daß der Aufbau einer echten sozialen Gegenstruktur, durch das kräfteverschleißende Springen von einem zum nächsten Punkt, meist auf der Strecke bleibt.

Nicht selten sind unsere Antworten (!) auf die Unmenschlichkeit des Staates nicht mehr als stereotype Handlungen, die oft schon längst nicht mehr positive Denkanstöße in unserem, oder unserer Mitmenschen, Bewußtsein auszulösen vermögen.

Wir laufen immer mehr Gefahr uns mit unseren Aktionen und Reaktionen auf einer Ebene zu bewegen, die für unsere Gegner bei weitem ungefährlicher ist (im Sinne einer Systemdestabilisierung) als für uns (im Sinne diverser Repressionsmittel).

»Politische« Arbeit in einer sich permanent wiederholenden selbstbestätigenden Weise ist *auch* Anpassung bzw. Teil bestehnder gesellschaftlicher Mechanismen; begründet durch die Unfähigkeit die »Infragestellung der Gesellschaft« auf die eigene Person und ihre Denkschemata auszudehnen.

Die scheinbare Radikalität automatisch ablaufender Handlungen, die sich immer wieder selbst bestätigen, gefolgt durch die ebenso automatischen Reaktionen des Staates, ist nur Methode, geradezu zum System gehörend – nicht Revolte.

So ist zum Beispiel, die an eine Pawlowsche Reaktion erinnernde Verhaltensweise diverser Demonstrationsteilnehmer/-innen, auf eine von Polizei entblößte Bankscheibe nicht unbedingt Ausdruck sozialrevolutionären Verhaltens, nur weil eben diese Verhaltensweise staatlich sanktioniert wird.

Mit anderen Worten: Wir sind unter Umständen mit einem Gutteil unserer Verhaltensmuster (auch der »Militanten«) voll integrierter Bestandteil eines wechselseitigen vielschichtigen Systems gesellschaftlichen Funktionierens; mit der Gefahr zu keinem Zeitpunkt mehr die eigentlichen Grundfesten dieses Funktionierens erschüttert zu haben.

Je eingefahrener, je stupider und berechenbarer wir uns verhalten, desto schwerer ist es für uns aus der Gettorolle einer »sozialen Randerscheinung« auszubrechen, in der uns die staatlichen Sozialhygieniker gern festnageln würden.

Der Weg, der aus diesem geistigen und sozialen Getto führt, kann nur beschritten werden über die immer wieder neu erforderliche Analyse gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse einerseits, und über die konsequente Infragestellung der Szene-eignenen-Werte, der hier herrschenden Moral und der daraus resultierenden Verhaltensmuster andererseits.

Bekanntermaßen entspricht in weiten Bereichen unser Verhältnis von anarchistischer Praxis und Theorie, dem eines in der Dunkelheit umhertappenden Wanderers zu den vereinzelten Sternen am Firmament; im besten Fall eine grobe Orientierung vermittelnd, befinden sie sich, faszinierend strahlend, in verdammt weiter Ferne.



Entfremdeter politischer Leistungsdruck, Arroganz gegenüber anderen »Strömungen«, oberflächlicher, schnoddriger Umgang mit Problemen unserer direkten Mitmenschen, hierarchisch-patriarchalische Strukturen . . . – all dies beweist uns täglich, wie schwer wir uns damit tun, unsere hehren Ideale vom solidarischen Umgang untereinander, der Gleichberechtigung, freier Sexualität und Liebe (um nur einige zu nennen), wenigstens in unseren eigen Reihen ansatzweise in die Tat umzusetzen.

Nicht nur die Repression von außen sondern »der Staat in unseren Köpfen« ist es, der uns soviel Mühe kostet, unter uns ein Milieu zu erzeugen, das uns befähigt, die Auseinandersetzung mit der Unmenschlichkeit voranzutreiben.

Wenn schon nicht die Bewältigung, so ist doch wenigstens die intensivierte Befassung mit den eigenen Strukturen Mindestvoraussetzung dafür, dieser menschenfressenden Gesellschaftsordnung etwas entgegenstellen zu können.

Wenn es unter oben genannten Bedingungen gelingt unseren Alltag zum Gegenstand unserer »politischen« Aktivität zu machen, und dies unter Einbeziehung der wichtigsten Erfahrungen aus den Ein-Punkte-Bewegungen (die es weiter zu unterstützen gilt), wird es möglich sein unsere Wahrnehmung von diesem System auch für andere erfahrbar zu machen.

Das Maß unseres Denkens und Handelns und die Lust am Erfolg ist »Stein des Anstoßes« in den Augen unserer Umgebung. Ob positiv oder negativ wird auch davon beeinflußt, wie sehr wir bereit sind, Kontakt und Auseinandersetzung zu suchen.

Dies hat nichts mit Anbiederung oder populistischer Politik zu tun, sondern vielmehr damit, daß eine »sozialrevolutionäre« Gegenstruktur davon lebt ihr Umfeld zu beeinflussen.

Die sozial/ökonomischen Veränderungen, die zunehmend geprägt sind vom Neoliberalismus sowie Entgarantierung der Arbeit, haben zwingend einen fundamentalen Umbau des Sozialgefüges zur Folge. Der Einsatz einer hochflexiblen, vom Wohnort möglichst unanbhängigen, vielseitig verwendbaren Arbeitskraft, die anspruchslos in jeder Beziehung (vor allem bezüglich des Lohns) zu sein hat, entspricht mehr und mehr den Erfordernissen des Systems. Die Angst vor dem Abstieg in diese neue »Klasse« der Entgarantierten soll diejenigen im Zaun halten, die »noch etwas zu verlieren« haben. Auch die Funktionen des Staates fügen sich den Veränderungen, die zur ökonomischen Krisenbekämpfung eingesetzt werden. Gerät doch zunehmend die Rolle vom Klassenkonflikt vorbeugenden, vor- und fürsorglichen »Vater«staat ins Hintertreffen, in dem diverse Mittel der Sozial- und Arbeitslosenunterstützung gekürzt werden, gegenüber den auf der anderen Seite verstärkten Bemühungen, die Menschen über sozio-strukturelle Verhaltensanalysen planbar zu machen und gegebenenfalls abweichendes Verhalten mit allen Mitteln zu unterdrücken. – Verstärkend und unterstützend wirken sich hierbei die neuen Technologien aus, die Wasser auf die Mühlen des Staates sind.

Das System paßt sich flexibel seinen Bedürfnissen an; es nimmt dazu auch die Risiken destabilisierender Prozesse in Kauf. Ob hierbei die althergebrachten, vielfältigen, staatlichen Mechanismen zur Unruhebewältigung und/oder auch das Moment der Angst vor »sozialem Absteig« ausreichen, um die für den Funktionsablauf gefährlichen Tendenzen vollständig zu unterdrücken, ist zumindest fraglich. Dazu kommt als weiterer unkalkulierbarer Faktor, die sich ständig verschärfende ökologische Vernichtung, die in Verbindung mit gewachsenem Bewußtsein, nicht gerade zur Beruhigung und Stabilisierung der Verhältnisse beiträgt.

Ob dieser Planet zur Wüste wird und ob der Monolith Staat weiter Menschen unter sich begräbt, liegt an denen die bereit sind Widerstand zu leisten.



Wuppertaler Häuserkampf – Kriminalisierungstango

Wuppertaler Staatszeitung

Am 22.7.86 stürmten 150 Polizisten (so die örtliche Presse), darunter welche vom berühmt-berüchtigten SEK-aK (Sonder-Einsatz-Kommando – außer Kontrolle) aus Essen um 10 Uhr morgens das Wuppertaler Haus Hedwigstraße 12. Nach der Räumung bekamen 17 Leute eine Vorladung wegen Hausfriedensbruch. Am 5.12. und 16.12. kam es nun zum Prozess gegen 2 Genossen, wegen »Widerstands gegen die Staatsgewalt«, »Körperverletzung« und »versuchte Gefangenenbefreiung«. Große Worte – was war wirklich passiert?

Nach der Räumung des besetzten Hauses in der Hedwigstraße waren die beiden Angeklagten festgenommen worden, weil sie versucht haben sollen, zwei ebenfalls abkassierte Freunde unter Anwendung von Gewalt aus der Polizeigewalt zu befreien. Dabei soll einer der beiden Angeklagten einem der Festnehmenden auf den Hinterkopf geschlagen haben. Jedenfalls hat sich der Betroffene am nächsten Tag wegen Kopfschmerzen vom Dienst suspendieren lassen. (Hatte wohl auch die Krankfeiern-Broschüre gelesen.) Die Objekte der angeblich versuchten Gefangenenbefreiung sind mittlerweile freigesprochen worden! Der Vorwurf der »Körperverletzung« konnte mangels Beweisen und mangels Zeugenaussagen von der Staatsanwaltschaft nicht aufrechterhalten werden, – so daß sie sich auf das Konstrukt »Gefangenenbefreiung« beschränkte.

Als Zeugen der Anklage traten ausschließlich Mitglieder des staatlich finanzierten *Grünen Blocks* auf, die sich – keine Peinlichkeit scheuend – wieder in allerhand Widersprüche verwickelten. Richter Engshuber – ein Begnadeter in seinem Fach – hielt die Aussagen gerade angesichts der Widersprüche für besonders glaubhaft! (Womit er ja auch zugibt, daß sonst solche Berufs-Aussagen immer besser abgesprochen sind). Der Oberstaatsanwalt Rackor hielt die versuchte Gefangenenbefreiung für erwiesen und funktionierte sie zur Bedrohung des Rechtsfriedens um, ein Widerstandsrecht verwarf er genauso wie die Tatsache, daß die zu Befreienden wieder freigelassen werden mußten. Er forderte 3 Monate **mit** Bewährung.

Der Kölner Anwalt der Angeklagten *Detlef Hartmann* versuchte die Aussichtslosigkeit auf einen Erfolg der Gefangenenbefreiung deutlich zu machen und damit die Berechtigung der Anklage in diesem Punkt *zu hinterfragen*, fand jedoch kein Gehör. Darüberhinaus versuchte er den Prozeß in Beziehung zur aktuellen politischen Situation zu bringen. Seine Ausführungen über die Umweltverbrechen der Chemiemultis, über die Kontinuität der Drahtzieher vom Nationalsozialismus bis heute, insbesondere auch den nahtlosen Übergang einer völkischen zu einer bundesrepublikanischen Justiz trugen ihm nichts als ein als die Staatsanwaltsbemerkung »der ist ja verrückt« – was ja auch als Beweisantrag zu seiner Analyse verstanden werden kann. Einer der Angeklagten, unser Freund *und* Genosse *Dieter Nelles*, versuchte eine politisch offensive Verteidigung für den Häuserkampf, der sich der andere Angeklagte anschloß und die wir im Anschluß vollständig abdrucken.

Der Richter kam seiner politischen Mission nach und schuf das gewünschte Präventiv(?)urteil: Drei Monate **ohne** Bewährung!! Zuzüglich die Verfahrenskosten als Strafe für die »Rechtsfeindlichkeit« der Angeklagten – wie er es ausdrückte. Die mangelnde Unterwerfung der Angeklagten und die Bekräftigung ihrer politischen Haltung führten zu diesem offensichtlichen Beispiel von **Gesinnungsjustiz** (für eine nie stattgefundene und nur unterschobene Gefangenenbefreiung). Aus der Urteils»begründung«: ›*Im Hinblick darauf konnte das Gericht beim besten Willen keine günstige Prognose dahingehend stellen, daß die Angeklagten durch eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe auch nicht im geringsten zu beeindrucken sind. Nur durch eine Verbüßung einer Freiheitsstrafe kann den Angeklagten noch klargemacht werden, daß auch sie sich an die geltende Rechtsordnung zu halten haben.*

Dies ergibt sich schon aus der Vorgehensweise der Angeklagten und der anderen Demonstranten sowie aus der Tatsache, daß aus Kreisen der Personen, die sich um die einschreitenden Polizeibeamten drängten, Rufe wie »loslassen«, »was wollt ihr von denen« u.ä. geäußert wurden. (. . .)‹ Der Racheca-

rakter der Strafe ist offensichtlich und entlarvt einmal mehr das Geschwätz von der Resozialisierung als Ziel aller Knastzwangsaufenthalte als inhaltslos. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt. (Spenden für Dieter und Rainer: Kredit und Volksbank e.G. Wuppertal, BLZ 330 600 98, Kennwort: Antirepression, Kontonummer: **210 90**).

Wolfgang Haug

Infos aus Wuppertaler Stadtzeitung, Bauernfänger

Prozeßerklärung

von Dieter Nelles/Rainer Petrat

Daß wir heute hier vor Gericht stehen, weil wir auf einer Demo angeblich versucht haben sollen, Gefangene befreit und dieser Staatsgewalt Widerstand entgegengesetzt bzw. sie körperlich mißhandelt zu haben, scheint absurd, wenn man den konkreten – sagen wir – »Tathergang« und diese Anschuldigung als solches sieht. Verständlich wird dieses Verfahren erst, wenn man den Hintergrund für diese Demo sieht – die Räumung unseres Hauses Hedwigstr. 12.

Am 22.6. kamen ca. 500 Bullen und zerschlugen in wenigen Stunden 'ne Menge Arbeit und noch mehr Wünsche, Träume und Hoffnungen.

Ausgangspunkt für die Hausbesetzung war zu Beginn sicher das ædürfnis einiger Menschen nach billigem Wohnraum und seinem Erhalt. erade billiger Wohnraum, der bei schwindender allgemeiner sozialer Absicherung und wachsender Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewinnt, wird in der Nordstadt momentan durch Sanierungspläne der Stadt und Immobilienspekulanten systematisch zerstört. Die Spekulanten steigern ihre Profite über Sanierungszuschüsse, Steuererleichterungen und höhere Mieteinnahmen, und die Stadt erreicht ihr Ziel, nämlich die Zerstörung sozialer Strukturen, wie sie in einem Stadtviertel wie der Nordstadt zum Teil aus einer gemeinsamen Geschichte und aus ähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen entstehen können. Weniger gut verdienende Menschen können die teuren Mieten nicht mehr bezahlen, besser verdienende Mieter ziehen ein.

Die sozialen Strukturen weichen auf und schaffen Konkurrenz, Neid und Isolation, wo Solidarität nötig wäre. Aber genau diese Solidarität soll präventiv verhindert werden um potentielle soziale Unruheherde zu entschärfen.

Aber diese Hausbesetzung war nicht nur eine Reaktion auf diese Sanierungsmachenschaften sondern mit dem Ziel verbunden ein »Autonomes Zentrum« zu schaffen, bzw. die Forderung nach einem solchen Zentrum zu unterstreichen; da das Haus Hedwigstraße mit seinen räumlichen Möglichkeiten für eine solche Nutzung nicht sonderlich geeignet war. Das Haus e.V. hatte zwei Jahre erfolglos nach Räumen gesucht und so kamen die Bedürfnisse nach Erhaltung von Wohnraum und Schaffung eines kulturellen und politischen-Zentrums zu dieser konkreten Initiative zusammen. Das Haus in der Hedwigstraße wurde zu einem Treffpunkt in dem kulturelle und politische Veranstaltungen in nicht konsumorientierter Selbstverwaltung stattfinden konnten. Selbstverwaltung als eine Form der Alltagsgestaltung in der gesellschaftlich hierarchische, patriarchalische Verhältnisse aufgehoben werden. Die Beteiligung des einzelnen an Entscheidungsprozessen zeigt eine Alternative zur täglichen Entmündigung in dieser parlamentarischen Demokratie, in der es Prinzip ist, den Menschen den Notwendigkeiten kapitalistischer Verhältnisse unterzuordnen, und nicht nur seine Arbeitskraft sondern ihn in allen Lebensbereichen zu verwerten, das heißt Grundbedürfnisse wie soziale Kontakte oder Wohnen zu kapitalisieren.

Ob beim Wohnen, in der Disco, dem Kino jeder Lebensbereich außerhalb der Arbeitswelt wird zusätzlich vermarktet. Abgesehn davon daß sich auf diesem Markt gut verdienen läßt, hat er die Funktion, jede Selbstgestaltung von Freiräumen – Freizeit den Menschen aus der Hand zu nehmen, den Rest der Freizeitverblödungstherapie übernimmt das Fernsehen. Das Leben an jedem Punkt kalkulierbar und kontrollierbar zu machen – politisch über ein Mitentscheidungsprinzip, – das sich auf 4-jährige Wahlperioden beschränkt, sozial durch Abhängigkeiten vom Arbeitsplatz und Verdienst in einer luxusorientierten Konsumgesellschaft – sichert subtil aber ausreichend die staatlich, kapitalistische Herrschaft.

Die Selbstverwaltung als Widerspruch zu diesem Gesellschaftsprinzip hat natürlich auch politische Konsequenzen, ist Ausdruck für den Willen nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Veränderung. So war das Haus auch Treff- und Ausgangspunkt politischer Diskussionen. Hat Menschen unterschiedlichster Coleur zusammengebracht und Annäherungen ermöglicht. Sowohl das persönliche Kennenlernen, als auch die Ausein-



andersetzung mit den unterschiedlichen Inhalten und Positionen, haben eine große Mobilität bewirkt und eine politsche Praxis bedingt, die in vielen Initiativen und Aktionen ihren Ausdruck fand. Alles in allem waren dies Ansätze zu einer Gemeinsamkeit unserer Auseinandersetzungen, die die herrschende Strategie – jede Bewegung außerhalb der staatlich fixierten Normen zu spalten – durchkreuzte. Hier waren wir nicht mehr zu trennen in Chaoten und Friedliche und hier griff die Taktik, die einen zu kriminalisieren und die anderen wieder zu integrieren nicht, denn jede/r die/der diesen legitim geschaffenen Freiraum nutzte, war im bürgerlichen Sinn Rechtsbrecher/in.

Darum ist mit dem Haus in der Hedwigstraße unter dem Vorwand des herrschenden Eigentumschutzes vielmehr ein Raum geräumt worden, in dem Menschen, die sich gegen diese Form der Menschenverachtung und Unterdrückung hier zur Wehr setzen. Mit der Räumung haben sie uns zwar diesen Raum genommen, aber nicht die Kenntnisse und Erfahrungen der Gemeinsamkeit von einem halben Jahr Hausbesetzung.

Um das polizeiliche Denken und Verhalten während der Besetzung zu verdeutlichen wollen wir zunächst aus der Polizeidienstvorschrift 100 »*Führung und Einsatz der Polizei*« zitieren. Die PDV 100 wurde auf Beschluß der Innenministerkonferenz erarbeitet und 1975 von Bund und Ländern verbindlich eingeführt. Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß die Vorschrift sowie der offiziöse Kommentar nicht veröffentlicht ist. Die Zeitschrift *Bürgerrechte und Polizei* veröffentlichte einige zentrale Passagen in ihrer letzten Nummer. Zum Punkt *Besetzungen* ist in der PDV 100 folgendes zu lesen:

»Die Bewältigung des besonderen Anlasses Besetzungen erfordert eine aufmerksame Beobachtung der Entwicklung gesellschaftspolitischer Themen (siehe B). Von erheblicher Bedeutung scheinen derzeit
– der U m w e l t s c h u t z mit seinen Schwerpunkten Ökologie, Luft- und Gewässerverschmutzung, Wohnungs- und Straßenbau
– die W o h n u n g s n o t mit einerseits erhöhten Ansprüchen des einzelnen und andererseits einem zu geringen Angebot an preiswertem Wohnraum sowie einer nicht unbedeutenden Zahl leerstehender Häuser
– die K e r n e n e r g i e
– die sich verstärkt etablierende F r i e d e n s b e w e g u n g mit ihren Themen Auf-/Abrüstung, Kriegsgefahr, Neutronenwaffe und den öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr sowie einer Anti-USA-Bewegung.
Nicht zuletzt ist anzumerken, daß diejenigen, deren Ziel »ein anderer Staat« ist, jede Thematik für ihre Belange ausnützen und von daher besondere Beachtung finden müssen.

Für die Zukunft muß sich die Polizei auf eine wesentlich niedrigere Schwelle bei der Gewaltausübung, höhere Beweglichkeit und Organisation der Störer sowie ein Anwachsen der Zahl und damit auf nicht unerhebliche personelle und materielle – auch technische – Probleme einstellen, die eine unverändert hohe Zahl von Einsätzen mit sich bringen wird.«
An anderer Stelle wird formuliert: »*Die Polizei muß sich mit diesen Konflikten befassen, ohne sie lösen zu können. Sie kann den Konflikt höchstens von der Straße räumen.*«

Was dies bedeutet, nämlich »den Konflikt von der Straße räumen« soll an Beispielen aus der letzten Zeit erwähnt werden: Räumung und Zerstörung des Heusnerviertels in Bochum – die mehrmaligen Räumungen,

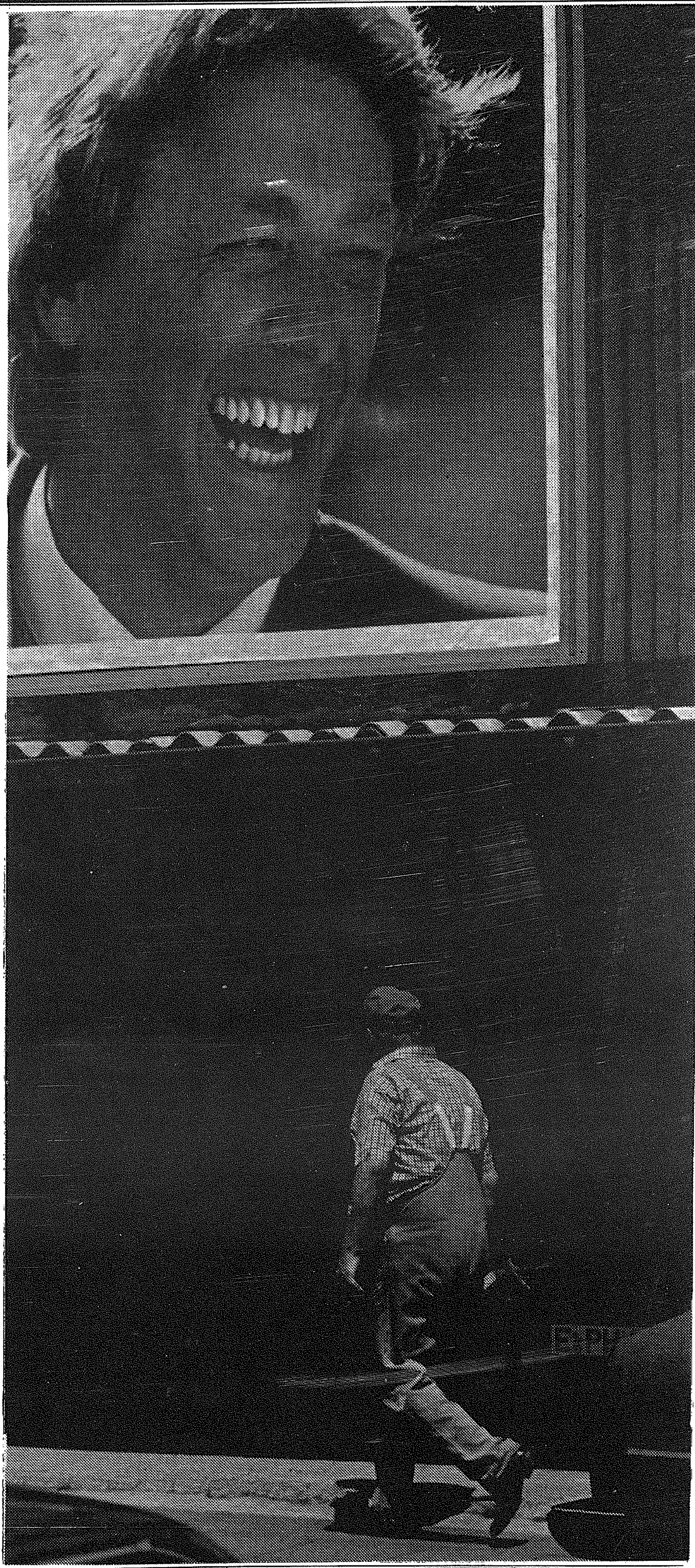


Photo: Manfred Kampschulte

Durchsuchungen und mutwilligen Zerstörungen in der Hafenstraße in Hamburg – die Räumung eines besetzten Hauses in Köln, in dem auch ein Infoladen war – die Durchsuchungen mit Spezialeinheiten und mehreren Hundertschaften in der Kiefernstraße, Düsseldorf – Kündigung von Verträgen ehemals besetzter Häuser in Duisburg und Westberlin – die gewaltsame Auflösung einer Veranstaltung zu politischen Gefangenen durch die Polizei – die Auflösung der Anti-AKW-Konferenz in Regensburg – die massenhaften Buchladen etc.-Durchsuchungen in Westberlin und der gesamten Bundesrepublik – die Massenfestnahme von 400 Leuten in Göttingen.

»Aufmerksame Beobachtung«, »besondere Beachtung«, »Konflikte von der Straße räumen«, in diesen Kategorien bewegte sich das polizeiliche Handeln während der Hausbesetzung. Aufmerksame Beobachtung, besondere Beachtung, dies bedeutete ständiges Observieren, Fotografieren und gelegentliche Personalienfeststellung von Besuchern und Bewohnern des Hauses in der Hedwigstr.12 und damit eine Aktualisierung der Daten der politischen Polizei. Gleichzeitig wurde dadurch auch die Hemmschwelle Außenstehender das Haus zu betreten erhöht.

Den »Konflikt von der Straße räumen«, dies bedeutete am Tag der Räumung ein für Wuppertaler Verhältnisse noch nicht dagewesenes Polizeiaufgebot, die vollständige Abriegelung eines ganzen Stadtteils, die Ausschaltung der Presse mit Ausnahme der WZ. Eine von mir während der Räumung geschrieene Parole »laßt die Leute frei« hatte den unmittelbaren Einsatz eines Polizeiköters zurFolge. Im Klartext: passives Verharren und »stummes Zuschauen« war gestattet, was darüber hinausging, «abräumen«.

Die Demonstration am Nachmittag hat diesen Namen nicht verdient, weil sie fast vollständig von der Polizei eingekesselt war. Solch eine »Begleitmaßnahme« erfordert natürlich eine Legitimation, in diesem Falle in Form von Festnahmen.

Nach der Demonstration versammelten sich der größte Teil der Demonstranten auf der Kreuzung Hedwigstr./Charlottenstr.. In der Imbißbude in der Charlottenstr. wurden zwei Leute willkürlich festgenommen – [Angeblich sollten sie mit einer Zwille auf Polizeibeamte geschossen haben, was sich im Nachhinein als Lüge herausstellte. Die beiden sind am 17.11. hier freigesprochen worden.] – Die beiden Festgenommenen wurden durch die Menge der Demonstranten in Richtung Hedwigstraße abgeführt, was uns als bewußte Provokation vorkam – da in entgegengesetzter Richtung, in unmittelbarster Nähe am Schusterplatz mindestens 50 Polizisten postiert waren. Natürlich wurden sofort auch Chemical Mace und Knüppel freigegeben.

So war es geplant und es ist dennoch zufällig, daß gerade wir beide hier vor Gericht stehen. Potentiell waren alle Anwesenden gefährdet, die angesichts des polizeilichen Übergriffs nicht stumm und starr auf ihrem Platz verweilten.

Zur ideologischen Vor-und Nachbereitung standen in Wuppertal der Polizei zwei freiwillige Helfer gerne zur Seite: die Westdeutsche Zeitung und die Junge Union.

Am 3.4. war in der Wupper-Rundschau zu lesen: »Junge Union observiert Hausbesetzung und Friedensmarsch«. Für die JU sei es klar, daß es sich bei den Besetzern um Anarchisten handle, die ältere Anwohner terrorisierten und mit Kindern und Jugendlichen Politagitation betrieben.

Nach der Räumung war in der WZ aus der Feder *Michael Hartmanns* zu lesen: »Das Ergebnis dieser Instandbesetzung konnte man sich nach der Räumung ansehen ›Chaos, Schmutz, Ratten."«

Man ist in diesem Fall allein auf die WZ Redaktion angewiesen, der aufgrund ihrer ausgezeichneten Kontakte zur Polizeispitze die Exklusivberichterstattung zufiel. In einem Folgeartikel schrieb *Hartmann*: »Es ist natürlich verständlich, daß es sich »hier um einen Boden handelt, auf dem Gewalt gedeiht und der ein Umfeld für den Terrorismus unserer Tage bildet.«

Fassen wir zusammen: Hausbesetzer sind Chaoten, schmutzig, hausen zusammen mit Ratten, terrorisieren alte Menschen und verderben Kinder und Jugendliche und sind natürlich auch Terroristen.

Mit solchen Denunziationen wird das »gesunde Volksempfinden« mobilisiert und die daraus folgenden Assoziationen nachzuvollziehen fällt nicht schewr: Chaos muß geordnet, Schmutz von der Straße und Ratten vernichtet werden.

Fassen wir weiter zusammen: unser Versuch soziale Räume für ein selbstbestimmtes Leben (und dies nicht nur für uns) für eine Selbstorganisation von unten in der Auseinandersetzung mit kapitalistischen Verwertungsinteressen unterliegt einer doppelten Repression: Zum einen durch ständige Kontrolle und Kriminalisierung von staatlicher Seite, die aktuell qualitativ verschärft wird, durch die Einführung der sogenannten Anti-Terrorgesetze, die Erweiterung des §129a und die Wiedereinführung des §130a (Bejahung von Gewalt). Innenminister Zimmermann denkt an die Wiedereinführung des Landfriedensbruch-Paragraphen aus wilhelminischer Zeit. Durch diese Gesetze wird eine illegalePraxis legalisiert, unsere Kommunikationszusammenhänge massivst zu zerschlagen, wie die jüngst erwähnten Beispiele zeigen. Nicht mehr nur konkrete Straftatbestände sollen sanktioniert werden, sondern auch staatliche Angriffe auf die Gesinnung, Ideen, Bewußtsein und Sprache sollen legalisiert werden.

Dazu tritt: Die ideologische Repression durch die reaktionäre Presse und Politiker, die in bewährter Manier versuchen von den Ursachen gesellschaftlicher Mißstände abzulenken durch die Produktion von stereotypen Feindbildern. Denn zunächst müssen die, die sich wehren entmenschlicht werden (Chaoten, Fanatiker), bevor man sie von der »Straße räumen kann.« Denn latent ist immer die Möglichkeit vorhanden, daß die Unzufriedenheit der vielen Anderen, die unter denselben Verhältnissen leiden, nicht mehr durch simple Freund-Feind-Schemen kanalisiert werden kann – gegen die, die sich gegen die Verhältnisse auflehnen.

Nach meiner Festnahme äußerte sich ein Polizist zu seinem Kollegen: »Die haben aufgemuckt, wir haben ihnen die Schnauze gestopft und nun ist Ruhe«.

Wir hoffen, daß die Ruhe nicht lange anhält, und daß wir eines Tages so viele sind, daß nicht mehr genug Polizisten da sind, um uns die Schnauze zu stopfen, daß wir nicht mehr von der Straße geräumt werden können, und wenn dann noch Leute vor Gericht stehen, dann die, die für das verantwortlich sind, wogegen wir uns wehren.



Zwischen den Zeilen? Wird alles bestraft!

von Herby Sachs

Zu den Verfahren gegen Plärrer, Spion, Freiraum, RadiAktiv

Still und klammheimlich, von der Öffentlichkeit – den Medien – kaum beachtet, überzieht ein dichtes Netz von Prozessen Zeitschriften, ihre Titelblätter und Inhalte, die vertreibenden Buchläden, die besonders in Bayern (die Speerspitze der Nation) öffentliche Sicherheit gefährden, die Nationalhymne verunglimpfen oder die Anleitung zu Straftaten propagiert haben sollen.

»Wegen Verunglimpfung der Nationalhymne verurteilte (. . .) das Nürnberger Amstgericht den verantwortlichen Redakteur ›des Plärrer‹ zu vier Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Damit wird der Abdruck einer satirischen Nachdichtung des Deutschlandliedes in der beschlagnahmten Septemberausgabe '86 des Nürnberger Stadtmagazins geahndet. – Die Nachdichtung (›Deutsche Cola, deutsche Peepshow, Deutsche Mark und deutsche Samenbank, Soll'n zu edler Tat begeistern, uns das ganze Leben lang‹) zeichne eine Realität nach, ›die einer Nationalhymne nicht gut bekommt.‹ Der Angeklagte könne sich hier nicht auf die Freiheit der Kunst berufen, da bei der nötigen Abwägung der Verfassungsgüter der Schutz der Nationalhymne im Vordergrund stehe, urteilte das Gericht.« (*taz*, 2.2.87)

In München wurden Strafbefehle (900.-) an linke Buchhandlungen verschickt, die der »Freiraum, Zeitschrift der anarchistischen Föderation Südbayern« verkauft haben. Alle Ausgaben sind beschlagnahmt worden. Der § 111, bayrisches Pressegesetz beschuldigt sie »fahrlässiger Veröffentlichung«, – strafbar macht sich, »wer als verantwortlicher Redakteur, Verleger, Drucker oder Verbreiter – am Erscheinen eines Druckwerks strafbaren Inhalts mitgewirkt hat, . . .«

Ein satirischer Aufruf »Geht bloß nicht zur Blockade« einer Stadtzeitung »Spion« aus München zu den WAA-Blockadetagen in Wackersdorf wird mit einem Strafbefehl (ebenfalls § 111) von 1800.-DM geahndet. Der Spion – welch ein Name! – soll in Wirklichkeit zu Straftaten aufgefordert haben – unter dem Deckmäntelchen der Satire. Der Interpretation von Bürokraten und Spießern – die können doch tatsächlich zwischen den Zeilen lesen, denn da steht immer »Der Staat muß abgeschafft werden« oder »Hau weg den Scheiß«, – sind keine Grenzen gesetzt. Gekrönt sei der deutsche Humor!

Gesinnung wird zur Straftat

In Zukunft kann in solchen Fällen der neue § 130a jede praktische und effektive Auseinandersetzung in Schrift, Wort und Bild über Ursachen der zunehmenden Zerstörung von Mensch und Natur, egal ob Satire oder Gedanken, überhaupt zu weit höherer Strafe verurteilen (bis zu drei Jahren Knast).

Es geht um den Kopf des Lesers/der Leserin – oder auch den Kragen? – denn nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes sind auch »solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur (!) zwischen den Zeilen stehen.«

Der Staat hat sich mit dem neuen § 130a das rechtliche Instrumentarium geschaffen, öffentliche Diskussionen – auch die perspektivischer oder utopischer Gedanken in eine bestimmte Richtung – zu kriminalisieren. Den Verfolgungsbehörden ist durch das »Wecken« der Bereitschaft zur Begehung eines »Delikts bei einem anderen« ein weitgefaßter strafrechtlicher Spielraum zur Kontrolle an die Hand gegeben.

Doch weiter auf der Odysee durch die bayrische Gesinnungsjustiz.

Das Verfahren gegen die RadiAktiv

Den Angeklagten werden Aufforderung zu Straftaten und die Verunglimpfung des bayrischen Wappens vorgeworfen. Auf einem Titelblatt war der bayrische Löwe mit Knüppel, Helm und umgeben von Hunden dargestellt worden.

Die Ermittlungen gegen die Zeitschrift der WAA-Gegner begannen schon vor der Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze (§§ 129a, 130a). Die Sicherheitsvorkehrungen bei dem Verfahren – »Absperrgitter vor dem Eingang, Leibesvisitation für die Zuhörer, bewaffnete Polizisten auf den Gängen, versperr-

te Aufzugtüren, geschlossene Zwischengänge« (*taz*, 3.2.87) legen allerdings die Vermutung nahe, daß ein erstes Abschreckungs- und Präzedenzverfahren nach den neuen Gesetzen geführt wird.

Als weiterer Anhaltspunkt auf das insgeheim erste Verfahren nach dem neuen §130a dient eine willkürlich herausgegriffene Montage aus verschiedenen Texten zur Begründung des staatsanwaltlichen Vorwurfs und keine konkrete Aufforderung zu Straftaten.

Von den Rechtsanwälten wiederholt gestellte Beweisanträge, die darlegen sollten, daß die Verfremdung des Wappens »der täglich erlebten Wirklichkeit in der Oberpfalz« entspricht, lehnte das Gericht ab. Der »Tatbestand« einer Diffamierung der Staatssymbole – Kunstfreiheit ist etwas anderes – wird von dem Nürnberger Staatsanwalt als Schmähung dargestellt. Um den »Freistaat Bayern« als »brutalen Polizeistaat, in dem atomare Projekte mit besonders bösartigen Polizeieinsätzen durchgesetzt würden«, verächtlich zu machen.



Zeugen der Verteidigung werden vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, »**es sei unstrittig, daß es an der WAA flächendeckende CS-Gaseinsätze, absichtliche Hundebisse durch Polizeihunde und brutale Übergriffe von Sondereinsatzkommandos gegeben habe**« (*taz*, 12.2.87).

Wahrhaft eine verblüffende Ablehnungsbegründung!

Der Richter konstatiert die staatlichen Übergriffe auf allen Ebenen, um damit der Verteidigung die Möglichkeit zu nehmen, die Titelgestaltung der RadiAktiv zu unterbauen. Das heißt dann »Wahrheitsunterstellung«, die üblicherweise ›zugunsten des Angeklagten‹ angewandt wird. Das haut dem Faß den Boden aus! Die Verrenkungen, um den »inneren Frieden« und die aufgezwungenen Symbole dieses Staates zu schützen, nehmen groteske Formen an. Die Ursache der Kritik der *RadiAktiv*-Redaktion, als Zeitbeobachter Tendenzen aufzuzeigen, die sich in den weiteren Auseinandersetzungen um die WAA auch noch bewahrheiten, wird zu ihren Gunsten ausgelegt. Dazu brauchen laut Gericht keine Zeugen gehört werden. Doch die künstlerische Aufarbeitung der realen Verhältnisse muß dazuherhalten, die Angeklagten wirksam zu verurteilen. Fazit: Verurteilt werden soll auf jeden Fall, ob zugunsten oder ungunsten der Angeklagten! Wahrlich eine verblüffende Argumentation, die nur als *Gesinnungsjustiz* begreifbar wird um indirekt alle WAA- und Anti-AKW-Gegner vorzuverurteilen.

Zweite Grundlage der Anklage ist ein Satz aus einem Diskussionsbeitrag. Zur Perspektive des Widerstands gegen die WAA: »Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihre Gewinne« (*taz*, 3.2.87)

Öffentliche Aufforderung zu Straftaten! In Verbindung mit dem Abdruck verschiedener Bekennerschreiben zu Brandanschlägen auf am WAA-Bau beteiligten Firmen sollen dem *zwischen den Zeilen* hervorgezauberten Konstrukt weitere Aufforderungen zu Brandanschlägen und Sachbeschädigungen stehen. Die Firmen sind der von RadiAktiv veröffentlichten »schwarzen Liste« zu entnehmen. Diese Kombination von Textstellen, verbunden mit einem Aufruf an alle WAA-Gegner/-innen aus dem Polizei, Justiz- und Regierungsbereich, der Zeitschrift geheimgehaltene Dokumente wie z.B. Polizeieinsatzpläne zur Verfügung zu stellen, wird fast als Aufforderung zur »Sabotage« gewertet.

Um Menschen zum Protest gegen Leben- und Naturvernichtung zu motivieren, bedarf es keines gedruckten Papiers. Die Herrschaftsverhältnisse lassen Menschen zweifeln: die Folgen des Atomstaats, die systematische Vernichtung von Natur.

– Oder sollte der Grund doch ein anderer sein?

»Aber machen wir uns doch nichts vor, die jungen und alten Chaoten machen diese Blokkade doch nur, damit hier endlich die Russen an die Macht kommen.« (*taz*, 6.2.87, aus der inkriminierten »Spion«-Satire, Nr.48)

Diese Prozeße gegen eine Kritische Öffentlichkeit unter dem Vorwurf »Anleitung zu Straftaten« sollen ein Klima begünstigen, in dem Zensur und Selbstzensur als Kontrollmechanismen Kopf und Bauch der Menschen beherrschen, um der vielumworbenen, niemals ernstgemeinten »Meinungsfreiheit« endgültig den Todesstoß zu versetzen.

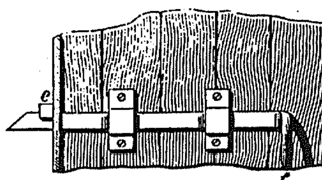
Nachtrag: Inzwischen sind die 3 RedakteurInnen der *RadiAktiv* unter Ausschluß der Öffentlichkeit (vgl. taz, 3.3.87) zu Geldstrafen zwischen 900.- und 3600.-DM verurteilt worden. Vor der Urteilsbegründung ließ der Richter vom Bundesgrenzschutz die (karnevals-)maskierten (und Helau rufenden) Prozeßbesucher aus dem Gerichtssaal räumen.

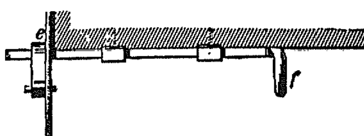
»Die Schuld der Angeklagten« besteht in der »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und in der öffentlichen Aufforderung zur ›Verletzung des Dienstgeheimnisses‹.« Die Verunstaltung des Wappens habe zwar »reale Ansatzpunkte«, doch das polizeiliche Vorgehen in der Oberpfalz könne »niemals den Vorwurf des Polizeistaats rechtfertigen.« Vom Hauptanklagepunkt – der »Aufforderung zu Brandanschlägen und Sachbeschädigungen« – sind die 3 RedakteurInnen freigesprochen worden. Die Anklage – konstruiert aus den verschiedenen Textstellen, – ist »zweifellos nicht nachweisbar«, urteilte das Gericht. Trotzdem bleibe davon unberührt, daß der gesamten Zeitschrift »hinreichend sicher entnommen werden kann, die Angeklagten sympathisierten mit solchen Anschlägen«.

Den Knast ent- tabuisieren . . .

von GAL-Hamburg

Knast ist selten Thema in der Öffentlichkeit. Dieses Tabu nützt dem Strafvollzug. Hinter der Maske der »Resozialisierung« verbirgt sich auch heute nichts anderes als Strafe, — Rache des Staates — im Namen des Volkes. Scheindemokratisch abgesichert wie immer; — auch nach 1933 wurde bekanntlich im Namen des (Deutschen) Volkes verurteilt. Es ist nicht einfach auf Mißstände in den Knästen der BRD allgemein hinzuweisen; — jeder Anstaltsleiter hat seinen Ermessensspielraum, was zu völlig unterschiedlichen Erscheinungsformen führt. Wollen wir dennoch mehr als die Parolen »Freiheit für alle Gefangenen« und »Abschaffung aller Gefängnisse« zum Thema aussagen, müssen wir uns deshalb auf die verschiedensten Bereiche von Knast einlassen. Daß wir dieses Thema vermehrt öffentlich diskutieren sollten, und müssen, daß wir mit zwei, drei flotten Parolen wenig zur Enttabuiserung und realen Veränderung beitragen, dürfte grundsätzlich klar sein. Aktuell wird es angesichts von wieder verstärkt auftretender Gesinnungsjustiz, neuen Sicherheitsgesetzen und immer wieder neuen Schubladenplänen zur Kriminalisierung politischen Widerstands. Wir kennen keine Zahlen, wieviel beispielsweise als AKW-Gegner bis heute eingefahren sind, wir wissen aber, daß z.B. allein schon die Zahl der verurteilten, gewaltlosen Blockierer bei ca. 1200 liegt. Eigentlich zeigt dies nur, wie wenig der Staat in der Lage ist, politische Konflikte mit politischen Mitteln zu lösen, dennoch bietet diese unsinnige Repression einen Vorteil: die massenhafte Einknastung enttabuisiert den Knast. Macht vielen von uns deutlich, daß der Mythos an keiner Stelle stimmt. Zeigt, daß nicht nur der Knacki bestraft (und nicht resozialisiert) wird, sondern auch die direkten Angehörigen; zeigt, daß in erster Linie entmündigt und gedemütigt wird anstelle einer Befähigung für eine auch nur mittelständische Verhaltensnorm in dieser Gesellschaft. Zeigt neben vielem, daß noch nicht mal die Papierweisheiten der Strafvollzugsordnung eingehalten werden. Wir wollen deshalb im SF eine Diskussion über den Knast und seine verschiedenen Aspekte eröffnen und beginnen mit folgendem Text.





Abschaffung der Gefängnisse oder Reform?
Sicherheitspolitik ist Politik mit der Angst

Spektakuläre Gewaltverbrechen — von den Medien hochgespielt — bestimmen das Bild der Kriminalität, obwohl sie z.B. in Hamburg nur 2,5 % der Fälle ausmachen (2/3 aller in Hamburg begangenen Straftaten sind Diebstahlsdelikte, wovon 60% eine Schadenshöhe von 500.-DM nicht überschreiten). Mit der Angst vor Gewalttaten werden Strafjustiz und Gefängnisse immer weiter gerechtfertigt, obwohl gerade diese nicht geeignet sind, das Leben in unserer Gesellschaft sicherer und menschlicher zu machen.



Gefängnisse: Eine Bankrotterklärung der Gesellschaft

Der sogenannte Behandlungsvollzug führt nicht dazu, daß die Gefangenen nach der Strafe besser in der Gesellschaft zurecht kommen als vorher. Der Gefängnisalltag erzwingt Unselbständigkeit, entmündigt die Insassen, verschärft ihre Probleme und zerstört die Menschen immer weiter. Haftstrafenbelasten nicht nur die Gefangenen, sondern auch ihre Familien. Die Frauen und Kinder werden in finanzielle Not gebracht und besonderer sozialer Diskriminierung ausgesetzt. Ehen und Freundschaften zerbrechen häufig unter dieser Belastung, der aus der Haft Entlassene findet sich einem sozialen Trümmerfeld wieder, findet als Vorbestrfter erst recht keine Arbeit und weiß nicht, wovon er die Schulden z.B. aus Schadensersatzansprüchen bezahlen soll.

Der Rückfall ist vorprogrammiert, der größte Teil wird wieder straffällig.

Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen

Während wiederholter Ladendiebstahl und Schwarzfahren sogar mit Gefängnis bestraft werden, werden z.B. bei Wirtschafts- und Umweltkriminalität Verfahren eingestellt, in denen es um Schäden in Millionenhöhe geht. Steuerhinterziehung und Bestechungsdelikte sollen amnestiert werden. Wer aber Hasch raucht, statt sich legal mit Alkohol zu zerstören, wandert in den Knast.

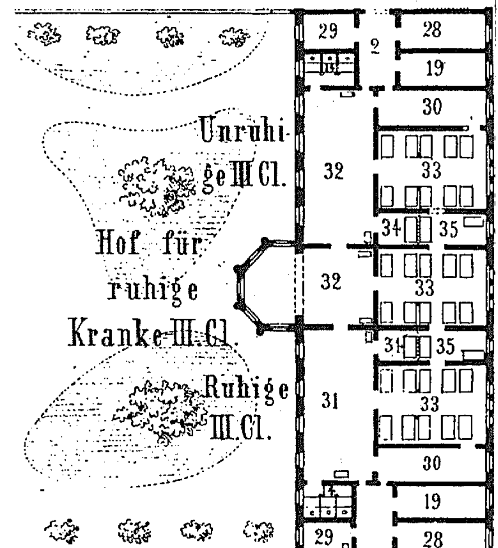
Um die kleinen Eierdiebe wegzuschließen, leistet sich unsere Gesellschaft ein aufwendiges Justiz- und Straffvollzugssystem von dessen Kosten jedem Gefangenen über Jahre hinweg ein Mindesteinkommen gewährt werden könnte, das ihn sicher besser vor weiteren Straftaten bewahren würde.

Auch im Gefängnis: Frauen besonders benachteiligt

Die Diskriminierung der Frauen setzt sich auch im Strafvollzug fort. Um Freizeit- oder Ausbildungsmöglichkeiten steht es noch sehr viel schlechter als im Männervollzug Frauenarbeit im Gefängnis besteht aus Waschen, Nähen, Kochen: den der traditionellen Frauenrolle zugeschriebenen Tätigkeiten.

Frauen sind zusätzlich dadurch benachteiligt, daß sie oft sehr weit weg von ihrem Wohnort die Haftstrafe verbüßen müssen.

Inhaftierte Mütter und Kinder werden in besonderer Weise bestraft, indem sie voneinander getrennt oder die Kinder sogar in sogenannten Mutter-Kind-Stationen mit eingesperrt werden. Wer ein Kind versorgt, gehört nicht in den Knast!



Entkriminalisierung statt Diversion

Das Thema der offiziösen Hamburger Kriminalpolitik lautet Diversion für jugendliche Straftäter: statt förmlicher Strafverfahren vor dem Jugendrichter sollen vermehrt Verfahren bereits vom Jugendstaatsanwalt eingestellt werden, aber häufig nicht ohne Auflagen mit Strafcharakter (Diversion). Jugendlichen, die diese »Milde« nicht zu schätzen wissen und die die Auflagen nicht erfüllen, droht Ungehorsamsarrest. Wir fordern, statt verfeinerter Bestrafung endlich Bagatelldelikte zu entkriminalisieren und soziale Einrichtungen zu fördern, in denen Jugendliche Vertrauensverhältnisse zu Bezugspersonen herstellen können, die unabhängig von der Justiz versuchen, auf die Probleme der Jugendlichen einzugehen. Anstatt die Jugendgerichtshilfe zur Kontrolle der Jugendlichen weiter auszubau-

en, anstatt den Jugendlichen durch Strafverfahren soziale Aufmerksamkeit zu schenken, muß den Trägern freier Jugendarbeit mehr Geld zur Verfügung gestellt werden für Angebote, die Jugendliche freiwillig wahrnehmen können (z.B. Jugendwohngemeinschaften). Es ist absurd, Jugendliche mit Arbeitsauflagen zu bestrafen, anstatt ausreichend Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Vermenschlichung statt Überwachung

Gegenwärtig wird unsere Gesellschaft bestimmt durch das Leistungs- und Konkurrenzprinzip sowie durch vielfältige Formen legaler Gewalt und legalen Unrechts. Der Kampf »Aller gegen Alle« erzeugt Aggressivität und erschwert sozialfreundliches Verhalten. Strafjustiz trifft gerade die sozial am meisten Benachteiligten und lenkt davon ab, daß nicht nur einzelne Täter, sondern vor allem die Gesellschaft lernbedürftig ist. Darüber hinaus wird unter dem Vorwand, »die Kriminalität zu bekämpfen«, massiv Gewalt, Macht und Herrschaft ausgeübt durch Polizei und Justiz, was sich z.B. auch in der Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze zeigt. Am Ende einer solchen Entwicklung steht der gläserne Mensch, aber nicht eine konfliktfreie Gesellschaft.

Für eine Gesellschaft ohne Strafen

Unser Ziel ist eine Gesellschaft ohne private und staatliche Gewaltanwendung, in der persönliche und gesellschaftliche Konflikte auf einer gleichberechtigten Ebene gelöst und nicht durch die Ausübung von Strafgewalt gegen die Schwächeren verdrängt und verschärft werden. Die traditionellen Strafzwekke wie Abschreckung, Vergeltung und Resozialisierung dürfen nicht mehr dazu dienen, sinnlose Strafen zu rechtfertigen.

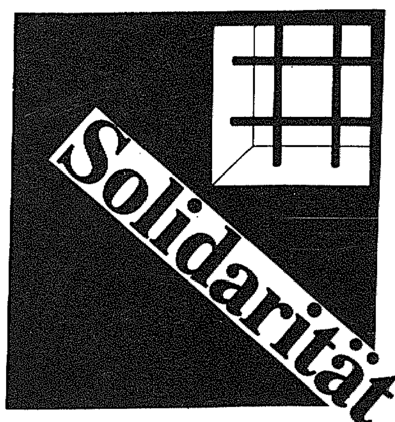
Deswegen sind wir schon heute gegen Gefängnisneu- und -ausbauten, und wir sind dafür, die bestehenden Gefängnisse zu leeren. Dabei müssen wir uns eingestehen, daß wir – ebenso wie der traditionelle Justizapparat – unfaßbaren Gewalttaten noch immer hilflos gegenüberstehen. Aber erst eine Gesellschaft, die sich zum Ziel setzt, ihre Gefängnisse abzuschaffen, ist gezwungen, aber auch in der Lage, Alternativen ohne Strafcharakter zu entwickeln.

Unsere Forderungen

Wir werden jede Initiative zur Abschaffung des bestehenden Gefängnissystems unterstützen. Auf dem Wege dorthin werden wir aber auch Forderungen unterstützen, die grundsätzlich der Zurückdrängung der Freiheitsstrafen und der Entkriminalisierung und der konkreten Verbesserung der Situation der Gefangenen dienen:

– Sofortige Abschaffung dser Jugenduntersuchungshaft und des Jugendstrafvollzugs (s.o. Entkriminalisierung statt Diversion)
– radikale Verkürzung der Untersuchungshaft
– Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Sicherungsverwahrung
– Kein Einsperren von Menschen, die alleinverantwortlich für ein Kind sorgen
– Vom Staat bezahlte Verteidiger eigener Wahl, sobald ein Strafverfahren eingeleitet wird, und bei Strafvollstreckungsangelegenheiten
– Ausreichend Urlaub ab Haftantritt; Urlaub darf nicht Vergünstigung, sondern muß lebensnotwendiges Recht sein
– Ausreichende sinnvolle schulische und berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten; dies gilt besonders für Frauen
– Arbeit von Freizeit-, Therapie- und Fortbildungsgruppen ungehindert und unabhängig von der Justizbehörde
– Abschaffung der monotonen Zwangsarbeit und Zahlung eines marktüblichen Tariflohnes und der Sozialversicherungsabgaben
– Recht auf Arbeitsverweigerung
– Verbesserung der medizinischen Versorgung, insbesondere uneingeschränktes Recht der Gefangenen auf freie Arztwahl und Bezahlung durch die Krankenkasse, freie Wahl der Psychotherapeuten und Sicherung von deren Bezahlung. Vermehrte Anwendung der Haftverschonung im Krankheitsfall
– Uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit für Gefangene sowie ungehinderte politische Betätigung
– Gleiche und den Menschenrechten entsprechende Haftbedingungen für alle Gefangenen
– Sofortige Abschaffung von Hochsicherheitstrakten und sonstigen Isolierstationen, wie z.B. Dora I in Fuhlsbüttel

(aus: Gefängnisse leeren – Strafe abschaffen, S.5ff, Fachgruppe Knast und Justiz, GAL Hamburg '86)



Totalverweigerer

Von der **WRI** (War Resisters International, 55, Dawes Street, GB-London SE 17 1EL) wurde eine internationale Erklärung gegen die Wehrpflicht ausgearbeitet, wir zitieren aus dem verabschiedeten Text:

»Kriegsdienst bedeutet nicht nur Dienst i m Krieg, sondern Dienst a m Krieg. Krieg beginnt nicht erst beim Ausbruch militärischer Konfrontation, sondern mit der psychologischen, politischen und ökonomischen Kriegsvorbereitung.

Wehrpflicht bedeutet staatlicher Zwangsdienst und ist eine Entwürdigung der freien Persönlichkeit. Indem der Staat Menschen zum Militär- und Ersatzdienst zwingt, integriert er sie in das militaristische Gesamtkonzept. Wir sind gegen einen Ersatzdienst, der Teil des militärischen Systems ist.

Wir treten ein für die Abschaffung der Wehrpflicht und fordern Amnestie für alle gefangenen Kriegsgegner.«

Diese Erklärung kann durch Unterschrift unterstützt werden. Unterlagen können bei WRI, IDK, Wolfram Beyer, Granatenstr.2, 1000 Berlin-51 angefordert werden.

Informationsdienst zur Situation inhaftierter Totalverweigerer

(Quellen: *Wehr Dich* und *Ohne Uns,* RB von Andreas Speck)

(Stand: Anfang März 87)

Am 27.1.87 hatte **Andreas Speck** am Amtsgericht Duisburg-Ruhrort seinen 1. Prozeß wegen totaler Kriegsdienstverweigerung. Der Richter verurteilte Andreas zu 6 Monaten auf 5 (!) Jahre Bewährung und der Auflage allen Anweisungen des Bundesamts für Zivildienst nachzukommen. Berufung ist eingelegt. Unterstützungsgelder an: *Sparkasse Bad Kreuznach, Kto.-Nr. 714485, BLZ 560 50 180.*

Kai Kanz, Azenbergstr.23, 7000 Stuttgart-1. Am 2.2.87 verwarf der 1. Strafsenat des OLG Koblenz die Revision. Damit wird das Repressionsurteil vom 11.9.86 des LG Bad Kreuznach *14 Monate ohne Bewährung* gültig. Nachdem Kai bereits 8 Monate abgesessen hatte, sind es somit nun 22 Monate – ein Urteil, das nur auf dem Hintergrund verstanden werden kann, daß sich die Bundeswehr dafür zu rächen versucht, daß Kai Kanz in der ersten Instanz zunächst freigesprochen worden war!

Thomas Frenznick, Büchsenstr.27, 7519 Eppingen-Rohrbach. Am 22.1 setzte das LG Baden-Baden die 7 Monate ohne Bewährung des AG Achern zur Bewährung aus. Ein Doppelbestrafungsprozess in Achern wurde eingestellt.

Thorsten Mai, Geismarlandstr. 25b, 3400 Göttingen. Am 10.2. wies das OLG Celle die Revision zurück. Damit wird das Urteil des LG Göttingen 6 Monate ohne Bewährung wegen Dienstflucht gültig.

Stephan Bosch, Lüttecker Str. 167, 5100 Aachen. Prozeß wegen Dienstflucht mit Auflagen eingestellt. Mit einer Neuauflage ist zu rechnen, weil Stephan inzwischen totalverweigert.

Udo Meven, Hamburg hat sich als Fahnenflüchtiger am 22.1.87 imBRahmen einer Aktion festnehmen lassen und erwartet nun seinen Prozeß. Verweigerung hat in seiner Familie ›Tradition‹. Sein Großvater wurde im 2.Weltkrieg wegen Fahnenflucht erschossen.

Stefan Cziesla, Nordbahnstr.82, 4972 Löhne-3. Nach einem abgeschlossenen Strafverfahren mit 6 Monaten auf Bewährung verlangte die Bundeswehr, der das Urteil nicht ausreicht, erneut Stefans Dienstantritt und nahm ihn fest. Da Doppelbestrafung zunehmend von Richtern abgelehnt wird, bleibt der Bundeswehr nur eine zeitlich begrenzte Schikane. Schreibt und verlangt die sofortige Entlassung von Stefan: *Bataillonskommandeur OTL Fack, Gellendorf Kaserne, 4440 Rheine.*

Tom Mischo, Grünfeldstr.1, 4470 Meppen. Seit Oktober für 8 Monate im Knast. Er verweigert die Zwangsarbeit, was entsprechende Repressionen nach sich zieht (kein Einkauf etc.).

Siegfried Schierle, Köberle 14, 7170 Schwäbisch Hall. Er kam auf 2/3 aus dem Arrestzelle und wurde am 18.1.87 erneut verhaftet und von Feldjägern zu »seiner« Jäger-Kaserne nach Marburg gebracht. Auch hier Bundeswehrschikane, die Adr. der Jägerkaserne ist uns leider nicht genauer bekannt.

Andreas Peters, Unter den Eichen 24, 4830 Gütersloh-11. Am 9.1. wurde er aus der JVA entlassen. An der Pforte wurde er allerdings von Feldjägern in Empfang genommen und wieder in die Diedenhofenkaserne nach Wuppertal gebracht. »Dort wurde mir eine Nachdienverfügung vorgelegt, nach der ich erst am 4. Mai 87 aus der BW entlassen werde. Anschließend wurde ich wieder aufgefordert am Dienst teilzunehmen, was ich aber verweigerte. So wurde ich übers Wochenende dreimal vorläufig festgenommen, bis ich am Montag, 12.1. eine 7-tägige Arreststrafe kriegte, – am Freitag wurde ich plötzlich aus dem Arrest und der BW entlassen.«

Stefan Berendsen, Goethestr.10, 2219 Lägerdorf. Das LG Itzehoe verurteilte ihn wegen Totalverweigerung zu 8 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung und 1 Jahr Arbeitsdienst. Berufung ist eingelegt.

Juha Alakulppi, Mielipidevanki, Jouko Saksio, Oulun lääninvankila, 90100 Oulu, Finnland. Juha ist eine 23-jähriger finnischer Anarchist, der im Oktober zu 9 Monaten Knast verurteilt wurde und jetzt in *Hungerstreik* getreten ist. Protestschreiben an den finnischen Präsidenten: Tasavallan Presidentti, Presidentin Linna, 00170 Helsinki, Finnland. Juha ist zwar der einzige im Hungerstreik, aber nur einer von 6 Wehrdienstverweigerern, die derzeit in finnischen Gefängnissen sitzen. Sie hatten 20 Vorgänger und weitere 20 warten auf ihre Prozesse.

Zwei Anmerkungen zum Schluß: In der Schweiz sind quasi alle Militärverweigerer automatisch Totalverweigerer. Die Bereitschaft Knast auf sich zu-nehmen ist vergleichsweise hoch:

1979	340
1980	354
1981	593
1982	729
1983	745
1984	788
1985	686
1986	542

Rund 8500 sind also wegen der Wehrpflicht seit 1979 in der Schweiz eingeknastet worden. Eine wahrlich »wehrhafte Demokratie«. Die wirklichen Verweigererzahlen liegen dabei noch höher; wenn die Statistik 1985 einen Knick nach unten verzeichnet, liegt es daran, daß ungefähr seit dieser Zeit die Zahl der »gewählten Psychiatrisierungen« steigt, so dürften ca. 5000–5500 seit 1984 Jahr für Jahr als psychisch untauglich ausgemustert werden.

Zum Vergleich: seit 1968 hat es in der BRD ca. 500 Fälle vonBTotalverweigerung mit Gefängnisstrafen gegeben. Das liegt einerseits an der Fiktion vom Zivildienst als militärfreiem Dienst an der Gesellschaft. Zum anderen an besseren Möglichkeiten auszuweichen. Denn: nicht jeder hat die Kraft für monatelangen Knast, andere Wege – wie rechtzeitig nach Berlin umzuziehen – sind häufiger. (Allein 1982 vermißte die Bundeswehr *10382 Wehrpflichtige!*). Zu wenig bekannt ist die Möglichkeit nach Great Britain auszuweichen, wo es keine Wehrpflicht gibt. (Kurzzusammenfassung eines Überblicks von Peter/ aus: Ohne uns:)

Jeder, der nach GB einreist, bekommt bei der Paßkontrolle eine Karte (Immigration Card) mit einem Stempel des Einreisedatums ausgehändigt. Für Bürger aus EG-Ländern ist die Immigration Act 1971: EEC Treaty Karte (HO Form 15120) zuständig. Laut dieser Verträge können Bürger aus EG-Ländern *ohne weiteres* in GB einreisen. Sie können Arbeit suchen und annehmen, dürfen sich niederlassen und haben sofort Anspruch auf den National Health Service, sowie sie sich bei einem Arzt registrieren lassen.

Danach kann jeder bis zu 6 Monaten in GB bleiben, ohne weitere Formalitäten, es sei denn einer bekommt keine Arbeit und muß sich um Sozialleistungen kümmern. Diese stehen Euch aber erst nach 3 Jahren Aufenthaltszeit zu. Nach 5 Jahren Aufenthalt kann jeder auch britischer Staatsbürger werden (Kostenpunkt 1982/3: 200£).

Dazu müßt ihr also länger bleiben als 6 Monate und eine *Residence Permit* vom Innenministerium beantragen: *Home Office, Immigration and Nationality Department, 40 Wellesley Road, Croydon CR9 2BY.*

Wenn das *Home Office* aus irgendeinem Grund kein *Residence Permit* ausstellen will (was allerdings bislang noch keine Schwierigkeiten machte), wird zwar nichts aus den Sozialleistungen und der »Staats«-bürgerschaft, aber ihr könnt trotzdem in GB bleiben, müßt allerdings einen Wochenendausflug nach Ostende oder Calais unternehmen und wieder neu als Tourist einreisen (für weitere 6 Monate). Sinnvoll ist es sicherlich in eurem Fall Kontakt mit der WRI, Anarchogruppen oder mit lokalen CND-Gruppen aufzunehmen, die Tips geben können.

von Wehrend/König

Wer einmal zählt, dem glaubt man nicht, wenn diese/r auch von Wahrheit spricht

Photo: Manfred Kampschulte

Die bessere Vorbereitung

Der Staat informiert zwar die Bevölkerung mit Unterstützung vieler Medien und bestimmter Interessenverbände (wie die Industrie- und Handelskammern; der Zentralverband deutscher Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer; der deutsche Mieterbund) sowie mit Hilfe einer Werbeagentur (bekannt durch Ikea- und Renault-Werbung), welche vorerst 16 Millionen DM zur Verfügung hatte (1983: 50 Tausend DM). Es wurde schon weiteres Geld genehmigt. Wirksamen Effekt bei den Bürgern haben besonders die Berichte, in denen scheinbar unabhängig von der Volkszählung die Wichtigkeit von Planungsdaten für gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen der Zukunft betont wird. Da aber jede noch so glänzende Medaille zwei Seiten hat, ist es notwendig, hier auf Fragestellungen und Fakten einzugehen, die in der Werbung natürlich nicht erwähnt werden.

Außer dem Volk werden alle erfaßbaren Berufe, Arbeitsstätten, Wohnungen, Gebäude wie auch das Vieh gezählt und von ca. 600 Tausend ZählerInnen auf Fragebögen notiert. Nebenbei wird während der Zählungen mit einer unrealistischen Möglichkeit gedroht, daß nämlich eine Verweigerung der Auskunft ein Bußgeld bis 10 000.-DM zur Folge habe. Damit sollen skeptische Menschen eingeschüchtert werden. Dies ist eine politische Drohung, da ein Boykott keine Straftat bedeutet und juristisch eher 100.-DM im Verhältnis zum Zweck stehen würden. Bezüglich spezieller Rechtsfragen wendet Euch an eure lokalen VOBO-Inis. Siehe auch Literatur.

Ob früher oder heute — der Staat gefährdet die Leute

Die Volkszählung hat in Deutschland Tradition, denn es gibt sie seit 1919, — erstmals also nachdem die Novemberrevolution gescheitert war. Die Zählungen der Nationalsozialisten von 1933 und 1939 sollten das Volk schon genauer erfassen. Vom Arbeitskräfteeinsatz über die Wirtschaftsplanung bis zur Kriegsvorbereitung waren sie eine Hilfestellung. Die Ergebnisse waren die statistische Grundlage für die geplante Familienpolitik, für »Rassenhygiene« und den Holocaust. Zitiert wird Friedrich Burgdörfer, Berlin 1940: ». . . Eine starke Regierung aber, die nicht nur verwalten, sondern gestalten will, eine Staatsführung, die große Ziele sieht, die sich weitgreifende Aufgaben stellt und die den Mut und die Kraft hat, sie zu meistern, kann auf sorgfältige und umfassende Statistik nicht verzichten und sie wird sich ihrer in vollem Umfang bedienen!«

Die Volkszählung 1987 erhält eine neue Qualität durch die heute bestehenden Möglichkeiten der Datenspeicherung, -verarbeitung und -weitergabe. Diese Daten können in umfassender Weise ausgewertet, mit anderen Datenbanken abgeglichen und verknüpft werden. Damit erweitern sich die Aussichten des Staates enorm, den einzelnen Menschen, bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Regionen zu verwalten und zu kontrollieren.

Diese kommende Zählung wird nach bisherigen Berechnungen 1,8 Mrd. DM kosten; — dringend benötigtes Geld für den Umweltschutz, den Sozialbereich oder das Gesundheitswesen. Zum Vergleich: Für eine Kinderkrebsklinik muß per Fahrradfahren in der Öffentlichkeit gebettelt werden!

Das Ergebnis der Volkszählung wird vor allem eine ziemlich feinmaschige Rasterung der gesamten Bevölkerung sein, die tiefe Einblicke in die soziale, politische und wirtschaftliche Dynamik eines Stadtteils bis zu einer größeren Gegend ermöglichen wird. Wirkliche Beteiligung z.B. an einer Stadtplanung wird für Betroffene dabei nicht herauskommen, dazu wären Diskussionsabende auch zweifellos geeigneter. Zur Abschätzung der »Sozialverträglichkeit« einer Stadtplanung — im Computerraum entwickelt — wäre mit dieser Erhebung für die *Verwaltung* eine Grundlage gegeben.

Bei der Volkszählung erhobene Daten können für alles mögliche verwendet werden. Dazu ein Beispiel: Die Daten der Volkszählung 1970 wurden u.a. als Grundlage zu Energiebedarfsprognosen Anfang der 70er Jahre benutzt. So meinten die »Experten«, daß 1985 die ›Lichter ausgehen‹, wenn der Ausbau der Atomenergie stagniert. Die Überkapazitäten an Strom sind heute höher, als die Menge, die AKW's abgeben. Es wurde seitens der Wirtschaft die Annahme lanciert, daß entsprechend der Steigerung des Bruttosozialprodukts auch der Energiebedarf wächst.

10 Minuten für den Grundstein zum totalen Staat!

Die Volkszählung ist nicht nur für das Meldewesen und einge sozialpolitische Bereiche wichtig, sondern gerade *weil* mit diesen Erhebungen Probleme, wegen bisher meist verbotenen und aufwendigen Datenzusammenführungen von Ämtern, in einem Akt technisch und juristisch überwunden sind. Nach einiger Zeit sollen die Fragebögen vernichtet werden, jedoch sind dann die Daten auf Disketten (Magnetbänder) übertragen worden (Kopien sind dann für Stadtverwaltungen eine Minutensache).

Als Widerspruch zum vielzitierten Verbot des behördlichen Datentauschs müssen die neuen Sicherheitsgesetze (u.v.a. das »Zusammenarbeitsgesetz) genannt werden, denn durch sie wird Datentausch später für Behörden zur Pflicht. In Niedersachsen sind nach neuer Meldeordnung seit Oktober '86 die Meldeämter bereits verpflichtet, sämtliche An- und Abmeldungen der Wohnorte an die Polizei weiterzugeben. Zudem sollen Polizeibeamte für die Nacht- und Wochenendschichten Schlüssel für die Räume der örtlichen Meldebehörden erhalten. Damit wird eine Kontrolle des Zugriffs auf die Daten unmöglich. Desweiteren sollen die Daten von »Medizinalpersonen« besondere Beachtung in der Verordnung finden. Ein Parlamentarier der GRÜNEN im Innenausschuß befürchtet dahinter eine »Maßnahme zur Kriegsvorbereitung«. (taz, 20.10.86)

Geplant ist ferner, daß der neue maschinenlesbare Personalausweis ab April der Bevölkerung nach Ablauf des alten Ausweises ausgehändigt wird. *Mit dieser Plastikkarte inclusiv Personenkennziffern* besteht die Möglichkeit, daß jede/r beliebige PolizistIn oder GrenzbeamtIn bis zu 240 persönliche Angaben ohne unseren Willen erhalten kann. Dieser Ausweis war für 1984 geplant, aber nach dem Scheitern der letzten Zählung hat es sich wohl noch nicht gelohnt? Die in der BRD bereits bestehenden Informationssysteme der Behörden sind schon so umfangreich und perfekt, daß sie eine Gefahr für die Grundrechte darstellen.

Es wurde aus Hamburg bekannt, daß bei der ZäherInnenrekrutierung in einem Stadtteil vorzugsweise junge Leute vom Öffentlichen Dienst ausgewählt wurden, die noch keine Vollzeitarbeitsverträge haben und daher mehr Druck auf sie ausgeübt werden kann. In allenStädten ist eine Urlaubssperre für den Öffentlichen Dienst während der Volkszählung verhängt worden.

Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß

Die ZählerInnen dürfen die jeweiligen Nachbarn oder auch den Vermieter über unsere persönlichen Daten ausfragen! Ist es überhaupt sicher, daß alle SchnüfflerInnen die ihnen anvertrauten Aussagen für sich behalten?

Als kleinste direkt identifizierbare Einheit der erhobenen Daten bleibt die sogenannte *Blockseite* bestehen. Was ein Block ist, wissen Viele aus der NS-Zeit. Damals kontrollierte der sogenannte Blockwart einen bestimmten Wohnabschnitt. Mit heutigen EDV-Programmen wird eine wesentlich effektivere, aber subtilere Erkennung der Sozialstruktur und Kontrolle möglich. Nach der EDV-Erfassung werden für den jährlichen Mikrozensus 20% der gesammelten Daten weiter benötigt.

Mikrozensus

Beim Mikrozensus handelt es sich um eine Stichprobenerhhebung, bei der 250 Tausend Haushalte nach einem mathematischen Zufallsverfahren ausgewählt werden. Dann machen ZählerInnen und Behörden Jagd auf ihre Bürgerauswahl, besonders auf Unwillige. *Diese Befragung* ist wesentlich umfangreicher als die Volkszählung und erfaßt sehr detailliert die Lebens-, Wohn- und Arbeitssituation der Befragten. In Zukunft werden die Volkszählung und der Mikrozensus als zwei eng zusammengehörende Maßnahmen betrachtet. Um den Inhalt des Mikrozensus kurz zu verdeutlichen, sollen einige Fragen als Beispiele aufgeführt werden:

Für Ausländer: Lebt Ihr Ehegatte noch im Heimatland? – Haben Sie Kinder im Heimatland? – In welcher Krankenkasse sind Sie versichert? – Wie sind Sie in der Krankenkasse versichert? – Name des Betriebes in dem Sie tätig sind/waren? – Woraus beziehen Sie überwiegend die Mittel für Ihren Lebensunterhalt? – Welche öffentliche Rente, Pension usw. erhalten Sie? – Welche sonstigen öffentlichen und privaten Einkommen beziehen Sie? – Wenn Sie in der Berichtswoche weniger oder mehr als die normale Arbeitszeit geleistet haben, welcher Grund trifft dafür zu? – Falls es weniger war, bzw. gar nicht gearbeitet wurde: Krankheit, Kur, Heilstättenbehandlung, Arbeitsschutzbestimmungen, auch Mutterschutz, Urlaub, Dienstbefreiung, Arbeitsstreitigkeiten (Streiks, Aussperrungen) usw.

Das war eine kleine Auswahl **von mehr als 70 Fragenkomplexen des Mikrozensus** (zit. n. Fragebogen v. 25.4.85).



Photo: Manfred Kampschulte



Abschiebedaten?!?

Sogar die kleinsten Gemeinden haben ein starkes Interesse an detaillierten Daten – auch von Einzelpersonen, sobald es um Sozialhilfe, Wohngeld oder Ausländer-Fragen geht. Daß sich eine melderechtliche Erfassung dieses Ausmaßes insbesondere gegen Ausländer richten wird, die noch gar nicht ahnen, was mit der Volkszählung auf sie zukommt, ist zu befürchten. Die Aufenthalts-, Asyl- und Abschiebebestimmungen ergeben besonders dann einen Sinn, wenn sich die Betroffenen ausfindig machen lassen. Diese Menschen könnten dann trotz Lebensgefahr ausgewiesen werden (z.B. Kurden, Palästinenser).

Im militärischen Bereich kann die Volkszählung zudem dazu dienen, das Rekrutierungspotential für paramilitärische Einheiten zu erfassen, die im Kriegs- und Krisenfall Aufstandsbekämpfung ausüben, wie sie seit langem alljährlich in den sogeannten *Wintex-Cimex-Manövern* geübt werden. Ebenso können in bezug auf Soldaten wirksame Anwerbeformen für bestimmte berufliche (oder den Plänen wohlgesonnene) Zielgruppen erarbeitet werden.

Ob im übrigen internationale Verpflichtungen (EG-Rat, NATO) zur Bereitstellung grundlegender Daten bestehen, wird die Bevölkerung schwerlich erfahren. (. . .)

Juristische Einschränkungen, Auflagen und Gesetze sind nur Papier, welches morgen durch die Machthaber geändert werden kann. Die Technologie und das Herrschaftswissen aber bleiben bestehen!

Der Mensch wird auf die Rolle des »Datenträgers« reduziert, der sich dann mit der Gewalt technokratisch zustande gekommener Entscheidungen konfrontiert sieht. Effizienz-Denken, anstatt, daß der Mensch im Mittelpunkt von Planungen steht. Es geht also nicht darum, daß irgendwelche Menschen etwas ›zu verbergen‹ hätten, sondern es geht um den Zusammenhang der genannten Bereiche, um Planungs- und Manipulationsmöglichkeiten, deren Umsetzung bis dahin nicht oder nur erschwert verwirklichbar war. Wir wollen uns aber unsere Handlungsspielräume auch in der Zukunft erhalten!

Die Befragung soll wichtig sein
Wir sehen keine Gründe ein!

Bei Auswertung der Volkszählung ist über Fragen zur sozialen Situation herauszufinden, wo staatliche Zuwendungen eingespart werden können und in welchen Regionen wofür höhere Abgaben zu zahlen sind. Interessant ist sicherlich auch, welche staatlichen Leistungen in den privaten Bereich zu verlagern sind. Das 1983 regierende Kabinett in Niedersachsen wollte die Volkszählung von Privatfirmen auswerten lassen.

Zur Zeit der Auswertung werden sich viele PlanerInnen und ProgrammiererInnen an die Arbeit machen, um gesellschaftliche »Fehlentwicklungen« bereits im Vorfeld mittels Computersimulation aufzuspüren. Sie können die Auswirkungen verschiedener politischer Entscheidungen durchspielen und Maßnahmen erproben, die eventuell zum gewünschten Ziel führen.

Es sieht so aus, als ob die Volkszählung mit werbewirksamen *Falschinformationen* begründet wird, da z.B. dem Hinweis auf langfristige Planung von Arbeitsplätzen der massive Abbau eben jener bei Bahn und Post sowie im Privatsektor entgegensteht. Keine fehlenden Daten sind der Grund des Mangels auf dem Wohnungsmarkt, sondern das Steuer- und Finanzsystem begünstigt Spekulationen, Bauherrenmodelle und Luxussanierungen. Weitere Werbesprüche sind bereits in SF-21 ausführlich widerlegt worden.

Unsere Daten sollen also vor allem dazu herhalten, Vorhaben wie Industrieansiedlungen, Stadtteilsanierungen und AKW's durchzusetzen; begründet wird das alles dann mit angeblich »objektiven« Statistiken aus Volkszählung und Mikrozensus.

Die Boykottbewegung

Aufgrund der in vielen Lebensbereichen bestehenden und zunehmenden Vereinzelung des Menschen (Arbeitsplatz, Freizeitgestaltung) sowie der staatlichen Drohungen und Zwangsmaßnahmen, ist es wichtig, auch in diesem Fall sich einer Bewegung anzuschließen, die einer Basisdemokratie verpflichtet ist und gegen das Bestreben des Staates kämpft, die Bevölkerung auszuhorchen, zu kontrollieren und zu verplanen bis hin zur Verwirklichung von Kriegskonzepten (wie die Strategie »Air Land Battle 2000 oder die Wintex-Cimex-Manöver).

Seit September '86 bilden sich wieder VOBO-Gruppen. Um sich über weitere Hintergründe der Volkszählung zu informieren, Rechtshilfe-Tips (Bußgeld- bis Zwangsgeldverfahren) zu bekommen und evtl. mitzuarbeiten, sollte jede/r Kontakt zu den lokalen Gruppen aufnehmen. Die VOBO-Gruppen arbeiten mit RechtsanwältInnen zusammen (. . .) sie machen deutlich, daß nur einheitliches Vorgehen Sand im Staatsgetriebe ist, da so keine Vereinzelung entsteht; die Gruppen und RechtsanwältInnen können ein bundesweit gleiches Sammelverfahren für Gruppen einrichten.

Die Katastrophen werden organisierbar – aber nicht für uns!

Bei der Propaganda wird versucht, die Bürger an ihrem Verantwortungsgefühl zu pakken. Die Beantwortung der Volkszählungsfragen sei ein sinnvoller Beitrag zum Gemeinwohl aller.

Es ist sehr angebracht, das Verhalten des Staates in zwei Bereichen in Erinnerung zu rufen, wo es für die Bevölkerung der BRD lebenswichtig war. Das Verhalten nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl hat gezeigt, was der Staat mit Daten machen kann bzw. nicht machen will. Als die Verantwortlichen kurz nach dem Unfall durch ein dichtes Netz von Meßstellen des Zivilschutzes über die Auswirkungen des Unfalls auf die BRD im Bilde war, speisten sie die Bevölkerung mit ungenügenden Informationen ab. Die Bundesregierung war sich über die von ihr eingesetzte Strahlenschutzkommission im Klaren darüber, daß die biologische Wirkung von aufgenommener radioaktiver Niedrigstrahlung fast unerforscht ist und daher ein Übertreiben der Vorsorgemaßnahmen in dieser Situation eher angemessen gewesen wäre als die propagierte Untertreibung der Gefahrenlage. Es wäre z.B. richtig gewesen, im Zeitraum der folgenden drei Wochen wegen der hohen radioaktiven Jod-Belastung der Luft



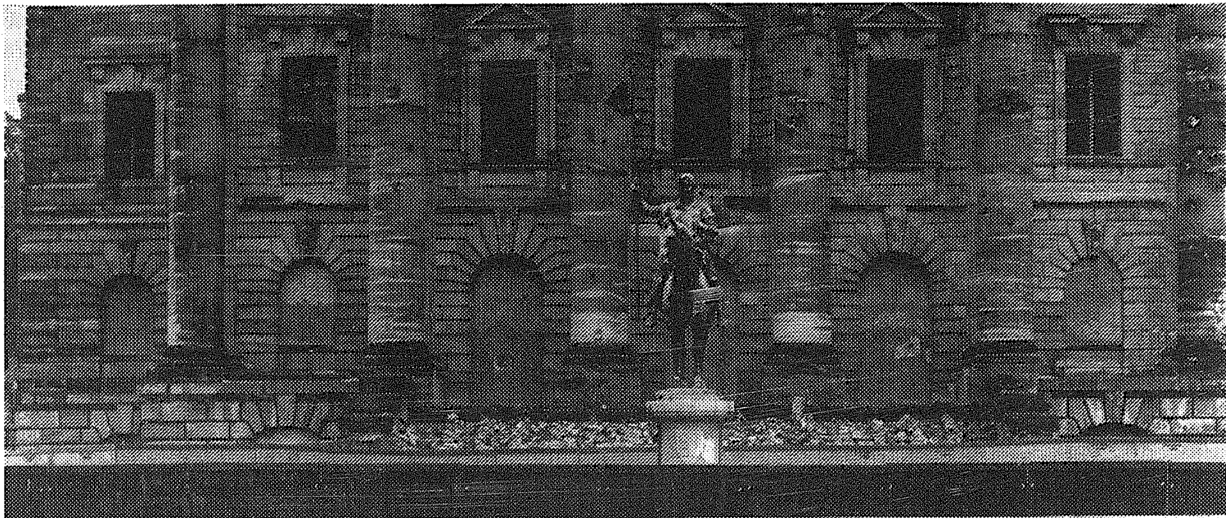




Photo: Manfred Kampschulte

die öffentlichen Freiluft-Veranstaltungen abzusagen und den Aufenthalt im Freien von Schulpflichtigen einzuschränken. Ein Beispiel von vielen: Bei der Veranstaltung »Rhein in Flammen« gerieten über hunderttausendMenschen in den hochbelasteten Regen, denn nur das Sanitätspersonal erhielt vom Innenministerium Anweisungen, in den Zelten zu bleiben und anschließend die Schuhe zu verbrennen! (. . .)

In einer speziell für den schwächsten Menschen (wie Kinder, Ungeborene) bedrohlichen Situation werden Informationen, Daten, über die dieser Staat verfügt und mit deren Hilfe sich die betroffene Bevölkerung ein besseres Bild über Situation und Grad der eigenen physischen Bedrohung hätte machen können, systematisch verweigert oder verharmlost. (. . .)

Besonders für die Notstandsplanung hält die Regierung eine Reihe von Sicherstellungsgesetzen parat, für deren Umsetzung die Angaben der Volkszählung entscheidend sind. Diese Gesetze verpflichten im Krisen- oder Kriegsfall zu unbefristeten Arbeitsleistungen, zur Bereitstellung von Verkehrsmitteln, Wohn- und Lagerraum. Nahrungsmitteln und sonstigen Waren zur Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Und damit sind wir beim zweiten Bereich, der bei dieser Thematik genauso beachtet werden muß. Anhand der Volkszählungs-Ergebnisse kann festgestellt werden, wo die Nutzung von zivil/ wirtschaftlichen Verkehrsverbindungen auch dem Militär möglich ist. Verschiedene Militärplaner loben schon jetzt die BRD wegen einer Infrastruktur, die für Kriegszeiten optimal ausgelegt ist (siehe bspw. Hunsrück, Eifel, Pfalz, Heseen und die guten Autobahnen). Somit kann die BRD auch als Verschiebeland für außereuropäische Kriege benutzt werden (z.B. Startbahn 18 West).

(. . .) Im Master-Plan (Mitverfasser General Rogers) vom August '82 wurde schon erwähnt, daß nicht nur Depots, sondern ergänzend Truppen im grenznahen Bereich (Fulda) zur DDR stationiert werden. In Master Restationing Plan ist die atomare Enthauptung der Sowjetunion vorgesehen, aber im Rahmen eines auf Europa begrenzten Krieges, der noch kombiniert ist mit Strategien für die Golfregion und den Warschauer Pakt. Da jedoch dieses Papier keine Satire ist, sollten wir dem Staat nicht glauben, wenn scheinbar nur Gutes aus dieser Massenerhebung resultieren soll.

(. . .)Der anfänglich von einigen Gruppen empfohlene »weiche« Boykott (Schummeln) nützt nichts; die Bögen falsch ausfüllen, verknüllen etc. führt nach sich, daß wieder ein/e Beauftragte/r telefoniert, vorbeischaut und mit Euch die Angaben korrigieren will. Außerdem werden in den statistischen Landesämtern sogenannte Plausibilitätskontrollen (Wahrheits- und Wahrscheinlichkeitsgehalt) der Bögen vorgenommen. Die meisten VOBO-Gruppen haben sich bislang – nach prinzipiellen Diskussionen – auf zwei Vorgehensweisen eingelassen: einerseits wird vertreten, nur den Boykott-Willen der zu zählenden Person mitzuteilen und die Türe (ohne wenn und aber) zu schließen. Dann erscheinen die Bögen per Post mit Zustellungsurkunde, damit gilt es als zugestellt (Poststempel) und mensch soll alle Kenndaten entfernen (Nummer am oberen Rand), um dann phantasievoll mit den Bögen umzugehen. Ist niemand zu hause, sollte dem Nachbarn oder Vermieter wenigstens die eigene Einstellung zur Volkszählung rechtzeitig mitgeteilt und gegenseitige Verschwiegenheit vereinbart werden.

Wenn Buß- oder Zwangsgeldbescheide kommen würden, wird von allen Gruppen der Rechtsweg eingeschlagen.

Das zweite mögliche Vorgehen: die Bögen sollen mit einem Postkuvert angenommen werden (was schon einem Datenabgleich durch die zählende Person gleichkommt) und es sollen keine Boykottabsichten geäußert werden, ZählerIn abweisen und absolut keine Auskunft oder Unterschrift geben. Der Zutritt zur Wohnung ist nicht rechtmäßig und unbedingt zu verwehren (sonst Anzeige wegen Hausfriedensbruch). Auch bei diesen Empfehlungen soll die Kennziffer entfernt und unausgefüllt zur dann eingerichteten VOBO-Sammelstelle gebracht oder geschickt werden. Die Zahl der Boykottwilligen ist so täglich zu erfahren und für die Bewegung sehr wichtig, damit der Staat nicht lügen und kriminalisieren kann. Keine/r bleibt wie beim oben erwähnten Schummeln vereinzelt und der Behördenwillkür ausgesetzt.

Da die Anzahl der bereits existierenden Boykottinitiativen den Platz in dieser SF-Ausgabe sprengen würde, empfehlen wir: die linken Bulas vor Ort nach den Treffpunkten fragen. Wer damit nicht weiter kommt, kann unter der *SF*-Redaktionsnummer die jeweils naheliegenste VOBO-Initiative erfragen. (Anrufe zwischen 13.00–17.00 Uhr, Mi). Da wir – im Gegensatz zu den GRÜNEN über einen privat bezahlten Anschluß verfügen, gehen wir davon aus, daß wir nicht *gesperrt* werden. Aber bitte nur nach Adressen fragen, wir haben nicht die Kapazität zu weitergehender Beratung.

Literatur:

– Materialien und Argumente zur Volkszählung, Reader erhältlich beim Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Tel. zum Ortstarif 0130/4460, ab 10.00 Uhr täglich

– Rundbriefe zum Mikrozensus und Volkszählungsboykott; 3.- DM, erhältl. bei der Bochumer Ini, Tel. 0234/284477, Di 20.00–22.00 Uhr

– *Volkszählung 1987, 10 Minuten, die Sie noch bereuen werden,* 2.-DM, erhältl. bei der Berliner Ini, Tel. 030/69411516, Mo 14–16; Mi 18–20; Fr 18–20 Uhr.

– **Was sie gegen Mikrozensus und Volkszählung tun können,** V. Rottmann/H.Strohm, 5.- DM, Versand 2001 oder Bulas.

– *Vorsicht Volkszählung!*, 15.- DM, Kölner Volksblatt Verlag

– *Computerstaat? – Nein Danke,* AIS, Tel. 030/ 8814370

– *Wintex/Cimex – die geheimen Kriegsspiele der NATO,* 6.-DM, GA-Gruppe Stuttgart, Tel. 0711/ 256998.

– Ansonsten: Infos auf der taz-Wiese beachten . . . und viel Spaß beim »ungehorsam« sein, salud!



Exil – Bilder aus Berlin

von Berliner Antifa-Gruppe

»Exil ist wie wenn Blätter und Wurzeln eines Baumes keinen Kontakt mehr zu Luft und Erde, ihrem Lebensraum haben. Es ist das plötzliche Ende einer Liebe; es ist wie unvorstellbar schreckliches Sterben, weil es ein Sterben ist, das man bewußt erlebt« – ist dieses Bild des argentinischen Dichters Cortazar der Dithyrambus [d.h. Loblied] eines sich plötzlich in Freiheit Befindenden, der nicht mehr zittern muß, wenn es an der Haustür schellt mit dem daraus erfolgenden Dank an das Land, das ihn aufgenommen hat? – Oder ganz im Gegenteil eine emotionale, bittere Anklage, die Verzweiflung, sich da zu befinden, wo das System entwickelt wird, das die Tragödie des Exils, den Tod und Verhaftung von Freunden, möglich macht; in diesem Fall, in jedem Deutschen den Schuldigen zu sehen für das, was an Tausenden in weiter Ferne verbrochen wird? [aus: Oswaldo Bayer: So kam ich unter die Deutschen, in: Asyl bei den Deutschen, Hg. v. Herbert Spaich, Hamburg 1982, S. 262]

In den letzten Monaten wurde die Bevölkerung von West-Berlin und der BRD tagtäglich über die Medien durch ein reaktionäres Gemisch von sogenannten Tatsachen über die »Asylantenschwemme, Überfremdung und Zentren des internationalen Terrorismus« zum Haß und der Jagd auf Flüchtlinge angestachelt. Gleichzeitig werden deren ohnehin menschenverachtenden Lebensbedingungen verschärft. – In Lagern, Containern und Zelten werden sie eingepfercht und bewacht. Wohlweißlich verschwiegen wird jedoch, daß die bisherigen sogenannten »Flüchtlingsheime« nicht »überfüllt« waren.

In dem so geschaffenen Klima kam es dann auch immer häufiger und offener zu Angriffen von Rassisten auf Flüchtlinge. Allein in Berlin im Sommer 1986:

– am 21.7.86 schlugen 2 Rassisten einen Flüchtling am Mariendorferdamm zusammen und raubten ihm sein Geld

– am 27.7.86 kam es zu einem Brandanschlag auf Flüchtlingszelte in Lankwitz

– am 30.7.86 gab es eine Kundgebung am Fehrbellinerplatz unter dem Motto »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus . . .«

– am 1.8.86 wurde unter der Schlagzeile »30.000 Flüchtlinge im Anmarsch auf Berlin« eine gezielte Falschmeldung von den Medien verbreitet, um unter der Bevölkerung eine Pogromstimmung gegen Ausländerinnen und Ausländer zu erzeugen.

– Im Oktober wurde durch die Schließung der DDR-Grenze auf Betreiben der SPD so gut wie allen Flüchtlingen unmöglich gemacht, nach West-Berlin zu gelangen, das heißt faktisch, die Wahrscheinlichkeit in Kauf zu nehmen, daß Menschen durch Bomben, Granaten und Hunger ermordet werden, das heißt die direkte Auslieferung von Flüchtlingen an ihre Henker.

Die propagandistische Lüge von der »Asylantenschwemme« entlarvt sich darin, daß die BRD-Regierung und der West-Berliner Senat ihre Abschreckungs- und Deportationspolitik weiter vorantreiben: Um die von der BRD-Regierung beabsichtigte Aufhebung des Abschiebestops in den Libanon durchzusetzen, reiste Innensenator Kewenig im September in den Libanon, wo er sich während seines dreitägigen Aufenthalts im Luxushotel Interconti von der ruhigen Lage im Libanon ein Bild gemacht haben will. Am 14.10.1986 wurde der Abschiebestop in das Kriegsgebiet Libanon aufgehoben. Dieser Abschiebestop gilt offiziell nur für libanesische Flüchtlinge. Gleichzeitig aber zahlte die BRD 70 Millionen DM an den Libanon, der als Gegenleistung die abgelaufenen Pässe der »staatenlosen«Palästinenser und Kurden beschleunigt verlängern soll. Die ersten geplanten Abschiebungen konnten durch den Widerstand hiergegen verhindert werden. Der Berliner Senat versucht nun einer möglichen Intervention durch Anwälte und Gerichte vorzubeugen, durch »Direktabschiebungen«; d.h. die Flüchtlinge werden bei Nacht und Nebel aus den Lagern und Wohnungen verhaftet und direkt zum Flughafen gebracht.

Da der Wide rstand gegen die Abschiebungen immer dann erfolgreich war, wenn die Namen der Flüchtlinge bekannt waren, sind aus »Datenschutz- und Sicherheitsgründen« die Namen selbst nicht mehr auf den Fluglisten zu finden.

Die Asylpolitik hat sich auch an dieser Stelle deutlich verschärft – im Gegensatz zu 1983 zieht der Westberliner Senat seine Abschiebungen durch, trotz eindeutiger Stellungnahmen etablierter Organisationen wie z.B. des *UNHCR* (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen), der deutschen Botschaft in Beirut und der FU Berlin etc., die eindringlich vor Abschiebungen warnen. Aufgrund ähnlicher Stellungnahmen hatte man sich 1983 noch gezwungen gesehen, den Abschiebestop offiziell wieder einzusetzen. Geplant sind heute zunächst ca. 2000 Abschiebungen.

Zusätzlich wurden die Asylgesetze verschärft: z.B. 5-jähriges Arbeitsverbot für Flüchtlinge, wodurch der nichtabgeschobene Teil von ihnen zur illegalen Arbeit gezwungen wird. Das bedeutet, daß sie rechtlos und jederzeit kündbar sind, für Hungerlöhne »Hamburger braten«, Zeitungen austragen, mit denen sie ihre eigene Diskriminierung in die Haushalte tragen (Springer), oder Hotelzimmer fegen. Gleichzeitig werden so die Löhne der Legalbeschäftigten gedrückt. Die Industrie hat damit die Möglichkeit, über ein Reservoir von Arbeitskräften zu verfügen, welches sie zu jeder Bedingung verschieben und ausbeuten kann. Diese Industrie ist auch verantwortlich für die Situation in den Her-



Photo: Manfred Kampschulte

kunftsländern der Flüchtlinge. *Heckler Koch*, *Daimler Benz, Titan Käsbohrer* und *Dornier* (um nur einige zu nennen) verdienen z.B. im Iran, Irak, Libanon, Türkei und Ceylon.

Durch den Internationalen Währungsfonds werden die Löhne, die Preise für Grundnahrungsmittel und weitere Bedingungen diktiert, die zur Folge haben, daß Menschen die Existenzgrundlage entzogen wird. Dies wurde z.B. bei den sogenannten Brotunruhen in Tunesien 1984 deutlich.

Die Asylpolitik der BRD und West-Berlins ist u.a. ein politischer Schachzug, um von der innenpolitischen Krise wie z.B. der Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialleistungsabbau und Umweltzerstörung abzulenken. Wir wissen, daß die derzeitige Rolle der Flüchtlinge als Sündenbock jederzeit durch andere Gruppen ersetzt werden kann.

Diese Asylpolitik scheint darauf abzuzielen, *die* Menschen vor der Tür zu halten, die am deutlichsten die imperialistische Ausbeutungspolitik zu spüren bekommen, die die unmittelbarsten Erfahrungen damit machen (müssen). Für diese These spricht das Verbot der politischen Betätigung für Flüchtlinge, d.h. Verhinderung der Aufklärungsarbeit über die Situation in ihrenHerkunftsländern. Der Versuch, diie Konfrontation zu verhindern, richtet sich gleichzeitg auch gegen die sich entwicklende Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Gruppen und Organisationen. – So hat sich etwa seit 1983 eine Verbreiterung der Diskusssion über die existenz weltweiter Flüchtlingsströme entwikkelt: zu Beginn wußte kaum jemand, daß es überhauptFlüchtlinge in d er Stadt Berlin gibt. Erst die Ankündigung zwangsweiser Abschiebungen in den Libanon machte deutlich, daß es auch andere Aufenthaltsgrundlagen gab als die des »Arbeitsimmigranten«. Die extremen Lebensbedingungen riefen zunächst die liberalen Kreise auf den Plan, die sich aus humanitären Gründen gegen die Diskriminierung dser Flüch tlinge wandten. Die ursächlichen Zusammenhä nge aber blieben im Hintergrund.

Durch Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen etc. wächst der Wissensstand über die politische Dimension der flüchtlinge hier, parallel dazu über die Ausbeutungspolitik der BRD. Der Widerstand gegen die Asylpolitik der BRD-Regierung und des West-Berliner senats steht auf deutlich bre iterer Basis als es 1983 der fall gewesen ist: viel mehr Menschen sind darauf vorbereitet aus ihrem Protest praktische Konsequenzen zu ziehen, indem sie im Falle von Abschiebungen o.Ä. bereit sind, auch gegen die »staatliche Ordnung« zu verstoßen. So wollen z.B: 27 evangelische Kirchengemeinden von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge verstecken. Politische Aktionen der autonomen Szene wie die U-Bahn-Aktionen, die Flughafenblokade, Organisierung von Fahrwachen gegen Angriffe von Faschisten nehmen zu.

In dem Kampf gegen die Asylpolitik geht es nicht um juristische Kosmetik am sogenannten Asylrecht, nicht um humanitäre Gesten gegenüber den Flüchtlingen oder um die Forderung an den »Sozialstaat«, sich um diese besser zu kümmern. – Wenn wir ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge durchsetzen wollen, sind dafür nicht Forderungen an den Staat entscheidend, sondern die Entwicklung eines breiten Widerstands gegen diese menschenverachtende Politik.



Absolute Monopolstellung in der Flüchtlingsversorgung hat das DRK: Außer dem Bedarf zum lebensnotwendigen Unterhalt, d.h. Lagerunterbringung mit Vollverpflegung, Taschengeldausgabe, Bekleidungshilfen, der medizinischen Versorgung ist auch die »Förderung der Rückkehrbereitschaft« vom DRK übernommen worden. Die Menschen werden zur Teilnahme an einer »Beratung zur freiwilligen Rückkehr« in das Herkunftsland veranlaßt. Die technische Durchführung der »freiwilligen Rückkehr« ist ebenfalls dem DRK übertragen. Lagerärzte waren angestrebt, konnten aber durch breiten Widerstand in der Stadt verhindert werden.

Zur Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge ist zu sagen, daß eine Kostenübernahme für einen Krankenhausaufenthalt nur dann gewährleistet wird, wenn eine lebensbedrohliche Erkrankung vorliegt. So wurde einem 47-jährigen Mann eine Rekonstruktion seines weggeschossenen Unterkiefers verweigert mit dem Hinweis, er könne ja noch Suppe schlucken und Schönheitsoperationen würden nicht durchgeführt. Das ist nur ein Beispiel von vielen, die wir kennen. Einen Krankenschein zu bekommen dauert Wochen und gelingt oft erst nach mehreren Versuchen, meist unter energischer Mithilfe des behandelnden Arztes, vorausgesetzt, er läßt sich darauf ein, zunächst ohne Krankenschein zu behandeln.

Photos: Angelika

Die hygienischen Bedingungen in den Lagern (eine Dusche und eine Toilette für 80–100 Menschen sind keine Seltenheit) machen fast unbegreiflich, daß es nicht öfter in einem Lager zur seuchenartigen Ausbreitung von Infektionskrankheiten kommt; teilweise leben acht Personen in einem 20m² großen Raum. 1985 erkrankten im Lager Friedrich-Olbricht Damm (200 Menschen leben in diesem Lager) 12 Kinder an Hepatitis A und mußten stationär behandelt werden. Erst 10 Tage später reagierte das zuständige Gesundheitsamt und führte bei einigen, aber nicht allen Kindern Schutzimpfungen durch, aber Umgebungsuntersuchungen wurden nicht durchgeführt.

Sprachliche und kulturelle Isolierung der Flüchtlinge in Verbindung mit der ständigen Bedrohung von Abschiebung verstärkt die Krankheitsanfälligkeit in körperlicher wie auch psychischer Hinsicht. Die Menschen, die hierherkommen, haben sämtliche persönlichen Bezugspunkte verloren, Schmerz und Demütigung durch die Verfolgung erlitten und oft eine anhaltende Angst vor einer Wiederholung derartig furchtbarer Erlebnisse. Wir kennen Kinder mit schweren Depressionen, mit völligem Rückzug von allen Kontakten bis hin zu Autismus. Viele Menschen haben psychosomatische Beschwerden bis hin zu seelischen Zusammenbrüchen, die oft in die Psychiatrie führen – psychische Erkrankung ist Ausweisungsgrund!





Das Leben im Lager ist charakterisiert durch ständige Überwachung und Reglementierung des Alltagslebens, selbstbestimmtes Handeln ist total unmöglich, selbst kochen dürfen die Menschen nicht, sie erhalten zuwenig Essen und schlechtesten Plastikfraß. Apathie, Lethargie und vollkommene Hoffnungslosigkeit, oft Depressionen, Suchtverhalten und Selbsttötungen sind die Folge. Im Lager gibt es keine Rückzugsmöglichkeit, keine Intimsphäre, unerträgliche Schlafsituationen; Resultat: schwerwiegende Schlafstörungen und Aggressionen. Durch das Lagerpersonal sind die Menschen oft zusätzlichen Demütigungen und Repressalien ausgesetzt. Hierzu gehören Besuchsverbote für Deutsche oder erhebliche Besuchseinschränkungen, Zimmer- und Personenkontrollen, unangemeldet und teils mit Hunden durchgeführt. Laufende nächtliche Durchsuchungen, wo Familien mit Kindern aus dem Schalf gerissen werden, was bei vielen panische Ängste erzeugt – u.a. durch die Erinnerung an die Verfolgungssituation in den Herkunftsländern. Die Lebenssituation ist zudem gekennzeichnet durch:

- 5 Jahre Arbeitsverbot
- Keine Spielmöglichkeit für Kinder
- keine oder nur vereinzelte Gemeinschaftsräume
- Übernachtungszwang
- Anordnung von Zwangsarbeit (3.-DM Stundenlohn)
- die Auflage, den Zuweisungsort und die Stadt nicht zu verlassen, das gilt auch für die BRD



Photos: Angelika

Seit 1982 sind Flüchtlinge gezwungen in Lagern zu leben. Die Lager befinden sich in permanentem Belagerungszustand, Stacheldraht, Wachschutz, Schäferhunde, nächtliche Razzien. (Vor ca. 4 Monaten: Vor den Augen der Flüchtlinge zogen sich Polizisten kugelsichere Westen an und durchsuchten mit vorgehaltenen Maschinenpistolen die Räume der Flüchtlinge.) Der Zugang zu den Lagern unterliegt einer ständigen Paßkontrolle – sowohl der Bewohner als auch der Besucher. Viele benötigen sogar eigene, zusätzliche Lager-Lichtbild-Ausweise. Besuchsverbot für Deutsche.

Die über 80 Lager der Stadt, in denen Flüchtlinge auf engstem Raum leben: die schlechtesten Häuser in den schlechtesten Gegenden – in Industriegebieten und neben Kohlenhalden. Bsp.: Das Lager Friedrich-Olbricht-Damm liegt hinter der Gedenkstätte für die Hingerichteten des Nazi-Regimes und hinter dem modernsten Hochsicherheitsgefängnis Westeuropas, dort wo die Wohnhäuser längst aufgehört haben. Bedingungen, die so gewollt sind.

Die Ausländerpolizei sitzt in der Puttkamerstr.14–16, 1000 Berlin-61. Eine Ausnahme bildet die Asylstelle in der Torfstr.36, 1000 Berlin-65, eine Zweigniederlassung. Hier muß jeder Flüchtling seinen Asylantrag stellen und sich die jeweilige Verlängerung seiner Aufenthaltsgestattung einholen. Ein weiteres Organ der Ausländerpolizei ist die »Arbeitsgruppe gezielte Ausländerfahndung«, AGA genannt, die meist ihre Tätigkeit in Zivil ausüben.

(. . .) Die Zollbeamten kontrollieren in Zusammenarbeit mit der AGA, sowohl in Uniform als auch in Zivil den ankommenden Flüchtling, sein meist spärliches Gepäck, seine Kleidung, seine Papiere und oftmals auch seinen Körper. Der Flüchtling muß sofort zu verstehen geben, daß er Asyl sucht, was ihn dennoch nicht immer vor einer Verhaftung und einer folgenden Abschiebung schützt. In eigenmächtiger Entscheidung erlaubt sich die AGA, die von ihm erfragten Asylgründe oft als »offensichtlich unbegründet« zurückzuweisen und ihn in Abschiebehaft zu bringen. Nicht seltenbeginnt ein Flüchtling sein Leben im Exil im Gefängnis.

Ebenso kann es einem Flüchtling ergehen, der mit falschen Papieren einreist. Hat er keine ordnungsgemäßen Papiere, einen gefälschten Paß – wird er festgenommen; er wird ohne Namen in die Statistik der illegal eingereisten Ausländer eingehen, durch alle Medien gemeldet – zur Irreführung der Bevölkerung. Mit »illegal« haben wir »kriminell, betrügerisch« zu verbinden gelernt. In Wirklichkeit aber kann ein in seiner Heimat Verfolgter kein Visum mehr beantragen, seinen Paß nicht mehr verlängern lassen, seine Heimat nicht mehr unter seinem richtigen Namen verlassen ohne Gefahr zu laufen, sich selbst seinen Verfolgern in die Hände zu spielen.

Gibt es keine solidarischen Zeugen gleich bei der Einreise eines Flüchtlings, der verhaftet wurde, weiß niemand, daß er je hier Schutz suchen wollte.

Ist ein Flüchtling »gut« durch die Kontrolle gekommen, kann es ihm passieren, daß er während seiner U-Bahn-Fahrt wieder von der AGA festgehalten wird. Die AGA befindet sich in den U- und S-Bahnen und zieht den Flüchtlingen die Pässe ein. Hierfür erhalten sie eine »Paßeinzugsbescheinigung«, mit Personenangaben versehen, nicht aber mit einem Foto. Kommt der Flüchtling dann später in eine weitere Kontrolle, was ebenfalls nicht selten ist, wird er wiederum festgehalten, da die Paßbescheinigung aufgrund des fehlenden Fotos seine Identität nicht hinreichend ausweist.

Ein weiteres Problem des Paßeinzugs ist, daß ein Flüchtling, der West-Berlin nur als Durchreise für ein Drittland nutzen mußte, keine Möglichkeit mehr hat, West-Berlin auf legalem Wege zu verlassen. Viele Flüchtlinge wollen zu ihren in der Welt verstreuten Verwandten oder Freunden, ein verständlicher Wunsch angesichts ihrer sicherheitslosen Lage, – das ist von West-Berlin aus kaum noch zu schaffen. Es besteht der Zwang, hier Asyl zu beantragen, da sonst die strafrechtliche Verfolgung wegen Verstoßes gegen das Ausländerrecht einsetzt.

Die Asylantragstelle in der Torfstraße hat sich für die Flüchtlinge zu einem Ort, der mit Angst und Unsicherheit besetzt ist, entwickelt. Er hat häufig objektiv die Funktion einer Falle: bei der Asylantragstellung wird der Flüchtling oft aufgefordert, ein Papier zu unterschreiben, das er gar nicht übersetzt bekommt. Oft hat er dann seine »freiwillige Rückkehr« unterschrieben, was ihm selbst nicht klar war. Dann wird er zur Ausreise aufgefordert mit der Androhung einer zwangsweisen Abschiebung, wenn er nicht innerhalb einer gesetzten Frist eiun Flugticket vorlegt. Dieses zu besorgen unterstützt das DRK.

Die Ausländerpolizei in der Torfstraße befindet ebenfalls oft eigenmächtig über die Berechtigung des Antrags. Entscheidet sie, daß die aufgeführten Gründe »offensichtlich unbegründet« sind, wird der Flüchtling gleich verhaftet und in ein Abschiebegefängnis gebracht. Die »freiwillige Rückkehr« wird oft dadurch erzwungen, daß die Polizei einfach behauptet, der Flüchtling würde kein Asyl bekommen und deshalb lieber freiwillig ausreisen, bevor er verhaftet würde. Unterschreibt der Flüchtling dann, wird er gleich festgenommen. Juristisch gesehen ist das »Erschleichen der Asylrücknahme« nie zu ahnden, da der Flüchtling außer sich selbst keine Zeugen für die an ihm vollzogenen fatalen Praktiken hat.

Die Abschiebegefängnisse erfüllen uns mit großer Sorge. Hier gibt es z.Zt. kaum eine Möglichkeit, von außen zu kontrollieren, was sich darin abspielt. Es verschwinden Flüchtlinge, es erfolgenMißhandlungen, sowohl psychischer als auch physischer Art. In West-Berlin gibt es zwei Abschiebegefängnisse: Kruppstr.8–14, 1000 Berlin-21; Augustaplatz, 1000 Berlin-41.

Während im Regelvollzug jeder Gefangene das Recht auf eine Haftprüfung mit Rechtsanwalt innerhalb von 48 Stunden hat, muß ein Flüchtling oft Tage warten, bis er einem Haftrichter vorgeführt wird, mit der Begründung »keine Zeit, zuviele Haftprüfungen«. So kommt es zu Abschiebungen, noch ehe die Berechtigung der Haft überhaupt geprüft werden konnte.

Die Abschiebungen verlaufen häufig folgendermaßen: Der Flüchtling wird vor einer Abschiebung in ein anderes Gefängnis gebracht, so daß es für Menschen draußen nicht mehr rechtzeitig herauszufinden ist, wo er verbleiben ist, wenn es darum geht, in letzter Minute die Abschiebung verhindern zu wollen.

Da nach Erfahrungen der Flugpiloten eine Abschiebung bzw. ein Transport verweigert wird, wenn ein Flüchtling sich im Flugzeug noch verzeifelt gegen seine Auslieferung wehrt, wird ihm oftmals vorher eine »Beruhigungsspritze« verpaßt.

Die Ausländerpolizei in der Puttkammerstraße ist die Anlaufstelle für Flüchtlinge, deren Asylverfahren negativ abgeschlossen ist, und die aufgrund eines Abschiebestopps (in den Libanon ist er aufgehoben worden!) hier noch geduldet sind. Diese Flüchtlinge erhalten eine Duldung.

Das Tätigkeitsfeld der AGA umfaßt auch die Bespitzelung vermuteter Scheinehen. Ehen zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Staatsange-



hörigkeit werden auf ihre »Echtheit« hin kontrolliert. Es finden Haussuchungen statt, Befragungen bis in die privatesten Angelegenheiten.

Beschließt die Ausländerpolizei, natürlich nach ihren Kriterien für eine eheliche Gemeinschaft, daß es sich um eine Scheinehe handelt, werden beide Ehepartner wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz strafrechtlich verfolgt. Gelingt es den Beiden nicht, ihre Ehe glaubwürdig unter Beweis zu stellen, droht dem nichtdeutschen Ehepartner die Abschiebung.

Massenrazzien in S- und U-Bahnen unter dem Vorwand internationaler Terrorismusbekämpfung; durchsucht werden alle »arabisch-türkisch« aussehenden Menschen zwecks lückenloser Überprüfung. Im April '86 wurden innerhalb von drei Tagen 5493 Menschen kontrolliert bis zu 16 Stunden festgehalten oder längerfristig verhaftet. Die Zahl derer, die aufgrund der Kontrollen in die Herkunftsländer abgeschoben wurden, ist bis heute nicht bekannt.

Bei den Kontrollen kommt es zu brutalen Gewaltanwendungen und rassistischen Beleidigungen. Mit diesem staatlichen Terror hat die bisherige Diskriminierung gegenüber Ausländern in Berlin die Dimension der offenen *Einschüchterung* und offenen *Verfolgung* erreicht. Als Haftgrund – Haftbefehle sind nicht erforderlich – reicht oft aus, nicht deutsch zu sein. [Die Gestapo brauchte auch keine Haftbefehle um »Fremdvölkische« in »Schutzhaft« zu nehmen.]

Versuche der autonomen Szene, die Kontrollen durch massenhaftes U-Bahnfahren zu verhindern, wurden mit Gas-und Knüppeleinsatz und über 200 Festnahmen beantwortet. Viele Beteiligten haben jetzt Kriminalisierungsmaßnahmen am Hals. Die »Notstandsübungen« dauern an und werden z.Zt. wieder verstärkt durchgeführt.

Nachdem die »Asylantenströme« nicht mehr »die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung« gefährden wie es in der alliierten Anordnung heißt, geht es nun um die, die noch hier sind.



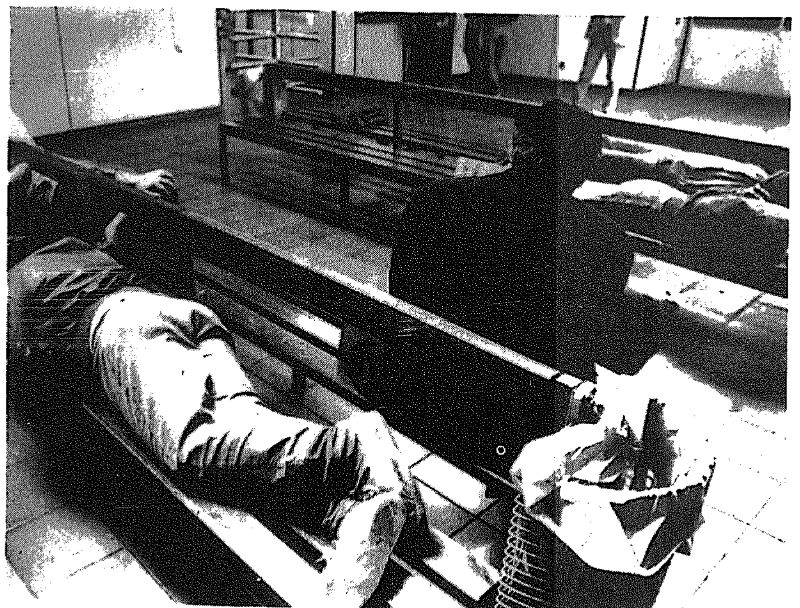


ZSA = Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber

Flüchtlingen ist 5 Jahre verboten zu arbeiten oder zu studieren. Aus diesem Grund sind sie auf Sozialhilfe angewiesen. Bis 1982 waren die Bezirksämter für die Gewährung zuständig, seit 1982 gibt es eine zentrale Sozialhilfestelle: die ZSA, die auch die Zwangsunterbringung in den Lagern koordiniert.

Praxis ist die permanente Verweigerung weitergehender Sozialhilfe, z.B. von Operationen, Krankenscheinen und Kleidung. Fast alles muß über einstweilige Verfügungen erkämpft werden. Das bedeutet, daß Flüchtlinge ohne Anwälte (die Geld kosten) kaum etwas gegen willkürliche Entscheidungen tun können. Fließbandabfertigung, willkürliche Versagung von Hilfe, menschenverachtende Umgangsformen sind obligatorisch. Stundenlanges Warten, oft stehend, da es zu wenige Sitzmöglichkeiten gibt. Polizisten sind ständig anwesend und stoßen auch schon mal, wenn die Reihe nicht gerade steht oder Kinder herumlaufen wollen. In der ZSA finden oft Verhaftungen statt, eine Kooperation zwischen Polizei und ZSA ist offenkundig.

Nach stundenlangem Warten: Drehkreuze, die von der anderen Seite betätigt werden, der Flüchtling befindet sich in einer engen Zelle wieder gegenüber dem Dolmetscher, der hinter einer Panzerglasscheibe sitzt. Er ist der Einzige mit dem die Flüchtlinge direkt zu tun haben. Werden Anträge abgelehnt, so wird dies nicht schriftlich begründet. Schon der Nachweis, daß überhaupt ein Antrag gestellt wurde, fällt schwer. d.h. eine vollkommene Auslieferung gegenüber dem Apparat! Flüchtlinge erhalten nur 2/3 der Sozialhilfe, die Deutschen als Existenzminimum zusteht, – leben sie außerhalb der Lager. Wer zuhause hungert, soll auch hier nicht satt werden. Im Lager erhalten sie Plastikfraß und ein Taschengeld von 2,20 DM am Tag. Das entspricht dem Preis einer einfachen U-Bahnfahrt. Die Auszahlung des Taschengeldes obliegt der Lagerleitung und wird als Druckmittel eingesetzt. Es wird z.B. nicht ausgezahlt, wenn Flüchtlinge sich weigern für 3.-DM die Stunde Zwangsarbeit zu leisten.



Photos: Angelika

Ein Wahlnachschlag: UngüLtiG, Trude Unruh und die Geisterfahrer

Nach monatelangem Unterschriftensammeln nahte im November die Entscheidung über die ungültige Zukunft. Mit der prickelnden Ungewißheit, nicht zu wissen, wie sie abgelinkt werden würden, stürzten sich die *Funktionäre* in die diversen Wahlausschußsitzungen.

Den Anfang machte am 28.11.86 der Bundeswahlausschuß. Die Landeslisten von *UngüLtiG* wurden nicht zur Wahl zugelassen. Folgende Begründung wurde gegeben:
»Sie wird als Partei nicht anerkannt, weil sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation und nach der Zahl ihrer Mitglieder keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer Ziele bietet.«

Nachdem der Vertreter von *UngüLtiG* noch einmal kurz etwas sagen durfte (zugehört hat wahrscheinlich sowieso niemand mehr) wurde abgestimmt: 6 Gegenstimmen und eine Enthaltung. Der Bundeswahlaussch(l)uß besteht übrigens nur aus Bundestagsmitgliedern (1 CDU, 1 CSU, 2 SPD, 1 FDP, 1 Grüner). Ratet mal wer sich realpolitisch konsequent – wie seine Partei nun einmal ist – der Stimme enthalten hat.

Gegen den Beschluß ist Widerspruch eingelegt worden. Wird aber erst nach der Wahl drüber entscheiden. Das nennt sich dann: Anfechtung der Wahl. So etwas hat es seit Gründung der BRD bisher noch nicht gegeben!

Die Ablehnung bezog sich allerdings nur auf die Landeslisten und nicht auf den Direktkandidaten. Hier besteht die Möglichkeit, eine Wählergemeinschaft zu gründen, die keine Satzung braucht. Dachten wir uns so!

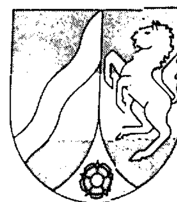
In emsiger Kleinarbeit stürzten wir uns also weiter in die Kneipen und sammelten die 200 Unterschriften für den Direktkandidaten. Dafür ausgeguckt hatten wir *Ditze*, offiziell Dirk Wittke. Es entstand ein reger Kontakt mit dem Wahlamt in Dortmund, die Herren waren sehr zuvorkommend und hilfreich, hatten jedoch ein reges Interesse daran, herauszukriegen, was für Leute eigentlich hinter *UngüLtiG* stehen. Geschickt wurden die Fangfragen eingestreut: »Sind das denn alles Studenten?« Aber fit wie wir *UngüLtiGen* nun mal sind, sind wir nicht auf alle Fangfragen reingefallen. Früher als erwartet (2 Stunden vor Abgabeschluß!) erreichten die Unterschriftenlisten dann das Wahlamt. – Nun fingen der Kreiswahlleiter und sein Stellvertreter das erste Mal an herumzunörgeln. So ginge das alles nicht und wir sollten den Namen ändern. *UngüLtiG* könne nicht auf den Wahlzettel, da die Partei nicht zugelassen sei. Und wir sollten uns doch bitte einen neuen Namen überlegen und den dem Wahlamt mitteilen.

Unser Paragraphenfachmann stürtzte sich daraufhin auf die diversen Gesetzestexte und wir kamen zu dem Schluß: »Iss nich« und hüllten uns in Schweigen. Daraufhin gab's Telefonterror beim Vertrauensmann: »Wir sollten doch bitte und wenn wir uns keinen neuen Namen einfallen lassen würden müßten sie sich einen überlegen.« Dabei kam dann heraus, daß der Kreiswahlleiter schon mit dem



[illegible] in Nordrhein-Westfalen wählen:

Einer von uns muß Kanzler werden.



Landeswahlleiter telefoniert hatte. Der soll gesagt haben, wenn *UngüLtiG* auf den Wahlzettel käme, würde er Widerspruch einlegen. Genüßlich rieben wir uns die Hände. Offensichtlich kamen einige Herren wegen uns ganz schön ins Rotieren. Uns war aber auch klar, daß da irgendeine Linkerei im Gange war.

Endgültig kriegten wir den Mund nicht mehr zu, als die Vertrauensleute und der Direktkandidat jeweils ein Telegramm in ihrem Briefkasten fanden in dem stand, daß eine Unterschrift fehle. Wir haben mal nachgerechnet: Der Spaß hat das Wahlamt runde 250.-DM gekostet! Wie gut, daß wir keine Steuern zahlen, da brauchen wir uns auch nicht zu ärgern.

Kurz darauf rief der Kreiswahlleiter erneut bei unserem Vertrauensmann an und sagte, daß er die fehlende Unterschrift nach Dienstschluß bei ihm abholen würde. Hat er dann auch gemacht!!!

Nun nahte die entscheidende Sitzung. Für den 12.12.86 wurde der Vertrauensmann von *UngüLtiG* zur Sitzung des Kreiswahlausschusses geladen. Sie fand um 10 Uhr morgens statt. Den anwesenden *UngüLtiG*-Mitgliedern war etwas flau im Magen, was jedoch auf die frühe Tageszeit geschoben wurde.

Wenn die Sitzung nicht stattgefunden hätte, müßte sie erfunden werden: Am Kopf des Tisches der Kreiswahlleiter, sein Stellvertreter, desweiteren Herr Heinze, seines Zeichens Oberstadtdirektor (von Dortmund) und einige Aktenschlepper. Von ihnen aus gesehen links die Mitglieder des Kreiswahlausschußes, die dermaßen gelangweilt auf ihren Stühlen hingen, als ob sie absolut nicht wüßten, wie sie hier eigentlich hingekommen sind und was sie hier eigentlich sollten. Auf der anderen Seite die Vertrauensleute der Parteien und ihre Sympis. Einen Großteil der Sitzung nahm das Thema *UngüLtiG* ein. Gleich am Anfang erklärte Heinze, daß man die »Wählergemeinschaft Dirk Wittke« nicht ablehnen könne, da dann von der Wählergemeinschaft eine Anfechtung zu erwarten wäre. Eine Überprüfung der Anfechtung hätte einen hohen Verwaltungsaufwand zur Folge, die in keinem Verhältnis zu den Wahlaussichten stünde. Die Rechtslage sei nicht eindeutig und bei einer nachträglichen Anerkennung müsse die gesamte Bundestagswahl wiederholt werden.

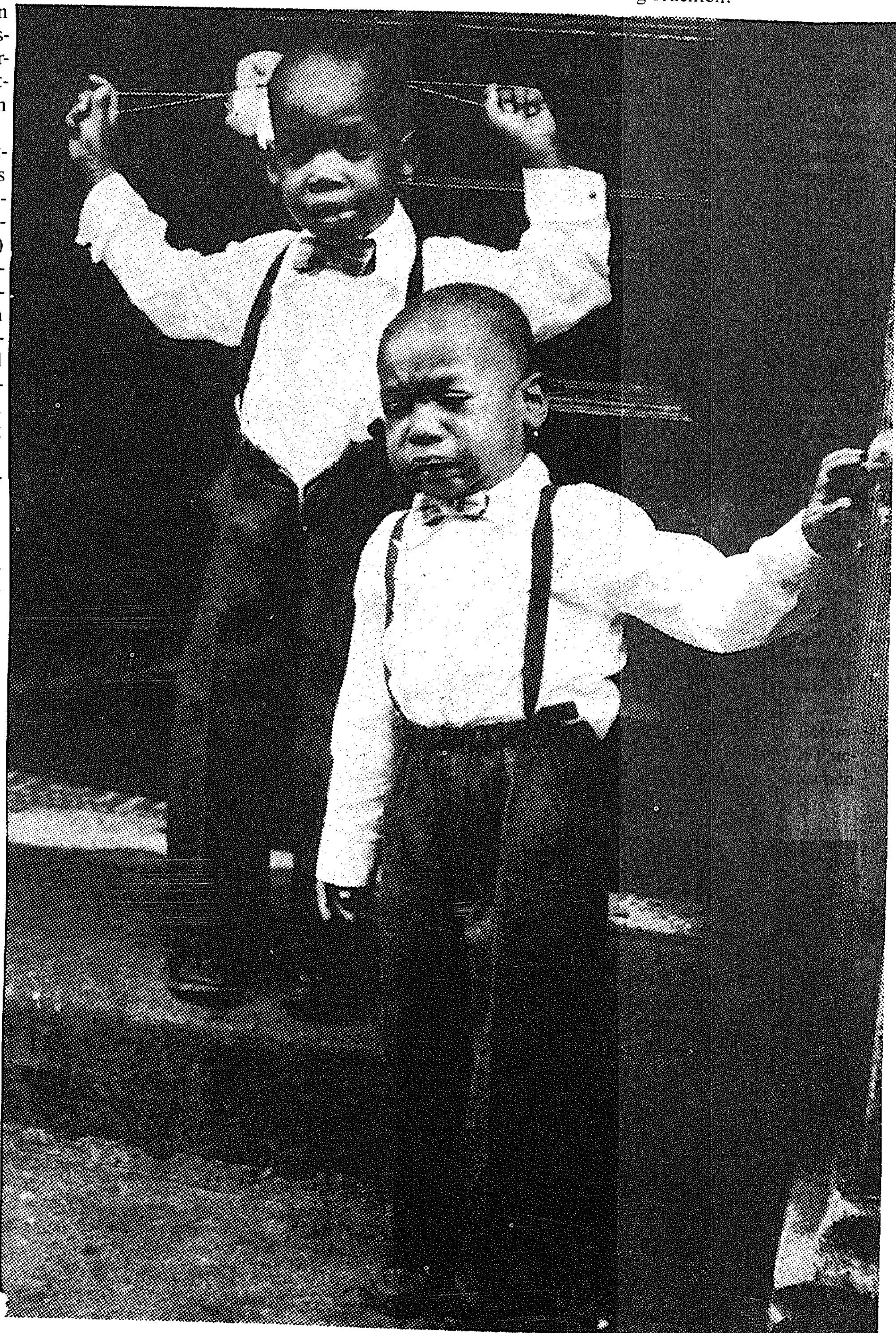
Aufkommendes Triumpfgefühl unsererseits wurde jedoch im Keime erstickt, als die Sauerei klar wurde, die man mit uns vorhatte: »Der Name *Union nicht genug überdachten Lächelns trotz innerer Genialität* sei zu lang um als Zusatz zum in größerer Schrift aufgeführten Namen des Direktkandidaten auf dem Wahlzettel erscheinen zu können.« – Man wies uns daraufhin, daß wir wiederholt aufgefordert worden wären, unseren Namen zu ändern. Dasselbe geschah nun noch einmal. Wir lehnten erneut ab.

Der *UngüLtiG*-Vertrauensmann wies darauf hin, daß die rechtliche Möglichkeit bestünde, statt des Namens ein Kennwort zu benutzen. Unser Vorschlag lautete: *ungültig!* Dies verschlug Herrn Heinze jedoch nur kurzzeitig die Sprache, dann war er wieder voll da: Dieses Wort würde den Wähler verunsichern. Aber das wäre ja wohl auch unsere Absicht (gut der Mann, nich?), *ungültig* wäre kein Kennwort, sondern ein Kürzel. (!??)

Da wir selber keinen Vorsachlag gemacht hätten (ihre Version), machte Heinze den Vorschlag, uns in »Wählergruppe Dirk Wittke« umzubenennen. Die größte Anstrengung der übrigen Kreiswahlausschußmitglieder bestand darin, diesem Antrag zuzustimmen. Dazu mußten sie ihre Hand heben, was ihnen unter übermenschlicher Anstrengung auch gelang.

Gegen diesen Beschluß legten wir natürlich Widerspruch ein:
»Sehr geehreter Herr Elkemann,
nachdem die Partei *Union nicht genug überdachten Lächelns trotz innerer Genialität* bundesweit abgelehnt worden war, wies uns der Chef des Dortmunder Wahlamtes daraufhin, daß wir uns in eine Wählergruppe umzubenenen hätten und diese sich nicht *Union nicht genug überdachten Lächelns trotz innerer Genialität* nennen dürfe, da dies gleichzeitig Name einer Partei sei. Hiervon war jedoch während der Sitzung am 12.12.86 gar nicht mehr die Rede, sondern es wurde darauf hingewisen, daß der Name zu lang sei, obwohl er nur 16 Buchstaben mehr als die *Christlich Demokratische Union Deutschlands* (40), 19 Buchstaben mehr als die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (37), 23 Buchstaben mehr als *Christa-Mette Mumm von Schwarzenstein* (33), Kandidatin der *Christlich Demokratischen Union Deutschlands* für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung (27) in der Stadt Frankfurt am 10. März 1985 und auch nicht viel mehr als Schleppschiffahrtsneugründungsgesellschaft (41) bzw. Haarspalterei (13) beinhaltet und es dazu keine rechtliche Regelung gibt. Unser Entgegenkommen, der Länge des Namens dadurch zu entgehen, daß wir ihn auf ein Kürzel reduzieren, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß Abkürzungen nicht Wählergruppen, sondern Parteien vorbehalten sind.

Stand der Begriff *UngüLtig* für *Union nicht genug überdachten Lächelns trotz innerer Genialität* wollten wir endgültig nur noch im Sinne von nicht-gültig mit kleinem »l« und kleinem »g« verstanden werden , was wir auch zum Vorschlag brachten.



Die Differenz zwischen den Begriffen *UngüLtiG* und *ungültig* liegt auf der Hand. Unverständlicherweise ignorierte der Kreiswahlleiter diese absolute Neubenennung (ist ihm diese inhaltliche Differenz entgangen?), sondern oktroyierte die Benennung *Wählergemeinschaft Dirk Wittke*. Wobei wir das nur als Willkür verstehen können. Kurz entschlossen gehen wir zum Äußersten: Wir verzichten vollends auf den Namen *UngüLtig* und wollen uns in Zukunft *Wählergruppe UNGÜLTIG, ungültig oder Ungültig* nennen! Wir sind sicher hiermit nun alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt zu haben und freuen uns schon auf eine Zusammenarbeit innerhalb der nächsten Legislaturperiode.
Mit endgültig ungültigen Grüßen (28),
Bertold Gebauer (Vertrauensmann)«

Dieser Widerspruch wurde dann am 18.12.86 in Düsseldorf verhandelt. Auf unsere inhaltlich so ausgefeilte Stellungnahme ging man dreisterweise überhaupt nicht ein. Im Gegensatz zur Sitzung des Kreiswahlausschusses fand hier eine regelrechte Diskussion statt. Doch auch hier geschahen seltsame Dinge: ein Landtagsabgeordneter wies daraufhin, daß das Kennwort »ungültig« so klein unter dem Namen des Direktkandidaten stehen würde, daß es kaum auffiele. Er forderte die anderen Abgeordneten auf, sich einen Wahlzettel, der sich in ihren Akten befände, anzusehen und dann darüber zu befinden. Die Herren staunten nicht schlecht, als sie sahen, wie klein so ein Kennwort doch ist. Der Landeswahlleiter bestätigte dies.

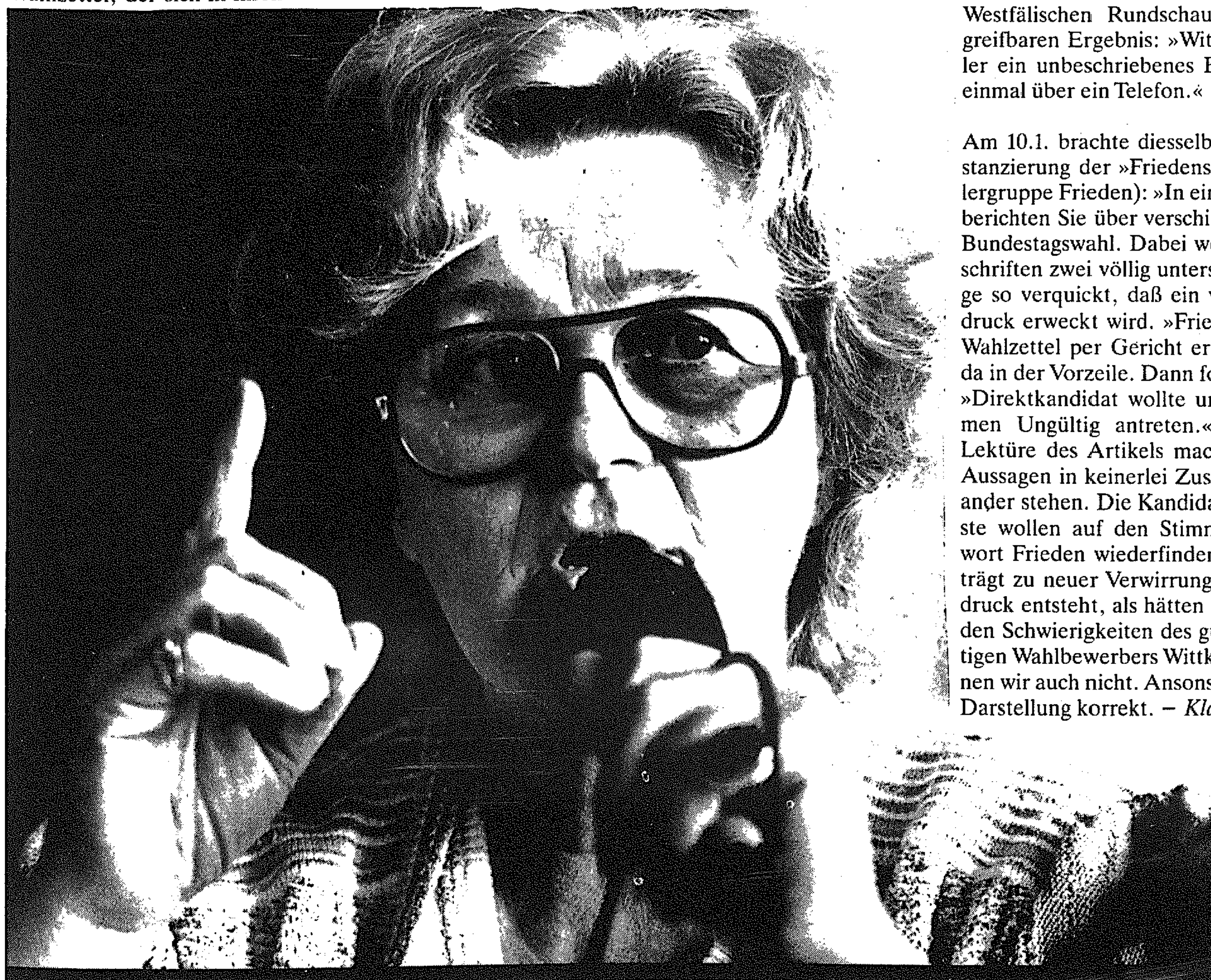
Stellt sich doch die Frage, wozu die eigentlich gewählt worden sind, wenn sie nicht einmal wissen, wie die Wahlzettel aussehen, auf denen man sie ankreuzen soll!

Kurz und gut, man schritt zur Abstimmung und siehe da, es stand 3:3. Und in so einer Situation entscheidet der Landeswahlleiter. Und der war nun ganz und gar nicht auf unserer Seite. Einspruch abgelehnt. Hier noch einmal die Gründe:
1. Nichternsthaftigkeit (bezogen auf den Namen der Wählergruppe), eine Lächerlichmachung der Wahl liegt vor.
2. Irreführung der Wähler, die aus bestimmten Gründen ungültig wählen wollen (!), aber durch die Aufführung der »*Wählergruppe ungültig*« auf dem Wahlzettel zu der irrtümlichen (?) Annahmegetäuscht werden, daß sie dann das Feld der *Wählergruppe ungültig* ankreuzen sollen.
3. Verwechslung des Namens der Wählergruppe mit dem Namen der Partei *UngüLtiG*.
4. Der Kreiswahlausschuß stellt die zugelassenen Kreisvorschläge mit den §34 Abs.1 Satz 2 bezeichneten Angaben fest. Fehlt bei einem anderen Kreiswahlvorschlag das Kennwort oder erweckt es den Eindruck, als handle es sich um den Kreiswahlvorschlag einer Partei oder ist geeignet, Verwechslungen mit einem früher eingereichten Kreiswahlvorschlag hervorzurufen, so erhält der Kreiswahlvorschlag den Namen des Bewerbers als Kennwort.

Nun hatten wir nicht mal mehr die rechtliche Möglichkeit, die Wählergruppe Dirk Wittke zurückzuziehen. Wir forderten daher die Wähler im Wahlkreis 113 DO I auf, die Wählergruppe Dirk Wittke nicht zu wählen. Denn wie gesagt: nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber (n'schuldigung Ditze, iss nicht so gemeint!) Auf den Wahlzettel sollte von links oben nach rechts unten das Wort *UngüLtiG,* eventuell auch von rechts oben nach links unten oder von links unten nach links oben. Dirk Wittke wehrte sich in einer erster Stellungnahme gegen einen »unglaublichen Plan« des Dortmunder Wahlamtes die Nichtwähler oder Ungültig-Wähler mit einer eigens neu-erfundenen Liste zu verunsichern. Er stellte die Frage, warum ein bisher unbescholtener Bürger, der niemals vorher mit den Herrschenden paktiert oder gar an ihrer Macht teil haben wollte, seinen Namen für eine solche Schweinerei hergeben mußte und forderte zum Wahlboykott allgemein, wie der Liste Wittke im besonderen auf.

Noch einige Ernsthaftigkeiten am Rande: Am 7.1. kam die intensive Recherche der Westfälischen Rundschau zu einem ersten greifbaren Ergebnis: »Wittke, auch für Wähler ein unbeschriebenes Blatt, verfügt nicht einmal über ein Telefon.«

Am 10.1. brachte diesselbe Zeitung eine Distanzierung der »Friedensliste« (ähem: Wählergruppe Frieden): »In einem Artikel am 7.1. berichten Sie über verschiedene Aspekte der Bundestagswahl. Dabei werden in den Überschriften zwei völlig unterschiedliche Vorgänge so verquickt, daß ein völlig falscher Eindruck erweckt wird. »Friedensliste will neue Wahlzettel per Gericht erzwingen«, heißt es da in der Vorzeile. Dann folgt der Haupttitel: »Direktkandidat wollte unter dem Parteinamen Ungültig antreten.« Erst eingehende Lektüre des Artikels macht klar, daß beide Aussagen in keinerlei Zusammenhang zueinander stehen. Die Kandidaten der Friedensliste wollen auf den Stimmzetteln ihr Kennwort Frieden wiederfinden. Ihre Überschrift trägt zu neuer Verwirrung bei, weil der Eindruck entsteht, als hätten wir auch etwas mit den Schwierigkeiten des gültigen oder ungültigen Wahlbewerbers Wittke zu tun. Den kennen wir auch nicht. Ansonsten finden wir Ihre Darstellung korrekt. – *Klaus Commer.*«



In welcher Partei war diese Frau noch nicht?

1978 schrieben wir in der schnell vergriffenen Broschüre »Wozu noch in die Parlamente?« u.a., daß wir ganz bestimmte Personen via DIE GRÜNEN im Bundestag erwarten. Kurz zur Erinnerung:

»Wir nennen die Gruhls (damals GAZ, jetzt ÖDP) konkreter bezeichnet »Trittbrettfahrer« d.h. ihnen geht es um ihre persönliche Chance, »groß« zu werden. Solange die Anti-AKW-Bewegung und ähnliche Initiativen basissozialistische und außerparlamentarische Arbeit propagierten, waren solche Figuren als Mitarbeiter undenkbar; sie hätten sich in der Kleingruppenarbeit, im System der ständigen Kontrolle nicht halten können – und sie hätten es auch gar nicht gewollt, weil diese Arbeit eben viel zu wenig publikumsträchtig ist (aber das zumindest muß dabei abfallen, wenn man einen Lehnstuhlplatz im Parlament mit einer ungewissen Neuschöpfung austauscht.) Gruhl spricht auch offen aus, was den undogmatischen Linken von Anfang an hätte klar sein müssen: ›Ich bin . . . der Ansicht, daß die etablierten Parteien es be-

grüßen sollten, wenn die ökologische Bewegung nicht im außerparlamentarischen Bereich verharrt, weil das zu Frustration, Mißerfolg und Gewalttätigkeit führen kann.‹«

Kaum war der neue Bundestag gewählt zeichneten sich gleich zwei »Trittbrettfahrer« durch *eigenständige* Positionen aus, sie wollen selbstverständlich keinen *Volkszählungsboykott,* sie wollen allenfalls noch auf etwaige Gefahren aufmerksam machen und mit ihrem Verständnis eines Bundestagsabgeordneten vertrüge es sich schlecht zum Boykott aufzurufen. Daß solche Töne von dem Möchtegernbundeskanzler *Otto Schily* kommen, überrascht dabei allenfalls noch in der Penetranz, mit der Otto sich in Szene setzt. Eine Verbündete erwuchs ihm in der »Grauen Pantherin Trude Unruh« und das mochte manche überraschen, geht man/frau doch meist von einem positiven Bild aus, wenn man/frau an die aktiven Alten denkt. Trotzdem ist gerade »Trude« ein Paradebeispiel für den in Zukunft noch stärker vertretenen »neuen Typus« einer grünen Abgeordneten, und sie hat nicht wie damals Gruhl einen noch sicheren Parlamentssessel aufgegeben, sondern sie kam mit den GRÜNEN nun erstmals ans Ziel ihrer Träume. Wir zitieren im folgenden die *Wuppertaler Stadtzeitung,* die der »roten Trude« eine »Würdigung« eigener Art gewidmet hat:

»Ihr Weg ins Parlament war nicht leicht: Am 1.4.1968 trat sie der *SPD* bei und bleibt dieser Partei bis 1973 treu; als sie nicht als Landtagskandidatin aufgestellt wird, verläßt sie die SPD und tritt in die *FDP* ein. Doch auch bei den Liberalen gelingt es Trude nicht, sich durchzusetzen und so tritt sie 1978 aus der FDP wieder aus, um zur reaktionären »Grünen Aktion Zukunft« (GAZ) des ehemaligen CDU-Mitglieds Herbert Gruhl zu wechseln. Als sich diese Partei als Flop erweist, macht Trude Unruh den Versuch, eine »Rentnerpartei« zu gründen – doch diese Partei scheitert schon in der Gründungsphase, so daß Trude Unruh schließlich mit dem (rechten) Hermann Frdersdorf die reaktionäre »Bürgerpartei« gründet. Als diese 1980 bei den Bundestagswahlen an der 5% Hürde scheitert gibt Trude (zunächst) ihr parteipolitisches Engagement auf. Doch schon 1983 nähert sie sich den GRÜNEN. Der »Senioren-Schutz-Bund« schließt mit den GRÜNEN einen »Sprachrohrvertrag«, der die GRÜNEN verpflichtet, die Ideen Unruhs in den Bundestag zu tragen – Trude andererseits geht bei diesem Vertrag keinerlei Verpflichtungen ein.

Im Oktober des vergangenen Jahres schließlich sagt Trude: ›Ich geh in keine Partei mehr. Ich habe mein Soll erfüllt mitParteien‹, um sich schließlich als parteilose Kandidatin der GRÜNEN aufstellen zu lassen . . .

So chaotisch wie ihr parteipolitischer Lebenslauf sind auch Trudes politische Aussagen. In der *ZEIT* (Sept.86) äußert sie sich zur Militanz: ›sollen Politiker und Wirtschaftsbosse keinen Grund schaffen, daß man ihnen Bomben unter den Hintern legt.‹ Im *Grauen Panther,* der Zeitschrift des Senioren-Schutz-Bundes (Untertitel: staatsbürgerlich, sozial, christlich), *4/85* bezeichnet sich Trude und den Senioren-Schutz-Bund als ›kompromißlose Radikale‹ und in ihrem Wahlkampf beschreibt sie ihre Schwerpunkte: ›Wir wollen keine sterbenden Wälder und stinkenden Flüsse hinterlassen. Wir wollen nicht (. . .) für Jahrtausende strahlenden Müll als Altlasten hinterlassen (. . .) sofort abrüsten und Kriegstreiber hinter Schloß und Riegel! (. . .) volle Gleichberechtigung der Frau in allen Lebensbereichen! Recht auf Mindesteinkommen verwirklichen!« (Wahlkampfbroschüre der Grau/Grünen Panther zur Bundestagswahl 1987).

Andererseits macht Trude Unruh überhaupt keinen militanten oder gar radikalen Eindruck mehr, wenn sie, zusammen mit dem gesamten Bundesvorstand der »Grauen Panther«, an die Delegierten der Bundeskonferenz der GRÜNEN am 27./28. September 86 in Nürnberg appelliert: »Ihr glaubt doch bitte nicht, daß die heutige Jugend nicht auch Leitbilder und eine andere Qualität von Vertrauens- und Führungsträgern braucht? (. . .) Seid euch deshalb eurer *staatstragenden Verantwortung* bewußt (. . .) die nachdenklich-kritischen Menschen erwarten von euch *staatstragendes Verantwortungsbewußtsein.*«

Und ganz *grün* ist Trude den GRÜNEN sowieso nicht. »Wir bleiben grau und werden nicht grün! Wer anderes behauptet, sagt wissentlich die Unwahrheit.« (in: *Graue Panther* Nr.5, Okt./Nov. 86). [– Anderes behaupten inzwischen Teile der *Grauen Panther* und spalten sich von Trudes Vormundschaft ab, seit sie die Organisation zugunsten grüner Parteipolitik einspannt – so die Abspaltungsbegründung der Mehrheit der Stuttgarter Grauen Panther, (*SF*-Einschub)].

Bedenken hat Trude auch beim Betrachten der innergrünen Auseinandersetzungen: »der Zustand der Partei allgemein. Da ist unsere Befürchtung groß, daß es einigen Spinnern, denen ihre Lehrbuch-Weisheiten wichtiger sind als praktische Veränderungen, gelingt, diese großartige GRÜNE-Bewegung für die Parlamentsarbeit wieder kaputtzumachen. Vielleicht war das wahlpolitisch hochgespielte Kinder-Sex-Gerede – das wesentlich den Einzug der GRÜNEN in den Landtag von NRW verhinderte – ein rechtzeitiger Schuß vor den Bug.« (Trude, in Graue Panther, 4/85). Im gleichen Atemzug beschwert sich Trude über die schiere Unvernunft und Chaotik, (die) bei den GRÜNEN auch noch besonders bei Wahlen vorherrscht.«

Soweit die *Wuppertaler Stadtzeitung,* deren Schlußfolgerung, daß die GRÜNEN mit der Nominierung der Unruh ›unvernünftig‹ gewesen seien, wir nicht teilen. Denn den GRÜNEN sind solche Trittbrettfahrerinnen mehr als willkommen, wenn sie scheinbar eine Wählerklientel mitsichbringen, und genau das tut Trude Unruh. Zwar kann sie nicht davon ausgehen, daß ihr alle 15000 *grauen Panther* wie die Schafe folgen, aber die paar tausend, die sich abwenden, werden durch andere ältere Wählerinnen und Wähler ersetzt, die sich vom Image dieser »Alten« geblendet, auch endlich an diese neue (ehemals junge!!) Partei herantrauen. Und die GRÜNEN basteln vehement an einem neuen Image. Trotz ThomasEbermann und Jutta Ditfurth, die – falls sie nicht schon vorher etwas Neues inszenieren – eines Tages gegen die »Kriegskredite stimmen« müssen – weitgehend isoliert in ihrer staatstragenden Partei.



Photo: Uli Dericks

Eine utopische Kolportage aus der Medienwerkstatt Freiburg



«Wenn unsere Träume nicht zu den Tatsachen passen, umso schlimmer für die Tatsachen!»

«Wer eine andere Republik will, der muß sie auch finanzieren können. Auf der Straße ist jedenfalls nichts mehr zu gewinnen, und wir haben inzwischen einiges zu verlieren.
Wer jetzt weiterkämpfen will, für den wird die Wahl der Waffen entscheidend sein. Was bedeutet denn eine Maschinenpistole gegen einen Scheck? Was ist denn die Beraubung einer Bank gegen die Gründung einer Bank? Der Kapitalismus ist nur durch seine eigenen Waffen zu schlagen.
Steigen Sie ein - wer wird denn heute noch aussteigen?»
[Filmtext]

«Schauen Sie sich um, alles aus Pappmaché, eine gigantische optische Täuschung. Dieses Theater hier könnte Ihre Bühne sein. Sagen Sie ein Wort und Europa hört Ihnen zu. Sie verachten diesen Raum und das Spiel, das hier gespielt wird. Sie kennen noch nicht einmal alle Regeln und wollen schon alles hinschmeißen. Was denn! Von was träumen Sie? Ihre Utopien sind doch von gestern. Es geht um die Macht - töricht, darauf zu verzichten!»
[Filmtext]

«Nur wer Partei ergreift für das, was in den Träumen und den unverstellten, d.h. auf Befreiung gehenden Wünschen der Menschen nach Realität drängt, aber Realität noch nicht geworden ist, hat die Chance, den geschichtlichen Wiederholungszwang von bloßen Tatbeständen zu brechen.

«Die Menschheit hatte schon immer einen großen Traum, und es fehlte nur das Bewußtsein... Die große Utopie, manchmal weit entfernt, manchmal greifbar nahe. Aus der Traum! Heute sind am Horizont der Menschheit nur noch Katastrophen zu erkennen! Es sind die Katastrophen, die die Welt bedeuten! So läßt uns aufbrechen, den Weltschmerz zu lindern.»
[Filmtext]

Vorneweg

Es geht um Politik, um solche, die es sich bequem gemacht hat. Nicht hinterm Ofen, dem berühmten, eher dort, wo man lebendig scheint und doch nichts mehr bewegt: in den Institutionen der Politik. So dreht sich *Geisterfahrer* um den Wandel oppositioneller Politik, von der selbstbewußten Kraft utopischer Entwürfe zu den kleinen Schritten der sogenannten Real-Politik. Wir fragen nach dem Verhältnis der Linken zur Macht und erbleichen bei dem Gedanken, daß man über linke Politik nur noch sprechen kann, wenn man Parlament sagt, wenn über Geld gesprochen wird, über Netzwerke, Stattwerke, Banken, Kreditgarantiegemeinschaften und institutionelle Bürokratie.

Hinter *Geisterfahrer* steht die These, daß Sinnproduktion, auch der Entwurf einer besseren Gesellschaft, die produktive Aktivierung von Menschen nur außerhalb festgefügter Institutionen stattfinden kann. Die institutionelle Verengung beraubt diesen Momenten ihre sinnproduktive, mobilisierende Kraft. Der Gestus eines grünen Parlamentariers, der sich auf die Anarchie beruft, der eines Ministeramtskandidaten, der sich noch immer als Arm einer Bewegung verstanden wissen will, die Ökobank, die Bewegung in die 'Bewegung' bringen soll... All dies macht die prekäre Situation einer politischen Kultur in Deutschland aus!

Zeitgeist

«Wir sind ärmer geworden als die warmen Tiere - wem nicht der Staat, dem ist der Bauch sein Gott. Wir haben große Sehnsucht, aber kurzes Wissen, wenig Tat, keine Aussicht, keine Weite...» Der utopische Horinzont, in den Bloch sich noch marxistisch inspiriert hineinwerfen konnte, hat sich, so scheint es, zu einer alternativen Käseglocke zusammengezogen, unter der die alten Träume 'reifen' - als gelebte Paradoxien früherer Ansprüche und Ideen. Es fehlt das Fernziel und der Kompass. Sozialismus - wenn er nicht realsozialistisch gewollt wird - scheint eine nostalgische Angelegenheit. Das ist der Augenblick. Realpolitik triumphiert als Abschied von der Utopie, und eine Fundamentalopposition zieht unter dem klingenden Spiel der Medien ins Parlament. Schlechte Zeiten für radikale Politik. Wer sich nicht ins Parlament begibt, kommt darin um. Aus einergroßen Sehnsucht wird eine kleine Anfrage!

Geisterzeit

So dachten wir, es lohnt sich, den Versuch zu unternehmen, der politischen und alternativwirtschaftlichen Geschäftstüchtigkeit einmal in die Karten zu schauen: wir sind in eine Geisterbahn eingestiegen, hinter uns saßen Ernst Bloch und Rudi Dutschke, nicht aufhörend, eine bessere Welt zu diskutieren. Wir haben Jo Leinen, den Öko-Märchenprinzen der SPD, im Wahlkampf begleitet, sind den grünen Strategen auf den Pelz gerückt, haben uns im Parlament umgesehen, durften die Gründung einer alternativen Bank miterleben, hätten uns fast in der Geschichte der SPD verirrt. Wir waren am Wackersdorfer Zaun, bei der Vereidigung Joschka Fischers, wir speisten mit Vizekönigen und jagten indische Tiger. Wir haben erlebt, wie die Grünen sich um unsere Zukunft stritten, wir sind überall stehengeblieben, wo es uns wichtig erschien. Als wir ausstiegen, wußten wir nicht, wo wir nicht gewesen sind. Es war eine Fahrt an den Hirnwindungen des Zeitgeistes entlang. Wir mußten uns erinnern, um das zu finden was wir suchten.

«Und jetzt hereinspaziert meine Damen und Herren, hereinspaziert, entrée! Die letzte Gelegenheit, ergreifen Sie die letzte Gelegenheit. Keine Bange - was hier auf Sie zukommt, haben die meisten bereits hinter sich! Vorwärts, meine Herrschaften und nicht vergessen, Jedes Detail hier ist echt! Steigen Sie ein - wer wird denn heute noch aussteigen? Nehmen Sie Ihre Plätze ein, prenez vous place! Hereinspaziert, hereinspaziert...!»
[Filmtext]

Geisterfahrer

Darum geht es also: um den utopischen Horizont, von dem sich die steingewordene Realität abhebt. Die 'ohnehin schlechte', um nochmals Ernst Bloch zu zitieren. Was ist noch dran an den alten Träumen einer neuen besseren Welt? Hat die Geschichte einen erkennbaren Verlauf oder steht am Ende, das keines ist, statt Freiheit und Selbstbestimmung die allesfressende Norm, die, Produziertes verschleißend, mit dem System kommuniziert und keine andere Sprache mehr kennt als die des teilnehmenden Verbrauchs. Wer improvisierend mit links entscheidende Schläge führen will, muß weiter ausholen!

EIN VIDEO DER MEDIENWERKSTATT FREIBURG
BUCH: MEDIENWERKSTATT/ MATTHIAS DEUTSCHMANN

Stefan Schütz (geb. 1944 in Memel) war Regieassistent am Berliner Ensemble in Ost-Berlin; 1979 erhielt er den Gerhart-Hauptmann-Preis der Freien Volksbühne Berlin. Seit 1980 lebt er als DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Seine erste Prosaarbeit **Medusa** erhielt den Alfred-Döblin-Preis (April 1985). Aus einer Medusa-Rezension des SPIEGEL (Nr.14/1986): »Vom Ende des paradiesischen Zeitalters – des Matriarchats – bis zur Mitte des pornographischen Zeitalters – des unsrigen also – taumeln, laut Schütz, Männer als Schlächter durch die Geschichte, lassen kein Schlafzimmer, kein Parteibüro aus. (. . .)« Fast 20 Theaterstücke mit ähnlicher Problematik und Rückgriffen in die Mythologie hat Schütz inzwischen verfaßt, gespielt wurden in der BRD erst wenige; darunter "Spectacle Cressida", eine Auseinandersetzung mit den Geschlechterrollen und eine Kritik an der patriarchalischen Weltordnung (Theater Deutzer Freiheit Köln) und "Groß & Gross", angelehnt an den anarchistischen Psychoanalytiker Otto Gross, ein Stück, das wiederum nur der Frauenfigur Hannah die – wenn auch kleine – Chance einräumt, der machthungrigen Männergesellschaft Paroli zu bieten (Städtische Bühnen Osnabrück).

Der folgende – dem SF von Stefan Schütz zum Abdruck überlassene – Artikel wurde als Vortrag im Februar/März 1985 auf einer Konferenz der Universität von British Columbia unter dem Titel »Artist and Society. The Present European Experience and its Relevance to Canada« gehalten. *Für eine der kommenden Nummern bereiten wir ein Interview mit Stefan Schütz vor.*

SF-Red.

Künstler und Gesellschaft

von Stefan Schütz

I.

Die existierende und gut organisierte Macht des Patriarchats, die ihr feinmaschiges Netz ausschließlicher Männerprinzipien im Bewußtsein und Unterbewußtsein aller Menschen seit Jahrtausenden strickt, ausbessert und immer enger zieht (endlich den ganz großen Fischzug landen zu können, die total beherrschte Welt gegen jeden Zufall), ist, indem sie sich immer mehr von ihrem Ursprung entfernt, auf der Suche nach einer neuen Identität soweit degeneriert, daß ihr Tun und Handeln gegen sich und andere nur noch repressiv funktioniert. *Gewollt und ungewollt.*

Die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen spielen dabei, auch wenn sie die Geschichte der Männergesellschaft auf dem steinigen Weg der Ökonomie wiederspiegeln und glauben machen möchten, der einzige historische Bogen zu sein, der aus der Vergangenheit in die Zukunft gespannt werden kann, um der Glocke des Patriarchats zu entgehen, eine Rolle der Austestung gegenwärtiger Möglichkeiten zur Analyse und Herstellung von Mitteln, die das Patriarchat in diesem oder jenem Gewande fortführen, erhalten und ausbauen.

Noch nie war das Selbstverständnis der Männergesellschaft so sehr angekratzt noch nie die Gefahr, die Drohung so groß, bei geringstem Widerstand die Welt in die Brüche gehen zu lassen, nie war die Macht der Männer unberechenbarer. Wenn Weltreiche niedergehen, wird es die Natur sein, die den Anstoß dazu gibt oder den i-Punkt auf die Vollendung des Neuen setzt.

Unendlich viele Stränge verlaufen aus dem Ursprung des männlichen Machtprinzips bis in die heutige Zeit. Religionen verdarben und lebten wieder auf, Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse veränderten Form und Inhalt, die Herrschaftsformen schafften sich ein riesiges Arsenal von handhabbaren Unterdrückungsmitteln an, von scheindemokratischen bis menschenverachtenden, der jeweiligen Situation angepaßt und neualt erfunden. Keine Sprache, kein Wort, keine Interpunktion war zu gering, um sie nicht in den Dienst der Macht zu verpflichten.

Als die Welt des Mannes noch in Ordnung schien, im 19. Jahrhundert, wurden die Märchen und Sagen geschrieben, die später einmal die gleiche Wirkung haben werden, als wenn wir heute vom guten König, dem gerechten Tod, dem tapferen Liebenden lesen, dieses selbe ungläubige Staunen und gleichzeitig wohlige Empfinden. Aus dem Steinbruch des 20. Jahrhunderts werden die Bausteine späterer Mythen geschlagen, allerdings keine Steine für Denkmäler, sondern im Strom der Bewegung pulsierende Gedanken, die sich fügen, emittieren, spalten und dergleichen mehr, das archaische einer neuen Denkungsart: Die Liebe.

II.

Den Künstler erfassen, begleiten, unterjochen die Tendenzen seiner Zeit, und ganz besonders sollten ihn jene interessieren, die auf den Schlachtbänken der Gesellschaft enden. Darunter findet sich immer das wesentliche, das Notwendige, die Sehnsucht der Menschheit.

Er muß kein tendenziöser Künstler sein, Tendenzen liefert die Menschheit genug, eher eine Aufspürer und Chronist jener verhinderten Tendenzen, die Marx wie folgt definiert: Erscheinungen einer künstlich verhinderten Notwendigkeit eines an der Wirkung verhinderten Gesetzes.

In einer Welt des Scheins und der Oberfläche könnte das alles wie ein Märchen aus dem 19. Jahrhundert klingen; in einer Welt wie eine laufende Maschine, auf deren Oberfläche alle Veränderungen nur noch lokaler Natur sind, in einer Welt der Perfektion, diie Wirklichkeit in Schein umzuwandeln sich gestattet und den Schein als Wirklichkeit proklamiert, daß die Menschen nicht mehr in der Lage sind, Wirkliches zu erkennen und sich längst damit zufrieden gegeben haben, den Schein als Wirklichkeit zu akzeptieren und danach zu leben. In dieser Welt, in der jede Tiefe nur der Schein einer Horizontalen ist, sollte es sinnlos sein, die Tendenzen aufzuspüren, die nicht auf der Oberfläche prangen, sondern weiter unten lebendig begraben sind. In dieser Welt, gleich einem Eisberg in den Ausmaßen von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit, treiben wir von einem Raum-Zeit-Netz durchkämmt im Ozean des Universums, und erkennen nur noch die geringe Oberfläche aus Geld und Ideologie als Wirklichkeit unseres Daseins an. Das ist finsteres Mittelalter auf der Basis vollendeter Technik. Nichts als Erde, die eine Scheibe ist, in den Greifarmen eines Robotergottes, der mit uns Dame oder Mühle spielt.

Die Maschinerie lebt als ein Siebtel auf Kosten von sechs Siebteln ihrer eigenen Gattung. In Europa und anderswo wurde das Proletariat befriedet, indem ihm ein Sklaven-Proletariat zur Verfügung gestellt wurde. Die Produktivität des Sozialismus erfolgreich verhindert, indem man die Quantitäten der potemkinischen Dörfer anzuwenden neu erfand. Der Hunger als Naturschauspiel. Die Kriege Fleisch mit Soße. Reklame für ein gesundes Scheinleben in Konfliktsituationen.

III.

Jede Entfernung vom sprudelnden Ursprung bedeutet Verlust, suche und Findung einer neuen Identität und auf die Dauer Degeneration der Nachkommen. Alle Bestrebungen sind darauf gerichtet, aus Angst vor Privilegien verschlingendem Neuen, sich durch rituale mit den Urzuständen immer wieder auszusöhnen. Nehmen wir einmal das 19. Jahrhundert als Ursprung des 20. Jahrhunderts an, natürlich nicht, ohne den großen Bogen des sich entwickelnden Patriarchats im Auge zu behalten, das von vielen neuen Identitätsbewußtwerdungen geprägt worden ist, die es dann zu neuen Ursprüngen erhob, um möglicher Degeneration scheinbar zu entgehen. (Hier seien nur der Auf- und Niedergang des Römischen Reiches, das seinen Ursprung aus der griechischen Antike herleitete, die Geburt und Entartung des Christentums, Aufstieg und Fall der Bourgeosie und auf Revolution und Verrat der Arbeiterklasse hingewiesen). Das 19. Jahrhundert des heutigen Sozialismus, der Geburtsstunde ihrer formulierten Philosophie, dem Ursprung der Methode zur Bewältigung von Widersprüchen und damit die Herbeiführung von bewußt erkämpfbaren Veränderungen, ist zum einzigen Maßstab dogmatisiert, wenn es gilt, die Theorie gewünscht auszulegen und scheinbar weiterzuentwickeln. Die Anwendung der Praxis hingegen erliegt den Erfahrungen und der Politik Lenins und Stalins. Macht hat sich eingenistet und die Privilegien sind aufgeteilt, die Nachkommen werden das für sie »Richtige« zu lesen wissen, ähnlich wie es die Kirchenfürsten taten und natürlich tun. Heutzutage erlangt

ein scheinbarer Ursprung im Hinblick seiner Geburt sogleich jene neue Scheinidentität, und die Form seiner Degeneration springt, entwickelt wie ein Kobold, hervor.

Die Bourgeoisie liebt die Gesamtheit des 19. Jahrhunderts so unermeßlich, so begierig, daß sie die Belle Epoque ihrer ursprünglichen Macht wie einen Fetisch mit Hilfe der Technik in den schönsten Farben holographiert. Sie spricht von kranker Wirtschaft und der notwendigen Gesundung, dem Arzt, den sie selber spielt, und wünscht sich die herrlichen Zeiten der Genesung wieder herbei, diesmal allerdings als nekrophiler Patient und Arzt in einer Person, der den schnellen Wechsel von Genüssen, je nach augenblicklichen Wünschen, auf der Oberfläche seines Geld- und Mehrwert-Körpers beherrscht. Die Vollendung einer Mannesordnung, zu der bisher noch keine Gesellschaft vor ihr fähig war.

Der Kampf der Giganten: *Oberflächengeldimperialismus gegen die totalitäre Wissensmachtoligarchie.* Dazwischen brummen die Künstler, wie Mistfliegen, an einer Ersatzwelt flickend, im Kampf gegen das Ritual der Scheinherrschenden, und sind froh, dem Schmerzbereich einer wirklichen Identität entronnen zu sein, um in Scheinschmerzen und Scheinlachen sich zu krümmen. Allmähliche Erstarrung findet statt, der Verbrauch von künsterlischem Menschenmaterial strebt die Toleranzgrenze von Sekundenfliegen an, völlige Entleerung, der Künstler ist zur Seifenblase degeneriert, jede neue Begabung wird zwanghaft im nächsten Augenblick von der tückischen Oberfläche konsumiert und zerplatzt entweder oder läßt sich mit einer Goldhaut überziehen, die in jedem Fall eine längere Lebensdauer gestattet.

Nietzsche wird zum Theoretiker einer Fleisch und Geist zertrümmernden Welt, die nur dem Starken die Entwicklung und Ausprägungen seiner aristokratischen Vollendung zuläßt. (Mißbrauch ist nicht ausgeschlossen, Faschismus und seine Spielarten, Stalinismus und seine Abarten). Nur allzugern erliegen die Künstler dem Gedanken, daß der starke Kunststamm jeder Rücksicht abhold sein muß, Natur und Gesellschaft nur ein Werkzeug um das *ICH* und das *ICH*-Produkt zur Vollkommenheit zu entwickeln, aber sie verwechseln dabei den Anspruch des Egoismusses mit innerem Zwang und kommen daher bewußt oder unbewußt in die Nähe ihrer ausbeuterischen Gesellschaft, die sie zu bekämpfen oder doch zumindest zu kritisieren suchen. Hier schließt sich der Kreis, und die Einbildungen aus ihrem selbstsüchtigen Wünschen erlangen jenen Scheinzwang, an dem sich die Gesellschaft so gern kitzelt. Sie werden so zum wichtigen Faktor der erstarrten und nur durch Beben der Kruste noch funktionierenden Macht, indem sie als scheinbare Lebensmaschinen, die man als wirklich ausgibt, der herrschenden Gewalt und den Beherrschten den Beweis ihrer wirklichen Existenz liefern, die doch längst zur Posse geworden ist.

Die Welt ist ein Verschiebebahnhof, und die Bestrebungen der Macht sind darauf gerichtet, Scheinprobleme in Scheinzüge zu setzen, die den Fahrplan als ihren Lebensfahrplan akzeptieren, und als Belohnung können die Menschen dann ihre Sehnsüchte, Bedürfnisse, Wünsche, die ihnen die Oberfläche einzureden produziert und die nur Scheincharakter tragen, befriedigen.

Dagegen hilft nur Sabotage, Subversion, Umsturz. Das, auch in geistiger Hinsicht gemeint. Subversion des Wissens. Sabotage der Gefühle. Umsturz der Kultur. Niemals menschenverachtend, immer machtmißachtend. Gegen den Zwang der Herrschenden und Beherrschten an der Wiederholung der immergleichen Rituals in allem Tun und Lassen, Denken und Handeln zur Erhaltung ihrer Macht und Sicherung ihrer Existenz.

IV.

»Der Staat ist der gesellschaftliche Ausdruck für repressiven Stillstand«

Es wäre riskant zu glauben, die Menschenerfindungen seien in der Lage, eines Tages die Natur zu beherrschen, um eine Welt ohne Abwehr und Zufall zu organisieren. Reinster Idealismus aus dem Wunschbezirk der Macht. Die Natur in ihrer Gesamtheit, die von uns unabhängig existierende, verläuft wellen- und spiralförmig entlang unseres Raum-Zeit-Kontinuums, und wenn wir auch mehr als nur scheue Einblicke in ihre Bewegung erlangen, immer werden wir nur die Wellenkämme zu sehen bekommen *oder* die Wellentäler, nie den Prozeß in seiner Vollendung betrachten können.

Die scheinbare Ruhe und gleichzeitige Bewegung, in der sich der Naturzustand befindet, hat beim Menschen jene optische Täuschung im Gefolge seiner Evolution hervorgerufen, die zur Gewohnheit erstarrt ist und gegen die anzukämpfen es gilt. Der Staat, das Instrument, die Menschen im Zaum zu halten, ist der gesellschaftliche Ausdruck für repressiven Stillstand. Verhinderung von Bewegung, um die Strukturen der Macht zu erhalten. Die Wissenschaft, die Erkenntnis, die Technik ist dem Sinnverhalten, dem Gewohnheitstier Mensch, seinen entwickelten Instinkten um Eiszeiten voraus. Die Herrschenden denken nicht daran, sich selber abzuschaffen.

Die Natur schafft mit Bosheiten Korrekturen

Jede höhere Sphäre der Weisheit des Menschen schafft ihm gleichzeitg eine neue Art des Analphabetismus. Sein von der Natur eingebauter Bewegungsapparat ist die *Unzufriedenheit,* die der Mensch in seiner gerade gegenwärtigen Lage verspürt, diese Qualität ist auch seine Tragödie. In einer von ökonomischen Zwängen unabhängigen Zukunft wird er deshalb Schmerzen und Freude empfinden, von denen er sich heute noch keine Vorstellungen machen kann.

Das Unterbewußtsein schafft Abneigung gegen eine ferne Utopie, das Bewußtsein sehnt sich danach. Und umgedreht. Erst wenn er aus dieser Dialektik entrinnt, wird er zu neuen Ufern entkommen können. Die Unzufriedenheit bleibt ihm allemal.

V.

Der Wechsel von einer Männgergesellschaft in die andere kann heilsam sein. Die Sicht zurück, von außen, die man einst von innen erlebt hat, und die neue Sicht von innen, die man einst von außen mitanzusehen hatte, verschmelzen nach und nach zu einem konturkräftigen Blick, der diesem oder jenem Vorteil zwar genug Achtung einräumt, aber doch klar zu erkennen gezwungen ist, daß bei allen ökonomischen wie gesellschaftlichen Unterschieden das führende P r i n z i p d e s M a n n e s, sein ausbeuterischer Charakter und der Grad seiner Deformation beiden Gesellschaften etwas Gemeinsames verleiht.

Ein dialektischer Widerspruch: die Todfeindschaft beider Systeme unter der Kuppel der Kathedrale einer Männergesellschaft, und beiden ist das gleiche Mittel zur Erhaltung ihrer Macht fulminant (mitreißend, glänzend, d.Red.): die Entwicklung einer funktionierenden Scheinwirklichkeit auf der Oberfläche ihrerIdeologien, um sie als Wirklichkeit in die Hirne der Massen einzubrennen, damit diese sich besser führen lassen. Es wäre natürlich zu einfach gedacht zu glauben, dies alles geschähe nur in rein bewußter Machtausübung, schon glauben die Herrschenden selbst daran, ihre Scheinwirklichkeit sei nicht Scheinwirklichkeit, sondern die Wirklichkeit, die existiert, und die Massen stehen, wenn ihnen nicht gerade der Hunger die Zehen fressen läßt, in der Beurteilung des Seins den Mächtigen um nichts nach. Das ist die Geschichte der Männergesellschaft, die an einem gewissen Punkt angelangt ist, und nicht irgendein überraschender Zustand, der aus dem Nichts entstanden wäre. Gewiß, die Funktion der Technik spielt eine immense Rolle, aber Technik war zu allen Zeiten ein Instrument der Zerstörung und des Lebens. A l l e i n der Gedanke, der dahintersteckt, ist schuld, ihn gilt es abzuschaffen, also die Vorherrrschaft der Männer und damit ihrer ökonomischen Verhältnisse, ehe die Rückkopplung aus ihren Maschinen uns vollends in eine Scheinwelt verführt hat.

Die Künstler sollten keine Scheingeister des Scheinzeitgeistes sein. Die Perfektionierung einer Scheinkunstwelt, die letzte Arbeit, die die Mächtigen mit Beifall zulassen. Die Inhalte sind ausrangiert. Die Form Holographie.

VI.

Der Preis: Der Verlust der Authentizität

Alles Leben, das sich aufrafft, den Bewegungen seiner Tiefe gehorchen zu wollen, den Gedanken seiner Ursprünglichkeit folgen zu müssen, die Gefühle der Vorsicht erachten möchten, wird sich in latenter Auseinandersetzung mit der Diktatur der Oberfläche befinden und die Unsicherheit verspüren, mit der es die eigene Bewegung einst zu betrachten entschlossen war, um jetzt, mit dem Zweifel behaftet, die Tiefe als etwas Unsauberes, Schmuddliges, nicht der Oberflächenhygiene Entsprechendes verachten zu sollen. Es glaubt auf Dauer an einen Prozeß der Reinigung, in dem es mit der Mühe einer Zeitlupenvergewaltigung gegen sich und andere den Forderungen der Oberfläche langsam unterliegt und Erfahrungen, Sprache, Wahrnehmung, Gedanken, Liebe, Hoffnung dem Raster der alles beherrschenden Oberfläche angleicht.

Wie kann die Wirklichkeit von Schein und Oberfläche beherrscht sein, wenn doch Wissenschaft und Technik bis in den Kern der Welt vordringen, den Urstoff des Lebens zu ergründen? Doch es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und der Ideologie, die aus Notwendigkeiten kommt. Der Preis, den die Mehrheit der Menschheit zu zahlen hat für die fortschreitende, die Zukunft sich sichernde Männergesellschaft (und sei es auch, daß selbst Frauen, wenn sie bessere Männer sind, zur Verwaltung der Macht herangezogen werden) ist der Verlust der Authentizität. (Das mag vielleicht

am Anfang der angeborenen und anerzogenen Gewohnheitssucht des Menschen entgegenkommen, aber auf die Dauer wird es die Identitäten zerstören). Im Brecht-Jahrbuch 1980 verallgemeinert der Dichter *Heiner Müller* das Problem: Nur der zunehmende Druck authentischer Erfahrung, vorausgesetzt, daß er die Massen ergreift, entwickelt die Fähigkeit, der Geschichte ins Weiße im Auge zu sehen, die das Ende der Politik und der Beginn einer Geschichte des Menschen sein kann. Natürlich ist der Verlust längst eine wahrnehmbare Größe in der Berechnunhg der gegenwärtigen Verhältnisse.



Georg Janthur Nebenich Öl/Leinwand

Dem Künstler bleibt beides, die Beschreibung des Verlusts wie die Behandlung der sich verengenden Tiefen, um mit dem ewigen Schmerz aus seinem Sein für eine gewisse Zeit sich die Waage halten zu können, wichtig bleibt nur, daß er sich nie, aus welchen Gründen auch immer, den authentischen Erfahrungen entzieht, um der Herrschaft der Oberfläche und Tagespolitik zu dienen.

VII.

Menschliche Ersatzbefriedigung – oder: die Null-Eins-Dramaturgie der Computer

Die Sprache ist zum Geometer verkommen, der unablässig Scheinwünsche und Scheinprobleme vermißt, um die Diskrepanz, die noch immer zu ahnen ist zwischen Schein und tieferer Bedeutung des scheißenden, urinierenden Lebens zu entkommen. Die angeborene Trägheit des Menschen scheint sich dabei selber überwinden zu können, und man ist sehr schnell bereit zu glauben, in der Wiederkehr des ewig Gleichen jene Neuartigkeit eines Prozesses leben zu können, der es einem erlaubt, die Trägheit ohne große Anstrengung zu überwinden, einfach indem man sich sinken läßt, um sich zu erheben. Ohne zu wissen, daß Schein und Oberfläche jenen unheilvollen Pakt eingegangen sind, der uns Menschen jede Art von Bewegung, Gedanken und Leben so zu stimulieren in der Lage ist, daß wir vermeinen, es handle sich um unsere eigene Bewegung, Gedanken, Leben, *Die Freiheit, die wir suchen*. Das *Ich* zwischen Lüge und Sprache ist ein höchst reziprok funktionierendes *Ich,* wenn es darum geht, sich von der Wirklichkeit absetzen zu können, um für einen guten Moment so ins Bewußtsein zu verkeilen, daß man sich einbilden kann, sie wenigstens für eine gewisse Zeit wirklich erlebt zu haben, genießen zu können, sie dem Gedächtnis überantwortet zu haben, auch wenn sie nur scheinbar als Fläche eines Bildes vorhanden gewesen sind. Je stärker die Aushöhlung des *Ichs* von außen voranschreitet, umso intensiver beharrt das verbleibende Scheinich auf der Selbständigkeit, seine scheinbar wirklichen Entscheidungsmöglichkeiten selbst lösen, bedenken und behandeln zu wollen. Das wieder veranlaßt und befähigt das Außen, dem Ich und damit auch sich selbst, allerlei Scheinaufgaben, Scheinbefriedigungen und Probleme, konsumträchtig, die Einfalt als Vielfalt veräußernd, zur Verfügung zu stellen. Der Wust von Ersatzlösungen füllt die Kaufhäuser, Wohnzimmer, Gehirne und Institutionen. Die Flut von An- und Abschaltbarem entspricht der Null-Eins-Dramaturgie von Computern und hat in den Menschen längst die Fata Morgana ferner Wünsche zur wirklichen Ersatzbefriedigung werden lassen, so daß sie nicht einmal spüren werden, wenn die Verödung ihnen langsam die Beine empor steigt, um ihnen vollends den Garaus zu machen. In einer Gesellschaft, die auf Leistung dringt, mit dem Spruch über dem Tor *Geld macht frei*, wird es für die Mehrheit der Menschen nicht anders gehen können zu existieren, als daß sie die einfachen und komplizierten gesellschaftlichen und menschlichen Widersprüche in die niedere Sphäre von Scheinproblemen erheben, um ihnen wenigstens für kurze Zeit und später für immer zu entfliehen. Die Entfremdung und Ablenkung von Wirklichkeit ist allen Machtsystemen immanent. Der Glaube, die Vollkommenheit der Technik könne die Probleme der Menschen und Gesellschaft lösen, ist ein Irrglaube. Dennoch wäre es so angenehm, das zu hoffen, die Verführung ist groß. Unterschwellig möchte man gern auf der Höhe des Wissens seiner Zeit Platz nehmen, im Einverständnis mit den Vorgaben der Macht, allein die Technik ist die Basis der heutigen Macht. Ihr Trick: jeder Scheingedanke, jede Dummheit, jede Lüge enthält das Gütesiegel der Wirklichkeit, der Authentizität durch vollendet funktionierende Technik. In einer Gesellschaft, die auf Macht beruht, wird jede Möglichkeit von elektronisch immer wieder herstellbarer Peripetie mit anschließender Lösung des Konflikts in Form eines kathartischen Comics nur allzugern angenommen. Eine vorzügliche Dramaturgie zur Überwindung von Trägheit und Widersprüchen unter Auslassung eigener Bewegung; sollte man diese Technik nicht auch im Leben in Anwendung bringen. Hier gilt ›Steter Tropfen höhlt den Stein‹, auf die Dauer ist *keiner* dagegen gefeit; zu glauben immun zu sein, unterschätzt ganz offensichtlich die aggressive Unterschwelligkeit von Reklame. Die Unterscheidungsmöglichkeiten, die Kriterien, eine wirkliche Welt von einer Scheinwelt trennen zu können, gelingt höchstens noch zwischen dem nächtlichen Traum und dem morgendlichen Aufwachen. Alles andere ist eingeebnet, und jeder Versuch sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, wird als Spleen, Terror, Idiotie einiger Zukurzgekommener, Irrer, Leistungsschwacher, subversiver Elemente abgetan, die, indem sie sich mit einem höchst belanglosen Vehikel herumschlagen, nur den ruhigen Ablauf des Lebens stören und also verschwinden sollten.

Aber, wird man einwenden, das ist nicht mehr als eine finstermalende Zukunft, Defätismus, Nekrophilie und dergleichen mehr. Wir sehen doch täglich Hungersnöte, Erdbeben, Morde, Bürgerkriege, Unterdrückung und dergleichen mehr bis zum Überdruß. Das ist doch der scharfe Wind der Wirklichkeit, der uns nichts vergessen machen läßt, so sehr wir uns auch nach der grünen Wiese sehnen. Das wirkliche Blut. Die Last des Hungers, unter denen die Körper wie Grashalme knikken. Die Lüge der Herrschenden. Die Naturkatastrophen. Die Kriege.

Gewiß gibt es noch manchen Schauder,

aber die Verdrängung funktioniert. Nichts ist so rigoros Balsam für die schmerzerblickenden Sinne wie der wirkliche Tod, das wirkliche Unglück, der aus Druckerschwärze oder Zeilenbildern quillt, ist es doch wohlgefälliger Kitzel, das eigene kleine Unglück vorübergehend vergessen zu machen. Aus der Vorgabe von Bildern, in denen es immer einem schlechter geht oder viel viel besser, sieht die Staatsgewalt ein wesentliches Register zur Befriedigung der Massen. Die Berichte aus der wirklichen Welt werden auf dem Tablett serviert, als »Berichte aus der Hölle«.

Der Kitzel des Menschen, den er verspürt beim Anblick des Grauens, sich Gott sei Dank aus diesem Schrecken entfernt zu haben, ist eingeplant. – Ebenso das Produkt aus dieser Ideologie: welch ein Glück, in der höheren Sphäre unseres Bewußtseins leben zu können. Das Blutopfer gilt als Beweis für die Richtigkeit der gegenwärtig sich entwickelnden Scheinwelt. Gelernt aus dem Faschismus, niemals wieder Massenmord und Blutbad für ein unblutiges Sterben und den stillen Tod der Feinde. Wir verteidigen bis zum äußersten unsere Scheinwelt, und sei es mit einem Knopfdruck auf den Computer, niemals wollen wir wieder in die Barbarei des Ursprungs zurückfallen.

VIII.
Die Zukunft bedeutet die Abschaffung des Patriarchats

Michel Foucault schreibt in seinem Essay »Das Denken des Außen«Büber die Sirenen der griechischen Mythologie des Homer: »Ihre Verführungskraft liegt weniger in dem, was sie vernehmen lassen, als in dem, was jenseits ihrer Worte glänzt, in der Zukunft, die sie ankündigen. Was die Sirenen Odysseus versprechen zu singen, ist die Vergangenheit seiner eigenen Heldentaten, gelitten und gelebt, die für die Zukunft in Gedichte verwandelt werden.« Die heutigen Helden sind der Schlips tragende Angestellte, der funktionierende Funktionär, der willige Student, der leistungsfähige Facharbeiter, der sich seinem Schicksal ergebende Arbeitslose. Das Außen, der herrschende Staat, der auf sie alle, wie Götter, herniederblickt und die Sirenen fest im Griff hat. Dem Gesange der Sirenen zu folgen kostet nicht mehr den Tod auf der Stelle. Ihr Lied ist an- und abschaltbar und liegt nicht, wie das aus Odysseus Zeiten für uns heute, jenseits aller Mutmaßungen, die Verlockung scheint uns kalkulierbar zu sein, der Kampf eher mit dem Gewicht auf die Wahl der Sendung als ihr zu widerstehen. Die technischen Sirenen versprechen dem Helden die Hauptrolle in ihrem Programm, gebeugte Dienerschaft zu seinen Füßen, den Luxus an Information, sie liefern den schönen und bitteren Schein, als Wirklichkeit scheinbar verarbeitet, der aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen herrührt. Sie sind in der Lage, dem Helden die Unsterblichkeit zu vermitteln, indem sie ihn an der unendlichen Wiederholung seiner Taten teilhaben lassen. Er darf auferstehen und niedergehen, wie es ihm und der Elektronik gefällt. Seine mittelmäßige Geschichte wird in glänzende Abenteuer umgemünzt, die Gegenwart vermittelt ihm die Möglichkeit für alle Freiheiten, und für die Zukunft ist ihm ein Platz an der Tafel der Staatsgötter sicher. Der Held heute muß keinen trojanischen Krieg ausfechten, um einer mörderischen Heimkehr aufgesessen zu sein, er kehrt täglich heim aus dem Krieg, um an Kriegen teilnehmen zu können, seinem eigenen oder dem der anderen, lässig zurückgelehnt im Schoß eines bequemen Sessels. Er – der Held, in der Rolle eines Helden, der er gewesen ist und jederzeit wieder sein könnte, wenn es ihm in den Kopf käme, ein Held sein zu wollen, der er sowieso ist. Er glaubt jedesmal, sein eigenes *Ich* wahrnehmen zu können, um sich darüber zu erheben, die Potenzierung des Scheins, das sein eigenes Leben sein könnte, läßt ihn in eine Vernebelung kippen, die ihn aus der gespürten Miserabilität seiner Existenz entwischen läßt, um in Wunschbezirke aufzusteigen, die ihm seine Individualität als einzigartig vor allen anderen erscheinen lassen. Die Bequemlichkeit, für ein paar Stunden unsterblich erscheinen zu können, bei den Göttern sitzen zu dürfen, selbst ein kleiner Gott, der sich die Freiheit der Einbildung zu erlauben gestattet, läßt die Helden knicken wie Stroh und macht sie stählern *im Sinne der Macht* für den kommenden Tag.

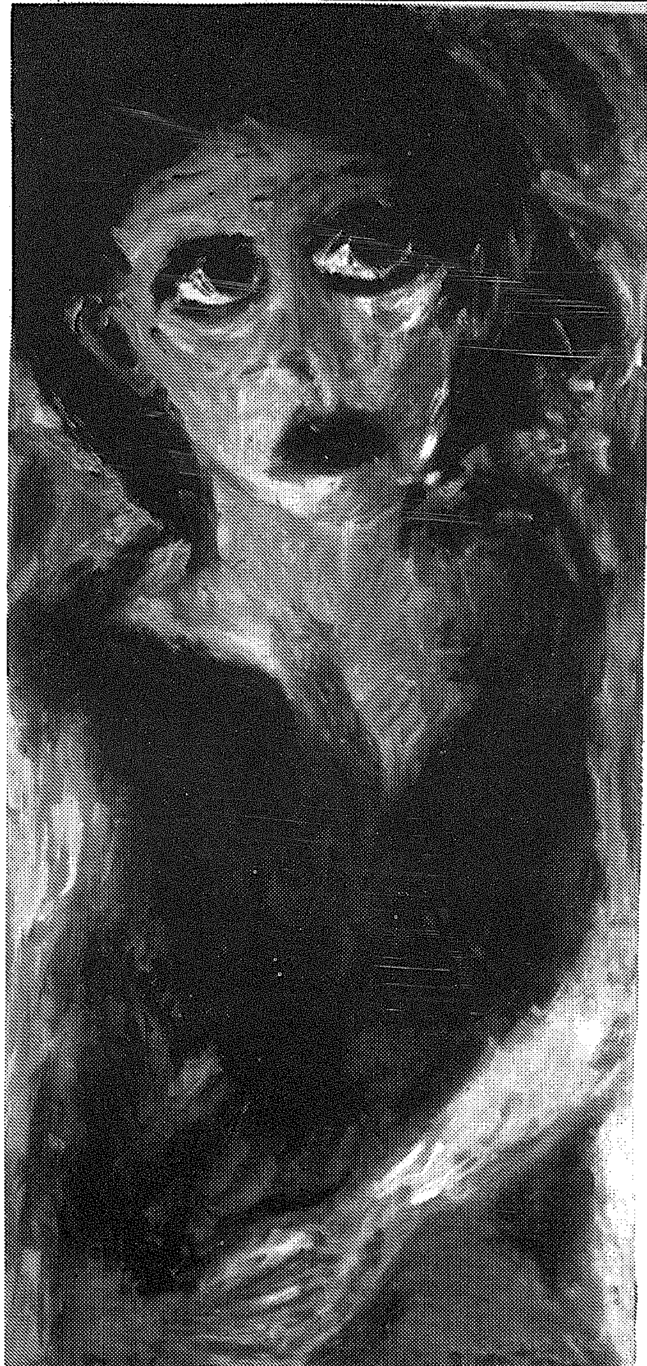
Gegen den elektronischen Gesang der Sirenen ist Haschisch ein Pfefferminzkräutlein.

Die Flächenbombardierung des Angestellten zeitigt Wirkung. Bald wird er zum Abhängigen, der wie jeder Süchtige glaubt, sich fest im Griff zu haben, und der geistige Schiffbruch driftet in dem Maße fort, als er in Wiederholungen von der Perfektion seiner Abenteuer, Hymnen seiner Handlungen und Leid und Glück seines vergangenen Lebens, durch den Singsang der Sirenen zu erfahren glaubt.



Georg Janthur Ein Bild für die Götter Öl/Leinwand

Der Raum des ursprünglichen Schmerzes verwandelt sich in die Fläche lustbar konsumierter Schmerzen. Die Erinnerung nimmt eine andere Lesart des eigenen Vergangenen und der Geschichte an. Die Erfahrung verschwimmt und stellt sich für die Zukunft darauf ein, die kommenden Schmerzen sich nur noch lustvoll zu gestatten. Die staatliche Observation von menschlichen Regungen wird als notwendige prophylaktische Hygienemaßnahme anerkannt. Jede Handlung, die der genormten Zeilenfrequenz zuwiderläuft und die eingeübte Erwartenshaltung nicht bedient,



Georg Janthur K.T. ach Öl/Leinwand

die Form nicht akzeptiert, die allgemein Mode ist, wird als Anschlag gegen den Frieden, die Freiheit, die Demokratie, den Sozialismus gewertet und dementsprechend auch verfolgt.

Der hohe Standard der Technik, ein perfekt ausgeklügeltes System von Zeichen und Merkmalen, das sich längst selbst ausgeklügelt hat, um die Erhalter und Verwerter und Nutznießer der Oberfläche auf den ersten Blick wahrzunehmen, gebietet über den Menschenbestand der Angestellten und Funktionäre, die die Macht unterschwellig zu verwalten haben. Jede Kunst, die sich da konsumierbar gibt und ist, wird zum Reaktionär. Wer sich dem Strom, fügt, befindet sich in einem parfümierten Kloakentümpel mit Blick zum Himmel, der ein riesiger Bildschirm ist, auf dem Wolken, als wären es wirkliche, dahinrasen, und macht seine Angestelltenlyrik in der Hoffnung auf einen Goldregen.

Wofür also noch Kunst und gegen wen? Sie kann nur, ähnlich wie die Wissenschaft, die sich mit gegenwärtig *nicht* brauchbaren weitzukünftigen Modellen beschäftigt, den Versuch unternehmen, einen Vorgriff zu wagen, der, wenn er gelingt, dem Auflungsprozeß der Menschheit zuwiderläuft, um ihn eines Tages von ihrer Seite aus stoppen zu können. Die Zukunft bedeutet die Abschaffung des Patriarchats. Die Auflösung der Männergesellschaft und damit der Weg von der Oberfläche hin zur Gesamtheit der Schöpfung und ihrer wirklichen Probleme, die die Menschheit auf dem Wege ist zu suchen, seit sie besteht.

IX.

DDR und BRD

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Ausgangspunkte, denen nach der Zerschlagung des Faschismus die beiden verschiedenen Gesellschaftssysteme im befreiten Deutschland unterworfen waren, konnte keiner voraussehen, wie sehr die Methoden beider zur Erhaltung ihrer Macht sich einmal angleichen werden.

Auf der östlichen Seite die konsequente Abrechnung mit dem Faschismus und denen, die ihn gefördert hatten (Bodenreform, Ent-



Georg Janthur
Versuch mit zwei Händen zum Horizont s.praktisch Öl/leinwand

eignung usw.). Auf der westlichen Seite der Versuch einer bürgerlichen Demokratie unter Berücksichtigung der Fehler von Weimar.

Die sozialistische Gesellschaft war in der Lage, Teile des Wesens und die menschenverachtende Tendenz des Faschismus in seinem historischen Umfeld klar zu erkennen und handelte erkenntnismäßig dementsprechend (zu Beginn eine antifaschistisch-demokratische Ordnung), sie konnte aber auch nicht umhin, weil sie eben nur eine Männergesellschaft neuen Typus war, gewisse totalitäre Herrschaftsformen zu übernehmen, um die Aufrechterhaltung ihrer Staatsmacht zu sichern.

Im Gegensatz dazu nahm die kapitalistische Gesellschaft im anderen Teil Deutschlands jeden Faschisten auf, der wenigstens über Nacht eine andere Gesinnung andeutete. Natürlich konnte das Kapital nicht verantwortlich gemacht werden, denn von was sollte die Bourgeoisie leben, wenn nicht vom Mehrwert. Also berief man sich auf die Persönlichkeit der Geschichte und ihre alleinige Schld am Geschehen im Dritten Reich und vertraute ansonsten aufeine pluralistische Gesellschaft und den Zahn der Zeit, der an alten Nazis nagte. Schnell vergessen, war die Devise.

Zuguterletzt und nicht das letzte drängten von der einen Seite der McCarthyismus und auf der anderen der Stalinismus vehement auf das geistig durch den Faschismus mißgebildete Deutschland und erklärten es für die Nahtstelle kommender Konflikte.

Wenn es je Träume, Hoffnungen, Bestrebungen gegeben hat, aus der Geschichte lernen zu wollen, und es hat sie bestimmt gegeben, auf beiden Seiten, so mußten sie gleich zu Anfang des neuen Anfangs begraben worden sein, denn ihre Ausmerzung ist die Voraussetzung für das sich entwickelnde Männermachtsystem, unter welchen Kleide auch immer. Seither wechselt die Weltlage zwischen kaltem Krieg und friedlicher Koexistenz, und die Geschwindigkeit im Wechselbad nimmt zu. Der Männersozialismus kann warten, die Dritte Welt ist reif für Veränderungen, der Kapitalismus bekommt die kalte Wut des Wissenschaftlers bei dem Gedanken, seine fast vollendete Maschine nicht zu Ende bauen zu können. Er wird aggressiv. Das dialektische Verhältnis beider so unterschiedlichen Männergesellschaften besteht darin, daß die kapitalistische Welt ihre Form verinnerlicht hat und die sozialistische Welt ihren Inhalt veräußerlicht. Die jeweilige Degeneration, Perversion, Deformation, die die Entfernung aus dem Ursprung mit sich brachte in der Hoffnung auf eine neue Identität, ist beiden Gesellschaftsordnungen gemeinsam und fügt sie auf einem höheren Spiralbogen der Geschichte wieder zusammen, eben zu *einer* Männermachtgesellschaft.

Zwar scheinen beide Hälften, wenn man sie klassisch betrachtet, in einen antagonistischen Widerspruch verstrickt, und soweit es die ökonomischen Verhältnisse betrifft, ist er auch nicht auszuschließen, allein sind Natur und Gesellschaft nicht nur auf einen Widerspruch zu reduzieren, ihre Qualität ist die dialektische Einheit von Gegensätzen, Irreversibilität und Unvorhersehbarkeiten, das will heißen, daß die Geschwindigkeit von Prozessen und Entwicklungen innerhalb der Menschheit, Technik und Natur einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellt. Was gegenwärtig ein antagonistischer Widerspruch ist, kann durch die Rasanz der Verschiebung von Wissen und Verhältnissen in sein Gegenteil gedrängt werden. Auch die Perspektive der Macht verändert die Ausschließlichkeiten ihrer Betrachtung, wenn es an die Substanz ihrer Privilegien und um ihre Erhaltung gehen sollte.

Man muß immer wieder bedenken, daß über die Hälfte der Menschheit den Frauen eigen ist, jedoch die grundlegenden Veränderungen, Entwicklungen und Betrachtungen, wenn sie nicht gerade von ein paar Frauen mitbetrieben werden, die im Solde der Männer stehen, ausschließlich das Werk der Männergesellschaft sind. Wenn die Menschen sich je durch Verstand eine Perspektive geschaffen haben, die Welt gedanklich zu erfassen, so sind ihnen wenigstens zwei Perspektiven gegeben, nämlich die der Frauen und die der Männer. Sie gilt es zu nutzen in der Zukunft. Natürlich wird das nur geschehen, wenn die Männergesellschaft abgeschafft ist und ein freies Spiel beider Geschlechter sich entfaltet auf der Grundlage der Negation von Eigentum in ökonomischer Hinsicht.

Mit der Auseinandersetzung, die beide Perspektiven führen werden, beginnt die wirkliche Tragödie der Menschheit. *Aus der PerspekTive eines Mannes gedachT.*

X.

Alle Haltungen zur Welt, Hoffnungen und Taten, mit ihr zurechtzukommen, gehen davon aus, der Mensch sei Mittelpunkt, die Sonne, um die sich alles dreht und verdreht. Ein Wunschdenken, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Der Mensch sei ein freies Subjekt. Oder: die Gemeinschaft erst schaffe die Freiheit für das Individuum und seine/ihre Bedürfnisse.

Der Mensch ist weder frei noch unfrei. Er ist in Bewegung. Seine Ursprünglichkeit wie die aller Materie ist Bewegung. Ihm das wieder bewußt zu machen, kann eine Aufgabe von Kunst sein.

So endet der Vortrag mit Hölderlin:

›Meist haben sich Dichter zu Anfang oder zu Ende einer Weltperiode gebildet. Mit Gesang steigen die Völker aus dem Himmel ihrer Kindheit ins tätige Leben, ins Land der Kultur. Mit Gesang kehren sie von da zurück ins ursprüngliche Leben. Die Kunst ist der Übergang aus der Natur zur Bildung und aus der Bildung zur Natur.‹



Georg Janthur ...ein Bein unterhalb s. theoretisch Öl/Leinwand

Die DDR hinkt neuen »Freiheiten« hinterher . . .

– Literatur-be-reinigung am Beispiel Hans Littens

von Bernd Siegel

Hans Litten (mit Brille) darf im „Felsenecke-Prozeß" den Verhandlungssaal nicht mehr betreten
Ullstein Bilderdienst



Auf die Bedeutung und Neuherausgabe von *Exil-Literatur* aus der Zeit von 1933–45 wurde jüngst im *SF* hingewiesen (siehe Beitrag über die »schwarz-rote« Exilreihe, *SF*-22). Manchmal ist unter der Exil-Literatur auch ein Werk, das direkt Bezug nimmt auf Personen, die dem libertären Spektrum der Weimarer Republik zuzurechnen sind. **Die Hölle sieht dich an** von *Irmgard Litten* gehört zu diesen Büchern. Irmgard Littens Buch wurde Anfang Dezember 1986 in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* (Nr.50) einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Leider ist die Autorin des Artikels, die *ZEIT*-Mitherausgeberin Marion Gräfin v. Dönhoff, an eine *zensierte* DDR-»Neuausgabe« (oder klingt »Fälschung« deutlicher?) geraten. In folgendem Artikel sollen die zensierten Stellen veröffentlicht werden, dadurch wird auch der Bezug des Buches zu libertären Menschen deutlicher. Vorweg aber soll *Hans Litten*, der Sohn Irmgard Littens, kurz vorgestellt werden, denn um sein grausames Schicksal bis zu seiner Ermordung 1938 durch die Nazis geht es hauptsächlich in dem Buch.

Hans Litten

Sein Vater war Jurist und Professor an der Universität. Hans wird ebenfalls Jurist und bekannter und erfolgreicher Linksanwalt. Von Rudolf Olden (siehe auch »schwarz-rote« Fischer-Reihe) erfahren wir in dem Vorwort zu Irmgard Littens Buches Details über Hans Litten. Leider hat die SED auch am Vorwort rumgeschnippelt und die *ZEIT* hat es so übernommen. Lassen wir *Rudolf Olden* berichten:

»Ich sah ihn das erste Mal in einer Versammlung der *LIGA FÜR MENSCHENRECHTE* . . .« »Was er sagte, entsprach der radikalen These der Jugendbewegung: daß die Jugend ein Recht auf ihr eigenes Leben, auf Selbstbestimmung, habe und daß wir Erwachsenen, auch wenn wir, wie hier, die Rechte Jugendlicher verteidigten, kein Recht auf Einmischung hätten.« (. . .) »Als ich Hans Litten das nächste Mal sah, trug er die schwarze Anwaltsrobe und verteidigte in einem politischen Prozess.« (. . .) »Er gab keines seiner Rechte, auch das kleinste nicht, auf« (. . .) »Er war hier so radikal wie er in jener Versammlung bei der Vertretung der Jugendrechte gewesen war; aber sein Radikalismus zeigte sich nicht in den äußeren Mitteln.«

Weiter berichtet Rudolf Oldenm in seinem Vorwort, daß sich Hans Litten gelegentlich »revolutionärer Marxist« nannte und sich »weit links von der kommunistischen Partei« einstufte. Er selbst schätzte Hans Litten als Christen ein, »so unerbittlich in seinem Christentum, daß er buchstäblich nach der Bergpredigt leben wollte . . .«

Weil es Hans Litten gelang, kommunistische und andere linksstehende Angeklagte in den politischen Prozessen freizubekommen, er andererseits aber nicht selten Nazis vor Gericht entlarvte, zog er die Aufmerksamkeuít und Abneigung der Nazis auf sich. Laut *ZEIT* gelang es Hans Litten sogar, Hitler in einem Prozeß (1931) gegen Kommunisten als Zeugen vorzuladen und ihn vor Gericht bloßzustellen. Dazu nochmals Rudolf Olden: Er machte Hitler »ein paar Mal wütend und ließ ihn zwei Stunden lang beträchtlich schwitzen. Ob damals irgendjemand im Saal eine Ahnung hatte, daß er sich selbst das Urteil qualvollen Todes gesprochen hatte?«

Die Rache der Nazis kam in der Nacht des Reichtagsbrandes. Hans Litten wurde verschleppt. Am 28. Februar 1933 holte man ihn morgens um »4 Uhr aus dem Bett« weiß Irmgard Litten in ihrem Buch zu berichten. Er wurde in das KZ Sonnenburg gebracht und warMithäftling von Erich Mühsam. Einmal wurde Zenzl Mühsam beim Besuch ihres Mannes zugeflüstert, »Litten befände sich in so schlimmem Zustande, daß ihn keiner der Häftlinge mehr zu Gesicht bekäme. Zenzl Mühsams Bericht von einem Besuch im KZ Sonnenburg endet mit den Worten »Caspar, Litten, Mühsam, Ossietzky wurden am schlimmsten mißhandelt.« Nach Protesten von Irmgard Litten und ihrer Bekannten wurde Hans Litten nach Spandau verlegt, wo er sich von schweren Verletzungen, die ihm SA-Leute zugefügt haben erholen sollte. Aller-

dings blieb ein Bein dauerhaft steif, der Kiefer war gebrochen, Zähne waren ausgeschlagen, das Gehör und ein Auge waren unheilbar verletzt. Der Psychoterror der Nazis trieb Hans Litten zu einem Selbstmordversuch. Diesen überlebte er. Doch keine Solidarität, kein Amnestie-Erlaß war für Litten erfolgreich. Die Führung der NSDAP verhinderte erfolgreich seine Freilassung. Er kam noch in verschiedenste KZ's wie Buchenwald oder Lichtenburg und schließlich nach *Dachau*, wo er 1938 von den Nazis ermordet wurde.

Die Streichungen made in DDR

Wie eingangs schon berichtet nimmt Irmgard Littens Buch auch bezug auf Mithäftlinge von Hans Litten aus der libertären Bewegung, so auf Erich Mühsam und Kurt Hiller. Merkwürdigerweise wurden etliche Textstellen in dem Buch, die auf Kurt Hiller Bezug nehmen zensiert oder umgeschrieben. Dabei war Kurt Hiller als revolutionärer Pazifist, Antifaschist und Verfechter einer radikalen sexuellen Aufklärung bekannt. Eventuell dürften Hillers Differenzen mit der Exil-KP (siehe Hillers Buch »Rote Ritter«, europäische ideen/ Guhl) der Grund für die Zensurmaßnahmen sein.

Hier sollen nun die Original-Textstellen unzensiert wiedergegeben werden, – zumal gerade Kurt Hiller – selbst vom KZ Brandenburg aus – die Littens unterstützt hat.

Irmgard Litten (unzensiert): »Durch Kurt Hiller wurde ich kürzlich über alles, was damals in Brandenburg vor sich gegangen ist, informiert.« (. . .) »Durch Kurt Hiller erhielt ich auch eine sehr eingehende Schilderung der damaligen Zustände in Brandenburg. Am 24. Oktober 1933 wurde er mit einem Schub Gefangener in Brandenburg eingeliefert, in ein altes Zuchthaus, das in den 20er Jahren unter Severing geschlossen wurde, weil es den hygienischen Anforderungen nicht mehr genügte. Jetzt, für die Schutzhäftlinge war es gut genug. Es beherbergte etwa 1100 Gefangene. Es wurden immer zwei zusammen in eine Zelle gesteckt. Hans, der am selben Tage eingeliefert wurde, blieb in Einzelhaft, weil sich jeder davor drückte, mit ihm zusammenzusein. Er wurde von den anderen Schutzhäftlingen wie eine Pestkrankheit gemieden, weil jeder wußte, daß er besonders verhaßt war und fürchtete, sich durch das Zusammensein mit ihm oder durch die Tatsache, daß er ihn kannte, zu kompromittieren. Dies war sehr deprimierend für Hans, um so mehr, als sich unter den Neuankömmlingen einige befanden, die er gut kannte, und denen er viel Gutes getan hatte. Mühsam ging es übrigens ebenso wie Hans.«

Soweit erstmal die Wiedergabe der Schilderung Kurt Hillers durch Irmgard Litten. In der Neuausgabe des Buches wird diese Schilderung wiedergegeben, allerdings wurde der Name Kurt Hillers gestrichen und die Zeilen entsprechend umgeschrieben. Als dies schwieriger wurde, wurden ganze Passagen weggelassen, so auch folgende:

»Nach einigen Tagen der Haft erschien bei Kurt Hiller SS-Mann Schwarz, der einen höheren Posten bekleidete, ein verhältnismäßiganständiger Mensch, und fragte ihn, ob er bereit wäre, mit Litten in eine Zelle zu kommen und ihn dort zu überwachen, um einen erneuten Selbstmordversuch Littens zu verhindern. Hiller erklärte sich bereit, wiewohl er sich sehr davor fürchtete. Die Beiden kannten sich nur flüchtig, wußten aber doch



voneinander, wes Geistes Kind sie waren. Kurt Hiller berichtete Hans, daß er dafür verantwortlich gemacht würde, wenn Hans sich unter seiner Aufsicht das Leben nähme. Der gutmütige Hans hätte niemals einen anderen für sich leiden lassen und versprach – nach einigen Stunden Bedenkzeit, – daß er sich in der Zelle nichts antun würde, so daß Kurt Hiller beruhigt schlafen konnte. Er fügte aber hinzu, daß überall da, wo Hiller nicht verantwortlich gemacht werden könne, er mit allen Mitteln versuchen werde, sich umzubringen. – Aber davon brachte Hiller ihn allmählich ab, indem er ihm immer wieder vorhielt, wie wichtig gerade seine Person im Kampf gegen den Nationalsozialismus sei. Hans meinte zwar, daß er einem solchen Dasein nicht gewachsen wäre; wenn er die Freiheit wieder erlangen sollte, würde er kein tauglicher Kämpfer mehr sein. Aber er ließ sich wenigstens dazu bewegen, den Versuch zum Durchhalten zu machen.«

Es ist unverständlich, warum die DDR-Zensoren die oben wiedergegebenen Zeilen aus Irmgard Littens Buch gestrichen haben. Sind nicht gerade jene Zeilen wichtig, um einer Mythologisierung der KZ-Situationen entgegenzuwirken?

Eines müssen ja die Zensoren auch merken. Irmgard Littens Buch ist keine Parteipropaganda, aber auch kein verklärender Roman, wie z.B. Anna Seghers »Das siebte Kreuz«. Da Irmgard Litten mit ihren Mitteln Widerstand gegen die Nazis leistet und mit Hilfe aller möglichen Freunde, spontanen Helfern und sogar hilfsbereiten Rechtsradikalen den Kampf um die Freilassung Hans Littens aufnimmt, kann sie erzählen bzw. schreiben, was sie wirklich erlebt hat, aber auch was ihr Mithäftlinge von Hans Litten bzw. er selbst ihr zugetragen haben. Ihr Buch ist ja nicht nur atemberaubender Erlebnisbericht aus dem Widerstand, Zeugnis der Nicht-

anpassung einer Frau an den NS-Staat, sondern durch die vielen Einzelberichte auch von Mitbetroffenen wie Zenzl Mühsam oder Kurt Hiller wird es zur Dokumentation der grauenvollen Jahre 1933–1938. Schonungslos wird die Mär von der »guten« Phase des Nazistaats vor dem Krieg als Propagandalüge entlarvt. Es wäre Aufgabe des »Kulturausschusses« (nämlich der Antifaschisten Deutschlands!) gewesen, Irmgard Littens – in diesem Umfang fast einzigartige – Dokumentation ungekürzt bzw. unzensiert wiederzugeben.

Was fehlt noch in der DDR-Ausgabe?

Auf Seite 99 des Originals wurde nochmals ein ganzer Textblock, in dem es sogar um Hans Litten selbst geht, gestrichen:

»Kurt Hiller gibt in seinem 1935 erschienenen Berichten über seine KZ-Erlebnisse eine kurze Charakteristik von Hans: ›Hans Litten, der kenntnisreich tapfere Verteidiger kommunistischer Angeklagter (selber Mitglied keiner Partei) und Erich Mühsam sind die am brutalsten Gefolterten in dieser Anstalt . . . Litten ist der uneigennützigste, hilfsbereiteste Kamerad – gütig wie wenige (mir beinahe zu gütig, weil er es sogar gegen Schufte ist); ein tatsächlich seiner Natur nach christlicher Mensch; und auch seiner Überzeugung nach: in seiner verwickelten und barocken Ideologie mischen sich sozialistische mit katholisch-theologischen Motiven; er ist für Marx-Lenin und für die absoluten Könige des 17. Jahrhunderts, gegen Reformation undAufklärung, gegen Goethe, aber für Hölderlin, für Rilke, er treibt (und bei ihm ist das echt) zugleich Prolet- und Marienkult. Lange Zeit sind wir Zellengenossen. Ich werde die »Heures Bleues« unserer philosophischen, literarischen Gespräche in der Zuchthauszelle nie vergessen.«

Irmgard Litten berichtet im 6. Kapitel von einem Befreiungsversuch. Und zwar sollten Hans Litten und Kurt Hiller von Freunden sowie zwei als SA-Leuten getarnten Kommunisten befreit werden. Die »Kommunisten« erwiesen sich als Gestapo-Spitzel. Der Plan lief schief. In der Neuausgabe des Buches müssen ganze Zeilen bzw. Abschnitte umgeschrieben werden, weil dort nur noch Hans Litten befreit werden soll.

Als es darum ging, Seite 110 des Originals umzuschreiben, hat wohl nichts mehr geklappt. Der Zensor ließ ganze Zeilen weg. Dabei erfahren wir im Original wie Hans Litten und Kurt Hiller, trotz der Enttarnung des Befreiungsplans die Gestapo blufften:

»Über das, was mit Hans in diesen aufregenden Wochen geschah, blieb ich ahnungslos, bis ich jetzt von Kurt Hiller einen eingehenden Bericht erhielt. Eines Tages, etwa Mitte Dezember 1933 wurden sämtliche Briefe, die Hans besaß beschlagnahmt, und er wurde mit Kurt Hiller zusammen in den Bunker gebracht. Nur höhere SS-Beamte durften sich dem Bunker nähern; sie brachten auch selber das Essen. Das sprach dafür, daß es sich um eine wichtige Angelegenheit mit strenger Geheimhaltung handelte. Sie nahmen sofort an, daß es mit dem Entführungsplan im Zusammenhang stand, über den Margot im Code berichtet hatte. Hans hatte noch keine Möglichkeit gehabt, darauf zu antworten. Er konnte den ganzen Plan vom ›Lager aus‹ nicht beurteilen, stand daher der Angelegenheit mißtrauisch gegenüber. Merkwürdigerweise ließ man Hans und Kurt Hiller fast drei Tage zusammen in demselben Bunker. Es war eisigkalt, der Bunker war nur von außen her beleuchtet. Aber sie konnten alles zusammen beraten und einen genauen Plan festlegen. Sie beschlossen, daß Kurt Hiller von nichts wissen sollte. Hans sollte zugeben, daß er von dem Plan wußte, daß er ihn weder angenommen noch abgelehnt hätte, und er sollte durch die Preisgabe des Code versuchen, den Beweis zu liefern, daß er passiv geblieben war. Zunächst wurde Hiller vernommen, von einem üblen Gestapobeamten, aber in Gegenwart des Kommandanten, der dafür Sorge trug, daß es eine sachliche Vernehmung in den Formen des Rechtsstaates wurde.

Erste Frage: ob Litten in persönlichen Beziehungen zu einem SS-Mann in Brandenburg stehe? »Ja!« Freude lachte in den Augen des Gestapobeamten. »Schildern sie genau«. Kurt Hiller schildert genau: ›ein SS-Mann, dessen Vater einen schwierigen Zivilprozeß führte, hörte, daß ein berühmter Rechtsanwalt im Lager sei. Er habe Litten gebeten, ihn in diesem Prozeß zu beraten, was auch geschehen sei.‹ Die Freude des Gestapobeamten läßt aber nach, als der Kommandant erklärt, daß diese Beratungen mit seiner Zustimmung und unter seiner Aufsicht geführt worden seien, daß die Beiden sich sonst nie gesehen hätten, da sie ganz verschiedenen Abteilungen angehört hätten.

Dann die Suggestivfrage: »Hat Litten damit gerechnet, lange im Lager zu bleiben, oder hoffte er bald wieder in Freiheit zu sein?« »Er hoffte auf Freiheit, weil sich viele einflußreiche Leute, zum Beispiel der Reichswehrminister v. Blomberg darum bemühten.« Der Name v. Blomberg machte sichtlich Eindruck auf den Kommandanten.

»Worüber unterhielten Sie sich?« Nun kam eine eingehendeBSchilderung der Gespäche über philosophische und literarische Fragen, über Hölderlin und Rilke. Enttäuscht schloß der Gestapobeamte das Verhör. Hans wurde drei Wochen lang in strengster Einzelhaft im Bunker festgehalten.«

Soweit dieser Auszug aus dem Original. Irmgard und Hans Litten hatten also nicht wenig mit Kurt Hiller zu tun. Etwas merkwürdig klingt es zwar schon, wenn Irmgard Litten hinzufügt, daß ein KZ-Kommandant für ›Formen des Rechtsstaats‹ sorgte. Vielleicht wollte Frau Litten auf diese Art auf Widersprüche zwischen Faschisten und Konservativen aufmerksam machen. Dies Zeilen könnten allerhöchstens zur Diskussion anregen und auch hier gibt es keinen Grund, etwas auszulassen. Die mannigfaltigen Strömungen, Ideen und teilweise Irrrungen des deutschen Exils dürfen nicht von Oberwächtern des Antifa-Geistes weg- oder glattgehobelt werden. Die Bücher und Manifestationen des antifaschistischen Exils müssen ganz und unzensiert wieder veröffentlicht werden.

Zum Schluß soll die Leser/-innen noch etwas über Hans Littens politische Tätigkeit erfahren, dies darf er allerdings nur in der 1940 im Exil herausgegebenen Originalausgabe des Buches. Tragisch wiederum, weil der wegzensierte Beitrag von Hans Litten selbst stammt:

Es »scheint vielfach die Ansicht zu bestehen, daß ich eine hervorragende Funktion in der KPD gehabt hätte. Das trifft nicht zu. Ich habe der KPD nicht einmal als Mitglied angehört, und zwar nicht nur aus formellen Gründen, sondern wegen erheblicher politischer Differenzen. Ich habe seit 1925 gegen die Parlaments- und Gewerkschaftspolitik der KPD, gegen ihre optimistische Einschätzung Rußlands und gegen die Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale (in der ich ein Werkzeug der russischen Außenpolitik sah) gekämpft. Diese meine Stellung habe ich, wo es notwendig war, auch im Gerichtssaal stets betont. Auch habe ich stets, wenn ich in öffentlichen Versammlungen der Roten Hilfe über irgendwelche Prozeße referiert habe, meine Abgrenzung gegen die KPD vollzogen: infloge dieser Stellung habe ich auch niemals die Verteidigung in einem Prozeß erhalten, indem für die KPD als solche etwas auf dem Spiele stand. So erklärt es sich z.B. daß ich in keinem einzigen Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht verteidigt habe. Dagegen bin ich mehrfach vor Gericht für Vertreter oppositionell kommunistischer oder anarchistischer Gruppen gegen die KPD aufgetreten, insbesondere vor dem Amtsgericht Lichtenberg im Kampf gegen die seinerzeitigen kommunistischen Stadträte und Bezirksvorsteher.«

Diese Erklärung von Hans Litten ist umfangreicher als die hier wiedergegebenen Zeilen. Der volle Wortlaut der Erklärung ist auf den Seiten 125–127 nachzulesen. Offenbar ging es hier dem Zensor darum, Littens Tätigkeit im Auftrag oppositionell-kommunistischer bzw. anarchistischer Gruppen zu verschweigen. Bleibt die Frage offen: was war damals in Lichtenberg wirklich los und was hat die linken Parteien und Gruppen dazu bewegt, politische Auseinandersetzungen über das Gericht ablaufen zu lassen?

Allen denen, denen in diesem Artikel zu Irmgard Littens Buch Szenen des Ungehorsams, der Solidarität und der Gegenseitigen Hilfe fehlen, können sie auf fast 300 Seiten des Originals nachlesen. Momentan ist das Buch nur durch größere Bibliotheken oder über die Fernausleihe der Universitäten erhältlich. (Und eventuell in Antiquariaten) Der Gerstenberg-Verlag will es voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Jahre unzensiertherausgeben.

Die Fälschungen, 1947 und 1984, von KP-nahen Verlagen herausgegeben und in der DDR gedruckt, haben auch andere Titel: »Eine Mutter kämpft« bzw. die Neuausgabe »Eine Mutter kämpft gegen Hitler«. Die Ausgabe von 1947 ist nicht die erste deutschsprachige Ausgabe. Die erschien bereits 1940 bei der *Editions Nouvelles Internationales* in Paris.



Georg Janthur   Orgo solo-Nach dem Kirchgang-   Öl/Leinwand

». . . die Zeit wächst uns über den Kopf«
Über Karl Otten

von Herby Sachs

»Wahrheit steht gegen Freiheit
und Freiheit ist wichtiger als Wahrheit«
Karl Otten

Der Schriftsteller *Karl Otten* hat sich »ein Leben lang gewehrt und war den Menschen eng verbunden, die sich ein Leben lang gewehrt haben« (aus dem Vorwort von *Morax* zu »Wurzeln« von Karl Otten).

Einzig die Herausgabe der fünf interessantesten Anthologien[vgl. 1–5 im Lit.verz.] über den literarischen Expressionismus und die jüdischen Dichter haben ihn davor bewahrt vollkommen aus der Erinnerung der Leser/-innen ausgelöscht zu werden, während andere Namen und Bücher, nicht selten auch das Leben von Autoren/-innen der Aufbruchszeit zu Beginn dieses Jahrhunderts als »entartet« verboten und vernichtet wurden.

Wie der Zufall will, rezensierte die *taz* im Sommer '86 den autobiographischen Roman »*Wurzeln*« von Karl Otten, gerade zu einem Zeitpunkt als ich »*Torquemadas Schatten*« von Otten ein zweitesmal las.

»Torquemadas Schatten« ist ein faszinierender Roman über den Beginn des Spanischen Bürgerkriegs in Mallorca, der auf weiten Strecken geprägt von Sprache und Wahrnehmung des Expressionismus das gewaltsame Ende der spanischen Republik nicht als Naturereignis, sondern aus genau beschreibaren Gründen in Stimmungen und Landschaften, menschlichen Haltungen und politischen Zusammenhängen zu erzählen sucht.

Eine Erweiterung zur historischen Tiefe gelingt Otten durch den kritischen Blick auf die Anfälligkeit von Teilen der Bevölkerung (Fischer Bauern) gegenüber dem Faschismus – deren gesellschaftliche Ursprünge u.a. tief verwurzelt in der spanischen Inquisition zu suchen sind. Im Besonderen unterliegt nicht nur im Titel eine Analogie zur gespenstischen Richtstätte Torquemadas, jenes Dominikaners, der im 15. Jahrhundert die Juden grausam ermordete und aus Spanien vertrieb.

Wie gelähmt von der bedrohlichen Allianz zwischen den Reichen und Herrschenden, den Kleinbauern und Fischer, entwickelt sich in den Köpfen einiger Bauern und Fischer, Frauen und Männer, am Ende doch der Gedanke des bewaffneten Widerstands.

Ottens beklemmende Erfahrung der fortwährenden Vertreibung aus Ländern, in denen sich der Faschismus festsetzt (im Roman wie in der Wirklichkeit tummeln sich neben spanischen auch deutsche und italienische Faschisten auf der Insel), zwang ihn im Roman zur Aufgabe der Idee des gewaltlosen Widerstands.

In einem Brief an seinen Verleger Fischer-Bermann vom 9.Juli 1938 (inzwischen sind er und seine Frau auch von Mallorca vertrieben) schreibt Otten zu dem Manuskript des Romans: »Ich weiß nicht, ob ich ein paar Worte der Erläuterung meines hier angewandten Stils sagen darf – nur dies: Ich arbeite ununterbrochen an der Schaffung einer neuen konstruktiven Romanform, um Teile der uns umgebenden größten Revolution aller Zeiten in ein Buch hineinzusaugen – die Handlungsaggregate konzentrieren sich in einer Lösung und durchdringen sie, so wie wir heute leben – allem ist das Problematische, das manche das Politische nennen, beigemischt. Ich habe demnach versucht, das Urmenschliche dem Politisch sachlichen einzuverleiben (und umgekehrt) und mußte dieses in einer Variationsreihe auchstilistisch zum Ausdruck bringen.« (zit. nach einem Nachwort von Roland H. Wiegenstein, in *Torquemadas Schatten*) Otten entwirft in diesem Brief eine Haltung zur Kunst und Politik, die für viele seiner Texte Gültigkeit hat.

Aktion

In der Zeitschrift *»Die Aktion«* veröffentlichte Karl Otten seine ersten Gedichte. Schon kurz nach der Gründung 1911 war er Mitarbeiter dieser »Zeitschrift wider diese Zeit«. Ihrem verantwortlichen Herausgeber Franz Pfemfert war Otten nicht nur freundschaftlich verbunden, sondern gerade die politische Haltung wie die künstlerischen Grundsätze der »Aktion« entsprachen seiner persönlichen Überzeugung.

Die «Aktion« vertrat die Gedanken freiheitlicher Politik und förderte in besonderem Maße junge Künstler und Literaten. Sie wandte sich mit Entschiedenheit gegen den Krieg, gegen alle militaristischen Ideologien, sie wurde zu einem Zentrum für die expressionistische Bewegung, ja mehr, sie versuchte eine Verbindung zwischen Kunst und Politik herzustellen auf der Grundlage revolutionären sozialen Denkens.

Als Spiegel und Sprachrohr einer anti-väterlichen Bewegung war die Zeitschrift den Herrschenden, dem Oberkommando und seinen Feldherren, die den Krieg verschärften, ein ständiger Dorn im Auge.

Nicht zum erstenmal betraten »am 7. Juni 1918 zwei Kriminalbeamte des Berliner Polizeipräsidiums die Aktionsbuchhandlung in der Kaiserallee 222 und beschlagnahmten 500 Exemplare des gerade erschienenen Gedichtbandes *»Die Thronerhebung des Herzens«* von Karl Otten. Das Bändchen, 45 Seiten stark, enthielt antimilitaristische Gedichte im expressionistischen Bruder-Mesnsch Stil, erschienen in Franz Pfemferts Reihe »Der Rote Hahn«. Ohne sich auszuweisen oder eine schriftliche Ermächtigung vorzulegen, waren sie wieder einmal am Werk, die Barbaren von altersher, die Konfiszierer, diesmal im Auftrag des Oberkommandos. Diesem Oberkommando, wie immer es sich nannte, war

Karl Otten ein aufrichtiger Feind. Die ersten Anzeichen künftiger Kriege hatte Otten sehr früh auf einer Reise 1912 nach Griechenland erfahren. Fast zufällig war er in den anfangs noch geheim gehaltenen Balkankrieg geraten; zuerst kurzzeitig gefangengenommen von den Rebellen – den Albanesen, später dann von türkischen Soldaten. Die Atmosphäre und Erlebnisse des Landes im Schatten des Krieges hat er in dem 1913 erschienenen Buch »Die Reise durch Albanien« festgehalten, ein frühes Beispiel expressionistischer Prosa.

Wie alles anfing*

Karl Otten wurde 1884 in Oberkrüchten an der holländischen Grenze geboren. Er wuchs in einem katholischen antipreußischen Elternhaus auf. Eigene Erlebnisse mit der Gewalt des Vaters beherrschten in der Jugend einen Teil seiner inneren und äußeren Wirklichkeit. In den »Wurzeln« versuchte er das mangelnde Verständnis der Eltern und seinen lebenslangen Vaterhaß noch einmal aufzugreifen.

Der Protest und Haß gegen die autoritären Väter (Vater, Staat) war vielfach Thema der



Georg Janthur sss.Raucher Öl/Leinwand

expressionistischen Generation. Der Freund Walter Hasenclever schreibt 1913 ein Drama »Der Sohn«.

»Es ist das Jahr, in dem der Erfinder des Bundeskriminalamtes, Hans Gross, seinen Sohn Otto als anarchistischen Gewalttäter entmündigen und aus Berlin in eine geschlossene Anstalt entführen läßt. – Damals gehörte Karl Otten zur anarchistischen Gruppe *TAT* um Erich Mühsam, zusammen mit Franz Jung, Leonard Frank, Georg Schrimpf, Oskar Maria Graf und Otto Gross.« (Vorwort von Morax in den »Wurzeln«)

Zwischen 1890 und 1910 lebte Otten mit seiner Schwester und seinen Eltern in verschiedenen Städten von Köln über Bochum bis Aachen. Mit Richard Huelsenbeck hat er 1907 in Bochum einen Malverein gegründet. 1910 machte er sein Abitur in Aachen, lernt Walter Hasenclever, Carl Sternheim, Philipp Keller kennen. Die folgenden Studienjahre in München, das Studium der Sozialwissenschaften und der Kunstgeschichte von 1910–1912 stehen weniger im Vordergrund als das Münchner Literaten- und Künstlerleben. Seine Freundschaft mit Erich Mühsam, Heinrich Mann, Carl Sternheim, Franz Blei wurde politisch und künstlerisch richtungsgebend. »Diese wahrhaft glückliche Epoche für mich Maß und Wert der Zeit schlechthin, blieb Richtlinie, Forderung des Dichters nach Neugestaltung menschlicher Ordnung.« (zit. n. Menschheitsdämmerung, 1959, S.356).

Otten beteiligte sich an dem finanziell fruchtbaren Sacharinschmuggel , um Geld für eine Zeitschrift zu beschaffen, wird aber festgenommen und in München verurteilt. Sein Studium der Kunstgeschichte, inzwischen in Bonn, mußte er abbrechen. Seit Sommer 1914 lebte und studierte er an der Uni Straßburg, wird wegen antimilitaristischer Tätigkeiten verhaftet, nach längerer Haft und der Veröffentlichung der »Thronerhebung des Herzens« vor ein Kriegsgericht gestellt und als Arbeitssoldat auf die Festung Koblenz geschickt. Dort mußte er Lazarettzüge mit erkrankten und sterbenden Gefangenen ausladen. Er erkrankte selbst und die Revolution befreite ihn mehr tot als lebendig.

Otten wird aktiver Kriegsgegner und Kriegsdienstverweigerer

Am 1. August, dem Tag des Kriegsausbruchs, wird er wegen antimilitaristischer Tätigkeit in Straßburg verhaftet. Jahrzehnte später schreibt er in den »Wurzeln« über die grauenvollen Exekutionen an aufsässigen Elsässern, die er von seiner Gefängniszelle aus gezwungen war mitzuerleben. Diese Erfahrungen bestimmen u.a. eine lebenslange pazifistische Haltung mit allen Konsequnezen des Protests gegen die Macht und Gewalt der Herrschenden, auch gegen die Übermacht einer herzlos gewordenen technischen Welt.

Revolutionsjahre und das Leben geht weiter!

Während der Revolution war Otten Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und unterschrieb zusammen mit Franz Pfemfert, Ludwig Bäumer, Albert Ehrenstein, Heinrich Schäfer, Carl Zuckmayer, Hans Siemsen den Aufruf: »Nieder mit den Vaterländern« der Antinationalen Sozialisten Partei (ASP), einer politischen Gruppierung um »Die Aktion«.

Unmittelbar nach seiner Schutzhaftentlassung hatte Otten eine Wiener Kunstgewerblerin geheiratet, eine Freundin aus den Münchner Jahren, Marie Rosalie Friedemann, die auch während der Haft mit ihm in Verbindung geblieben war. Der Roman »Lona« 1915/16 geschrieben, ist ihr gewidmet. 1919 wurde ihr Sohn HugoJulian geboren. Die Ehe zerbrach bald und sie trennten sich. Seit 1919 lebte Otten in Wien. Seine Stellungnahme für die Revolution und eine neue Welt wurde in verschiedenen Zeitschriften wie »Revolution«, »Die Neue Kunst«, »Der Friede«, »Die Rettung«, »Der Gegner«, »Neue Blätter für Kunst und Dichtung« veröffentlicht. Zusammen mit Julian Gumperz gab Otten 1919 den »Gegner – Blätter zur Kritik der Zeit« heraus. Über den sich schon früh in verschiedenen Halbwahrheiten andeutenden Zusammenbruch der deutschen Revolution, sprach er am Ende seines Lebens vom »Symbolischen Tod Januar '19«. Nach der Aktivität der Revolutionsjahre folgte die intensivere Beschäftigung mit der Literatur. Er lebte in der Berliner Künstlerkolonie am Breitenbachplatz, wo in mehreren großen Häuserblocks verschiedene Künstler, Schauspieler, Schriftsteller, Musiker und Maler (ca. 1200) ein Experiment kultureller Zusammenarbeit, eine Art Lebens- und Aktionsgemeinschaft mit Arbeitern versuchten.

Vielfältige journalistische und literarische Arbeiten beschäftigten ihn. Neben der Ar-

beit als Übersetzer und Mitarbeiter bei Zeitungen und Zeitschriften reiste er durch Europa. 1925 erschien »Der Fall Strauss«, 1928 Prüfung zur Reife, ein Entwicklungsroman.

Der schwarze Napoleon eroberte Berlin in den 20er Jahren

1931 schrieb Otten unter dem Titel »Der schwarze Napoleon« eine Biographie Toussaint Louvertures, des Freiheitshelden von San Domingo. Die Schilderung des grauenhaften Schicksals von Negersklaven, die Aufstände gegen die kolonialistische Willkürherrschaft der Franzosen lag zwar in weiter Ferne von Berlin, war aber politisch sehr aktuell und entsprechend von breiter öffentlicher Wirkung. Eisenstein wollte einen Film über die Geschichte dieses ersten ›Schwarzen Befreiers‹ in den USA drehen. Als Vorlage sollte das inzwischen von Otten fertig gestellte Schauspiel »Die Expedition nach San Domingo« dienen. Der Film kam nicht zustande, da Eisenstein sich in Hollywood nicht durchsetzen konnte.

Zu einem anderen Film »Kameradschaft« von G. W. Papst lieferte Otten 1931 das Drehbuch. Dieser deutsch-französische Bergarbeiterfilm erinnert an das große Grubenunglück von Courvieres.

Der Faschismus

Als kritischer und engagierter Beobachter seiner Zeit war Otten seit jeher ein entschiedener Gegener des Nationalsozialismus. Nie parteigebunden war er ein politischer Moralist im positiven Sinne – linksorientiert und geprägt von persönlichem Freiheits .drang in einem freien Lebensraum.

Er wurde Mitbegründer des Berliner Ortsvereins des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller (SDS) und Mitglied des Rundfunk und Filmkomitees. Im März 1933 emigrierte Otten über Paris nach Mallorca. Seine spätere zweite Frau Ellen begleitete ihn.

Wie viele seiner Künstlerkollegen/-innen bürgerte der Nationalsozialismus ihn im Dezember 1936 aus. »In der offiziellen Verfügung heit es: ›Karl Otten, kommunistischer Schriftsteller, früherer Mitarbeiter an der «Frankfurter Zeitung« und dem »Berliner Tageblatt«, war mit einer Jüdin verheiratet. Nach der Machtübernahme begab er sich ins Ausland und veröffentlichte dorteinen Roman, dessen deutschfeindliche Tendenz in besonders gehässiger Weise zum Ausdruck kommt.« (zit. nach »Karl Otten, Leben und Werk, S. 24)

Kurz zuvor – im Juli 1936 – wurde Otten auf Mallorca von Franco-Anhängern verhaftet. Denunziert hatte ihn der deutsche Konsul. Auf einem britischen Kriegsschiff gelang es Karl und Ellen Otten von der hart umkämpften Insel zu fliehen, um später über das noch republikanische Barcelona nach Paris, und von dort nach London zu gelangen.

Er arbeitete jetzt beim BBC, veröffentlichte 1938 »Torquemadas Schatten« und schrieb 1942 in englisch eine Untersuchung über das faschistische Deutschland (»A Combine of Aggression«).

Im Jahre 1944 verlor Otten sein Augenlicht. Er blieb blind. Die Fortführung seiner schriftstellerischen Arbeit war Ellen Otten zu verdanken, die ihm zu einem zweiten Sehen verhalf, indem sie vorlas, Reisebegleiterin und trotz ihrer eigenen Arbeit beim BBC ständige Mitarbeiterin an neuen Ideen wurde.

Ein Jugendbuch (»Der ewige Esel«) erschien 1949, der Roman »Die Botschaft« 1957 – dabei handelte es sich um die Konfrontation zwischen einem Resistancekämpfer und einem deutschen Faschisten.

Die letzten Jahre

Zusammen mit seiner Frau Ellen verlegte Otten seinen Wohnsitz in die Schweiz, nach Locarno, wo er bis zu seinem Tod 1963 blieb. In den letzten 10 Jahren seines Lebens galt seine Hauptarbeit dem Andenken an die toten Freunde der expressionistischen Generation. Die fünf großen Anthologien erscheinen. Für Otten war der expressionistische Aufbruch eigene miterlebte Gegenwart. Seine Sprache – seine Wahrnehmung lebte in dem Moment, in dem die Unruhe sich verschärfte – die Lebensbedingungen spürbar fragwürdiger wurden. Die künstlerische Produktion erweiterte sich um die direkte politische Dimension (»Der Künstler greift in die Politik«, hieß ein programmatischer Aufsatz von *Ludwig Rubiner* 1912; einem Mitstreiter aus dem Aktionskreis.)

»Alles was wir taten,« schreibt er in den »Wurzeln«, war gut, absolut und in jeder Weise gut, nicht nur besser als das, was jene taten, die mit Millionen von gemordeten Unschuldigen in das Bordell der Geschichte eingehen werden.« (zit. nach Morax, Vorwort).

Mit ungeheuer kritischer Distanz, ständig präsenter persönlicher Nähe und politischer Beteiligung zugleich gelang Otten in den »Wurzeln« eine literarische Auseinandersetzung mit der wahnwitzigen Begeisterung eines Großteils des deutschen Volkes, der Bereitschaft, den inneren und äußeren Massenmord des ersten Weltkriegs zu vollziehen.

Die Tiefe und Widersprüchlichkeit des Drangs nach Freiheit dieser Außenseiter/-innen zerbrach zuerst an der undurchdringbaren Mauer des Kaiserreichs – später dann an der scheinbaren Demokratie Weimar, zuletzt an der Ausrottungsstrategie des Faschismus.

Literatur:
Karl Otten: Torquemadas Schatten, Stockholm 1938; Fischer 5137, Frankfurt 1982
ders. hrsg.[1]: Ahnung und Aufbruch, Expressionistische Prosa, Luchterhand 511, Darmstadt [2]1984
ders.: Die Aktion, Eine Zeitschrift gegen die Zeit. Zum 50. Jubiläum ihrer Gründung, Teil 1+2, WDR, Rundfunkmanuskript,25.2.1961
ders.: Die Botschaft, Luchterhand, Darmstadt 1957
ders.: Die Thronerhebung des Herzens, Verlag Die Aktion 1918
ders.: Die Reise nach Albanien 1912, München 1913
ders.: Der Sprung aus dem Fenster, Leipzig 1918
ders.: Lona, Wien 1920
ders.: Der Fall Strauß, Verlag Die Schmiede, Berlin 1925
ders.: Prüfung zur Reife, Leipzig 1928
ders.: Der schwarze Napoleon, Berlin 1931
ders.: Die Expedition nach San Domingo, Berlin 1931
ders.: Eine gewisse Victoria, Vorabdruck im Berliner Tageblatt 1930
ders.: Drehbuch zu Kameradschaft, Berlin 1931
ders.: Der unbekannte Zivilist, Vorabdruck im Berliner Tageblatt 1932
ders.: A Combine of Aggression, Masses, Elite and Dictatorship in Germany, London 1942
ders.: Der ewige Esel, Freiburg/Zürich 1949
ders.: Der Ölkomplex, Emsdetten 1958
ders. hsg.[2]: Schrei und Bekenntnis, Expressionistisches Theater, Luchterhand, Darmstadt 1959
ders. hsg.[3]: Das leere Haus, Prosa jüdischer Dichter, Cotta, Stuttgart 1959
ders. hsg.[4]: Expressionismus – grotesk, Verlag der Arche, Zürich 1962
ders. hsg.[5]: Ego und Eros, Meistererzählungen des Expressionismus, H. Goverts Verlag, Stuttgart 1963
ders. + Julian Gumperz: Der Gegner, Blätter zur Kritik der Zeit, 1919
ders.: Wurzeln, Luchterhand 1963 (kursiert derzeit auch als Raubdruck)
Bernhard Zeller + Ellen Otten: Karl Otten – Werk und Leben, Texte, Berichte, Bibliographie, Mainz 1982

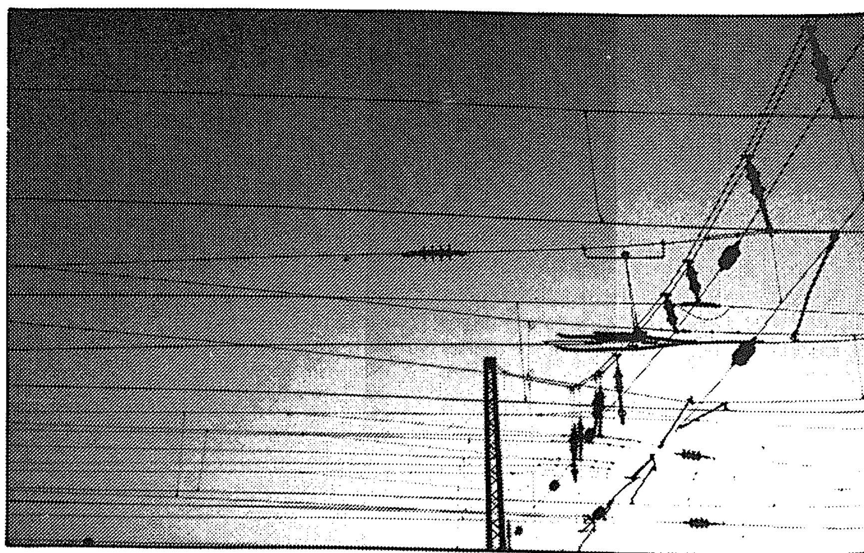
Was sich zu lesen lohnt – kleine Zeitschriftenschau



BANAL heißt eine neue *Anarcho-Zeitschrift* aus der Schweiz. Entwickelt hat sich das Konzept der Redaktion (jetzt in Zürich) aus mehr oder weniger umfangreichen Vorläuferexperimenten (anal, kanal, banal). Die Dezember-Ausgabe (ein ABO kostet übrigens 20 Franken für 5 Nummern) enthält lesenswerte Beiträge zu *Sandoz* und *van der Lubbe*, interessant die Interviews mit der holländischen Punk-Band *The Ex* und mit *Dario Fo*. Inhaltlich gelungen, aber nur ein erster Ansatz: die Kritik am *Terrorismus*. Der für uns subjektiv beste und vielleicht widerspruchsvollste Artikel gilt der Kunst (*»Die Kunst der Windungen«*, S.18–23), ein paar Zitate, die neugierig machen könnten: »Die Trennung von kultiviert oder unkultiviert, von Gebildeten und Ungebildeten, von Barbar und Künstler, das waren und sind die Voraussetzung von Herrschaft und Imperialismus, Rassismus und Sexismus.« – »Mit der Glorifizierung eines einzelnen Herrschers ging eine Herausbildung des individuellen Künstlertums einher, dem Bilde vom genialen einsamen Denker und Künstler.« – »War die Kunst bis kurz vor der französischen Revolution nur Repräsentationsmittel der Macht, so erwachte vor und nach ihr eine bis heute so bezeichnete Widerstandskunst.« – Aber: »es ist bemerkenswert, wie die meist revolutionären und modernen Künstler in ihrem alltäglichen Leben konservative, ja sogar reaktionäre Geister waren und sind. (Carl Einstein:) ›Die beständige Revolte im Theoretischen oder Imaginativen, die Jagd nach überraschenden ideologischen Formulierungen mußte sich reaktionär auswirken.‹« – aktuelle Widerstandskultur »ist zwar kritisch gegen das Bestehende, ohne aber die Kritik gegen sich selbst als analytisches Element verwenden zu können.« – »Um Kunst in einem Sinn von Freiheit der Phantasie und des menschlichen Seins fordern zu können, muß man/frau gerade heute eine Antikunst formulieren.« – »Aber was ist Antikunst? Und war nicht der Faschismus, indem er alles Moderne als ›entartet‹ zerstörte eine Art Antikunst?« – die Antwort heißt laut *BANAL:* »man/frau sollte sich bewußt sein, daß der Faschismus keine Antikunst ist, sondern gerade im Gegenteil das höchste Maß an ästhetisierender Kunst darstellt. Aber wie keine andere Bewegung vor ihm, verstand es der Faschismus, die Ausgeschlossenen, die Indifferenten einzubeziehen, also die Bauern und die Massen der nicht Kunstinteressierten. Er verstand es meisterhaft, den Haß gegen moderne Kultur, ja Kultur an sich (also Gefälle Stadt/Land) mit einer Etablierung von nationaler, realistischer Kultur zu verbinden.« – Die Angst vor der Antikunst kann also nicht mehr länger das Mißverständnis sein, nur durch Kunst/Kultur erwachse die Kraft zum Widerstand (Peter Weiss); denn genau diese pädagogische Haltung der Aufklärer ist es, die allen Konzepten von o b e n, ob sie nun Marxismus oder Grüne heißen, zugrundegelegt wird. *BANAL* folgert deshalb: »So konnte Weiss das nicht erkennen, was die Unterdrückung ausmacht: daß der Mensch nicht von anderen Menschen befreit werden muß (Aufklärer), sondern nur sich selbst befreien kann (Anarchie) und auch selber befreien muß.« Da auch Anarchisten nicht gerade selten meinen, *aufklären* zu müssen und dies auch tun, dies trotz besserer Einsicht wohl auch nicht ganz lassen können, bliebe viel Zündstoff für eine Auseinandersetzung mit dem *BANAL*-Text und seiner (anonymen, vom Anspruch her-kollektiven) Autorin . . . Bezug: *PF288, CH-8036 Zürich*

Eine Sondernummer zum *Spanischen Bürgerkrieg* brachte auch die traditionsreiche italienische (Buch-)Zeitschrift **volontà**. Daß die Organisationsstrukturen und Diskussionen über Theoriebildung der Anarchisten in Italien weiter sind als in der BRD wissen wir spätestens seit Venedig '84. Leider verhindern jedoch die Sprachbarrieren einen stärkeren Austausch (italienisch Übersetzer/-innen melden, melden . . .! aber es ist Theorie, also Vorsicht!). Dennoch sei die neueste Nummer inhaltlich kurz angerissen: *Murray Bookchins* Beitrag »50 Jahre danach: Der Spanische Bürgerkrieg« beschäftigt sich mit der Rekonstruktion der historischen politischen und sozialen Ereignisse, die zu der radikalen Veränderung in der Spanischen Gesellschaft geführt haben. *Nico Berti* analysiert in »Anarchismus auf dem Prüfstand: Politik und Macht« wie der anarchistische Ansatz in Spanien zwar die herkömmliche Politik in Frage stellt, aber nicht die Macht. In «Macht und Revolution« versucht *Eduardo Colombo* zu klären, welche Gründe zur Niederlage der anarchistischen Revolution geführt haben. Dabei geht er davon aus, daß es Ziel des Anarchismus sei, die soziale Frage der politischen überzuordnen, daß die politische sich jedoch behaupten konnte, weil sie einen Realitätsgehalt besaß, der ihr laufend die Basis erneuerte. In ähnlicher Richtung argumentiert *Luciano Lanza* in »Symbolische Dimension und historische Notwendigkeiten«: Die Überwindung des Politischen durch das Soziale – (auch er bringt diesen Gedankengang, der m.E. in der deutschsprachigen Theoriebildung kein Problem darstellt – vielleicht weil wir an '68 anstatt an eine ungebrochene libertäre Tradition – und somit an ein anderes Politikverständnis anknüpfen?) – ein Zentralgedanke des Anarchismus – ist unmöglich, weil das Politische eine notwendige Größe aller modernen Gesellschaftsformen sei. *Josep Alemany* weist in seinem Beitrag »Das Dilemma des 20 Juli« nach, daß es in der CNT neben einer föderalistischen anarchistischen

Photo: Manfred Kampschulte

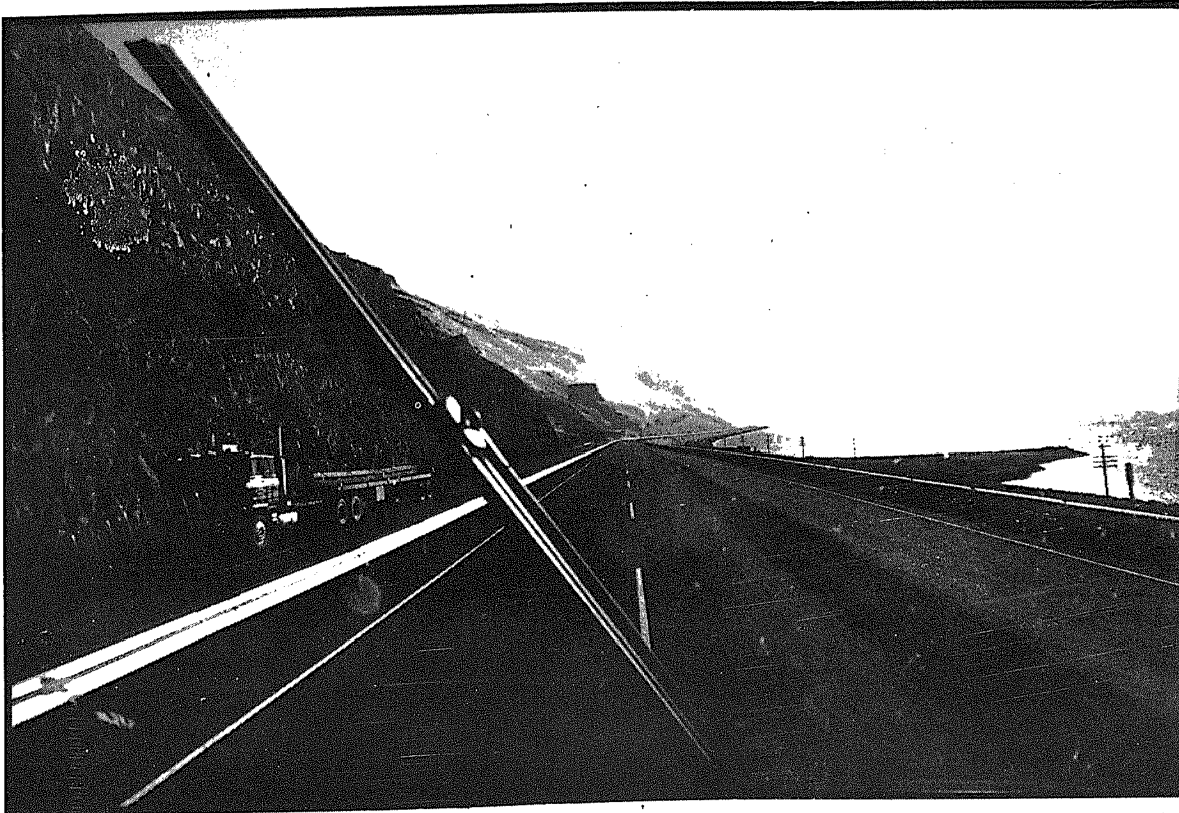


Richtung auch eine bolschewistische gegeben habe. Daraus leitet er ab, daß die viel zitierte Entscheidungsfrage ›anarchistische Diktatur oder demokratische Kollaboration‹ so gar nicht bestanden habe, sondern bei einer Diktatur die bürokratischen syndikalistischen Kräfte die Oberhand in der CNT gewonnen hätten. Mit der regierungsbeteiligung (also der Kollaboration) beschäftigt sich auch *Diego Camacho's* »Fanelli's Irrtum«. Er verfolgt die Anfälligkeit des spanischen Anarchismus für die Machtbeteiligung bis zu seinen Ursprüngen (den Italiener Fanelli). Fanellis Konzept einer Symbiose von Organisation und Ideen habe bei den Mitglieder die Organisation CNT so zentral gemacht, daß sie mit den Ideen identisch schien, daß sie nicht mehr kritisch kontrolliert wurde bzw. daß man/frau glaubte die CNT selbst sei gleichbedeutend mit »Basis«, ihre Regierungsbeteiligung somit gleichbedeutend mit egalitärer Volksherrschaft. *Carmela Marotta* schließlich beschäftigt sich in »Der kurze Sommer der Selbstverwaltung« mit den charakteristischen Elementen der Kollektivierungen. *Bezug: C.P. 10667, I-20110 Milano (5000 Lire).*

Die Nummer 4 der empfehlenswerten »Revue der Iberischen Halbinsel« **TRANVIA** enthält Beiträge zu spanischen Romanen nach Franco, zur spanischen Comic-Szene oder zur neuen Presse am Beispiel *EL PAIS*. Für uns thematisch am Interessantesten ist jedoch sicherlich der Beitrag von *Charles Reeve* »Memoiren für eine schwierige Gegenwart – Anarchisten und Kommunisten in Portugal 1926–1986«. Am Beispiel der abenteuerlichen Biographie des Anarchisten *Emidio Santana* durchstreift Reeve die Geschichte Portugals und die der libertären und sozialen Bewegung bis zurGegenwart: »In ihrer Ecke überlebt eine kleine libertäre Welt, hängt und bleibt zusammen, ist immer noch da. Junge sind dazu gekommen, Zeitschriften erscheinen, es wird diskutiert, Buchläden machen auf. Die alten Anarchisten erlauben sich sogar dann und wann den Luxus, jung und idealistisch zu sterben, von ihren durch Alter und harte Prüfungen verbrauchten Körpern verraten. Manchmal werden sie auch von den Journalisten entdeckt. Titel: ›Eine 98jährige anarchistische Dame erklärt unseren Reportern, wie die Welt verändert werden muß!‹ Komische Zeiten . . . In diesem Milieu ist Emidio Santana, der das Attentat auf Salazar verübte, eine Persönlichkeit. Seinen anarchosyndikalistischen Vorstellungen treu, macht er mit Freunden die Zeitschrift *A Batalha* (Apartado 5085, Lisboa Codex, Portugal), das alte, nach dem 25. April 1974 aufs neue erschienene Organ der CGT.«

Santana versucht selbst eine Verbindung zwischen den anarchosyndikalistischen Forderungen und ihrer verbliebenen Relevanz für die Bedingungen im heutigen Kapitalismus herzustellen. Reeve gibt Santana in seiner Kritik am integrativen Verhalten sozialdemokratischer etc. Gewerkschaften recht und versucht in seiner Fragestellung über Santanas Perspektiven noch hinauszugehen: »Der revolutionäre Syndikalismus . . . (hatte) eine ganze Reihe politischer Prinzipien, die unbestreitbar in die Zukunft weisen, auf die Möglichkeit einer selbstbestimmten Gesellschaft. (. . .) Dem Parlamentarismus setzte er die Basisdemokratie entgegen, also keine permanente Machtdelegation.« (Das wollen sie jetzt vergessen, »unsere« GRÜNEN (Basis-) Demokraten). »Gegen die Unterwerfung unter das Allgemeininteresse und gegen die Versöhnung zwischen den Klassen verteidigte er den Internationalismus und kehrte jeder Form von ›sozialer Befriedung‹ den Rücken. (. . .)« Reeve sieht in diesen und anderen Elementen das positive Erbe des Anarchosyndikalismus, der neuen Generationen Anreger sein kann »der gegenwärtigen Gesellschaft, so verschieden sie auch von der der 20er Jahre sein mag, ihre Gegnerschaft zu zeigen – unter der Voraussetzung natürlich, daß ein solcher Wunsch auftaucht und organisierte Formen annimmt.« (Bezug: *Postfach 30 36 26, 1000 Berlin-30 (6.-DM).*

Wolfgang Haug



Buchbesprechungen

Eine neue Bjørneboe-Übersetzung – neben den kultur-politischen Essays im *Trotzdem-Verlag* gibt es seit geraumer Zeit Übersetzungen von Bjørneboes Romanen im *Merlin-Verlag* bei Lüneburg. Wir nehmen mit dieser Rezension einen *Faden* wieder auf, den wir in SF- Nr.0 (1980) mit einem Teilabdruck aus Bjørneboes (im deutschsprachigen Raum noch immer unveröffentlichten) Roman *Pulverturm* begonnen hatten. Dieser norwegische Schriftsteller, der bei uns zu Unrecht noch immer kaum bekannt ist, erfüllte bis zu seinem Selbstmord (1976) den selbstgestellten Anspruch sich als Kritiker seiner Gesellschaft ins öffentliche Leben einzumischen – vergleichbar hierzulande vielleicht mit Heinrich Böll. Für beide war auch das Engagement für Toleranz und gegen jede Form von Unmenschlichkeit prägendes Moment ihres Schreibens und beiden ging es um eine Kritik institutionalisierter Herrschaft. Ein wesentlicher Unterschied vielleicht: Bjørneboe war philosophischer, bezog seine Moral weniger aus dem Katholizismus, schon eher aus der Anthroposophie oder einem gelebten Außenseitertum, das sich bewußt verweigert, wo es kompromittiert werden würde.

In dem vierten von *Merlin* vorgelegten Roman *»Haie«* geht es um eine Seefahrergeschichte, wie wir sie zu kennen glauben: ein despotischer, auf seinen finanziellen Vorteil bedachter, selbstherrlicher Kapitän und eine meuternde Mannschaft. Doch die Hauptfigur will nicht ins übliche Strickmuster passen. Ein 2. Steuermann, der tunlichst vermeidet, 1. Steuermann zu werden, der in dem heraufziehenden Konflikt nicht wirklich Partei ergreift. »Alle haben ihren genau festgelegten Rang und ihre Rolle. Die Gebote sind hart, sowohl für die Mannschaft als auch für die Offiziere.« Bjørneboe begründet seinen Handlungsablauf mit diesen »Rollenerwartungen« – der Kapitän als Stellvertreter der Regierung, das Gesetz auf seiner Seite, ein Diktator im Westentaschenformat – der jedoch im Falle einer Havarie als Letzter vom Schiff zu gehen hat und auch die Verantwortung für alle eventuellen Verluste trägt. Im Roman werden die Rollen selbst nicht hinterfragt; allerdings der Bezug des einzelnen Menschen zu ihnen. Bestimmte Rollen muß die Hauptfigur des Romans einfach ablehnen, auch wenn diese dennoch existieren und möglicherweise von schlechter qualifizierten Kräften besetzt werden.



Bjørneboe erzählt von den Verschiedenheiten der 30-köpfigen Besatzung, von religiösen, politischen und ethnischen Unterschieden. Der Kapitän behält die Kontrolle über das Schiff solange, wie aufgrund dieser Unterschiede Streitigkeiten innerhalb der Mannschaft ausgetragen werden. Als es zum offenen und gewaltsamen Konflikt zwischen Mannschaft und Offizieren kommt, sind diese internen Streitigkeiten überwunden. Dafür wird das Schiff manövrierunfähig und ein aufkommender Taifun zwingt die Überlebenden beider Parteien zum gemeinsamen Handeln, zwingt die Stärksten, sich um die Schwachen zu kümmern.

Bjørneboes Absicht ist deutlich und moralisierend: persönliche Stärke soll *für* und nicht *gegen* Schwächere eingesetzt werden. *»Haie«* ist sein schriftstellerischer Versuch nicht Vulgär-Darwinismus *sondern »Gegenseitige Hilfe«* zur Grundlage menschlichen Handelns zu machen.

Übersetzt von Henning Boetius, *Merlin Verlag, Gifkendorf bei Lüneburg, 330 S., 28.- DM.*

Wolfgang Haug

Paris stirbt! – Pierre lebt im Paris der 20er Jahre und wird arbeitslos. Mittellos irrt er in einem tranceartigen Zustand durch die Stadt. Als sich ihm in einem chemischen Labor die Chance zur Rache an der Gesellschaft bietet, greift er zu und stiehlt Pestbazillen, die er in die Wasserversorgung von Paris kippt.

Tags darauf – es ist der 14. Juli – brechen die ersten Menschen auf öffentlichen Tanzveranstaltungen zusammen. Die Pest greift rasch um sich, Militär riegelt die Stadt ab, um die Seuche zu lokalisieren. Bei der sich selbst überlassenen Bevölkerung vollziehen sich Spaltungsprozesse; es entstehen Stadtteilregierungen der Exilrussen, der Juden, von französischen Monarchisten oder Kommunisten, eine chinesische Variation und eine Räterepublik, eine englisch-amerikanische Zone etc.

Der Forschungswettlauf gegen die Pesterreger geht verloren, Paris stirbt aus.

Allein übrig bleiben – aufgrund separater Wasserversorgung – die Insassen dreier verschiedener – in der Seine gelegener – Knäste; sie bauen eine weitere Räterepublik auf und schaffen sich die notwendige Ruhe dafür, indem sie über Rundfunkmeldungen die Welt im Glauben lassen, daß die Pest weiterhin in Paris wütet.

Soviel zum Inhalt eines im *Neuen Malik Verlag* wiederaufgelegten Buchs *Bruno Jasienskis* (d.i. Artur Zysman). Die Übersetzung aus dem Polnischen besorgte *Klaus Staemmler.* Jasienski (1901–1939) lebte in den 20er Jahren in Paris, arbeitete für die französische KP und schrieb seinen an satirischen Elementen reichen Roman *»Pest über Paris«* gegen ein antisowjetisches Buch von *Paul Morand.* Aufgrund seiner Veröffentlichung aus Frankreich ausgewiesen, ging er nach Moskau, geriet in die Stalin'schen Säuberungswellen und starb 1939 in einem sibirischen Lager an Typhus.

Seine Sympathien mit den Pariser Arbeitern werden deutlich, dennoch sind auch sie als Vertreter einer Idee gezeichnet, weniger als Charaktere. Jasienskis inhaltliche Konstruktion erlaubt es ihm, die europäische, politische Situation seiner Zeit auf die Stadtkarte von Paris zu verdichten. En miniature wird die Absurdität, die im Handeln politischer Fanatiker liegt, bloßgelegt. Jasienski karikiert die kranke Gesellschaftsordnung der 30er Jahre, belauscht Kneipengespräche hilfloser Demokraten, beschreibt das Imponiergehabe von Offizieren oder die »unglücklich« gewordene Polizei, die einen eigenen Kleinstaat bildet, nur um nicht in einer Welt arbeitslos zu sein, in der es ja keine funktionierenden Gerichte und Gesetze mehr gibt.

Eine Satire *und* ein spannend geschriebener Unterhaltungsroman; der Roman hatte in den 20er Jahren in Frankreich großen Erfolg und wurde zunächst auch in der Sowjetunion mit 140.000 Exemplaren gut verkauft.

Bruno Jasienski, Pest über Paris, Neuer Malik Verlag Kiel, 330 S., 39,80 DM

Das unterirdische Feuer, Texte der russischen Gewerkschaftsopposition *SMOT* – Sammlung von Artikeln aus »Informations-Bulletin« und »Poiski«. *Edition Tiamat*, Berlin 1985, hrsg. von *Klaus Bittermann.*

Wer sich mit der Subversion und Dissidenz der Arbeiteropposition in der Sowjetunion die Augen der liberalen Blendung nicht zukneift, sollte sich näher mit dem Buch *Das unterirdische Feuer* befassen. *Klaus Bittermann* veröffentlichte damit erstmals Texte von SMOT-Militanten, angelehnt an eine von *Victor Fainberg* edierte französische Ausgabe. Sämtliche Texte sind den beiden erwähnten Samizdat-Zeitungen entnommen, die zwischen 1977 und 1982 in russischer oder französischer Sprache erschienen sind. Unter den Autoren befindet sich u.a. Martchenko und dessen »Brief an die amerikanischen Arbeiter«, Martchenko verstarb letztes Jahr im Knast von Tschistopol.

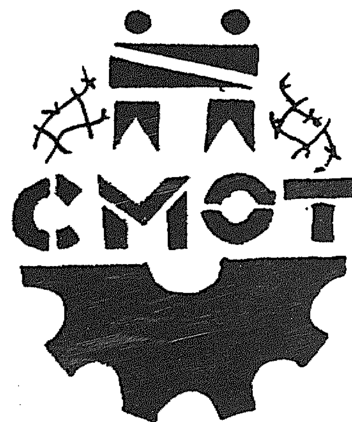
Die Radikalität des Widerstands der russischen Arbeiteropposition, die Beschreibung der Revolte, der Streiks und Sabotage, spricht eine Sprache, die in krassem Widerspruch zur prominenten Dissidenz steht, sprengt damit den Rahmen des Bisherigen. Die Publikation verfolgt aber noch eine weitere wichtige Intention: ». . . die merkwürdige Enthaltsamkeit der deutschen Linken . . ., die ansonsten nicht wählerisch in ihrem Umgang mit Freiheits-, und Befreiungsbewegungen ist und dankbar jede Möglichkeit aufgreift, eine identitätsstiftende Solidarisierungskampagne ins Leben zu rufen.« (VW v. Klaus Bittermann). Die Texte und Inhalte, die die selektierende Linke hierzulande, ihren Mythos und ihre Einfältigkeit energisch angreifen, haben in dieser Zusammenstellung das Ziel erreicht. Mehr kann ein Buch nicht leisten, es läge an der kritischen Linken, diese Kontinuität praktisch weiterzuentwikkeln. Im Anhang schließt das Buch mit Dokumenten und Deklarationen von SMOT und deren Vorläuferin, den »Freien Gewerkschaften« um Klebanov. Biographische Angaben von einigen Arbeiterdissidenten, die zum größten Teil noch inhaftiert sind, schließen die Darstellung von SMOT ab, – damit hat es weiterhin Aktualität. Dazu wird Vodka getrunken, Marke Gorbatchev. Nastrovje.

Ulli Mamat



Freilassung von Arbeiter-Dissidenten in der SU – ein Telefoninterview

übersetzt und eingeleitet von Ulli Mamat/Monika Follmann



Im Zuge der politischen und ökonomischen Liberalisierung in der Sowjetunion sind die beiden Mitglieder des Repräsentantenrates von *SMOT*, Lev Volochonskij und Roslav Edvokimov Anfang Februar 1987 freigelassen worden.

SMOT, die »Freie interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen« setzt die Kontinuität der freien, uabhängigen Gewerkschaften in der SU fort. Seit der Gründung von *SMOT* im Jahre 1978 wurde sie sofort kriminalisiert, psychiatrisiert und unterdrückt; ihre Mitglieder und Repräsentanten mehrmals zu langjährigen Haftstrafen, Arbeitslager und Verbannung verurteilt; die staatliche Einheitsgewerkschaft, der »Transmissionsriemen der Partei«, duldete keine autonomen Ansätze einer Politik von unten.

Gorbatchevs Reformen, die in der BRD-Linken auf breite Zustimmung stoßen, werden von den Arbeiterdissidenten »von innen« gesehen; im Gegensatz zur äußeren Betrachtungsweise, vermitteln sie andere Erklärungsansätze. In der nachfolgenden Aufzeichnung eines Telefongesprächs zwischen Lev Volochonskij, Tania Pletnava (auch Mitglied des Repräsentantenrates von SMOT) und einem Auslandssprecher von SMOT, Vladimir Borisov, der 1980 ausgewiesen wurde, kommt diese Sichtweise deutlich zum Ausdruck. Der Beitrag wurde von der französischen Wochenzeitung *Le Monde libertaire* im März 1987 veröffentlicht. Kurz bevor die Dissidentenprominenz ihre kooperative »Freiheit« bekam, verstarben M. Morozov, Gründungsmitglied von SMOT und A. Martschenko (Schriftsteller, Arbeiterdissident) im Gefängnis von Chistopol. Für die Linke hier gilt eine Empfehlung von V. Borisov: »Laßt in euren Anstrengungen nicht nach. Sie sind niemals vergeblich.«

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Erklärung vom 7.2.1987

Der Rat der Repräsentanten von SMOT richtet sich an alle unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen, an Amnesty International und an die Weltöffentlichkeit:
Fordern Sie von den sowjetischen Autoritäten die sofortige Freilassung von verurteilten Mitgliedern der SMOT, sowohl aus den Gefängnissen, den Konzentrationslagern und den psychiatrischen Kliniken:

V. Skvirsky, Mitglied der SMOT
V. Gershouni, Mitglied der SMOT
A. Skobov, Mitglied des Repräsentantenrates von SMOT
V. Sitynsky, Mitglied des Repräsentantenrates von SMOT
V.Senderov, Mitglied des Representantenrates von SMOT
M. Koukobaka

Der Repräsentantenrat von SMOT

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Vladimir Borisov: Wie kommt es, daß Du freigelassen wurdest?

Lev Velochonskij: Wie Du Dir denken kannst, habe ich es selbst noch nicht realisiert. Ein Staatsanwalt kam einfach ins Lager, hat mich gefragt, ob ich die Absicht habe, meine Aktivitäten »gegen den Staat« fortzusetzen und wo ich leben, arbeiten und studieren will. Wir hatten absolut nicht die gleiche Vorstellung von dem, was unter der Bezeichnung »Aktivitäten gegen den Staat durchführen« zu verstehen ist und was nicht; im Folgenden kamen wir darin überein, daß die Kritik am aktuellen Regime eine patriotische Angelegenheit ist. Ich habe ihm erklärt, daß ich die Absicht habe, in Moskau zu leben und habe ihm erzählt, daß ich in meiner Eigenschaft als Mitglied des Repräsentantenrates von SMOT auf alle Fälle weiterhin Aktivitäten ausüben werde.
Nichtsdestotrotz sind an diesem Morgen, neun von uns Gefangenen des Lagers Nr.35 in Perm in den Zug Richtung Moskau gesetzt worden. Man hat uns unsere Nummern und die Insignien des Lagers abgenommen und uns, – in Moskau angekommen, – gesagt: »Verschwinden Sie in alle vier Richtungen.« Im Lager hat uns der Staatsanwalt angekündigt, daß er die Absicht hat alle politischen Gefangenen freizulassen, außer denen die aufgrund des Artikels 62 (»Vaterlandsverrat« und »Spionage«) inhaftiert wurden; jeder Fall wird individuell geprüft werden. Es ist fraglich, ob dies wirklich geschieht, und ich davon nichts weiß. Ich weiß nur, daß in unserem Lager bis auf sieben, wegen Spionage inhaftierter Personen, nicht mehr als 2 politische Häftlinge dortblieben. Als ich wegging, hat man sie in Zivilkleidung und Krawatte fotographiert; die Mehrzahl wurde in örtliche Gefängnisse ihrer Stadt gebracht. Gleichzeitig wie mich hat man Slava freigelassen(d.i. Evdokimov, d.Ü.); er war einer der 9 Leute aus dem Lager 35.
Vor kurzem habe ich eine Postkarte von »Großvater« bekommen (d.i. ein Deckname für Vladimir Skvirsky, Mitglied des Repräsentantenrates von SMOT, er begründete nach der Zerschlagung der »Freien Gewerkschaften« um Klebanow eine weitere freie Gewerkschaft, die ebenfalls zerschlagen wurde, seitdem ist Skvirsky inhaftiert).

V.Borisov: Wie? Sie erlauben, daß die Post von einem Lager zum anderen Lager zirkuliert?

Volochonskij: Es scheint so . . .

Borisov: Wie geht es ihm, was hat er geschrieben?

Volochonskij: Er ist davon überzeugt, daß wir uns alle vier, in diesem Jahr in seiner Wohnung in Moskau treffen können: Du, ich Gershouni und er. Ich habe noch nicht die Zeit gehabt zu begreifen; – ich verstehe wenig von dem was passiert. Vielleicht sind für Euch da draußen die Dinge viel klarer?

Borisov: Nachdem, was ich verstehe, ist es für sie kein Geheimnis mehr, daß das aktuelle Regime unvermeidlich und bald zusammenbricht; ihnen bleibt nur noch die Wahl, welchen Tod sie sterben, einen ökonomischen Tod oder einen Politischen. Im Falle des ökonomischen Endes müssen sie einer Explosion von Aufruhr durch Hunger und blutigen Aufständen ins Auge sehen. Die Ökonomie ohne Hilfe des Westens zu sanieren, setzt also eine radikale Umstrukturierung voraus, was ohne eine politische Liberalisierung, die einen politischen Mord des totalitären Regimes nach sich zieht, unrealisierbar ist.
Es sieht so aus, daß Grobatchev versucht die ungarische Erfahrung Andropows zu wiederholen, indem er die Augen vor der Tatsache verschließt, daß selbst das ungarische »semi-liberale« Regime sich nicht mehr als einige Tage aufrecht erhalten hätte, wäre nicht die Drohung der Intervention sowjetischer Panzer gewesen. Aber dieses Mal werden weder die ungarischen Panzer noch die tschechischen Panzer eingreifen, um ihre brüderliche Hilfe zu leisten, um dem Kreml zu helfen sich aus der Affäre zu ziehen.

Volochonskij: So kommt es mir auch vor.

Borisov: Aber zur gleichen Zeit, vorausgesetzt, daß die sowjetischen Panzer Ungarn nicht bedrohen, wird das Regime in diesem Land zusammenstürzen, es ist schon dabei ohne Blutvergießen zusammenzubrechen: Die Macht verlierend konserviert die herrschende Klasse ihr Leben und ihre Freiheit. Vielleicht ist dieses ungarische Beispiel ein Ausweg für unser Land. Man hat den Eindruck, daß Gorbatchev von einer ganzen Reihe der KGB-Mitglieder unterstützt wird, die sehr gut wissen, an welchem Punkt die Situation kritisch ist und auf welche Konsequenzen man gefaßt sein muß, wenn das System zusammenbricht.

Volonchonskij: Aber es ist schon dabei zusammenzubrechen.

Borisov: Hör zu, schau dich um, spüre, woher der Wind kommt und danach kannst Du mir selbst erklären, was passiert, ich werde Dich in einer oder 2 Wochen anrufen . . . ich lege jetzt auf, sonst werde ich selbst finanziell zusammenbrechen, weil ich meine Telefonrechnung nicht mehr bezahlen kann. Tschüß, morgen werden wir eine Flasche Vodka trinken, um das zu feiern.

Volonchonskij: Gute Idee, in diesem Fall ist das obligatorisch . . . Tschüß.

Tania: Vergeß bitte nicht Levka und Edvokimov auf unserer Liste auszustreichen, als wir sie geschrieben haben, wußten wir nicht, daß sie freigelassen werden.

Borisov: Mit dem größten Vergnügen!



Ungarn – die ersten Schritte . . .

von Emmanuel Goldstein

Liebe Genossen in der BRD und Österreich
Budapest, 1.12.86

Am 26.11. dieses Jahres war es endlich so weit: in einer Privatwohnung trafen sich nach langem Hin und Her diejenigen 10–15 Leute, die entweder selber irgendeiner Form anarchistischen Denkens huldigen, oder den Anarchismus in letzter Zeit wissenschaftlich oder journalistisch untersucht haben.

Ich muß vorausschicken, daß es in Ungarn *keine libertäre Bewegung* gibt; auf die Ursachen komme ich später noch einmal zurück. Angesichts des Fehlens irgendeiner Form gesellschaftlicher Diskussionen in Ungarn und natürlich in Osteuropa allgemein, finde ich aber allein schon die Tatsache wichtig, daß *Anfänge einer libertären Diskussion* sich abzuzeichnen scheinen.

Das Treffen vor ein paar Tagen war nicht das erste Mal, daß das Thema Anarchismus auf der Tagesordnung gestanden hätte. Seit etwa 2 Jahren versuchen zwei, drei Freunde in Universitätsseminaren und Studentenclubs Vorträge über Grundgedanken des Anarchismus abzuhalten. Zu diesen Vorträgen sind im Durchschnitt stets 15–25 Interessierte gekommen, die größtenteils an jenen Abenden zum ersten Mal überhaupt etwas von dieser Idee gehört haben. Hierzu müßt ihr wissen, daß viele Menschen – die meisten – Anarchismus mit Chaos gleichsetzen, »bestenfalls« noch mit Terrorismus und Gewalt.

Einer meiner Freunde hat Mitte April dieses Jahres durchgesetzt, – im Gebäude des Instituts für Politologie der Partei! – einen wissenschaftlichen Kongreß über Anarchismus organisieren zu dürfen. Der Kongreß war ein voller Erfolg: mehr als zweihundert Menschen sind gekommen. Die Interessierten hörten Vorträge über Individualismus und Kommunalismus, Bakunin und Machno, Anarchismus und Nationalismus, Libertarianismus in der französischen Revolution (bei Saint-Juste), sowie über die beiden ungarischen Anarcho-Kommunisten der Jahrhundertwende, Eugen Heinrich Schmidt und Ervin Batthvány. (Die Geschichte der ungarischen Anarchisten vom 19. Jahrhundert bis Ende der 30er Jahre schicke ich euch auch bald). Die Redner waren beileibe nicht alle Anarchisten: Sehr interessante – und erstaunlicherweise auch recht objektive – Beiträge kamen von »neutralen« oder gar parteigebundenen Historikern und Professoren. Der Erfolg dieser Konferenz darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß solche Treffen im Grunde genommen völlig isoliert, abgehoben von der werktätigen Bevölkerung stattfinden. Geworben für die Veranstaltung haben nur einige Plakate in der Universität.

Nach all den Vorträgen, Gesprächen und Konferenzen über Anarchismus – oder über seine Teilbereiche – haben sich einige »ständig Anwesende« herauskristallisiert. Man konnte sie bei jeder Veranstaltung antreffen und meistens stellte sich heraus, daß sie die Ideen sehr gut finden – nur eben unrealistisch, utopisch etc. Das Treffen am 26.11. war insofern von anderer Qualität, daß hier nicht noch einmal die ganzen Grundgedanken erläutert werden mußten. Jeder wußte das Wichtigste über Anarchismus, man mußte nicht immer alles neu erzählen. Das heißt natürlich nicht, daß wir keine heiße Diskussionen gehabt hätten. Im Gegenteil: Wir haben über den Begriff »Sozialismus« gesprochen – ihr müßt wissen, daß dieses Wort hier zumeist *ausschließlich* mit der marxistisch-leninistischen Variante sowjetischer Prägunggleichgesetzt wird, – über Individualismus und Syndikalismus. Es war sehr aufschlußreich. Kontakte wurden geknüpft, Adressen ausgetauscht. Wir waren unter anderem in dem Punkt einig, daß sich *etwas* tut in Ungarn. Wir – das sind Studenten, Soziologen, Lehrer und junge Wissenschaftler, meistens ohne große Kontakte zur »zweiten Öffentlichkeit« (der organisierten, grundsätzlich demokratisch-sozialistisch orientierten Opposition in Ungarn, die eine wahre Flut von Samisdat herstellt). Wir wollen weder in die Illegalität, noch in die angepaßte, scheinöffentliche Legalität. Dies hat aber mit der Lage in Ungarn zu tun. Wie sieht sie aus?

Eine Einschätzung der Lage in Ungarn

Ganz grundsätzlich muß man von der allgemein bekannten Tatsache ausgehen, daß Ungarn in Osteuropa liegt. Dies hört sich banal an, aber nicht viele im Westen wissen, wie der Alltag im Ostblock aussieht. Der Schaden, den 40 Jahre totalitärer Bevormundung und Informationsmonopol bewirkt haben, wird noch langanhaltende Konsequenzen haben. Leider hat Ungarn in Westeuropa ein weit besseres Image als es verdient. Natürlich geht es hier wirtschaftlich weit »liberaler« zu, als im benachbarten feudal-faschistoiden Rumänien oder in der militaristischen DDR. Aber dieser »Liberalismus« betrifft lediglich den wirtschaftlichen Bereich. Man »darf« einen eigenen kleinen Betrieb haben, aber das bedeutet, daß man eigentlich nur das Recht hat, zu überleben, denn der monatliche Gehalt bei der staatlichen Firma reicht für nichts. So kommt es, daß Menschen pro Tag 12–14 Stunden arbeiten: 8 Stunden staatlich, 4–6 Strunden »privat«, in den sogenannten »wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften« (»GMK's«), die sich für einen Libertären vielleicht kooperativ-gemeinschaftlich anhören, die aber knallhart profitorientiert-eigennützig sind. Das Leben ist teuer. Die Schaufenster sind voll (Touristen aus Polen oder aus der CSSR können es oft gar nicht fassen), aber die Meisten können sich die westlichen Waren gar nicht leisten. Seit den entscheidenden Wirtschaftsreformen 1980/81 hat sich sowohl die ökonomische, als auch die bewußtseinsmäßige Lage der Bevölkerung kraß verändert. Eine kleine und geschickte Schicht von privaten Gemüsehändlern, Boutique-Besitzern und anderen Händlern wurde durch die neuen Möglichkeiten schnell reich, und zwar entstanden innerhalb weniger Jahre unglaubliche Anhäufungen von Millionen von Forints in wenigen Händen. Diese Schichten bilden z.Z. die Elite der ungarischen sozialen Hierarchie und nicht die Parteifunktionäre. (Sie sind gar nicht mehr *die Wohlhabenden* in Ungarn, außerdem genießen sie immer weniger gesellschaftlich anerkanntes Prestige). Auf der anderen Seite führte der in den letzten Jahren extrem schärfer werdende Kampf ums Überleben zur Verarmung und Marginalisierung sehr breiter Schichten: der alten Menschen, der Jugendlichen, der Frauen und auch von großen Teilen der Arbeiterklasse. Bei Jugendlichen gibt es das neue Problem des Rauschgiftkonsums. Die »Erwachsenen« trinken sich an die erste Stelle der europäischen Alkoholismusstatistik, die Verheirateten lassen sich scheiden, noch immer sind es viel zu viele, die angesichts des Verlusts ihrer Lebensfreude in den Selbstmord flüchten. (Eine der besten Analysen der ungarischen »Volksseele« ist das berühmte Buch von György Konrád: »*Der Besucher*«, Suhrkamp 492).

Das größte aller Probleme im heutigen Ungarn ist jedoch die Wohnungslage. Seit einigen Jahren hat sich der Staat fast völlig aus dem Wohnungsbausektor zurückgezogen, nur noch etwa 20% allerNeubauten sind staatlich finanziert. Alle übrigen Unternehmungen sind privat oder genossenschaftlich. Die Lage ist ohne Übertreibung als katastrophal zu bezeichnen. Es ist ganz durchschnittlich, daß man nur mit 35–40 zu einer eigenen Wohnung kommt. Es gibt kein ausgeprägtes günstiges Mietsystem von Wohnungen, wie etwa in der DDR, meistens muß man die Wohnung

gleich kaufen, für etwa eine Million Forints. Dies kann sich jedoch keiner leisten, besonders junge Leute und Studenten nicht. Sie wohnen sehr lange mit ihren Eltern zusammen, oft wohnen 3 Generationen in einer Zweizimmerwohnung zusammen. Dies wirkt hemmend auf die sozialen und sexuellen Kontakte der Jugendlichen, dementsprechend ist die Intensität der aufgestauten Frustrationen und Aggressionen ungeheuerlich hoch. Die ungarische Gesellschaft von heute ist in ihren Umgangsformen rüde, aggressiv und unsolidarisch. (Dies ist, wie ihr euch vorstellen könnt, kein günstiger Nährboden für die Verbreitung kooperativer, solidarischer und gewaltfreier Gedanken). Man wartet oft ein Leben lang auf eine Wohnung, zehn Jahre auf ein Telefon, fünf auf ein halbwegs anständiges Auto (Lada oder Skoda), die Luft ist unglaublich verpestet, die Busse lassen einen im Westen unvorstellbaren schwarzen Rauchschweif hinter sich, die Verkäufer in den Läden sind aggressiv, die Metro ist stets überfüllt, außer dem Materiellen gibt es keine Lebensqualität. Wie aber *denkt* die Bevölkerung?

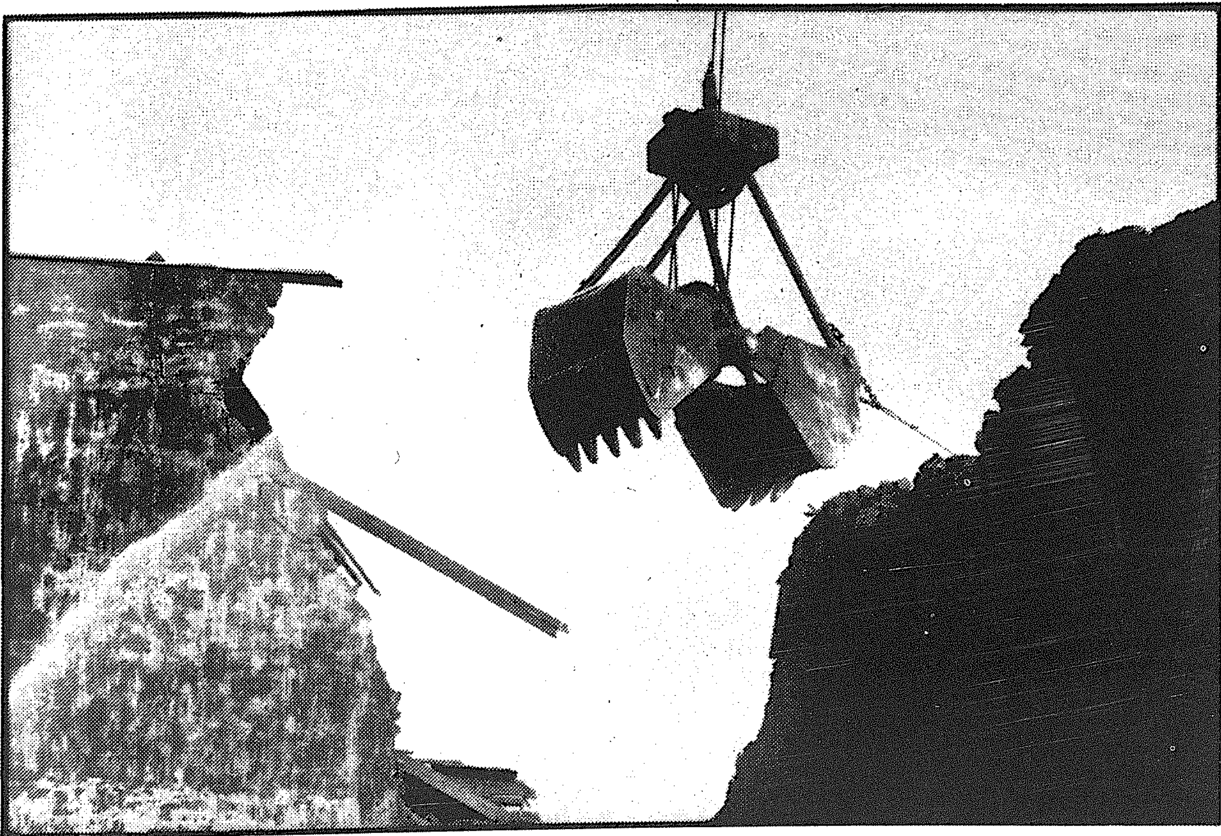
Wenn politisch Interessierte im Westen von Ungarn hören, fällt ihnen fast automatisch gleich 1956 ein. Sie neigen auch oft dazu, die Ungarn revolutionisierend-romantisierend zu verklären. 1956 ist aber *vorbei*. Auch in den Köpfen der Menschen hier. Nicht nur dies ist vergessen: auch Prag, Polen und Afghanistan sind keine Diskussionsthemen in der hiesigen Bevölkerung. Nicht, daß die Leute nicht laut nachdenken dürften; nirgendwo sonst in Osteuropa hört man die Menschen so oft und laut über die Zustände fluchen, wie hier. Nur, das kollektive und individuelle Bewußtsein hat seit 1956 bemerkenswerte Veränderungen durchgemacht. Dies hat am meisten zu tun mit der Befriedigung ihrer grundsätzlicher materiellen Interessen. Die Leute haben nicht nur viel zu essen, sie haben auch Farbfernseher, Autos, Wochendhäuser, sie dürfen für Ostverhältnisse recht oft in den Westen reisen. Sie haben viel zu verlieren, denn materieller Wohlstand ist eine Gnade von oben, er ist abhängig davon, wie klug die Machthaber sind (sie selber sind übrigens schon längst keine Marxisten mehr). Die absolut zentrale Rolle der Partei hat Auswirkungen, die man sich nicht vorstellen kann, wenn man nicht hier lebt: keine Öffentlichkeit, keine sozialen oder politischen Gruppen, keine Freiräume für Veränderungen, kein Geistesleben. Die Menschen sind in erster Linie apathisch: wozu nachdenken, wenn man eh nichts realisieren kann? Wozu sich abmühen, wenn die Bürokratie eh alles verhindert? Die meisten sind müde und schlaff, sie sehen keine Perspektiven sozialer Art. Niemand ist Marxist im Land, die meisten würden eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft westlicher Prägung akzeptieren. Die für einen Westler unglaublich übersteigerte Konsumwut ist die Konsequenz jahrzehnte-, jahrhundertelanger Mangelwirtschaft.

Die Leute haben Konsum als Ersatz für ihre gestohlenen Ideale der 1956er Revolte (Pluralismus, Demokratie, »wirklicher Sozialismus«, Unabhängigkeit, Neutralität, Rätesystem) akzeptiert. Eine wichtige Tatsache ist das Vorhandensein von oft übertriebendem Nationalismus und Chauvinismus. Dies ist einProblem, das Libertäre hier – und anderswo – nicht umgehen dürfen. Es ist wichtig, das Problem ernst zu nehmen, denn für den hiesigen Durchschnittsungarn ist die Siebenbürgen-Frage so ziemlich das entscheidendste außenpolitische Problem. (Siebenbürgen, heute Teil Rum äniens, gehörte einst zu Ungarn. nach Versailles gingen große Gebiete Ungarns an die Nachbarländer über, so auch Siebenbürgen. Die heutige Bevölkerung dort besteht hauptsächlich aus denjenigen zwei Millionen Ungarn, denen es in den letzten Jahren immer weniger gestattet ist, ihre Kultur aufrecht zu erhalten. Jährlich werden dort ungarische Schulen geschlossen, Intellektuelle und Priester verhaftet, gefoltert und getötet, wie auch diesen Sommer [1986] ein ungarischer Schauspieler, ein Dissident, von der Securitate – der rumänischen Gestapo – ermordet wurde. Die Lage ist umso unerträglicher, da auch die rumänische bevölkerung das Opfer einer national-kommunistischen, ungeheuerlich tyrannischen Ein-Mann-Diktatur Caeusescus ist.)

Die Lösung der in Osteuropa noch sehr akuten Nationalitätenfrage wäre eine Aufgabe für die gesamte Opposition in Ungarn, egal, ob liberal oder anarchistisch.

Die Opposition besteht hier lediglich aus isolierten Intellektuellen-Zirkeln, wo Meinungen oder Anschauungen oft nur Modecharakter haben. Sie haben zumeist überhaupt keinen Kontakt zur Arbeiterklasse, viele haben noch nie mit einem Arbeiter über seine Probleme gesprochen. In den letzten 2–3 Jahren hat sich unter Studeten etwas Neues verbreitet, der Gedankenkreis grün-alternativen Spektrums, Umweltschutz als Politikum, hauptsächlich unter Einfluß von Nachrichten über die Partei »Die Grünen« in der BRD. (Daß es auch eine alternative *Bewegung* gibt, hat man erst ein wenig später mitbekommen.) In den letzten Jahren kann man ein ausdrückliches wachsendes Interesse an Ökologie und alternativen Lebensformen feststellen, hieraus erwuchs auch das geistige Interesse am Anarchismus. Viele würden in einer alternativen Bewegung mitmachen, wenn es so etwas gäbe; z.Zt ist die Entstehung einer »alternativen Szene« zu beobachten. In ein bis zwei Jahren wird ein – für euch äußerst interessantes – Projekt verwirklicht: *eine* alternative Kommune im Dorf Balaton (hat mit dem See in Westungarn nichts zu tun), basierend auf den Prinzipien der libertär-ökologischen Lebensform! Dies wird wahrscheinlich der erste Versuch werden, mitten in Osteuropa eine alternative Lebensform zu verwirklichen! (Mehr darüber schreibe ich euch später.)

Es wäre gut, wenn es keine ernsthaften Schwierigkeiten mit den Behörden geben würde, denn Wohngemeinschaften sind hier


Photo: Manfred Kampschulte

unerwünscht im Land, na ja, mal sehn! (Einen bedeutenden Auftrieb für das Interesse am Anarchismus bedeutete, daß 1984 im *Gondolat Verlag* Michail Bakunins »Staatlichkeit und Anarchie« zum ersten Mal auf Ungarisch erschien, vollkommen ungekürzt. Es gibt noch wahre Wunder!)

Wir Anarcho-Kommunisten, Individualisten und Syndikalisten werden uns in Zukunft öfters informell treffen, Meinungen austauschen etc. mehr können wir z. Z. nicht tun, von Organisation ganz zu schweigen. Wir haben recht viele Kontakte zur autonomen Jugendkultur, zum Underground, das hier gerade »avantgardistisch« ist (unter dem Namen Avantgarde läuft hier alles von *Punk* bis *psychedelischer Musik* und *New Wave*). Die Non-Konformisten, die Jugend und die kritischen Studenten sind unsere Hoffnung. Noch können wir diskutieren.

Grüße an die libertäre Bewegung in der BRD und Österreich, bitte vergeßt nicht, daß ihr weit mehr Möglichkeiten habt, als wir. Nutzt sie! Und vergeßt die Zustände nicht, die ein paar Kilometer östlich von euch *herrschen.* Diskutiert nicht nur über den Charakter des Sowjetimperialismus, sondern macht euch auch Gedanken darüber, wie eine selbstverwaltete, kommunalistische, föderative und *freie Alternative* in Osteuropa aussehen könnte! Der Kampf gegen Eure Herrscher ist für die Unterdrückten *hier* die größte Hilfe! In diesem Sinne – *Vive l'anarchie!*

[Anm. unseres »Verbindungsmannes«: »In Ungarn leben und arbeiten anarchistische Genossen. Sie brauchen nicht nur unsere ideele, sondern auch unsere materielle Unterstützung. Bei einem monatlichen Durchschnittsverdienst von 200.-DM sind westliche anarchistische Bücher oder entstehende Druckkosten für eigene Veröffentlichungen schwer bezahlbar.

Zur Unterstützung haben deshalb die Wiener Genossen um die Monte Verita Buchhandlung ein Spendenkonto eingerichtet. Auch kleine Spenden haben große Wirkung. Spendet massenhaft!

Peter Stipkovics – Österr. Postsparkasse Nr.2812.258 – Stichwort: Ungarnspende].

Kurzes

Das **Sozialistische Osteuropa-Komitee** sucht Material zum Thema »Anarchismus/Syndikalismus in Osteuropa«. Es ist eine Schwerpunktnummer für Ende 1987 zu diesem Themenkomplex geplant. Alle Informationen bitte senden an: *Keno Verseck, Bartelstr.22, Haus 6, 2000 Hamburg-6.*

Neue Nicaragua-Videos: *Cada dia Historia – Frauen, Mütter in Nicaragua*, 1986 von Gabrielle Bauer und Kristina Konrad, alle im Verleih: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, 7800 Freiburg, Tel. 0761/709757. Ebenda bekommt man/frau den Film von Beate Neuhaus *Pantasma*. Der Film soll das Pantasma-Tal vorstellen, ein Beispiel ländlicher Entwicklung in einer Kriegszone Nicaraguas. Die Probleme von Umsiedlung in die sogenannten Asentamientos, die Angst, der Hunger. Interviews mit pro-Sandinisten und pro-Contra Neuangesiedelten. Der Film gibt keine Antworten, stellt eher Fragen und eignet sich so besonders für Nicaragua-Solidaritätsgruppen, Brigadisten und Menschen, die sich schon mit der Situation dort vertraut gemacht haben. Zuletzt: *Briefe aus Wiwili*, 1987, Produktion Medienwerkstatt Freiburg. Wiwili ist eine Kleinstadt mit 7000 Einwohnern im Norden Nicaraguas, 20 km von Honduras. Auf der anderen Seite der Grenze befinden sich Lager der Contras. 1980 geht der Arzt *Tonio Pflaum* im Rahmen des DED nach Wiwili, um dort beim Aufbau eines Krankenhauses zu helfen. 1983 werden er und weitere 10 Passagiere eines Kleinbusses von der Contra ermordet. Auf Druck der Solidaritätsbewegung beschloß die Stadt Freiburg im Rahmen einer Städtefreundschaft den Bau einer Trinkwasserversorgung für Wiwili zu finanzieren. Im März 1985 gehen *Bernd Koberstein* und *Reinhold Seidelmann*, Mitglieder des Freundeskreises Tonio Pflaum nach Wiwili, um den Bau des Wasserprojekts anzuleiten. Am 29. Juli 1986 wird Bernd zusammen mit Ivan, Joel, William und Mario in Zompopera, an derselben Stelle wie zuvor Tonio von der Contra ermordet.



Photo: Herby Sachs,

Grönlands Radarstationen – eine Verletzung des ABM-Vertrags?

von Jürgen Wierzoch



Der Däne *Paul Claesson* und der Neuseeländer *Owen Wilkes* haben in ihrem Buch »Grönland – Perle des Mittelmeers« die strategische Plazierung Grönlands in einem potentiellen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion genauestens beschrieben. Grönland wäre Angriffsziel – Ursache sind die enormen Radaranlagen, welche die USA in Thule, Søndre Strømsfjord u.a. gebaut haben, um Bewegungen im nördlichen Luftraum zu überwachen. Spätestens seit 1983 ist bekannt, daß diese ihren teilweise defensiven Charakter stark verändert haben. Wer sich noch erinnert: 1982 wurde der Friedensforscher *Owen Wilkes* in Schweden unter dem Verdacht der Spionage verhaftet (vgl. SF-5 u. 14). Die Anklage war unhaltbar; aber unter dem ihm wieder ausgehändigten Material fehlte ein Gebiet: die amerikanischen Basen in Grönland. Heute ist Wilkens aus Skandinavien verbannt.

Die USA bezahlen den Grönländern keinen Pfennig für ihre Anwesenheit. Vor kurzem wurde die Radaranlage in Thule »modernisiert« und ist seither Teil des LPAR-Systems, *large phased array radar;* es ist elektronisch gesteuert und kann für Reagans SDI-Projekt verwendet werden. Damit ist der 15 Jahre alte **ABM**-Vertrag verletzt, dessen Grundgedanke es war, daß ein Angriff mit Atomwaffen nicht gestoppt werden kann und deshalb die Rüstungsspirale mit immer neuen Waffen etc. gebremst werden muß.

Die dänische – und in ganz Skandinavien beachtete – Morgenzeitung *Information* bringt seit Anfang Januar täglich Berichte zu diesem Themenkomplex. Im Gegensatz zu Presse in anderen Ländern, z.B. der BRD, wird *Information* nicht nur gezwungenermaßen aktiv, sondern betreibt wirklich unabhängigen Journalismus. Der Autor *Jørgen Dragsdahl* will durch Interviews auch die Grönländer selbst zu Wort kommen lassen. Mit am klarsten beschreibt die 1983 gegründete Friedensbewegung *SORSUNNATA* die derzeitige Situation:

»Verglichen mit anderen, kleineren Ländern, wurde Dänemark NATO-Mitglied unter äußerst bequemen Bedingungen. Vor der Aufnahme waren die tonangebenden Politiker sich im Klaren darüber, daß in der dänischen Bevölkerung ein großer Widerwillen gegen die Stationierung von fremden Militärs in Dänemark herrschte. Zur gleichen Zeit hatten die USA deutlich gemacht, daß sie auf jeden Fall wünschten, in Grönland zu bleiben. Wie bekannt hatten die USA während des 2. Weltkriegs, gemäß einer illegalen Übereinkunft mit dem Botschafter Kaufmann, militärische Anlagen auf Grönland errichtet. Dieses Abkommen wurde jedoch auf der ersten Sitzung des Reichtstages – nach dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands und der dänischen Befreiung – legalisiert.

Vor diesem Hintergrund blieb der schwarze Peter in dem Spiel in Grönland. Dänemark kam in die NATO ohne daß Jylland und die Inseln fremdem Militär ausgesetzt wurden. Grönlands Bevölkerung erhielt nie die Gelegenheit oder Möglichkeit, zur Frage der militärischen Anlagen der USA auf Grönland, Stellung zu nehmen. Der spätere, formelle Basenvertrag von 1951 plaziert Grönland real in die militärische Interessensphäre der USA, welche der Monroe-Doktrin unterlag.

Beim Vorschlag zum Reichstagsbeschluß über Dänemarks Aufnahme in die NATO, gegen den übrigens einige des Rechtsverbandes, einer aus der ›Venstre‹ und die gesamte radikale Volkskammergruppe und die KPD [Kommunisten] stimmten (damals gab's ja noch keine SF [Sozialisten] und VS [Linkssozialisten]), sagte der damalige Außenminister Gustav Rasmussen: »Selbst sehe ich es so, daß das nordatlantische Traktat einen geeigneten Rahmen abgibt für eine zufriedenstellende Lösung unserer Probleme in Grönland. Der Vertrag ist eine defensive Maßnahme und ich habe von Außenminister Acheson die ausdrückliche Versicherung erhalten, daß unter keinen Umständen der Versuch unternommen wird, Grönland zu benutzen um ein fremdes Land anzugreifen. Keine Base innerhalb dieses Territoriums wird zu etwas anderem benutzt, als zur Verteidigung des nordatlantischen Gebiets.«

Doch eben diese Voraussetzung scheint nun verletzt. Die Verwendung von Militäranlagen in Grönland zu einem umfassenden Raumkriegsschild im SDI-Projekt kann kaum als ausschließlich defensiv bezeichnet werden. Das SDI-Projekt ist Glied einer aggressiven und offensiven, militärischen Strategie und darum ist es wichtig, eine grönländisch-dänische Kontrollpolitik betreffend der amerikanischen Basen und Anlagen in Gang zu bringen – und das sofort.

Auf dieses Problem wollen wir zurückkommen – doch schon lange vor den letzten ›Installationen‹ (»Modifizierungen, Modernisierungen«) in Thule, wurden Gustav Rasmussens Voraussetzungen angetastet:

1. Während des Korea-Krieges wurde die Luftbase in Søndre Strømfjord als Zwischenlandungsbahn von amerikanischen Truppen auf dem Weg nach Korea benutzt.

2. Als 1968 ein Atomwaffenbomber, B-52, bei Thule abstürzte, erklärte Staatsminister Hilmar Baunsgaard, daß Grönland *nicht* mit Atomwaffen überflogen wurde, und daß die USA diese dänische Haltung zu Atomwaffen immer respektiert hätten.

Doch die Wirklichkeit sah etwas anders aus! In dem gemeinsamen dänisch/amerikanischen, wissenschaftlichen Untersuchungsbericht, *Project Creasted Ice,* der nach den Aufräumungsarbeiten erstellt wurde und einigen sich daran anschließenden wissenschaftlichen Untersuchungen, läßt sich nämlich der Beweis erbringen, daß die USA Grönland mit atomaren Waffen überflogen haben.

Der Untersuchungsbericht enthält die Erklärung des Piloten. Im Motor entstand ein Brand, als der B-52 Bomber weit über grönländischem Territorium flog. »Wir befanden uns 90 km südwestlich der Luftbase Thule, als wir den Brand an Bord entdeckten«, heißt es in der Erklärung. – und wenn man sich 90 km südwestlich der Lufbase Thule befindet, ist man einige hundert km über dänisch/grönländischem Territorium!

Diese Umstände gehören mit zur Beurteilung der unglücklichen Situation, in welcher das grönländische Volk auf dem sicherheitspolitischen Gebiet heute steht.

Letztes Jahr erfuhren wir, daß die zwei militärischen Machtblöcke – NATO und Warschauer Pakt – einen Vertrag über die Inspektion und Kontrolle von militärischen Manövern des jeweils anderen abschlossen. Und hier stellt sich die Frage: wenn die großen Machtblöcke einige werden, sich gegenseitig zu kontrollieren, soll da weiterhin gelten, daß das grönländische Volk ohne jegliche Form von Einfluß und Einsicht bleiben, was in seinem eigenen Land militärisch vor sich geht? Soll weiterhin gelten, daß unser Volk nicht die Rechte erhält, die ein selbstzufriedenes und sich selbst lobendes Dänemark sonst in den Vereinten Nationen unterzeichnet? Wo bleiben die Rechte des grönländischen Volks im eigenen Land die Sicherheitspolitik betreffend, wie steht es eigentlich mit der Menschenrechtserklärung der UN für uns, wird der Artikel 13 hieroben eingehalten?



Photo: Manfred Kampschulte

Die letzten Enthüllungen des Journalisten Jørgen Dragsdahl bestätigen, daß SORSUNNATAs Forderung nach einer effektiven und demokratischen Kontrolle der fremden militärischen Aktivität absolut notwendig ist. Wir wollen versuchen, die Zusammenhänge herzustellen: Unmittelbar nach seiner Einsetzung zum Präsidenten, leitete Ronald Reagan eine massive, globale Aufrüstung ein; das betraf ziemlich rasch die nordischen und nordpolaren Gebiete. Im Sommer und Herbst 1983 waren die USA an der Etablierung von zwei neuen Basen im südwestlichen Grönland interessiert – die Sache wurde breit und unter Protest in der grönländischen Gesellschaft diskutiert. Diese Basen wurden deshalb in Nord-Kanada plaziert. Als der Journalist Poul Krarup (Qasigiannguit) in Kopenhagen war, suchte er u.a. die amerikanische Botschaft auf. Direkt über den Grund der Plazierungsänderung für die neuen Basen befragt, erklärte ein Botschaftsfunktionär »da ja so viel Unruhe über die Plazierung in Grönland entstand« – und es daher bequemer war, Nord-Kanada auszuwählen.

Doch gleichzeitig leiteten die USA in Thule eine sogenannte »Modernisierung« ein. Diese »Modernisierung« scheint jedoch eine qualitative Änderung der Radaranlage zu bedeuten und den ABM-Vertrag von 1972 zu verletzen.

Im Frühjahr 1986 erklärte John B. Rhinelender, daß die Reaganadminstration in zwei Fällen den ABM-Vertrag verletzt, nämlich in Fylingsdales (Großbritannien) und in Thule (Grönland). John B. Rhinelender war juristischer Ratgeber der amerikanischen Verhandlungsdelegation während der ABM-Vertrags-Verhandlungen mit der UDSSR 1972.

Auf einer Informationsreise für SORSUNNATA im Juli 1986 vermittelte Baltser Andersen diese Informationen an leitende Politiker der Arbeiterpartei in Oslo, der SPD in Bonn und einigen Parlamentsmitgliedern in Dänemark.

Schon während des ersten Treffens zwischen Reagan und Gorbatchev in Genf (November 1985) wurde über die behauptete Verletzung des ABM-Vertrags gesprochen. Die USA behaupteten, daß die UDSSR den ABM-Vertrag in Krasnajars (Sibirien) verletze, während die UDSSR behauptete, daß die USA ihn in Fylingsdale und Thule verletzen.(. . .)

Am Freitag, den 9.1.1987 wird durch *Information* und *Jørgen Dragsdahl* bekannt, daß eine große Gruppe von amerikanischen Abrüstungsexperten die sogenannte »Modernisierung« in Thule für einen Bruch des ABM-Vertrags von 1972 ansehen. Diese Experten sind politisch wie ideologisch eine sehr komplexe Gruppe mit unterschiedlichsten Motiven und Interessen. Doch gemeinsam ist allen die sachliche Beurteilung. Es sind Leute wie *Brent Scowcraft,* sicherheitspolitischer Ratgeber unter Präsident Ford; *Gerald Smith,* Mitglied der ABM-Verhandlungsdelegation unter Präsident Nixon, Professor *Joseph Nye,* sicherheitspolitischer Experte von der Harvard University, *William Perry,* ehemals hochplaziert im amerikanischen Verteidigungsministerium und der schon genannte *John B. Rhinelender.* Hinzu kommen *Michael Krepon* vom Carnegie Endowment in Washington, Experte für die Kontrolle existierender Verträge; *Peter D. Zimmerman,* ehemals Mitarbeiter des Büros für Rüstungskontrolle im amerikanischen Außenministerium (ACDA) und der Forschungsleiter *James P. Rubin* von Arms Conntrol Association (ein Zusammenschluß von u.a. ehemaligen Beamten und Verhandlern in Rüstungskontrolle).

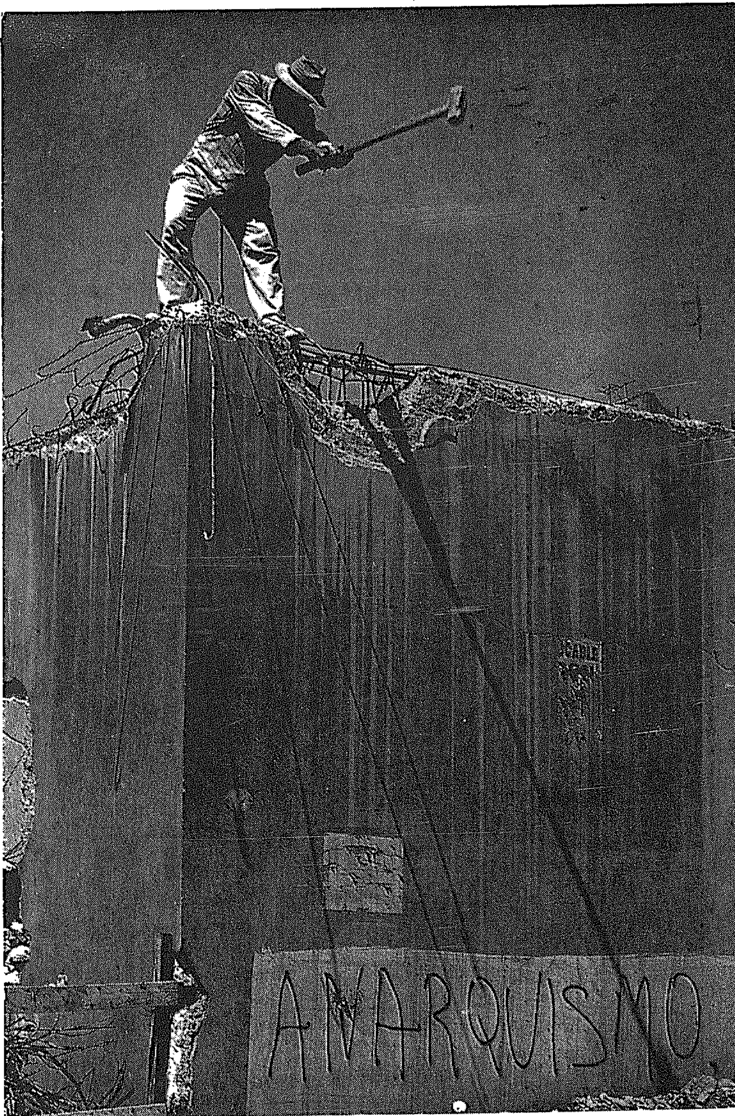
[Langsam kam in Dänemark die Kritik an]
Am WochenendeB10./11.1.87 erklärt der Sicherheitspolitische Sprecher der Sozialistischen Volkspartei, *Pelle Voigt,* daß seine Partei eine Untersuchung des USA-Radarprojekts fordern wird; zunächst schien seine Forderung nach einem Kontrollausschuß mehrheitsfähig, weil Radikale und Sozialdemokraten Unterstützung avisierten. Am 12.1. erklärte *Hans-Henrik Holm* von der Arhus-Universität (er hatte sich zwei Jahre mit SDI und dessen Bedeutung beschäftigt und ist Mitglied des Sicherheits-und Abrüstungspolitischen Ausschusses (SNU)), »daß die Ausführung des neuen Radars bei Thule zeigt, daß die USA nicht länger den ABM-Vertrag als einen Faktor zwischen den USA und UDSSR aufrechtzuerhalten wünschen.« Am 13.1. unterstreicht sein Kollege *Nikolaj Petersen* von der Universität Arhus, daß eben diese Radarsache ein Beispiel dafür sei, daß Dänemark sicherheitspolitisch Grönland den USA überlassen hat, daß sich »Dänemark nicht besonders dafür interessiere, was die Amerikaner da oben machen.« (. . .)

Am 14.1. veröffentlicht Associated Press einen 106-Seiten-Bericht des CEP (*Council for Economic Priorities*), der die US-Regierung direkt anklagt unter Reagan den »ABM-Vertrag zu versenken«. Der Forscher *Richard Garwin* sagt auf einer Pressekonferenz, unterstützt von dem früheren CIA-Direktor *William Colby,* daß es falsch wäre den ABM-Vertrag zu zerstören, ohne ihn durch etwas anderes zu ersetzen. Am selben 14.1. äußerte der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen wie üblich blind der offiziellen US-Erklärung folgend, daß das neue Radar den ABM-Vertrag nicht verletze. D.h. der Außenminister wünscht die nach und nach massiver werdende Kritik in den USA zu überhören und vorbehaltlos den Versicherungen der amerikanischen Regierung zu lauschen, die gerade in der Iran-Affäre ständig Widersprüche und lichtscheue Methoden bewiesen hat.

Am 17./18.1. erläutert der Forscher *John Pike* von Federation of American Scientists in Washington D.C., daß ein System mit 100 weitreichenden Verteidigungsraketen nur funktioniert, wenn es Daten von einem *phased array-Radar* aufnehmen kann, einem Radar, wie das, das bald auf der Thule Air Base bereit steht. (. . .) Die dahinterstehenden Geldinteressen sind deutlich, das ganze System ist vom Waffenproduzenten Lockheed vorgeschlagen worden und seine Einführung stellt definitiv eine Übertretung des ABM-Vertrags Artikel 1, Abs.2 und Artikel 4 dar.

Am 21.1. unterließ es die dänische Sozialdemokratie, die eigentlich vorhandene alternative sicherheitspolitische Mehrheit zu nutzen, so daß kein Kontrollausschuß eingesetzt werden konnte.
(. . .)

Es war ein bevormunderisches Dänemark, das 1951 Grönland sicherheitspolitsch an die Supermacht USA »verkaufte« und solange unser Volk real ohne irgendeinen Einfluß auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes ist, ist es heute derselbe Kurs, der verfolgt wird. SORSUNNATA fordert deshalb nach wie vor einen Kontrollausschuß und die Errichtung einer Zone eines atomwaffenfreien Nordens, der neben Grönland auch die Färöer und Island einbezieht und von der UNO und der internationalen Atomenergie überwacht werden soll.



Leserbriefe

btr. Robert Reitzel/SF–23

Lieber Heinz Hug,
Ich habe nichts dagegen, verrissen zu werden. Mitunter nützt das einem Buch mehr als wenn es gelobt wird. Außerdem kann ich als Libertäre die Meinungen anderer akzeptieren. Auch dann noch, wenn mich ein erklärter Anarchist wegen einer angeblichen »methodischen Mangelhaftigkeit« und wegen »formaler Schwächen« schulmeistert. Daß Du mir aber unterstellst, ein »verzerrendes Bild« von Robert Reitzel entworfen zu haben, indem ich den Schwerpunkt auf Frauenfrage und freie Liebe gelegt hätte, empfinde ich als diffamatorisch. Erstens stimmt es nicht, denn meine Biographie hat mehrere Akzente, und Reitzels Engagement für die Haymarket-Anarchisten steht mindestens ebenso im Mittelpunkt. Zweitens galt Reitzel schon zu Lebzeiten nicht zufällig als Kulturrevolutionär und Moralkritiker. Daß seine wichtigsten Leistungen tatsächlich auf diesem Gebiet liegen, hat mein ausgiebiges Quellenstudium bestätigt. Wenn Du das jetzt leugnest und Reitzel zum anarchistischen Theoretiker hochstilisieren willst, bewegst Du Dich in der Tradition all jener dogmatischen Sozialisten, denen die Befassung mit Nebenproblemen wie Geschlechterfrage und Sexualität schon immer ein Dorn im puritanischen Auge war. Was schließlich Deine Kritik meines »eindimensionalen Denkens« angeht, so bekenne ich freimütig, im Christentum keine »sozialrevolutionären Elemente« erblicken zu können, ebensowenig wie in Mackays Stirnerrezeption. Ganz im Gegenteil frage ich mich seit der Lektüre Deiner Rezension, ob es nun auch bei den Anarchisten eine Wende gibt, hin zu religiösem Sozialismus und antikommunistischem Liberalismus etwa?
mit antiautoritären Grüßen,
Ulrike Heider, Frankfurt

btr. Anarchismus und Antipädagogik/SF–22

Uli Klemm schreibt: »einer antipädagogischen Fraktion steht eine libertär pädagogische gegenüber, wobei die antipädagogische Argumentation oftmals die Form eines dogmatischen Rundumschlags annimmt, eine Annäherung an eine libertäre Pädagogik zurückweist und Fronten aufgebaut werden, wo keine sind und Gegner gesucht werden, wo Verbündete stehen.«
(. . .) Es geht nicht um eine »Annäherung an eine libertäre Pädagogik«. Es geht eindeutig gegen jede Pädagogik.
Solange der Begriff und die Wirklichkeit von Pädagogik noch Erziehung meint, ist er von uns (AG-Anti-Pädagogik im FLI) abgelehnt und wird bis dato nicht mehr positiv benutzt. Solange, wie Uli Klemm u.a. mit Blick auf die Vergangenheit von anarchistischer/libertärer Pädagogik sprechen und schreiben, mag das so angehn, doch sollten wir in Gegenwart und Zukunft etwas sensibler argumentieren.
Schließlich kann nicht unwidersprochen bleiben, daß »Anti-Pädagogik genuin pädagogisch« sei. Diese wie ein Axiom hingestellte Behauptung ist schlicht falsch, (. . .). Anti-Pädagogik und Pädagogik sind *Widersprüche*, die durch nichts aufgelöst werden können, sind grundverschiedener Art. Zudem können Anarchisten und Anarchistinnen heute nicht so tun als hätte die Thematisierung von Erziehung und Pädagogik gar nicht stattgefunden und auch Ergebnisse gezeitigt. Wenn Pädagogik ist was sie ist, nämlich Herrschaftsinstrument, dann kann ich sie selbst sprachlich nicht mehr benutzen, schließlich ist Sprache Ausdruck des Denkens und libertäre Pädagogik ist nach heute möglichem Wissen ein Widerspruch in sich wie »Anarchistische Herrschaft«.
Gerhard Kern, Morbach-Merscheid

btr. Erich Mühsam-Grab/SF–23

In SF-23 schreibt ihr über die Gefährdung des Grabes Erich Mühsams. Ich kann euch folgenden Tip geben: setzt euch mit der AFD, der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, *Ständeplatz 13, 3500 Kassel auseinander, insbesondere mit einem Herrn Boehlke. Dr. Boehlke kann zumindest Ratschläge erteilen, wie man sich in so einem Fall am besten (oder taktisch) verhält.*
Thea A. Struchtemeier, Bochum
SF-Anm.: Wir gehen davon aus, daß es nicht schadet, wenn recht viele Leser und Leserinnen sich an die AFD wenden!!

btr. Libertarians/SF–22

In Belgien gibt es ein *Libertarian Centrum in Kessel-Lo (L). In den Niederlanden gibt es ein Libertarisch Centrum, Antw. Nr.551, Schiedam. So geht es anscheinend weiter mit der Europäisierung.*
Karl Kreuger, Den Haag

btr. Rezension des Stowasser-Buchs/SF-23

Stowasser schreibt in seinen Nachbemerkungen: »Frauen kommen nicht vor – jedenfalls nicht als Heldinnen.« Ich frage mich dabei, ob anarchistische Geschichtsschreibung – in guter alterpatriarchalischer Tradition auch nur »Heldengeschichte« ist?
Er versteht sein Buch als eine Wiedergutmachung an 150 Jahren Unrecht, was den Anarchisten in der Literatur widerfahren ist, als ein Gegengift gegen eine ganze Tradition der Verleumdung. Muß er dann gleichzeitig die 2000-jährige Verleumdung von Frauengeschichte weiterführen, – braucht es das, um den Anarchismus volkstümlich zu machen?
Ich denke am Beispiel dieses Buches wird deutlich, daß im Anarchismus heute wie in der Vergangenheit Frauengeschichte genauso nicht (kaum) vorkommt, wie in anderen Gesellschaftstheorien. Horst Stowasser möchte sich in seinen Nachbemerkungen freisprechen; er schreibt, er könne nichts dafür. Ich denke, daß er durch seine Art der Darstellung sehr wohl dafür kann und er als Anarchist durchaus sensibler mit der Darstellung von Frauen umgehen könnte.
Mann mag dem Autor abnehmen, daß er niemanden diskriminieren wollte, – Frau tut das nicht!
Sabine Kleintges, Morbach-Merscheid



Photo: *Herby Sachs*

Kurzes

Das *Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V.* braucht **Hilfe**. In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember sind Werkstatt, Ausstellungsraum und Lager ausgebrannt. Wer Zeit und Interesse hat beim Wiederaufbau etc. zu helfen, wende sich an das Zentrum, *3257 Springe-Eldagsen, Tel. 05044/380*; Postscheckamt Hannover, BLZ 25010030, Ktonr. 326370-308.

Neues **Tagungshaus**: die gemeinnützige *Bildungs- und Begegnungsstätte Hoegener Wisch e.V., Dorfstr.8, 2246 Hägen, Tel. 04836/1347* in Schleswig-Holstein (58 km von Hamburg, 7 km von Heide).

Gesucht: Max Nettlau – Die Geschichte der Anarchie, 3 Bände, Impuls-Verlag Bremen. Kontakt: *Knobi, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19.*

Das (anarchistische) Tagungshaus *Villa Kunterbunt* will **Arbeitswochenenden** durchführen. »Die ganzen pädagogischen, therapeutischen und sozialintegrativen Konfliktvermeidungsstrategien, die in diesem »unseren« Lande Bildung ausmachen, sollen bewußt draußen bleiben. Wir wollen uns unsere Inhalte selbständig und kollektiv erarbeiten und sie anschließend auch direkt und – für alle überprüfbar – umsetzen. Das verlangt von den Teilnehmer/-innen ein Ablegen der üblichen *Konsumentenhaltung*, eine intensive *persönliche Vorbereitung* auf das Thema und eine Öffnung für die Auseinandersetzung in der Gruppe. Mögliche Wochenenden (wenn Resonanz kommt) zu »wie kann ich mich *selbstbestimmt* engagieren?«, »wie kommen wir aus dem Bewegungs-auf und ab heraus?«, »Aussteigen oder einsteigen?«, » Angst praktisch bewältigen«, »wie können wir die Kleinfamilie überwinden?«, »wie baue ich meine Energieversorgung?« Schreibt, wofür Interesse besteht. Weiteres in zukünftigen Ausgaben des *SF* auf der Kleinanzeigenseite!
Kontakt: *Villa Kunterbunt, Bahnhofstr.2, 5431 Bilkheim, Tel. 06435/6576*

Nachforschung: Wir bitten Interessierte uns alles auffindbare Material über einige Gestalten der US-Politik zuzusenden. Wir haben unbestätigte Hinweise, daß es sich um ehemalige Nazis handeln könnte; wer also etwas weiß, möge uns informieren. Wir meinen Fritz Kraemer, der im Beraterstab für **SDI** mitarbeitet. Er soll SS-Offizier in Dachau gewesen sein. 1946 soll er mitbeteiligt gewesen sein an der Ausbildung von 5000 (?) Nazis als antikommunistische Spezialeinheiten für westliche Geheimdienste in *Oberammergau.* (?) Wir meinen Walter Rauff, der dem chilenischen Geheimdienst zugeteilt wurde. Und: Harry Slatterman (Schlaudemann), der zuletzt für den CIA in Guatemala und Chile gearbeitet haben soll und jetzt in Reagan's Zentralamerika-Komission sitzt.



Redaktion Schwarzer Faden, Postfach, 7031 Grafenau-1

*ALTE AUSGABEN DES SF:

Um neuen Abonnenten oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: **Für 4 alte Ausgaben schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken).** Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben, zusätzlich haben wir eine mit Anmerkungen, Register, Vorwort, Rezension und neuem Lay Out versehene *NOSTALGIENUMMER* (ebenfalls 10.-) zusammengestellt, die Texte aus den vergriffenen ersten 13 Nummern (0–12) enthält. Einzeln nicht mehr lieferbar: Nr. 0–13!

Nr.14: (64 Seiten)
★ Arbeit, Entropie, Apokalypse und 35-Stundenwoche ★ Geheimer NATO-Stützpunkt auf den Färörn ★ Cruise auf U-Boote - NATO-Pläne ★ Europawahlboykott ★ Antipädagogik contra Libertäre Pädagogik ★ Gesell-Diskussion ★ Das letzte Interview mit Augustin Souchy; + Filmbesprechung Die lange Hoffnung ★ Aufruf an Anarcha-Feministinnen ★ Kritik an den Ökolibertären u.v.a.m.

Nr.15: (64 Seiten)
★ Kulturnummer? ★ FLI-Treffen (Lutter) ★ Automatisierungsdebatte ★ Interview mit A. Gorz ★ Frau-Mann-Maschine ★ Hacker ★ Pädagogik-Diskussion ★ F. Ferrer ★ Anti-Kriegs-Museum, ein Interview ★ Europawahlnachschlag ★ Migros-Opposition ★ Projektemesse ★ Souchy: Mexiko ★ Reimers: Oskar Kanehl ★ Faschismus - Antifaschismus ★ S.Gesell-Diskussion ★ Omori ★ Libertäre Comics ★ Venedig Veranstaltungsplan ★ u.v.a.

Nr.16: (64 Seiten)
★ Venedig-Berichte (5 Teile) ★ Feminismus und Anarchismus (Vortrag aus Venedig) ★ 1984 = Die Ware (J. Clark-Vortrag aus Venedig) ★ Zur Wende ★ IWF-Kritik ★ Kolumbien/Selbstverwaltung ★ »Atommüllpriester« ★ Buko-Bericht ★ Oskar M. Graf ★ »Bakuninhütte« - Erinnerungen von Fritz Scherer ★ Nachruf auf Otto Reimers ★ Stowasser-Prozeß ★ u.v.a.

Nr.17: (64 Seiten)
★ A-Szene ★ Industrialismus-Kritik, Teil 1 (Ansatz von Alvin Toffler) ★ Sozialstaat oder Marktanarchie ★ Bookchins Natur- und Evolutionsverständnis ★ Menschenrechte ★ Chile-Widerstandstage ★ Puerto Rico Landbesetzungen ★ Angst des Bürgers vor dem Anarchismus (Casas Viejas) ★ »Nährbodenforschung« Neonazis ★ Spuren der Besiegten (Rez.) ★ Zeitschriftenschau ★ u.v.a.m.

Nr.18: (64 Seiten) (Kulturnummer)
★ Theater im Zeitalter totaler Medienwelt ★ Videofront ★ Kultur oder wat? ★ Wider die Vereinnahmung ★ Über Carl Einstein; mit seiner Rede über Durruti ★ Das andere Amerika (Filme) ★ Jean Vigo (Filmemacher) ★ Streit um den CNT-Nachlaß ★ Tschernyschewski: Verwertung von Politik und Kultur ★ Herrschaftskultur: Reise in irische Knäste ★ A-Szene (FLI, AFN, »Volksfront«), u.v.a.m.

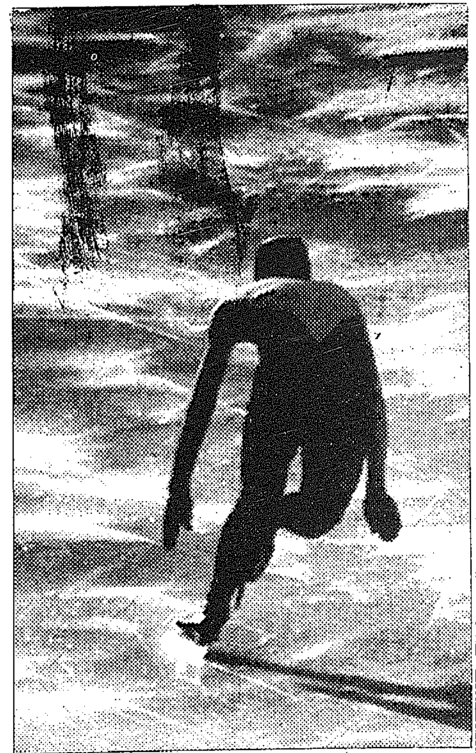
Nr.19: (64 Seiten)
★ Unruhen in Griechenland ★ Entstehungsgeschichte der PASOK ★ Raus aus der NATO? ★ Thesen für einen libertären Kommunalismus ★ Kritik der Toffler-Thesen ★ BTX ★ Reise in irische Knäste, Teil 2 ★ Einstellung der Zeitschrift »Anschläge« ★ Kritik der Subkultur (Punk und Ökobank) ★ Anarchismus und Mystik ★ Uracher Kommune 1919 ★ Frauen in der FAUD 1919–1933 ★ Anarchafeminismus ★ »Liebe und Anarchie«

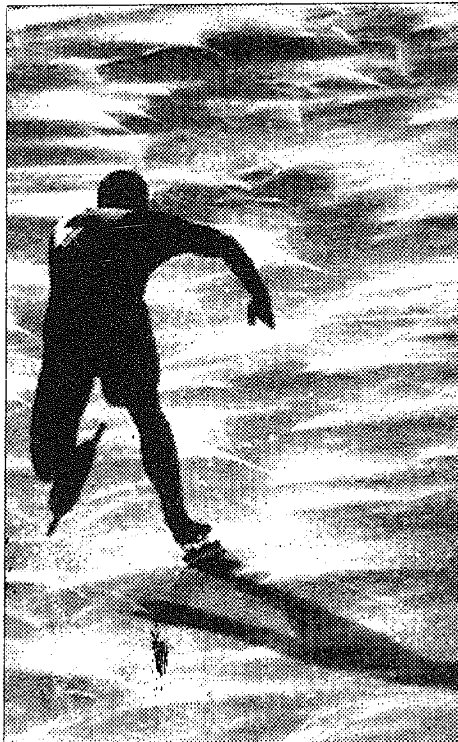
Nr.20: (64 Seiten)
★ Anti-NATO-Kongreß ★ Militarisierung der USA und UdSSR ★ Bruch mit den GRÜNEN ★ Sarc/tazhh ★ Unruhen in Spanien ★ Interview mit Clara Thalmann (I) ★ Deutscher Kolonialismus ★ Barclays Anthropologieansatz ★ Postmoderne ★ Diskussionsteil etc.

Nr. 21: ☆ Anarcho-Szene ☆ Kritik an den GRÜNEN und Selbstkritik ☆ Glotz' Hegemoniemodell ☆ VOBO wieder neu ☆ Staatskritik ☆ Interview mit Clara Thalmann (II) ☆ Mujeres Libres ☆ Stammheim - das Buch/ - der Film ☆ Franz Jung ☆Libertarians? ☆ Antisemitismus in der Linken ☆ Diskussion u.a.: Bookchins Kommunalismus etc.

Nr. 22: ☆ Tschernobyl und die Asylanten ☆ Linke und Ausländerpolitik ☆ Das Umbauprogramm der GRÜNEN ☆ Offener Brief der radikalen AKW-Gegner ☆ Appelscha-Treffen ☆ Kollektivierung in Aragon ☆ Krise und Perspektiven der CNT heute ☆ Federico Garcia Lorca ☆ Georg Janthur's Bilder (Vierfarb-Mitteldruck) ☆Unbekannte Marut/Traven Stories ☆ Die Exilliteraturreihe bei Fischer ☆ Erich Mühsam (DDR) ☆ Anarchismus und Antipädagogik ☆ Gotteslästerungsprozeß ☆ Bookchin-Diskussion etc.

Nr.23: ☆ FLI-Herbsttreffen ☆ Libertäre Zentren ☆ RAF-Kritik ☆ Spassguerrilla ☆ A-Kongreßin Australien ☆ Quo vadis – Femina? ☆ Totalverweigerer ☆ Die 1.NSDAP-Gruppe des Ruhrgebiets eine Abspaltung aus der FAUD? ☆ Spanienfilme und deren politischer Standort ☆ § 129a ☆ Kesseltreiben ☆ Neokonservatismus – am Beispiel Späths ☆ Robert Reitzel – Der arme Teufel ☆ Libertarians/Freenetwork-Diskussion etc.





»Nostalgienummer« (100 Seiten: 10.-DM):

★ Für und wider den Anarcho-Syndikalismus (Nr.0) ★ Patty Hearst – Sozialkritisches am Beispiel der SLA (0)★ Die Freiheit der Frauen (3) ★ Anarchistisches Subjekt (3) ★ Interview mit Augustin Souchy (8) ★ 100 Jahre Marx (12) ★ Nadge und Awacs (5) ★ Wer war B. Traven wirklich? (4) ★ Nationalrevolutionäre (9) ★ Zur Notwendigkeit der sozialen Bewegungen (11) ★ Utopie und Exil (10) ★ Anmerkungen zum Staat (10) ★ Hambacher Fest (7) ★ Dokumentarfilme zum Spanischen Bürgerkrieg (7) ★ Chomskys Anarchismus (8) u.v.a., Register aller SF-Beiträge, kurze Geschichte der Zeitung...; Anmerkungen und Kommentare zu den Artikeln, ihrem Echo etc.

Termine

Vom **13.–23. August 1987** gibt es in *Le Cun du Larzac* ein deutsch-französisches Seminar **Larzac – Ausnahme oder Beispiel für erfolgreichen gewaltfreien Widerstand.** Referenten: Wolfgang Hertle u.a.. Infos in *Wustrow, s.o.*

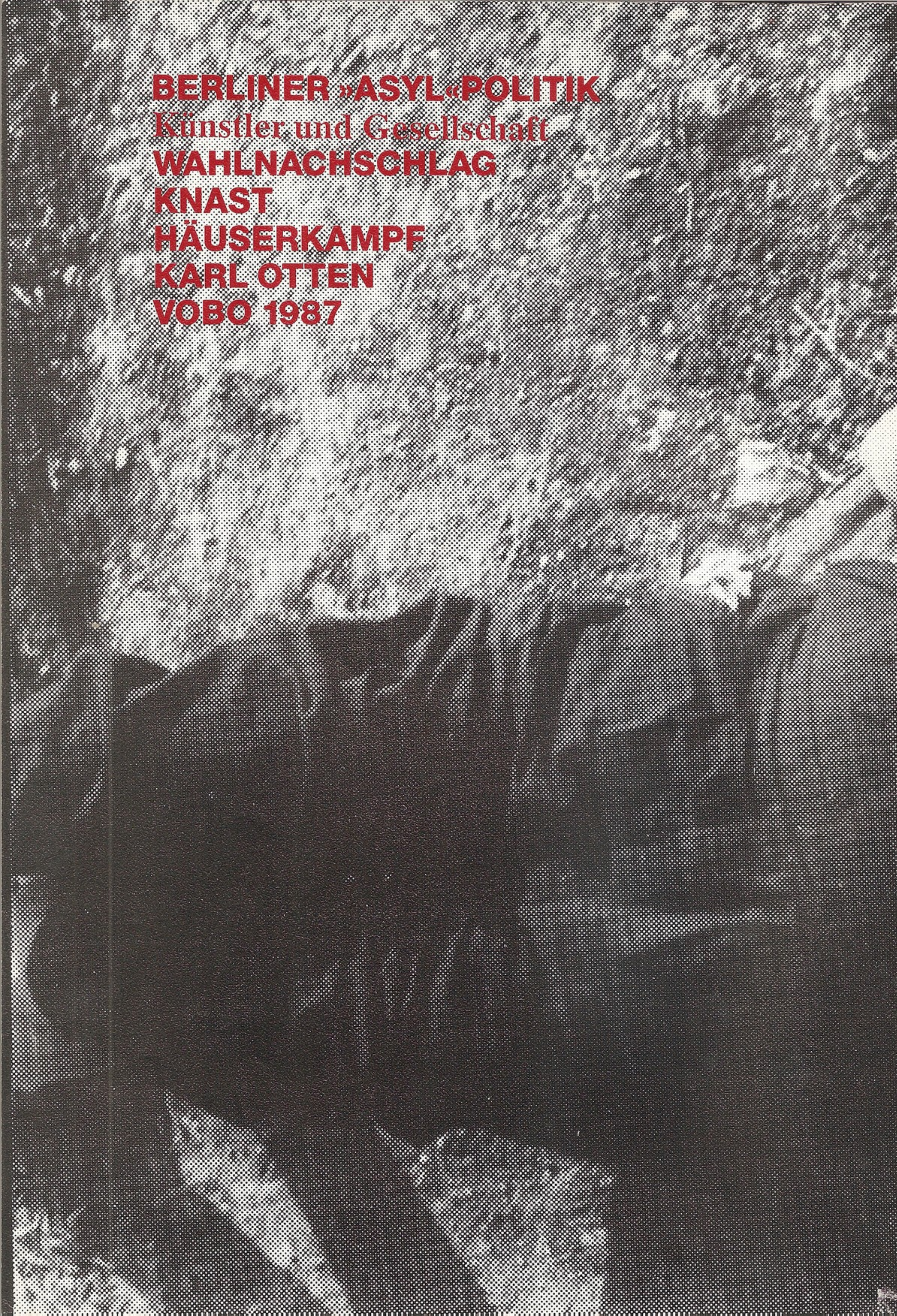
Vom **3.–5.4.1987** findet ein Seminar *Frauen und Gentechnologie* statt. Teilnahme nur für Frauen. Themen: Künstliche Befruchtung, Analyse des menschlichen Erbguts. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Wissen über genetische Defekte beim Ungeborenen? Referentin: Regina Malz-Teske (Hamburg). Teilnahmegebühr: 45.- + Verpflegung, Anmeldung 14 Tage vorher erforderlich. *Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V., Kirchstr.14, 3135 Wustrow, Tel. 05843/507.*

Vom **30.4.–3.5.1987** findet in Karlsruhe der **6. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß** statt. Arbeitsgruppen zu Fußgängern, Radfahrer, Tempo 30/80/100, Bahn, Lärmminderung etc. werden vorbereitet. Kongreßunterlagen bei: *AK Verkehr und Umwelt e.V., Cheruskerstr.10, 1000 Berlin-62 (030/ 3926146).*

1. Münsteraner Antiklerikale Woche vom **23.4.–3.5.87**; u.a. gibt es eine Veranstaltung zu *Kirche und Faschismus* mit dem Referenten *Karlheinz Deschner* am **29.4.**. Sowie einen Vortrag zur Verfolgung von »Gotteslästerern« von *Ottfried Niemitz* am **28.4.** Ein Reader zur Vorbereitung kann gegen 3.-DM in Briefmarken bestellt werden:
Antiklerikaler Arbeitskreis, c/o Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, Tel.0251/ 521112

Treffen anarchistischer SchülerInnen und StudentInnen-Gruppen (Pulverfaß) vom **Mi 27.5.–So 31.3.** in Mesum bei Münster. Kontakt über: *ALIBI, c/o Umweltzentrum Münster, s.o.*

Bildungsurlaub in **Katalonien**, vom **18.10.–31.10.87.**
Themengebiete: Spanische und Katalanische Geschichte, Bürgerkrieg, Anarchismus, Franquismus, Diskussion mit Zeitzeugen
Aktuelle Situation Kataloniens, Wirtschaft, Politik, Autonomie; Diskussion mit Gewerkschaftern (CNT, CCOO)
Sprachkurse in verschiedenen Niveaus möglich
Möglichkeiten zur Gestaltung der Themenangebote nach Teilnehmerinteressen
Anfahrt nach Absprache, incl. Unterbringung, VP, Kursgebühren: 870.-DM
Kontaktadresse: *Christoph Krause, Koselstr.20, 6000 Frankfurt-1; Tel. 069/551499*


BERLINER »ASYL«POLITIK
Künstler und Gesellschaft
WAHLNACHSCHLAG
KNAST
HÄUSERKAMPF
KARL OTTEN
VOBO 1987